Kursbuch 40

Beruf:
Langer oder kurzer Marsch?

Berufsperspektive. Rede und Gegenrede
Berufserfahrungen: Berichte von Lehrern, Sozialarbeitern, Krankenhausärzten, Juristen
Berufswege und -abwege: Texte von H. M. Enzensberger, K. Stiller, R. Bosshard, M.-A. Macciocchi
Uwe Wesel, Vom Wirken des Juristen auf die Gesellschaft
Wolf-Dieter Narr, Anhörung. Zur Frage, ob ich auf dem Boden der FdGO stehe
Exkurs: Untertänige Bitte um Einführung der Zensur

Kursbuch/Rotbuch Verlag 8 Mark

Kursbuch

Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger, Karl Markus Michel und Harald Wieser

30661
05
Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am: .....

Kursbuch 40 Juni 1975

Beruf:
Langer oder kurzer Marsch?

Wolfgang Trakl / Matthis Dienstag, Berufsperspektiven? Rede und Gegenrede 1
Rosemarie Kamp / Julie Merten, Grund-Schulung 10
Anna Berger, Sozialklempner oder Anwalt der Betroffenen? Bericht aus der Sozialarbeits-Praxis: Familienfürsorge und Gemeinwesenarbeit 24
Ärztliche Praxis und politische Arbeit im Krankenhaus. Erfahrungen einer Gruppe Berliner Krankenhausärzte 51
Uwe Wesel, Vom Wirken des Juristen auf die Gesellschaft 77
Klaus Eschen, Vor den Schranken. Erfahrungen eines linken Anwalts 103
Robert Bosshard, Wem Gott ein Amt gab . . . Oder die pfiffige Intelligenz des Amateurs 117
Hans Magnus Enzensberger, Karrieren 133
Maria-Antonietta Macciocchi, Besuch im Elfenbeinturm 140
Klaus Stiller, Traumberufe 150
Wolf-Dieter Narr, Anhörung. Zur Frage, ob ich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe. Ein Psychogramm und verallgemeinernde Folgerungen 159
Exkurse: Karl Markus Michel, Untertänige Bitte um Wiedereinführung der Zensur 179
Eine Mitteilung 185
Index Kursbuch 31 bis 40 186

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 6, im Einzelverkauf DM 8 (Heft 21 bis 38 DM 5 bzw. DM 7). Anschrift der Redaktion: Kursbuch/Rotbuch Verlag, 1 Berlin 30, Potsdamer Straße 98, Telefon 2 61 11 96. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger, Karl Markus Michel und Harald Wieser. Redaktion: Ingrid Karsunke. © 1975 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Diesem Heft liegen Prospekte der Verlage Hanser, paed extra und Rotbuch bei.

Berufsperspektiven?
Rede und Gegenrede

Wolfgang Trakl
»Es gibt kein richtiges Leben im falschen«

Die Glücklicheren unter denen, die einst Schule und Hochschule radikal infrage stellten, die in aktiven Streiks die Abschaffung des Dozenten proklamierten und die Selbstorganisation des Studiums praktizierten, und die anhand der Thesen von *Il Manifesto* die Überflüssigkeit des Volksschullehrers diskutierten – sie sind nun selbst Lehrer an Schulen oder Hochschulen geworden. Diejenigen also, die einst die Zumutung empört zurückgewiesen hätten, durch ihre Arbeit in den Institutionen dieser Gesellschaft zur Funktionsfähigkeit des schlechten Ganzen beizutragen, und dies um den Preis, im Trott des bürgerlichen Berufsalltags selbst zur Schießbudenfigur mit schütterem Haar, verbitterter Seele, eisernem Pflichtgefühl und schlaffen Gliedern zu werden – sie alle sind entweder verbeamtet oder aber verelendet, dequalifiziert, kaputt, inhaftiert oder tot. Den Davongekommenen, die teils auch die Revolution nicht ohne die Rückversicherung eines ordnungsgemäßen Studiums betrieben, teils rechtzeitig ihre akademische Resozialisierung einleiteten, meist aber einfach Glück hatten – ihnen erging es nicht anders als allen in dieser Gesellschaft, die sich überhaupt noch dazu aufraffen, etwas Substanzielles zu wollen: sie endeten als gescheiterte Existenzen. Daraus ist ihnen kein Vorwurf zu machen, wohl aber daraus, daß sie das unglückliche Bewußtsein davon verdrängen.

Trifft man heute Kollegen, die man noch als Genossen kannte, so wird man unverzüglich nach dem Beruf gefragt – wohl dem, der dann auch einen solchen präsentieren kann. Erklärt man dann wahrheitsgemäß, daß man leider auch einen solchen ergreifen mußte, da man von revolutionärer Theorie und Praxis allein leider nicht leben kann, und man im Sozialisationssektor immer noch leichter und besser verdient als in der Fabrik, welche aus Gründen der eigenen Qualifikation die einzige Alternative wäre – so wird man als Zyniker verfemt und mit bohrenden Fragen überschüttet. Bleibt man standhaft und betont, daß man den Job als kleineres Übel betrachtet, in welches man möglichst wenig Zeit und schon gar nicht seine sämtlichen politischen Ambitionen stecken will, so erntet man Entrüstung. Dann wird man gefragt, was man eigentlich in der restlichen Zeit tue. Hat man keine sozialen Umtriebe nachzuweisen und läßt auch die Fummelei an Büchern und eigenen Papieren, das qualvoll schleppende Gestakse, bis man mal einen halbwegs vernünftigen Satz zu Papier bringt, nicht als wissenschaftliches

Großforschungsprojekt mit vornehmsten politischen Zwecken firmieren, sondern gibt freimütig zu, daß man in der freien Zeit eigentlich auch nichts Gescheites tut und bereits von den widerlichen Alltagspflichten wie Einkaufen, Bürokratie etc. reichlich zermürbt ist – dann greift Empörung um sich. Seit die Linken berufstätig sind, haben sie auch den Ethos rastloser Geschäftigkeit wiederentdeckt, und indem sie ihre politische Moral, der alle besseren Kanäle verschlossen sind, komplett in ihren Berufsalltag einbringen, werden sie am Ende die einzigen sein, die den Betrieb so maroder Institutionen wie Schule, Universität und Sozialfürsorge aufrecht erhalten.

Auffällig ist ein eiserner Vorhang aus Optimismus, der wie eine Festung verteidigt wird und jede Verständigung unmöglich macht. Ohne es recht zu merken, haben die berufstätigen Linken von den Institutionen, die sie zu unterminieren glauben, deren eigentümliches Verhältnis zum Rest der Welt übernommen. Was in dieser nicht in Ordnung ist, reduziert sich dabei aufs Funktionelle. Die Mißratenheit der Welt taucht nur noch in der Form auf, wie die Institutionen sie definieren: als Objekt der Macher und Organisatoren. In diesem Verhältnis zu den Unterprivilegierten, namentlich aber auch in diesem Verhältnis zu sich selbst, sind sämtliche alltäglichen Erfahrungen abgeblockt, an deren Radikalität sich die Revolution als lebendige Notwendigkeit erweisen würde: Grauen, Ekel, Entsetzen. Die Unfähigkeit, in sich selbst das trostlose Schicksal einer gescheiterten Existenz zu erkennen, entspricht der Fähigkeit, den Umstand, daß man ein paar armen Teufeln zu Almosen nach dem Bundessozialhilfegesetz verholfen hat, mit sichtlicher Befriedigung als Erfolgserlebnis zu verbuchen. Die Verhärtung gegen sich selbst korrespondiert dem sozialfürsorgerischen Verhältnis zu den anderen Menschen. Dessen Eiseskälte ist die Voraussetzung dafür, den Deformierten auch noch freundlich auf die Schulter zu klopfen. Als Objekte brauchen sie nicht ernst genommen zu werden. Ekel und Grauen, die das Wesen ihres wie des eigenen Daseins treffen würden, kann man sich daher sparen. Als Sterilität der eigenen Erfahrung haben auch die Linken den manipulativen Blick der Institutionen übernommen. Ihre voraussetzungslose Menschenfreundlichkeit verdankt sich dabei in Wahrheit weniger der politischen Überzeugung, als daß sie ein Erfordernis des Berufslebens ist: als Lehrer ist man gezwungen, mit den Schülern auszukommen, und sei es durch Anbiedern.

Freilich hat der Vorhalt, den Berufstätigen auf seine gestiegene Verantwortung aufmerksam zu machen, ein wahres Moment, von welchem die Verkehrtheit des Ganzen erstaunliche Energie bezieht. Unbestreitbar bedeutet Berufstätigkeit eine Zäsur, die dem sehr gebrochenen, aber vorhandenen Glück der Leichtlebigkeit von Studenten, Hippies, Gammlern, Trampern und Gelegenheitsarbeitern ein bitteres Ende bereitet. Deren Glück verdankte sich wesentlich der Exterritorialität ihrer Existenz, insofern diese aus dem

integralen Zusammenhang von objektiver Schuld, Pflicht, Nichtigkeit und Monotonie herausfiel, den das Berufsleben bildet. Als Gammler kann man den lieben Gott auch mal einen guten Mann sein lassen und ist gleichwohl nicht zwangsläufig sofort ein objektiver Bückling mit allen subjektiven Konsequenzen. In seiner unmittelbaren Existenz – so wie er dahinlebt, faulenzt, sich langweilt, keinen Finger krumm macht – ist bereits der Widerstand gegen den Zwangszusammenhang und die Emanzipation von ihm vorhanden, ohne welche man heute keine glückliche Sekunde mehr erlebt. Im Beruf hingegen, zumal als Beamter im Sozialisationssektor, schaffen schon die vielfältigen Bestechungsgelder (über das Gehalt hinaus – welches allein schon durch seine grundlose Höhe in Relation zur eigenen Leistung die Form von Schmiergeld annimmt, mit dessen Zahlung der Geber anrüchige Erwartungen verbindet – gibt es verbilligte Wohnungen, Weihnachtsgeld und endlos viele Beihilfen) die Verpflichtung zu aktiver Untreue, will man sich moralisch behaupten.

Richtig zu leben wird also schwerer. In der Arbeit selbst ist man mit Macht ausstaffiert, die Spontaneität verantwortungslos macht und damit tendenziell liquidiert. Als Lehrer oder Dozent muß man sich die Genugtuung verkneifen, einem blöden Esel auch mal nach Herzens Lust die Meinung zu sagen. Man riskiert sonst dessen Depression oder das eigene Disziplinarverfahren. Als Angestelltem des Staates stehen einem dessen Machtmittel zur Seite: Hausrecht, und dahinter immer irgendwo Polizei, Bundesgrenzschutz etc. Auf sie zu verzichten ist dem subjektiven Belieben des Einzelnen, eigentlich seiner Gutmütigkeit anheimgegeben. So bleibt auch der Verzicht auf Herrschaft, der freundliche antiautoritäre Ton im Umgang mit Schülern und Studenten stets gönnerhaft: unmittelbare Solidarität zwischen Mächtigeren und Ohnmächtigeren kann es beim besten subjektiven Willen nicht geben. Solange hinter jedem Lehrer in letzter Instanz die Bundeswehr steht, bleibt seine Solidarität mit den Schülern Programm. Als Veranstaltung des Staates setzt jedes Seminar den politischen Ambitionen des dort Dozierenden Grenzen, auf die sich kein politischer Anspruch festnageln lassen darf, wenn er einer bleiben will. Im Seminar kann man freundlich zu den Studenten sein, richtige und radikale Dinge sagen, unermüdlich die falschen Vorstellungen aufnehmen, aufdröseln, zurechtrücken – und dies ist schon schwer genug. Richtige Theorie kommt immer mit dem Radikalen-Erlaß in Konflikt, und man muß ständig auf der Hut sein, daß dieser nicht unbemerkt das gesellschaftstheoretische Interesse von den wichtigen Gegenständen weg und hinein ins uferlose seichte Meer der soziologischen Literatur lenkt, zu welchem Ablenkungsmanöver die Konkurrenz mit den Kollegen das ihre beiträgt. Fürs Aufdröseln und Zurechtrücken der falschen Vorstellungen ist dann die Unbefangenheit gegen den Radikalen-Erlaß noch längst keine hinreichende Bedingung: so komplett falsch, wie die Vorstellungen heute

sind – und keineswegs nur bei den Studenten, sondern auch in sämtlichen gedruckten Niederschlägen der Disziplin, die sie lernen sollen, und schließlich auch bei einem selbst überall dort, wo man nicht gerade ausgiebig und scharf nachgedacht hat –, erforderte diese Arbeit einen der ausgestorbenen Geistesriesen, die souverän über eine enzyklopädische Kenntnis ihrer Disziplin verfügten. So ist man stets in Gefahr, seine ganze Kraft in einen blöden Beruf zu stecken und vor lauter wissenschaftlicher Betriebsamkeit das Denken zu vergessen. Aus der Aporie, daß man eigentlich über die ganze Tradition des Wissens verfügen müßte, sich dieses aber als Produkt des die Menschen verdummenden Spätkapitalismus, welches man selber ist, nur um den Preis des Verzichts aufs Denken, also gar nicht aneignen kann, weil allein sein Volumen in grotesker Relation zum dem schwachen Ich gerade noch Kommensurablen steht – aus dieser Aporie gibt es kein Entkommen. Jedenfalls muß man der Gefahr begegnen, sich unter Konkurrenz- und anderen Nöten vom aufgehäuften Wissen überwältigen zu lassen und dadurch zu verdummen. Dies nämlich ist der Punkt, an dem sich individualgeschichtlich die Dialektik der Aufklärung reproduziert: Nachdem das Denken, naturwüchsig weitertreibend, sein Subjekt verzehrt hat, welches einst der Logik, wo sie gegen den Menschen war, Einhalt gebieten konnte, wird es selbst so unmenschlich wie dumm.

So müßte also der Appell ans Verantwortungsbewußtsein des Berufstätigen, statt diesen zu intensivstem Engagement in seinem Beruf zu animieren, welches sich ohnehin kaum vermeiden läßt, mit weit mehr Berechtigung von ihm verlangen, daß er nicht mehr Zeit und Kraft in seine Berufstätigkeit investiert, als sich angesichts von deren borniertem Charakter politisch überhaupt verantworten läßt. Wie freundlich nämlich der Ton und wie richtig und radikal die Theorie auch sein mögen, stets bleibt im Seminar die Praxis von seiten des Dozenten zwangsläufig tabu, und zwar nicht nur aus beamtenrechtlichen Gründen – schon die offene Aufforderung, gemeinsam an einer militanten Demonstration teilzunehmen, würde die Entlassung zwangsläufig nach sich ziehen –, sondern auch aus strukturellen Gründen. Schon den Seminarbetrieb kann der Dozent nicht wirklich verändern, weil eine verordnete, nicht von den Betroffenen erkämpfte Veränderung (in welchem Kampf diese ihr Selbstbewußtsein, und das wäre die reale Veränderung, gewinnen würden) keine ist – die sozialistische Revolution wird nicht von aufgeklärten objektiven Unterdrückern gemacht, die jene den Untergebenen befehlen. Die den Untergebenen großmütig, jovial, gönnerhaft gewährte Macht ist für diese keine wirkliche, sondern wirklich ist für sie nur solche Macht, die sie sich selbst genommen haben und auch verteidigen können. Schließlich wäre auch der linke, gutwillige Dozent bei einer wirklichen Veränderung deren objektives Opfer, wie sehr er sie subjektiv – vielleicht – auch begrüßen mag: zumindest würden sein Gehalt auf das

Durchschnittseinkommen reduziert und alberne Privilegien wie separates Büro etc. gestrichen. So ist der Dozent auch weitgehend machtlos gegen die Apathie der Studenten, die gerade im Seminarbetrieb ihren objektiven Ursprung hat, weil dieser allein den Dozenten berechtigt, sich als Subjekt zu behaupten: mag er auch leeres Stroh dreschen, seine Worte zählen. Daraus entwickeln sich Motive genug, auch mal einen vernünftigen Satz zu formulieren. Die Aufmerksamkeit, die ihm aus anderen als theoretischen Gründen gezollt wird, ist das Medium, in dem sich auch theoretisch ganz gut arbeiten läßt: wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand (heute auch nicht mehr). Wie wenig ein Dozent vom Seminar auch profitieren mag, in Relation zu den Studenten ist er immer noch sein erster Nutznießer. Wirklich verändern kann nur, wer als einer der Betroffenen allein und gemeinsam mit anderen den Seminarbetrieb, also auch seinen leiblichen Repräsentanten, den Dozenten angreift. Das aber kann der Dozent nicht selber tun. Desgleichen verliert seine Aufforderung zu revolutionären Taten ihren revolutionären Gehalt. Als angeordnete, nicht im Widerstand zu jeglichem Anordnenden entwickelte, ist sie auch schon integriert. Diese Gefahr besteht gerade auch fürs Lehren revolutionärer Theorie. Insofern diese als Veranstaltung des Staates figuriert, werden ihr auch schon die Fangzähne gezogen. Vernünftige Theorie mitteilen zu müssen einerseits, andererseits diese durch den akademischen Rahmen der Mitteilung zu integrieren und den Widerstand damit theorie- und sprachlos zu machen, den Revolutionären ihre Theorie zu stehlen – dies ist die Aporie eines jeden, der als Angestellter des Staates so tun muß, als träfe er im Seminar nur um der Sache selbst willen mit anderen Menschen zusammen (wie in einer politischen Gruppe, die sich aber aus freien Stücken versammelt hat), um die richtige Vorstellung von der Gesellschaft und deren Veränderung zu diskutieren.

Weil die berufstätigen Linken diese Schwierigkeiten nicht sehen, an denen die Realisierung ihres politischen Anspruchs im Berufsalltag scheitern muß – was auch eine verdächtig bequeme Lösung wäre: wäre die Revolution so einfach, daß man für sie auch noch besoldet und mit akademischen Ehren versehen wird, dann wäre die Gesellschaft gar nicht so schlecht und die Revolution eigentlich überflüssig –, opfern sie sich, wie alle Angestellten, im Beruf auf und verzichten auf mit diesem nicht vereinbare politische Aktionen. Wenn sie dabei griesgrämig und verbittert werden, müssen sie sich nicht wundern, existiert doch das Glück gerade für sie, die keine Gammler mehr sind, nur noch in der befreienden Tat. Weil sie resigniert haben, predigen sie Optimismus: preisen die große Zahl linker Lehrer und Dozenten, die schon im Vergleich zu 1965 riesig ist und stets noch anschwillt, erwarten von diesen Wunderdinge und übersehen dabei, daß der Widerstand der Schüler und Studenten gegen sämtliche Lehrer und Dozenten, an welchem die Protestbewegung ihr Leben hatte, zusammengebrochen ist.

Matthis Dienstag

Wider einen linken Saubermann

Wer Wolfgang Trakl gegenüber als Anwalt einer frisch-fröhlichen linken Berufspraxis auftreten wollte, wäre von Anfang an der Dumme. Seine Thesen mögen einen noch so sehr in Harnisch bringen – wenn man gegen sie vom Leder zieht, trifft man nur sich selbst, sofern man noch irgendwie festhält an der zum Schluß beschworenen (im Grunde aber im ganzen Text gegenwärtigen) Protestbewegung und den von ihr gesetzten Erwartungen. Deren Unbedingtheit verbietet es auch, zu verharmlosen (»es ist doch nicht ganz so schlimm«) oder zu differenzieren (»es gibt doch solche und solche Linke«) oder auch, wozu Trakls Thesen in der Tat verführen, sie *ironice* zur absurden Konsequenz zu treiben, etwa dieserart: also, liebe linke Lehrer und Dozenten, werdet gefälligst autoritär und reaktionär, um eurer Schüler und Studenten Widerstand gegen euch zu wecken, denn allein darauf kommt es an . . . Trakl könnte sofort und mit einigem Recht einwenden: gerade diese Haltung wird ja heute von den Jugendlichen goutiert, auf Widerstand trifft eher der antiautoritäre Linke, doch dieser Widerstand geht in die falsche Richtung, und eben das ist das Dilemma, das ich meine und das ihr nicht seht . . . In dieser dialektischen Schraubenbewegung, die nie an ein Ende zu kommen braucht, behielte Trakl immer wieder recht, und wer sich darauf einließe, würde nicht nur auf seine Argumentation hereinfallen, sondern letztlich auch auf das, woraus sie erwächst: sein nichts als unglückliches Bewußtsein.

Ich halte Trakls Diagnose nicht etwa für falsch. Auch das Klageweib, das vor einem Leichnam heult, weint ja nicht die falschen Tränen. Aber irgendwann läßt es ihn liegen, während jener sitzen bleibt und weiter heult, und keiner könnte ihm weismachen, die Leiche sei plötzlich weniger tot, die Welt weniger öde, das Wehklagen weniger angebracht. Kurz, Trakl behält recht. Ich will versuchen, den Rahmen, in dem er recht behält, aus seinem Text zu rekonstruieren.

1. Es gibt da zunächst das »schlechte Ganze«, repräsentiert durch den Staat und seine allgegenwärtigen Institutionen, die alles überwuchern und aussaugen. Wer in ihnen arbeitet, ist Teil dieses »Zwangszusammenhangs«, hinter ihm stehen »immer irgendwo« Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr bereit, so daß jede Veränderung, die er erwirkt, und sei sie auch gegen den Staat gerichtet, letztlich durch dessen Machtmittel erwirkt, also »verordnet« ist, und jede kritische Lehre, als »Veranstaltung des Staates«, von diesem »gestohlen« und »integriert« wird. Und nicht genug mit diesem gefräßigen Ungeheuer: auch »das Denken« hat sich zum Leviathan ausgewachsen, hat sein Subjekt, das ihm einstmals gebieten konnte, »verzehrt« und wird damit »so unmenschlich wie dumm«. Es scheint dem Spätkapitalismus, der seinerseits die Menschen verdummt, kongruent zu sein.

2. Dem gegenüber, nein: mitten darin, im Bauch dieses doppelten Leviathan, sitzen nun die Subjekte »mit schütterem Haar, verbitterter Seele, eisernem Pflichtgefühl und schlaffen Gliedern« und halten die sie verdauenden Institutionen am Leben, ob sie wollen oder nicht (s. o.). Und gerade die es nicht wollen, scheinen es am nahrhaftesten zu tun und »werden am Ende die einzigen sein, die den Betrieb so maroder Institutionen wie Schule, Universität und Sozialfürsorge aufrecht erhalten«: weil sie ihr Engagement, ihre »politische Moral« in diesen Bauch einbringen, der sie verzehrt.
3. »Moral« – das ist die Gegenmacht zum schlechten Ganzen. Nur wer sich zu ihr bekennt, kann sich behaupten, kann gerettet werden: moralisch. Aber sie verlangt ihren Tribut: man darf nur einen Teil seiner Zeit und Kraft in seine Berufsarbeit investieren, nicht mehr, als sich politisch-moralisch »verantworten« läßt, und man muß sich schon durch ein Lehrergehalt »bestochen« fühlen und dessen Annahme durch »aktive Untreue« wettmachen. (Aber bleibt nicht auch solche Untreue, da durch staatliche »Schmiergelder« motiviert, letztlich eine Veranstaltung des Staates?) Schwer lastet diese Verantwortung auf dem »schwachen Ich«, und »Glück« ist ihm nicht beschieden, denn Glück existiert für die, die keine Gammler mehr sind, »nur noch in der befreienden Tat«, und diese (wen oder was immer sie befreien mag) ist offenbar zu teuer.
Was folgt aus diesem »Weltbild«? Zwei Absoluta, das »schlechte Ganze« und die gute »Moral«, stehen einander unerbittlich gegenüber, aber nicht etwa auf derselben Realitätsebene, vielmehr ist das eine sozusagen diesseitig, das andere jenseitig (oder nur innerpsychisch?), und das schwache Ich steht nicht etwa zwischen ihnen, sondern ist dem einen mit Haut und Haar (und Hirn) verfallen, sonst könnte es gar nicht leben (auch Trakl will ja leben, was für ihn spricht) und rankt sich bestenfalls »moralisch« am zweiten empor – zieht sich an seinem moralischen Verantwortungsbewußtsein ein wenig aus dem Sumpf der kaputten Zufriedenheit, hinauf in die Bel étage des unglücklichen Bewußtseins, von der aus es die da unten mit Schimpf und Hohn bedenkt.
Einer, der »scharf nachgedacht« hat, erklärt uns: »Nachdem das Denken, naturwüchsig weitertreibend, sein Subjekt verzehrt hat, welches einst der Logik, wo sie gegen den Menschen war, Einhalt gebieten konnte, wird es selbst so unmenschlich wie dumm.« Die Logik *dieses* Denkens aber gründet im *isolierten Subjekt* (sei es nun verzehrt oder nicht). Denn sonst ergäbe es keinen Sinn, das Ganze (das System, den Staat etc.) als so allgewaltig und alles verschlingend zu beschreiben, wie Trakl es tut; woraus zwingend wieder die Ohnmacht des isolierten Subjektes jenem Leviathan gegenüber folgt: es kann nicht gegen ihn an und braucht es deshalb gar nicht erst zu versuchen. Der staatlich geschmierte Quietismus ist damit aber erst negativ gerechtfertigt – die positive Rechtfertigung besorgt *die Moral*, die ebenso zur Wesenheit erhoben wird und ebenso eine subjektive Setzung ist wie jenes Untier. Vom

einen wird das Subjekt physisch ernährt (»da man von revolutionärer Theorie und Praxis allein leider nicht leben kann«), vom anderen psychisch gestärkt (». . . sich moralisch behaupten . . .«) angesichts von »Grauen, Ekel, Entsetzen«, die es zur Revolution motivieren. Die Beziehung zwischen *Moral* und *Revolution* wird nicht präzisiert, ist aber erkennbar: Revolution als zugleich spontaner und eschatologischer Vollzug des moralischen Absolutismus des Subjekts. Formeln wie »Aufforderung zu revolutionären Taten«, »Verzicht auf revolutionäre Aktionen«, »befreiende Tat« etc. verweisen auf Akte der (imaginären) Befriedigung des Subjekts, das sich die erwünschte Veränderung nicht mehr anders als mit der Waffe in der Hand vorstellen kann, aber doch nicht mag. Kurz, das Glück (der Gammler oder Terroristen) ist ihm versagt; was bleibt, ist das unglückliche Bewußtsein.

Hinter all dem steht, wie gesagt, die Erfahrung der Protestbewegung, aber sie ist um eine entscheidende Dimension beschnitten: ihre (wenn man so will) naive, illusorische Hoffnung, ihr (wenn man so will) naives, illusorisches Kollektiverlebnis. Sie ist damit zurückgefallen auf den intellektuellen Status, von dem sie einst – bekümmerten Hermetismus in unbekümmerten Aktionismus wendend – ihren Ausgang genommen hatte: auf die unglückliche Gescheitheit adornistischer Klageweiber. Wenn diese Position ihre Wahrheit hatte und heute »tendenziell« wieder gewinnt, so deshalb, weil sie der exakte Ausdruck eines schlechten Bestehenden ist, das sie strafend nennt und zugleich – ontologisiert: *so ist es*, man kann nichts machen, man kann sich nur mit Maßen rein erhalten, indem man diesen Zustand anprangert im Namen einer Moral, die – da durch keine geschichtliche Tendenz, keine politische Bewegung getragen – nur im privaten Bewußtsein existiert, nur von ihm garantiert wird. Veränderung kann dann nicht mehr von konkreten Menschen, die ja dem ontologisierten Bestehenden verfallen sind, erwirkt werden, sondern nur noch – ja wie? Vielleicht durch einen Blitz aus heiteren (oder trüben) Himmeln, durch ein Wunder, durch eine Katastrophe, durch den endlichen Exitus des so oft schon totgesagten Systems?

Für verändernde Praxis bleibt jedenfalls kein Raum, der über die Innenwelt nennenswert hinausreichte. Trakls Rezepte – »wirklich verändern kann nur, wer . . . den Dozenten angreift«, denn »wirklich ist (für die Untergebenen) nur solche Macht, die sie sich selbst genommen haben«, »in welchem Kampf diese ihr Selbstbewußtsein, und das wäre die reale Veränderung, gewinnen würden« – verweisen, beim Wort genommen, auf den »Einzigen und sein Eigentum«. Der kann nicht mehr tun, als auf die große Umwälzung warten (die deshalb nie kommen wird) und unterdessen seine Moral sauber halten.

Das alles folgt stimmig aus dem oben skizzierten Rahmen. Aber der ist nicht Trakls Privateigentum. Er teilt ihn vielmehr mit einer großen Zahl heutiger Linker, gerade auch solcher, die in der Berufspraxis stehen und von seinem bösen Blick scharf erfaßt werden – sie haben, anders als jener, den Schmerz

der Diskrepanz zwischen dem »Ganzen« und ihrer »Moral« betäubt oder die beiden Teile ihres Kosmos verschiedenen Teilen ihres Tages zugeordnet. Er teilt ihn (verstohlener) sogar mit vielen Kader-Organisierten, nur daß in deren manichäischem Weltbild die »Moral« als *richtige Linie* auftritt, die sich letztlich im ZK verkörpert, das alle Verantwortung trägt und damit das Mitglied moralisch entlastet. Unterschiedlich ist jedoch die Einstellung zur Revolution: während die K-Gruppen sie sozusagen in Ketten mit sich führen und die berufsintegrierten Ex-Spontis sie (wenn überhaupt noch) an der langen Leine laufen lassen, hält Trakl sie förmlich am Halsband – aber sie knurrt nur, denn sie hat einen Berufs-Maulkorb um, und das wurmt ihn. Es wäre in der Tat »eine verdächtig bequeme Lösung, wäre die Revolution so einfach, daß man für sie auch noch besoldet wird«. Aber wer unterstellt das denn, wenn nicht der unglückliche linke Dozent, der das Wort »Revolution« so inflationär gebraucht, daß es fast noch den Entschluß, mal im Bett liegen zu bleiben statt ein blödes Seminar zu halten, decken kann? Dabei verliert allerdings seine »Aufforderung zu revolutionären Taten« jeden »revolutionären Gehalt« und verkommt zur (verkniffenen) Anpreisung einer nur privaten Revolte: heute machen wir mal Putz!

Konkreter gesagt: ein »politischer Anspruch«, dessen Realisierung im Berufsalltag scheitert, und zwar so, wie Trakl es trefflich beschreibt, verdient kein besseres Los. Er ist zu kurzatmig, ist zu sehr (wenn nicht ausschließlich) auf persönliche Befriedigung gerichtet. Dieser Subjekt-Unmittelbarkeit der »revolutionären Tat« korrespondiert die zur Lähmung verdammende – oder sie rationalisierende – Kurzschlüssigkeit, mit der Trakl »hinter jedem Lehrer in letzter Instanz die Bundeswehr« stehen sieht.

Berufsperspektiven? Zwischen »letzter Instanz« und »letztem Gefecht« bleibt für den linken Saubermann wenig Raum; dauernd stößt, beschmutzt, kompromittiert, versündigt er sich irgendwo, während andere, weniger strotzende Subjekte auf demselben Platz forsch oder verdrossen vor sich hin werkeln. Wenn es Alternativen zu den beiden Haltungen gibt, können sie sicher nicht beschlossen, sondern nur erschlossen werden, und zwar in der Berufspraxis selbst: als zunächst wohl individuelle, aber in der Perspektive kollektive Wege. Das wäre politische Arbeit als gesellschaftliche und nicht als deren Gegenpart. (Und was das »unglückliche Bewußtsein« angeht: es ist bestimmt nicht das Ziel eines solchen Weges, es ist vielmehr sein Ausgangspunkt, den unterwegs zu verleugnen und zu verdrängen allerdings gefährlich sein kann.)

Rosemarie Kamp / Julie Merten
Grund-Schulung

Unsere Schule ist ein gutausgestatteter Neubau in Westberlin. Die Schüler entstammen unterschiedlichen sozialen Schichten, wobei der Anteil der Facharbeiter- und Angestelltenkinder überwiegt.

Am Anfang unserer Berufstätigkeit fühlten wir uns absolut überfordert: Wir sollten plötzlich in eigener Verantwortung den Kindern Lerninhalte vermitteln, die wir uns selbst erst aneignen mußten, wir standen den Eltern, die meistens älter als wir waren, als Klassenlehrerinnen gegenüber, wir mußten mit Kolleginnen und Kollegen kommunizieren lernen, wir mußten ständig schulorganisatorische, bürokratische Angelegenheiten regeln; durch die Seminare zur Vorbereitung des 2. Staatsexamens wurden Anforderungen an uns gestellt, und das Unterrichten war, abgesehen von wenigen Versuchen während des Studiums, völlig neu für uns. Wir fühlten uns von »Schule« beherrscht und konnten an nichts anderes denken.

Es war sehr schwierig, mit dem Sprung vom Studentendasein zur Berufstätigkeit fertig zu werden. An der Hochschule konnten wir uns die Seminare aussuchen, die uns interessierten. Zeit und Arbeitsintensität konnten wir uns weitgehend selbst einteilen, und die Leute, mit denen wir zusammenarbeiteten, hatten einen ähnlichen politischen und persönlichen Hintergrund. Dadurch, daß wir es mehrere Jahre lang fast ausschließlich mit Gleichgesinnten zu tun hatten, wußten wir zu Beginn unserer Berufstätigkeit nicht, wie wir uns »Anderen« gegenüber verhalten sollten. Wir wagten es nicht, uns in der Schule politisch zu äußern, weil wir Angst hatten, uns als politisch »Radikale« zu verraten. Wir erzählten nichts über unser Leben außerhalb der Schule, denn wir wohnten in einer Wohngemeinschaft und konnten mit keinem »festen« Freund oder gar mit Ehemann aufwarten. Andererseits ärgerte uns unser Opportunismus und es stellte sich die Frage, was denn unser »Linkssein« ausmachte, wenn es sich nirgends äußerte.

Während des Studiums hatten wir Probleme, die auftauchten, zu lösen versucht, indem wir sie mit Freunden diskutierten. Am Anfang unserer Lehrertätigkeit klappte diese Art der Problemlösung nicht mehr so gut. Entweder erzählten wir »stories« aus der Schule, die meist keine Diskussionsgrundlage darstellten und die den meisten Leuten nach einer Weile unendlich auf die Nerven gingen, oder wir wollten, wenn wir die Schule verlassen hatten, nicht mehr über Dinge, die die Schule betrafen, nachden-

ken, geschweige denn reden. Wir wollten sie vielmehr vergessen und »endlich wieder etwas anderes denken«. Wir gingen bis spät nachts in Kneipen, schauten uns idiotische Fernsehfilme an oder taten sonst etwas zur Ablenkung. Das klappte natürlich auch nicht, denn wir wußten, am nächsten Morgen mußten wir aufstehen und dann fing alles wieder von vorne an. Nach ein paar Wochen waren wir auf dem absoluten geistigen und körperlichen Nullpunkt angelangt. Gereizt oder deprimiert, von Erkältungen geplagt, schleppten wir uns von Wochenende zu Wochenende und sehnten die Ferien herbei.

Früher oder später gelangt wohl jeder junge Lehrer in diesen Zustand, und es gibt viele »linke« Lehrer, die resignieren und ihre Tätigkeit aufgeben.

Das Gefühl des Überrolltwerdens, der Fremdbestimmtheit und des Streß überwanden wir zum großen Teil, indem wir lernten, ein besseres Verhältnis zur Arbeit als Lehrer zu kriegen und politische Vorstellungen und Berufsarbeit in einen Zusammenhang zu bringen. Viele Schwierigkeiten, die in der Schule auftauchen, lassen sich schulimmanent nicht lösen. Die Einsicht in das politische Ziel, die kapitalistische Gesellschaft grundlegend zu verändern, wurde durch unsere konkreten beruflichen Erfahrungen verstärkt. Wir wollen im folgenden auf die Bereiche eingehen, in denen man als Lehrer aktiv und positiv verändernd eingreifen kann, und versuchen, diese Tätigkeitsbereiche in unsere weitergehenden politischen Vorstellungen einzuordnen.

Zuvor aber noch einige Bemerkungen über die positive Bedeutung, die die Berufstätigkeit für unser ganz subjektives Dasein mit sich gebracht hat. Die Regelmäßigkeit der Arbeitszeit und die Anstrengungen, die damit verbunden sind, zwingen uns, mit unseren Kräften hauszuhalten. Der Ungeduld, alle Probleme sofort und restlos lösen und beseitigen zu wollen, hat die Fähigkeit, Dinge realistisch einschätzen und auch mit Widersprüchen leben zu können, Platz gemacht. Seit wir als Lehrerinnen arbeiten, haben wir das Gefühl, realitätstüchtig zu sein.

1. Einbruch des Schulalltags

Wenn ein Linker in die Schule kommt, will er mit seiner Arbeit zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse beitragen: durch Aufklärungsarbeit im Unterricht, Unterlaufen der Schulordnung, Agitieren von Kollegen. Er versteht sich als Anwalt der Kinder, insbesondere der Gruppen von Kindern, die in unserem System der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse angehören – Arbeiterkinder, Kinder von Ausländern, Heimkinder . . .

Von dem Zeitpunkt an, wo man als Lehrer die Schule betritt, begibt man sich automatisch in Widerspruch zu diesen Intentionen. Man hat in der Schule die Funktion zu erfüllen, die Qualifikationen herauszubilden, die den Anforde-

rungen der Gesellschaft hinsichtlich Arbeitskräftebedarf und politischer Funktionstüchtigkeit der Individuen entsprechen. Um die Erfüllung dieser Anforderungen durch den Lehrer zu gewährleisten, existieren eine Reihe von Vorschriften und Normen: Beamtengesetze, Schulrecht, Rahmenrichtlinien, die die Bereiche Lehrerverhalten, Schulorganisation, Unterrichtsinhalte und -organisation beschreiben und eingrenzen. Das heißt konkret: als Beamte haben wir der politischen Mäßigungspflicht zu genügen; jede einseitige Beeinflussung der Schüler ist unzulässig. Im Schulrecht ist festgelegt, daß wir Zensuren zu geben haben, daß wir eine ganz bestimmte Anzahl von Klassenarbeiten schreiben lassen müssen . . . Die Rahmenpläne geben die Richtung der Unterrichtsarbeit an und setzen einen Rahmen für quantitative und inhaltliche Anforderungen an die Unterrichtsarbeit. Darüber hinaus können wir zusätzliche Inhalte und Formen »nach eigenem Ermessen« einsetzen. Aber wer die Themenkataloge der Rahmenpläne kennt, der weiß, unter welchen Druck der Lehrer gerät, der alle diese Themen behandeln will. Hinzu kommen die Kontrollmechanismen der Schulbürokratie. Besonders die zweite Ausbildungsphase mit Unterrichtsbesuchen, Leistungsbeurteilungen und Prüfung bringt eine starke Kontrolle und Disziplinierung der Lehrer mit sich.

Auch die Erwartungen, die von Eltern und Schülern an den Lehrer gestellt werden, begrenzen seinen Handlungsspielraum. Hier hat der Lehrer zwar häufig die Möglichkeit, Einfluß auf die Erwartungen auszuüben, indem er seine Erziehungsprinzipien, Unterrichtsinhalte und -formen erklärt, aber nicht immer sind die Eltern bereit, ihre Erwartungen zu modifizieren – insbesondere hinsichtlich nicht erfüllter Leistungsansprüche und eines für ihre Begriffe nicht genügend rigiden Unterrichtstils.

Weitere Faktoren, die dem Lehrer die Arbeit ganz gehörig erschweren, sind die hohen Klassenfrequenzen, die Tatsache, daß er häufig in fünf oder sechs unterschiedlichen Fächern unterrichten muß, für die er keinerlei Ausbildung hat, daß die Zeit, die er für die Unterrichtsvorbereitung zur Verfügung hat, immer nur eine minimale Vorbereitung erlaubt, und daß von dieser Zeit noch ein Großteil für Routine- und Verwaltungsaufgaben abgeht.

Vom ersten Tag Schuldienst an stellt man fest, daß alle diese Faktoren dem eigenen Selbstverständnis entgegenwirken; sie umfangen einen wie eine gewaltige Umklammerung, in der man sich hilflos und eingeengt fühlt. Die zunächst allein denkbaren Reaktionen sind, sich der mächtigen Umklammerung zu fügen und in ihr zu funktionieren oder sie zu sprengen und seinem Selbstverständnis, mit dem man den Dienst angetreten hat, wieder Geltung zu verschaffen.

Das kann man machen, indem man die vorgegebene Schulordnung übertritt, den Unterricht als Agitationsfeld für die eigenen politischen Vorstellungen benutzt, die Kollegen beschimpft – denn danach steht einem zunächst mal

der Sinn, wenn man erlebt, welches Verhältnis viele von ihnen zu ihrer Arbeit und zu den Kindern haben. Damit erreicht man dann garantiert folgendes: Chaos in der Klasse, Unverständnis und Protest der Schüler, Beschwerden der Eltern, Isolierung im Kollegium, Disziplinarverfahren, Rausschmiß. Das alles wirbelt meist eine Menge Staub auf; einige Genossen meinen, durch diese Konfliktstrategie würden verfestigte Strukturen in Institutionen und im Bewußtsein aufgebrochen und Lernprozesse initiiert. Nach unseren Erfahrungen ist das Gegenteil der Fall: Die Abwehr gegen linke Lehrer verstärkt sich, Kollegen, Eltern und »Öffentlichkeit« fühlen sich bestätigt in ihrer Meinung über die »Dogmatiker und Chaoten« – und sind stolz, den Angriff auf die bestehende Ordnung abgewehrt zu haben; die Identifizierung mit eben dieser Ordnung wird stabilisiert. Was hat sich verändert? Nichts! Jedenfalls nichts im positiven Sinne.

Wie aber kann man auf die vorgefundenen Bedingungen reagieren, wenn nicht auf den beiden beschriebenen Wegen? Wie haben wir auf diese Situation reagiert? Die ersten Monate im Schuldienst waren gekennzeichnet vom verzweifelten Versuch, mit dem »Schulalltag« fertigzuwerden, Kontakt zu den Kindern zu kriegen, organisatorische Probleme zu bewältigen, handwerkliche Grundvoraussetzungen für Unterrichtsplanung zu erarbeiten. Diese Dinge nahmen unsere Energie so sehr in Beschlag, daß der politische Anspruch in dieser Zeit von uns weggeschoben wurde und sich nur negativ ausdrückte, in Form von Verzweiflung und schlechtem Gewissen.

Sicher haben sich im Laufe des ersten Jahres auch unsere politischen Ansprüche modifiziert – sie wurden zurückgeschraubt, aber sie wurden auch realitätsgerechter, als sie es an der Hochschule waren. Im Laufe der jetzt dreijährigen Dienstzeit in der Schule ist es uns jedoch, in einem sicher nicht bruchlosen Prozeß, gelungen, eine Identität als Lehrer herauszubilden, die bisher weder zu totaler Resignation noch zum Rausschmiß geführt hat. Diese Identität ermöglicht es uns, den Widerspruch zwischen politischen Ansprüchen und Beruf nicht nur auszuhalten – in dem Sinne: hier politische Vorstellung, dort Job, mit dem ich mein Geld verdiene –, sondern ihn auch fruchtbar zu machen, für uns selbst wie für die Kinder.

Wie das möglich ist, soll im folgenden anhand ganz konkreter Erfahrungen in der Unterrichtsarbeit, der Elternarbeit und der Arbeit mit den Kollegen dargestellt werden. Daraus ist sicherlich keine Strategie abzuleiten – es sind hier nur ganz subjektive Erfahrungen und Lernprozesse dokumentiert, die sicher stark beeinflußt sind von der spezifischen Situation an unserer Schule, in unserer Schulstufe und von der Tatsache, daß wir in Westberlin leben. Trotzdem scheinen unsere Erfahrungen eine Tendenz aufzuweisen, die sich auch bei anderen Genossen und in anderen Berufen andeutet.

2. *Die Schüler*

Als ich die Unterrichtsarbeit beginne, ist A. ein Junge, vor dem ich von vornherein gewarnt werde. »Der wird Ihnen Schwierigkeiten machen. Aufmüpfig, frech, dumm, schlampig, klaut . . .« Die Verhältnisse zu Hause sind mies, vier Kinder, Vater Kohlenträger, säuft, verprügelt Kinder und Frau, enge Wohnverhältnisse. A. probierts tatsächlich gleich, spielt den Clown, versucht mich lächerlich zu machen . . . Ich beachte das nicht weiter, trage es ihm nicht nach, spreche viel mit ihm, kümmere mich um ihn, hebe auch seine Fähigkeiten und guten Einfälle in der Klasse hervor. Das sind Dinge, die einem selbstverständlich erscheinen. Tatsache ist, daß meine Reaktion nicht die »normale« Lehrerreaktion ist. Die übliche Reaktion: Die Lehrer werden wütend, tragen dem Schüler die Frechheiten nach, sind nicht mehr in der Lage, die Leistungen objektiv zu bewerten, das Kind hat deshalb keine Lust mehr, etwas zu lernen, weil es doch nie bestätigt wird, flippt auf die Rolle als »frecher, fauler, dummer Schüler« ein. Das war die Erfahrung an unserer Schule. War A. ein Einzelfall? Sicher, bei anderen Schülern kostet es häufig mehr Kraft und dauert länger, bis sie die Rolle, in die sie durch Herkunft, Lehrer und Mitschüler hineingetrieben werden, ablegen können – manche schaffens nie. Aber uns erscheint jeder noch so kleine Erfolg in dieser Richtung äußerst wichtig für die betreffenden Schüler.

St., von der 1. Klasse an »verhaltensauffällig«, kann nicht stillsitzen, stört meistens den Unterricht durch Reden und das Necken anderer Kinder, wandert herum, paßt nicht auf – die Leistungen sind dementsprechend unterdurchschnittlich. Elternhaus: beide Eltern berufstätig, Vater Arbeiter, Mutter Verkäuferin, zwei Geschwister. Die Eltern stellen hohe Ansprüche an das Kind, wollen, daß etwas Besseres aus ihm wird, als sie erreicht haben. Die häufig erlebte Reaktion von Kollegen auf Kinder wie St.: »Das ist ein Sonderschulfall.« Einige glauben wirklich, daß das Kind nicht in der Lage ist, die Anforderungen der Grundschule zu erfüllen. Schlimmer sind die Kollegen, die eine möglichst problemlose Klasse haben möchten und auf diesem Wege die »schwierigen« Fälle abschieben. St. ist jetzt in der 3. Klasse. Er ist ein durchschnittlich begabter Schüler, zeigt teilweise erstaunliche Leistungen und ein gutes Sozialverhalten im Umgang mit den Klassenkameraden. Was wäre aus ihm geworden, wenn er in der 1. Klasse zum Sonderschultest angemeldet worden wäre? Die Tests fallen sehr häufig negativ für die Kinder aus, weil sie augenblickliches Leistungsvermögen, Intelligenz etc. statisch messen, aber Entwicklungsmöglichkeiten bei entsprechender pädagogischer Betreuung gar nicht erfassen können. So wird der Lebensweg eines Kindes bereits mit sechs Jahren festgelegt – denn die Berufsaussichten sind mit einer Sonderschulausbildung nicht eben vielfältig.

Wir könnten noch viele andere Fälle aufzählen von sogenannten »unterprivi-

legierten« Schülern, Ausländern, Heimkindern, Schulschwänzern etc., denen gegenüber viele Lehrer von vornherein Vorurteile haben und aus ihrem Selbstverständnis heraus Ansprüche stellen, die die Schüler nicht erfüllen können. Es ist jedoch möglich, die Kinder zu unterstützen, ihr Selbstbewußtsein zu stärken und durch einen Unterricht, der auch ihre Erfahrungen, ihren Lebenszusammenhang einbezieht, ihre Lernmotivationen zu entwikkeln. Ist das wenig?

Wichtig ist dabei, daß die Mitschüler in diesen Prozeß einbezogen sind, daß auch sie lernen, sich diesen Kindern gegenüber solidarisch zu verhalten, ihnen zu helfen, statt sie zu isolieren und abwertend zu behandeln.

D. kommt aus Griechenland. Ein freundlicher, selbständiger kleiner Kerl. »Er stinkt«, »ist dreckig«, mit ihm will niemand zusammensitzen, er hat keinen Freund – Reaktionen der Mitschüler. Klar, es ist ungeheuer schwer, die von Eltern, Bild-Zeitung und vielleicht auch von meinem Vorgänger in der Klasse aufgebauten Vorurteile abzubauen. Ich stoße immer wieder auf Ablehnung, wenn ich mit den Kindern darüber rede, werde moralisch, wütend – das macht alles nur noch schlimmer. Aber mit der Zeit merke ich, daß zumindest die Einheitsfront der Klasse gegen D. aufgebrochen ist. Einzelne Schüler nehmen ihn gegen Gemeinheiten in Schutz, spielen mit ihm . . . Wieder ein ganz winziger Erfolg. Beileibe nicht das, was sich Genossen gemeinhin unter dem »Lernziel Solidarität« erträumen. Mit der Zeit aber häufen sich die kleinen Erfolge – die Klasse setzt sich gegen einen Lehrer zur Wehr, der schlägt; sie schließen sich gegen mich zusammen, wenn sie meinen, ich hätte sie falsch behandelt; sie nehmen schwächere Schüler in Schutz.

Die kleinen Erfolge stehen in der Regel erst am Ende langer Prozesse, die voller Kämpfe und Rückschläge sind und die uns als Lehrer häufig bis an die Grenze unserer physischen und psychischen Belastbarkeit bringen. Es ist allerdings wichtig, daß wir mit der Zeit immer besser lernen, diese Erfolge zu registrieren und ernstzunehmen und daß sie nicht durch überhöhte Ansprüche verdeckt und geringschätzig beurteilt werden.

Die benannten Probleme in der Klasse machen wir auch zum Unterrichtsgegenstand, indem wir nicht nur über den Fall sprechen, der in der Klasse anliegt, sondern zum Beispiel das Problem der ausländischen Arbeiter auch an andern Fällen dokumentierten und reflektieren. Zeitungsberichte, Kindertheater (»Ein Fest bei Papadakis«), Rollenspiele sind einige Medien, durch die den Kindern das Problem auf breiterer Ebene nahegebracht wird. Andere Themen, die in die Schule hineinreichen und Konflikte produzieren, sind etwa: »Rolle von Mädchen und Jungen, Mann und Frau in unserer Gesellschaft«, »Die Arbeitssituation der Eltern«, »Wohnsituation« . . .

Hiermit soll nur angedeutet werden, welche politisch-gesellschaftlich relevanten Inhalte in der Grundschule erarbeitet werden können. Die Kriterien

für die Auswahl sind Interesse und Erfahrung der Grundschüler. Einschränkend ist zu sagen, daß insgesamt gesehen relativ wenig Zeit für die Behandlung solcher Inhalte bleibt. Im Zentrum der Unterrichtsarbeit gerade in den ersten Schuljahren stehen Lesen, Schreiben, Rechnen, und das Erlernen dieser Grundfertigkeiten und -techniken ist nur selten mit den oben genannten Themen zu verbinden (z. B. an bestimmten Lesestücken).
Die Art der Vermittlung gerade gesellschaftlich-politischer Probleme wirft für uns als Lehrer Probleme auf, die gar nicht so sehr Probleme von Schulrecht und Verwaltungsvorschriften sind, als vielmehr die Verarbeitungsmöglichkeiten der Schüler betreffen. Es hat keinen Sinn, die Schüler auf unsere Meinung zu den Inhalten verpflichten zu wollen. Die Schüler sind dem hilflos ausgeliefert, sie müssen dem Lehrer glauben, der ihrer Ansicht nach den höheren Informationsstand und die größere Übersicht über die Probleme hat. Ist die Position des Lehrers der der Eltern entgegengesetzt, so stehen die Kinder diesem Konflikt meist ratlos gegenüber, sind nicht in der Lage, zu entscheiden, welche Meinung die richtige ist. Da kommt es im Unterricht darauf an, verschiedene relevante Meinungen über ein Problem darzustellen und den Schülern Materialien und Handwerkszeug zu liefern, damit sie sich für eine dieser Meinungen entscheiden können. Die Schlüsse, die sie ziehen, müssen nicht unbedingt meiner Meinung entsprechen. Es scheint sinnvoller zu sein, daß die Schüler selbstbewußt eine Meinung vertreten, als wenn sie halbherzig und nur durch die Überzeugungskraft und Argumentationsstärke des Lehrers die »richtige« Position erlangen. Die würde sowieso nicht sehr stabil sein und spätestens beim Konflikt mit den Eltern fallengelassen werden. Man sollte darauf vertrauen, daß die Schüler, wenn sie gelernt haben, sich richtig mit einem Problem auseinanderzusetzen, mit der Zeit auch lernen, das Problem richtig zu beurteilen. Der Unterricht ist nur insofern nicht pluralistisch, als ich die Unterrichtsinhalte, Materialien, Formen der Auseinandersetzung nach meinem gesellschaftlichen Verständnis auswähle und vorgebe.
Ein Fehler, der uns hierbei immer wieder unterläuft, ist, zu ungeduldig zu sein, wenn die Schüler nicht kapieren, was wir ihnen vermitteln wollen – wenn sie aus dem Unterricht nicht die Schlüsse ziehen, die für uns eigentlich eindeutig sind; und ihnen nicht die Zeit für den Lernprozeß zu lassen, so wie er oben beschrieben wurde – so daß sie gar nicht in der Lage sind, wirklich begründete und stabile Meinungen herauszubilden.
Der andere Fehler, in den wir immer wieder verfallen, ist, uns zu freuen, wenn die Schüler unsere Meinung sehr schnell vertreten, dabei in Wirklichkeit aber nur das angepaßte Verhalten produzieren, das ihnen von zu Hause und anderen Lehrern gewöhnlich abverlangt wird – nur daß sie diesmal eine möglichst gute linke Meinung vertreten, weil wir eben linke Lehrerinnen sind.

Ein weiteres Problem der Unterrichtsarbeit stellt das Leistungs- und Zensurenproblem dar. Die Zensuren und der Leistungsdruck, wenn ein bestimmter Stoff durchgezogen werden muß, wirken allen Bemühungen um ein solidarisches Verhalten der Schüler untereinander entgegen. Aber auch hier kann man gegensteuern. In der zweiten Klasse gebe ich nur Diktate, die so gut geübt sind, daß alle Kinder Zweien und Dreien schreiben. Das geht in höheren Klassenstufen oft nicht mehr. Aber der Tendenz nach ist dieser Weg gut, um zumindest die negative Zensierung einzuschränken, damit sich die Mißerfolgserlebnisse nicht häufen. Eine andere Möglichkeit ist die der individuellen Benotung. Die Benotung erfolgt hier nicht nach dem Klassendurchschnitt, sondern nach individuellen Fortschritten oder Rückschritten. Ein Kind kriegt eine »Zwei«, obwohl es nach dem Klassendurchschnitt eine »Vier« bekäme, weil die Leistung, die es gezeigt hat, für dieses Kind eine gute ist. Natürlich ist dieses Verfahren nur möglich, wenn alle Schüler der Klasse und die Eltern es verstehen und akzeptieren. Es erfordert dauernde Verständigung über Sinn und Ziel dieser Maßnahmen. Unserer Erfahrung nach kann man häufig das Verständnis beider Gruppen erreichen.
Ein ernstzunehmender Einwand: Bei einem anderen Lehrer und auf höheren Klassenstufen wird der Leistungsdruck erhöht, die Zensierung erfolgt nicht nach individuellem Maßstab. Wie verkraften das dann die Kinder? Wir versprechen uns von dem Abbau der Zensuren- und Leistungszwänge insgesamt eine Stabilisierung des Selbstbewußtseins der Schüler. Vielleicht werden sie so dem Druck gegenüber stabiler, als sie es wären, wenn sie ihm von Anfang an unterworfen würden.

3. Eltern

Unserer Erfahrung nach ist es nur ganz wenigen Eltern gleichgültig, welchen Einflüssen ihr Kind in der Schule ausgesetzt ist.
Nicht wenige Eltern sind, meist aufgrund der Erlebnisse in ihrer eigenen Schulzeit, ihrer Berufstätigkeit und durch Erfahrungen, die sie mit ihren älteren Kindern in der Schule machten, mißtrauisch bis ablehnend gegenüber der Schule eingestellt. Dieses Mißtrauen bringen sie jedem Lehrer, der ja »Schule« repräsentiert, entgegen. Der größte Teil der Eltern erwartet vom Lehrer Autorität, Strenge und Durchsetzungsvermögen, die sie als Voraussetzung für einen gut funktionierenden Unterricht, in dem ihr Kind etwas lernt, ansehen. Eine kleine, aber sehr massiv auftretende Elterngruppe hat sich, zumeist vor einem bürgerlich-individualistischen Hintergrund, intensiv mit Kindererziehung auseinandergesetzt. Da sie an einer »freien Entfaltung der Persönlichkeit« ihrer Kinder interessiert ist, lehnt sie Zwang grundsätzlich ab. Gleichzeitig sind die meisten dieser Eltern sehr leistungsorientiert.

Der Ort, an dem die verschiedenen Meinungen über Schulorganisation, Disziplin und Unterrichtsinhalte zur Sprache kommen und die Erwartungen an den Lehrer formuliert werden, ist der Elternabend. Je älter die Kinder werden, desto schlechter werden Elternabende besucht. Dies hat einen einfachen Grund, den wir an einem Beispiel verdeutlichen wollen:
In einer ersten Klasse erregt sich auf einem Elternabend ein Vater darüber, daß die Schüler aufstehen müssen, wenn der Schulleiter das Klassenzimmer betritt. Die bürgerlich-individualistische Gruppe ist empört und zieht Parallelen zu autoritären Strukturen in Militär, Polizei etc. Die Gruppe der stark aufstiegsorientierten Eltern geht zum Gegenangriff über, heißt die Erziehungsmethoden, die sie selbst in der Schule erlebten, gut und beklagt den Zerfall der Disziplin und des Leistungsstrebens in der heutigen Jugend. Eine große Anzahl von Eltern sitzt stumm dabei. Die Diskussion dauert 1½ Stunden, und natürlich gelangt man zu keiner Einigung, sondern geht empört und erregt auseinander. Die »stumme Gruppe« waren zum großen Teil Arbeitereltern. Im Einzelgespräch auf den Elternabend angesprochen, sagen sie, ihnen sei es völlig gleichgültig, ob die Schüler aufstehen müßten oder nicht, sie wollten auf einem Elternabend Informationen über ihre Kinder bekommen. Auf die Frage, warum sie das nicht gesagt hätten, werden sie verlegen. Es hätte ja doch keinen Sinn, die anderen könnten viel besser reden und überhaupt, das nächste Mal würden sie nicht mehr kommen. Der passive Widerstand vieler Eltern ist auch durch gute Vorbereitung und Einfühlungsvermögen seitens des Lehrers häufig nicht aufzuheben.
Unserer Erfahrung nach gibt es einen Ausweg: die Elterneinzelgespräche. Hausbesuche lassen sich leicht arrangieren, wenn man sagt, daß man sich mit allen Eltern einzeln unterhalten wolle und daß man dies ungezwungener zu Hause tun könne als in der anonymen Schulatmosphäre. Außerdem drängen die Kinder, wenn sie von dieser Möglichkeit erfahren, ihre Eltern zu einer Einladung. Die Gespräche beginnen meist mit einer Aussprache über die Kinder. Vor allem die Mütter, wenn sie einmal Vertrauen gefaßt haben, berichten von der Familiensituation, von der Arbeit und den Sorgen und Konflikten, die damit einhergehen. Sehr viele Ehen sind zerrüttet; manche Frauen sind alleinstehend, gehen arbeiten und schicken ihre Kinder in den Hort; bei den meisten Familien langt das Geld weder hinten noch vorne aus, die Wohnungen sind klein, abgenutzt und oft dunkel und kalt. Meistens stellt sich dabei heraus, daß sie zwangsläufig einen sehr rigiden Erziehungsstil haben. Die Mütter berichten oft mehrere Stunden und erzählen auch von ihren Versuchen, ihren Kindern soviel wie möglich zu bieten: baden und spazierengehen, am Wochenende in den Garten fahren etc. Es ist sehr wichtig, den Eltern zu verstehen zu geben, daß man sie in ihrem Bemühen, die Kinder »richtig« zu erziehen, voll anerkennt. Bringt man zu früh Kritik an den Erziehungsmaßnahmen vor, fühlen sie sich angegriffen und abge-

lehnt. Erst wenn Eltern von sich aus um Rat fragen, ist die Voraussetzung gegeben, mit Vorschlägen zu kommen.
Es gibt allerdings Eltern, die ihre Kinder so unmöglich behandeln, daß man – natürlich erst, wenn man sich sicher ist – seine Amtsautorität einsetzen kann. R. ist Sitzenbleiberin und, als sie in die Klasse kommt, eine notorische Schwänzerin. Die eine Schwester ist auf der Sonderschule und die andere kurz vor der Überweisung. Die Mutter ist manchmal tagelang verschwunden und kümmert sich kaum um die drei Mädchen. R. kommt jetzt gerne zur Schule. Sie verspricht, nicht mehr zu schwänzen, und hält diesen Entschluß von sich aus auch durch. Von der Mutter erhält sie keinerlei Unterstützung. Im Gegenteil, diese schiebt die beiden älteren Schwestern in ein Heim ab und sagt, als sie sie von der Schule abmeldet, die R. würde den beiden wohl bald folgen, sie sei ja so ein unmögliches Mädchen. Nach massiven Drohungen ist sie bereit, R. wenigstens nicht daran zu hindern, regelmäßig zur Schule zu kommen, und zu erlauben, daß sie nachmittags andere Kinder der Klasse besucht.
An diesem Beispiel kann noch ein anderer Aspekt der Elternarbeit verdeutlicht werden. Einige der Kinderladenmütter finden sich bereit, R. und drei weiteren Kindern der Klasse Nachhilfeunterricht zu geben. Wenn irgend möglich, sollte ein solcher Nachhilfeunterricht in der Schule oder sonst einem öffentlichen Raum stattfinden, um die Kinder nicht zusätzlich in einen Konflikt zu stürzen: hier ihr kümmerliches Zuhause und da eine gut funktionierende Familie mit einer großen Wohnung und viel Geld. Im Fall dieser Klasse wurde auf einem Elternabend beschlossen, einen Brief an das Schulamt zu schicken, um Räume zu bekommen.
Eine weitere Form der Elternarbeit ist das Telefonieren. Für den Lehrer ist es zwar strapaziös, fast jeden Tag ein oder zwei Telefongespräche mit Eltern zu führen, es macht sich aber mit der Zeit positiv bemerkbar. Konflikte, die auftauchen, kommen sofort auf den Tisch und werden meist schnell bereinigt. Der Lehrer kann wesentlich besser auf die Kinder eingehen, wenn er über die Schwangerschaft einer Mutter, über die Arbeitslosigkeit eines Vaters, über Krankheiten oder sonstige Dinge Bescheid weiß.
Als am schwierigsten hat sich der Umgang mit ehrgeizigen Eltern herausgestellt. Diese traktieren ihre Kinder nachmittags oft stundenlang mit Lesen, Schreiben und Rechnen und sind stets in Sorge, daß aus ihrem Kind nichts wird. Solchen Eltern erzählt man am besten, ihre Kinder seien eh' an der Spitze der Klasse, und warnt sie davor, ihnen jegliche Freude am Lernen durch zu starken Druck zu nehmen. Wenn dann die Kinder, durch den Überdruck ängstlich geworden, schlechte Leistungen aufweisen, verschweigt man dies den Eltern lieber und regelt es mit den Kindern, indem man sie ermuntert und ermutigt.

4. Kollegen

Unser Kollegium besteht aus ca. 25 Mitgliedern, 80 % Frauen. Die Altersgruppen Jung – Mittelalter – Alt sind etwa gleichstark vertreten. Außer uns beiden sind keine weiteren Genossen im Kollegium. Erster flüchtiger Eindruck: die alten und ein Teil der mittelalten Kollegen sind konservativ bis reaktionär, ein Teil ist unpolitisch. Die jüngeren Kollegen: liberal, progressiv oder unpolitisch. Was haben wir eigentlich mit diesen Leuten gemeinsam? Wir sind zunächst sehr unsicher, wissen nicht, wie wir uns ihnen gegenüber verhalten sollen, beobachten, registrieren, sind schockiert, sehen unsere Vorstellungen über »die Lehrer« bestätigt.

Die Linken verkehren sehr häufig nur in in-groups, mit Gleichgesinnten, bilden sich von diesen in-groups aus ein Urteil über bestimmte Bevölkerungsschichten, haben aber kaum Kontakte zu Bevölkerungsteilen, die außerhalb ihrer Gruppe liegen. Daher unsere Verhaltensunsicherheit ihnen gegenüber. Mit der Zeit lernen wir sie näher kennen und sehen, wie äußerst vielschichtig Einstellungen und Verhaltensweisen sich darstellen, lernen Ursachen dafür erkennen und verstehen; eine stärkere Identifizierung mit vielen Kollegen setzt ein.

Herr B., ein älterer Kollege, plädiert im Lehrerzimmer lautstark für autoritäre Erziehungsmethoden, schimpft auf die Linken . . . Mit der Zeit erfahre ich, daß Herr B. 20 Jahre lang in der GEW einer der aktivsten Vertreter der Kollegen und Verfechter einer progressiven Veränderung des Schulsystems war. Er hat seine Aktivität zurückgeschraubt, weil er nervlich am Ende ist, nicht mehr beides verkraften kann, Schularbeit und aufreibendes Engagement in der Gewerkschaft. Herr B. kommt eines Morgens aufgeregt ins Lehrerzimmer und erzählt, daß ein Lehrer verknackt worden ist, weil er einem Schüler eine Ohrfeige gegeben hat. Herr B. erregt sich: »Mir passiert es auch, daß mir mal die Hand ausrutscht. Ich sehe meine Existenz gefährdet, wenn ich mich damit strafbar mache.« Seine Stimme überschlägt sich, er ist nicht mehr in der Lage, mit anderen Kollegen ruhig über die Sache zu sprechen, geht nach Hause, zum Arzt. Nach einigen Wochen Krankheit ist er wieder da. Er beruhigt sich wieder, man beruhigt ihn.

Das Bild anderer Kollegen differenziert sich mit der Zeit ebenfalls. Es stellt sich heraus, daß mit einer Reihe von ihnen durchaus eine Zusammenarbeit hinsichtlich Unterrichtsvorbereitung möglich ist; daß man sich mit anderen sehr gut über pädagogische und organisatorische Probleme unterhalten und bei ihnen Rat holen kann. Dies alles sind Personen, von denen ich zu Anfang dachte, daß ich nichts mit ihnen zu tun hätte. Und es sind Alte und Junge, solche, die ich anfänglich für reaktionär hielt, Liberale und Unpolitische. Nach unseren Erfahrungen ist es nicht sinnvoll, wie an vielen Schulen geschehen, Fronten zwischen alten und jungen Kollegen aufzubauen und die

Konflikte zwischen diesen beiden Gruppen anzuheizen. Viele ältere Kollegen sind nervlich fertig oder resigniert; sie sind jedoch durchaus bereit und in der Lage, im Rahmen der in der Schule anstehenden Problemkomplexe pädagogisch vernünftige Entscheidungen mitzutragen. Werden sie allerdings von vornherein in die reaktionäre Ecke gestellt von den jungen Kollegen, die sowieso alles besser wissen, reagieren sie sauer und eine Zusammenarbeit wird unmöglich gemacht.

Bei einigen Lehrern verschärft sich unser Eindruck, daß mit ihnen über Formalitäten hinausgehende Kontakte unmöglich sind. Herr O., Sportlehrer, begeisterter Schäferhundausbilder, Strauß-Anhänger, schlägt Kinder, hat in seiner Klasse ein System von Hilfssheriffs aufgebaut. Lehrer wie Herr O. sind durchaus nicht typisch, aber sie kommen vor. Mit diesen Lehrern ist keine Zusammenarbeit möglich, sie sind zu bekämpfen. Eltern und Lehrer sind auf ihre Rechte hinzuweisen, die dieser Lehrer eindeutig verletzt, in der Konferenz sind die pädagogischen Methoden dieses Typs zum Gegenstand der Diskussion zu machen.

Bisher wurde andeutungsweise die Situation im Kollegium beschrieben. Es sollen nun noch einige Bemerkungen zum Stellenwert der Zusammenarbeit mit den Kollegen folgen.

Immer wieder sind wir erschreckt über Resignation, Ignoranz und nervliche Zerrüttung der älteren Kollegen. Eine wichtige Komponente, dieses Schicksal von sich selbst abzuwenden, scheint die gemeinsame Unterrichtsvorbereitung mit Kollegen zu sein, die erstens ein Einsparen an Zeit- und Energieaufwand bedeutet und zweitens eine Möglichkeit gibt, den Unterricht zu verbessern, sein eigenes Verhalten stärker zu kontrollieren und ständig zu verändern. Hinzu kommt, daß sich auf der Basis der gemeinsamen Arbeit solidarische und freundschaftliche Formen herausbilden können. Die Kollegen lernen, sich auch mit solchen politischen und privaten Positionen ernsthaft auseinanderzusetzen, die vorher nur irrationale Abwehr produzierten. Das gilt umgekehrt auch für uns. Diese Formen scheinen auch im Hinblick auf Konflikte mit der Schulbürokratie wichtig. Die Kollegen werden eher bereit sein, sich bei Konflikten zu engagieren, wenn sie durch die gemeinsame Arbeit Gelegenheit bekommen haben, die politischen und pädagogischen Positionen anderer kennenzulernen und zu verstehen. Oft ist es auch möglich, diese Kollegen in die Arbeit der Gewerkschaft miteinzubeziehen.

Die zweite Ebene der Zusammenarbeit mit den Kollegen ist die der Gesamtkonferenz, in der über Fragen der Schul- und Unterrichtsorganisation, teilweise auch über pädagogische und inhaltliche Fragen beraten und entschieden wird. Dabei ist es wichtig, die Fronten nicht dort aufzubauen, wo sie hinsichtlich allgemeinpolitischer Zielsetzungen gewiß existieren. Hier geht es jedoch nicht um die revolutionäre Veränderung des Gesellschafts-

systems, sondern um ganz konkrete Verbesserungen in unserer Schule; und wir arbeiten mit den Lehrern zusammen, die diese Verbesserungen ebenfalls vertreten und unterstützen, auch wenn wir in anderen Fragen nicht mit ihnen übereinstimmen.

5. Ausblick

Als wir noch an der Uni waren, haben wir mit unserer Politik sehr weitgehende Ansprüche vertreten und Ziele angesteuert: Enteignung der Kapitalisten, Umkrempeln der Bewußtseinsstrukturen innerhalb der Bevölkerung, Mobilisieren der Arbeiterklasse, Verunsichern des Staatsapparates. Und diese Ansprüche wurden lange Zeit sehr schematisch in Politik umgesetzt – wir machten Zeitungen für die Arbeiter, in denen wir ihnen sagten, was sie zu tun hätten, wir kämpften auf der Straße gegen die »Vertreter des Staates« . . .
Die Erfolge, die in jenen Jahren für uns subjektiv erfahrbar oder meßbar waren, waren gleich Null. Gleichgültigkeit oder Widerstand waren so ziemlich die einzigen Reaktionen, die unsere Politik hervorbrachte. Trotzdem gingen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen positive politische Entwicklungen vor sich, die aber für uns kaum erfahrbar waren.
Heute sind die Ansprüche, die wir mit unserer Berufsarbeit verbinden, merklich geringer geworden: für die Kinder der »Unterprivilegierten« eintreten, das Selbstbewußtsein der Schüler stärken, unter den Kindern insgesamt ein gutes Sozialverhalten entwickeln und ein Problembewußtsein schaffen, die Leistungszwänge in der Schule abschwächen . . .
Die Erfolge hinsichtlich dieser Zielsetzungen sind spürbar und meßbar. Wir wirken nur auf einen sehr beschränkten Teil der Bevölkerung ein, Schüler, Eltern, Lehrer. Aber die setzen sich mit unserer Arbeit, unseren Intentionen auseinander, und wir merken, daß sich durch unsere Arbeit etwas verändert.
Natürlich ist es nicht mit der im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehenden Tätigkeit am Arbeitsplatz getan. Unabdingbar ist die Arbeit in der Gewerkschaft, in der die Lehrer aufgrund ihrer partiellen materiellen Interessengleichheit gemeinsam den Kampf für die Veränderung des Erziehungssystems vorantreiben müssen. In der Tat hat die Gewerkschaft auch subjektiv einen beträchtlichen Stellenwert für uns; die zunächst erfahrene Vereinzelung in der Schule, das Alleingelassenwerden mit schier unübersehbaren Problemen und die darauf einsetzende Resignation und Angst wird partiell aufgehoben durch die Erfahrung, daß noch viele andere Kollegen mit den gleichen Problemen und Schwierigkeiten existieren, die die Arbeit in der Schule in gleicher Richtung vorantreiben wie wir und mit denen gemeinsam wir auch über die einzelnen Schulen hinaus für unsere politischen Intentionen kämpfen können. Dabei ist das Problem der Pluralität der politischen

Meinung in der Gewerkschaft ebenso vorhanden wie im Kollegium der Schule. Genossen, die in der Gewerkschaft wie auf den Teach-ins an der Uni agieren und ihre Frustration über die Kleinarbeit im Schulalltag mit Wortradikalität in der Gewerkschaft abreagieren, haben oft weder eine politische Identität als Lehrer gefunden, noch die Funktion der Gewerkschaft begriffen.

In der ganzen ersten Zeit unserer Berufstätigkeit haben wir den Anspruch, an umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen mitzuwirken, nicht aufgegeben. Trotzdem ist das, was wir machen, meist nur Kleinarbeit: uns mit Alltagsproblemen herumschlagen, wenns hoch kommt demokratische Reformen vorantreiben. Das hat zunächst mit den Ansprüchen, die sich in unserem Kopf festgesetzt haben, wenig zu tun. Diese Ansprüche bestehen aber weiter. Sie produzieren zeitweise Resignation und verleiten uns dazu, die täglichen kleinen Erfolge für unwichtig zu halten. Oder sie lassen uns ein schlechtes Gewissen kriegen gegenüber solchen Genossen, die offen als Kommunisten auftreten und aus der Schule rausgeschmissen werden. Dann wieder treten Zweifel auf, ob man sich damit nicht hinweglügt über die Langfristigkeit der Mühen und Umwege, die erst zu umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen führen können. Uns ist klar, daß die tägliche Kleinarbeit die Ansprüche, mit denen wir loszogen, und die wir auch heute noch für richtig halten, nicht ersetzen kann. Aber langsam werden wir uns darüber klar, daß diese politischen Ansprüche auch weiter in uns wirken, den täglichen Kampf vorantreiben und uns die Ideen und die Phantasie geben, die wir in unsere Tätigkeit einbringen.

Anna Berger
Sozialklempner oder Anwalt der Betroffenen?

Bericht aus der Sozialarbeits-Praxis: Familienfürsorge und Gemeinwesenarbeit

I. Berufsmotivation

Noch 1971 gab es in vielen Bezirken Westberlins freie Stellen für Sozialarbeiter, zum Teil 14 und mehr allein im Bereich Familienfürsorge. Heute sind diese Stellen besetzt und Sozialarbeiter, die inzwischen in Westberlin ihre Ausbildung beendet haben, müssen befürchten, hier keine Stelle zu bekommen. Wie kommt das?

Etwa seit 1968, im Gefolge der Studentenbewegung, wollten immer mehr Leute Sozialarbeiter werden, so daß inzwischen Bewerber für diese Ausbildung mit Wartezeiten von einem Jahr für einen Studienplatz rechnen müssen – selbst Fachoberschüler, die in der letzten Phase ihrer Schulausbildung speziell auf eine weiterführende Ausbildung im Sozialen Bereich vorbereitet werden. Es gibt bisher – soviel ich weiß – keine Untersuchung darüber, warum und mit welchen Erwartungen sich in den letzten Jahren so viele gerade auf diesen Beruf gestürzt haben. So kann ich nur von einigen, vielleicht typischen Fällen berichten:

– J. hatte eine Feinmechanikerlehre in einer süddeutschen Universitätsstadt hinter sich. Zur Zeit der ersten Studentendemonstrationen gegen schlechte Ausbildungsbedingungen, lokale Mißstände und den Vietnamkrieg kam er in Kneipen mit Studenten in politische Diskussionen. Diese bestärkten ihn in der Unzufriedenheit mit seinem Beruf. Er wollte was anderes machen und begann sich umzuhören, was einer mit Volksschulabschluß und Lehre machen kann, möglichst mit Menschen und ohne allzuviel »entfremdete« Arbeit für einen Chef, der sich dabei eine goldene Nase verdient.

– G. hatte schon einige Berufe hinter sich. Nach einer Einzelhandelslehre bediente sie in Kneipen, arbeitete in einem Krankenhaus, als Sekretärin bei einem Rechtsanwalt, als Verkäuferin in einem Antiquitätenladen; immer nur eine Zeitlang, um Geld zum Leben zu haben. Mit dreißig, nach einer gescheiterten Ehe, hatte sie das unstete Leben satt. Sie wollte was Sinnvolles machen, mit Menschen zu tun haben. Sie hatte an ihren verschiedenen Arbeitsstellen gelernt, sich zu wehren, gelernt, was ein Chef ist, und gelernt, daß man mit so einem allein nicht fertig wird. Auch das wollte sie anderen vermitteln, möglichst in einem einigermaßen gesicherten Beruf.

– H. hatte Abitur. Er kam aus einem Arbeiterbezirk Westberlins, hatte schon während der Schulferien und nach dem Abitur in der Fabrik gearbeitet. Nach diesen Erfahrungen wollte er kein theoretisch-abgehobenes Stu-

dium anfangen, wo er diese Erfahrungen vergessen und Leute wie seine ehemaligen Kollegen beherrschen würde. Vielmehr wollte er einen Beruf lernen, in dem er die Arbeiter und Angestellten in den Fabriken in ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen und eine bessere Gesellschaft unterstützen könnte.

– Ich selbst traf, als ich gerade mein praxisfernes sozialwissenschaftliches Studium aufgeben wollte, auf eine Gruppe von Sozialarbeitern und begann, mich mit deren Berufssituation und Aufgaben zu beschäftigen. Ich arbeitete – nach dennoch abgelegtem Examen – als Sozialarbeiterin in verschiedenen Bereichen, teils weil ich wissen wollte, was »politisch sinnvolle« Arbeit mit den »Klienten« praktisch bedeuten kann, teils weil ich nicht an der Universität bleiben wollte und andere Stellen rar waren.

Vielleicht stehen diese vier Fälle für einen Teil derer, die nach 1968 Sozialarbeiter werden wollten. Gemeinsam war ihnen die Hoffnung, Erkenntnisse, die sie über diese Gesellschaft gewonnen hatten (trotz scheinbarer Demokratie: Ausbeutung der Vielen durch Wenige, Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft, Funktionalisierung von Bildung und Ausbildung, Anheizung der Rüstungsindustrie u. a.), produktiv zu machen. Sie suchten einen Beruf, der es möglich machte, durch direkte Arbeit mit Arbeitern und Deklassierten diese für den Kampf für eine bessere Gesellschaftsordnung zu gewinnen und sie darin zu unterstützen.

Viele glaubten damals, für eine angestrebte »revolutionäre Berufspraxis« vom Staat bezahlt zu werden.

Natürlich wurde die Berufswahl – bewußt oder weniger bewußt – auch durch andere Bedingungen beeinflußt. Der Beruf »Sozialarbeiter« bedeutet für eine große Zahl von Anwärtern ein gutes Gehalt und – bei der Perspektive, Beamter werden zu können – mehr Sicherheit als andere Berufe.

Außerdem hatte der Beruf »Sozialarbeiter« durch die Übernahme amerikanischer »Theorien« und »Methoden« – zumindest in der Ausbildung – eine gewisse Aufwertung erfahren. Man hatte sich darunter nicht mehr eine mittelalterliche unverheiratete »Fürsorgerin« mit Knoten, langem Regenmantel und festen Halbschuhen vorzustellen, die energischen Schrittes durch die Straßen ging und mit streng kontrollierendem Blick die Wohnungen musterte, sondern einen jungen dynamischen Kollegen – ja, auch für Männer wurde der Beruf zunehmend anziehender! –, geschult in Psychologie, Soziologie und Verwaltungskunde, an den der Klient sich vertrauensvoll wenden kann, um sich beraten zu lassen. Denn – so die Ideologie – auch die Probleme der Klienten haben sich von den simplen materiellen Nöten auf komplizierte psychologische Probleme zwischen Ehepartnern, Eltern und Kindern usw. verlagert, wo nur Wissenschaft helfen kann.

II. Berufswirklichkeit

1. Erste Ernüchterung: Das Amt

Nach drei Jahren theoretischer Ausbildung mit vielen unkoordinierten Fächern (12 und mehr), nach eingeschobenen Kurzpraktika und einem längeren »Methoden«-Praktikum werden die angehenden Sozialarbeiter für ein Jahr als »Berufspraktikanten« probeweise ins Berufsleben entlassen. Von diesem einen Jahr müssen sie in Westberlin mindestens ein halbes in der Verwaltung ableisten und lernen so die Verwaltung erstmals genauer kennen. Dies ist sinnvoll, denn weitaus der größte Teil der Sozialarbeiter wird später im Amt arbeiten, in Westberlin sind es ca. 90 %.
Sie können in verschiedenen Bereichen arbeiten, die ich hier nur grob nennen möchte, da die Ressortaufteilungen und Bezeichnungen in den einzelnen Bundesländern verschieden sind:
In der allgemeinen Bezirksfürsorge, Jugendgerichtshilfe, Behindertenfürsorge, in der Familien- und Heimpflege (Aufsicht über private Pflegestellen, öffentliche und private Kinder- und Jugendwohnheime, Kindertagesstätten), in der Altenhilfe, in der Unterstützungsstelle für sog. »Offene Hilfen« nach dem Bundessozialhilfegesetz (»Sozialamt«), im Gesundheitswesen (Beratung für werdende Mütter, Kleinkinder, Körperbehinderte, Tbc-Kranke usw., Arbeit in Krankenhäusern), in Gefängnissen, Schulen und z. T. in übergeordneten Stellen mit planenden, beratenden und Aufsichtsfunktionen.
Ich selbst habe in der Familienfürsorge, genauer: der allgemeinen Bezirksfürsorge gearbeitet. Deshalb beziehen sich die folgenden Seiten hauptsächlich auf Erfahrungen aus diesem Bereich. Die »Fafü« – wie sie allgemein genannt wird – ist die Feld-, Wald- und Wiesenfürsorge, die Sozialarbeiter sind »Mädchen für alles«, Anlaufstelle für die verschiedensten Probleme: finanzielle Notlagen, Ehe-, Familien-, Erziehungs- und Schulschwierigkeiten, Alkohol- und Drogensucht, Mietprobleme und Kriminalität.
Obwohl Sozialarbeiter für ihre Arbeit einen ziemlich großen Überblick über gesetzliche Bestimmungen und Möglichkeiten, finanzielle Hilfsquellen und Institutionen haben müssen, sind sie schlechter bezahlt als die Kollegen aus den sog. »Spezialfürsorgen« (z. B. Behindertenfürsorge, Jugendgerichtshilfe): Anfangsgehalt BAT Vb (das sind für eine unverheiratete, kinderlose Person von 25 Jahren netto DM 1408.45).

Oberflächeneindrücke: Einschüchterung und Aktenmief

Wenn man zum ersten Mal eines der meist großen, alten und düsteren Rathäuser Westberlins betritt, ist man eingeschüchtert. Geleitet durch längere Auskünfte des Pförtners und eher verwirrende Hinweistafeln – ich hatte

nicht gewußt, daß es dort so viele verschiedene Ressorts gibt – fuhr ich in den fünften Stock, wo die Familienfürsorge, mein zukünftiges Arbeitsgebiet, untergebracht ist. Ich ging den gelbbraun gestrichenen langen Flur entlang, auf dem mir ein Mitdreißiger, Bauch, typische Berliner Koteletten an den Schläfen, mit einer Kaffeetasse und einem Handtuch über dem Arm entgegenkam. Wie ich später erfuhr, bringt sich jeder beides selbst von zu Hause mit. Schließlich fand ich das Zimmer von Jug III A 1, dem leitenden Fürsorger und meinem zukünftigen Vorgesetzten. Drin traf ich den »Leitenden« an, hinter einem großen, fast leeren Schreibtisch (ich hatte mir immer vorgestellt, daß Leute, die mit den Problemen und dem Elend anderer zu tun haben, einen vollen Schreibtisch haben). Auf der Fensterbank standen einige dieser toten staubigen Blattpflanzen, an der Wand ein großer Aktenschrank.
Ich fragte mich, ob der Klient durch die geschilderte Rathausatmosphäre – selbst wenn er nicht bis zum »Leitenden« vordringt – wohl zur »vertrauensvollen Zusammenarbeit« mit der Behörde ermutigt wird, von der ich in den Lehrbüchern gelesen habe. Übrigens: »Klient« bedeutet laut dtv-Lexikon (Bd. 10, S. 178): »1) Auftraggeber, bes. eines Rechtsanwalts (Mandant), 2) im altrömischen Recht der Hörige, der sozial und rechtlich von seinem Patron abhängig war.« (!!)
Schon während meines ersten Arbeitstages in der Fafü merkte ich, wie wichtig die Akten für die Arbeit sind. Bei jedem Telefongespräch holt man die entsprechende Akte, um Auskunft zu geben, über die Gespräche wird ein Vermerk in die Akte gemacht, Hausbesuche werden vermerkt, Berichtsersuchen und Auskünfte eingeheftet. Ganze Familien und Lebensläufe sind da einsortiert, manchmal nach dem Alphabet, manchmal nach einer »fortschrittlicheren« Methode. Eine Gruppe sortierte z. B. nach der Schwierigkeit der »Fälle« – das sind nicht Menschen, sondern bestimmte verwaltbare Teilaspekte von ihnen – und benutzte Aktendeckel verschiedener Farben. Die »Graufälle« waren die Hoffnungslosen.
Aber nicht nur die Einbindung der »Fälle« in Akten, sondern auch die Amtssprache, in der sie behandelt werden, drückt ein »Objektsein« der Klienten aus – die übrigens keine Kontrolle darüber haben, was alles über sie geschrieben, behauptet oder gutachterlich nachgewiesen wird. Da »werden« Leute »angetroffen«, »vor-geladen«, »ver-schickt«, »be-schult« usw. Aber auch der Sozialarbeiter tritt als Person in den Berichten nicht auf. Selten steht da: »*Ich* fragte . . .« oder zumindest: »Herr B. wurde *von mir* gefragt . . .«, sondern meistens: »Herr B. wurde gefragt . . .« Höchstens heißt es noch: »Wir fragten . . .« Nur wenige Male verstieg sich in den Akten, die ich gelesen habe, eine Sozialarbeiterin dazu, von sich als »die Unterzeichnende« zu sprechen. Auch der Sozialarbeiter ist eben Objekt oder besser: Instrument, durch das sich Verwaltung vollzieht, und braucht deshalb als »Ich« nicht vorzukommen.

Vor meiner Amtstätigkeit hatte ich mir nicht vorgestellt, daß ich dort so viele Routinearbeiten und Verwaltungstätigkeiten zu erledigen hätte. Obwohl ich vorher wußte, daß nur dreimal in der Woche für die Klienten Sprechstunde ist (zweimal vormittags, einmal abends bis 19 Uhr), hatte ich erwartet, anders und mehr mit ihnen ins Gespräch zu kommen, als ich es dann erlebte. Die meisten kamen auf »Vorladung« und ließen nur mühsam einige Informationen aus sich herausquetschen, wenige kamen selbstbewußt – in Kenntnis ihrer Rechte – und forderten z. B. bestimmte finanzielle Beihilfen.

Kontrolltätigkeiten

Ein großer Teil der Eingriffe der Familienfürsorge bedeuten Kontrolle im Sinn von amtlichem, oft ungewünschtem Eingreifen in familiäre Verhältnisse oder für den Klienten unkontrollierbaren – und daher für ihn willkürlichen – Entscheidungen zugunsten einer angeblich gesellschaftlich verbindlichen Norm.

In meiner Stelle, deren Einzugsgebiet ein großes Neubauviertel Westberlins ist, fielen hauptsächlich folgende Aufgaben an: Berichte über die Regelung der sog. »elterlichen Gewalt« bei einer Scheidung (Personensorgerecht, Aufenthaltsbestimmungsrecht der Eltern), Anträge (des Amtes) auf Entziehung der »elterlichen Gewalt«, Prüfung und Betreuung von Tagespflegestellen, Heimunterbringungen, Berichte an das Vormundschaftsgericht zur Unterstützung von Maßnahmen gegenüber Minderjährigen, Berichte für die Jugendgerichtshilfe, die sich um straffällige Jugendliche kümmert (über deren Familiensituation und bisheriges Verhalten) und Befürwortung von besonderen Beihilfen, z. B. die Übernahme von Mietrückständen.

In allen diesen Fällen hat der Sozialarbeiter, der seine Stellungnahme zum großen Teil nach unkontrollierbaren, subjektiven Kriterien abfaßt, einen entscheidenden Einfluß darauf, was mit den Kindern, Jugendlichen oder Eltern weiter geschehen soll.

So z. B. im Falle von Frau N., die wegen geringfügiger Mietschulden und »ungebührlichen Verhaltens« von der Wohnbaugesellschaft die Kündigung angedroht bekommen hatte. Es hing entscheidend von der Kollegin R. ab, ob das Sozialamt die Mietschulden übernahm oder nicht. In dem Brief an die Wohnbaugesellschaft – mit Durchschlag an das Amt – stand: »Die Belästigungen (der Mitmieter) waren derart, daß sie nachts in männlicher Begleitung durch unnötigen Krach ihre Mitbewohner in ihrer Nachtruhe gestört haben.« Frau N. sagte lachend dazu: »Na klar mit 'nem Mann, mit 'ner Frau wär' ja noch schöner . . .« und R. befürwortete die Mietübernahme.

Wie aus den Akten hervorgeht, spielt aber bei den Stellungnahmen der Sozialarbeiter zu oft eine wichtige Rolle, ob der Klient »ruhig«, »höflich«, »ordentlich«, »verständig« oder »einsichtig« ist. Bei diesen Beurteilungen macht sich die andere Schichtzugehörigkeit des Sozialarbeiters bemerkbar.

Der Sozialarbeiter, im Vergleich zu den Klienten ein nicht schlecht bezahlter Angestellter oder Beamter, oft mit Abitur oder aber aufgestiegen und deshalb manchmal nur zu bereit, die Normen der neuen Schicht ziemlich kritiklos anzuwenden, beurteilt den Klienten häufig nach bürgerlichen Anstandsvorstellungen. Er macht sich nicht klar, welche materiellen Bedingungen und Erfahrungen hinter den manchmal mißbilligten Verhaltensweisen der Klienten stehen.

Zum Teil reagiert er verständnislos oder persönlich beleidigt, wenn ein Klient reinkommt und schreit oder sich lautstark über das Amt beschwert. Er fühlt seine Anstrengungen nicht gewürdigt, sich verkannt, obwohl er sich abstrampelt. Maßstab ist nicht mehr, was seine zugegebenermaßen oft aufwendigen Aktivitäten dem Klienten wirklich nützen, sondern allein der Arbeitsaufwand selbst.

In manchen Berichten fand ich ein grundsätzliches Mißtrauen als Haltung gegenüber dem Klienten, was sich in Formulierungen wie: »Angeblich fühlt er sich noch nicht wohl . . .«, »angeblich hat man ihr zugesagt . . .«, »angeblich will sie bald wieder arbeiten . . .« ausdrückt. Die Kritik an solchen Formulierungen soll nicht bedeuten, daß man dem Klienten alles glauben muß, was er erzählt, sondern soll nur auf einen häufig bestehenden Grundvorbehalt hinweisen.

Auch über Hausbesuche, in denen sich die Kontrollfunktion des Sozialarbeiters auf einer sinnfälligen direkten Ebene niederschlägt, wird zum Teil in diesem bürgerlich-tadelnden Ton berichtet.

»Petra saß während des Hausbesuches auf dem Töpfchen. Neben ihr stand eine Fußbank, auf dieser ein Teller mit Brei, den sie gleichzeitig essen sollte. Außerdem hüpfte ein Meerschweinchen in der Stube herum, was abwechselnd an dem Nachttopf sich zu schaffen machte und versuchte, von dem Brei auf dem Teller zu essen. Die Kdm (Kindesmutter) wurde darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, daß das Kind diese beiden Verrichtungen gleichzeitig tun soll. Das neugeborene Kind schlief im Kinderwagen. Die Bettwäsche war nicht einwandfrei und der Kinderwagen war fast luftdicht zugedeckt. Die Kdm wurde wegen der schlechten Luft im Zimmer gebeten, die Fenster zu öffnen.« (abgefaßt 1967)

Ich selbst hatte, da ich mir der Kontrollfunktion und der Amtseinmischung bewußt war, anfangs Schwierigkeiten bei Hausbesuchen. Als ich Frau L. besuchen mußte, die trotz mehrerer Vorladungen nicht im Amt erschienen war, war ich sehr unsicher. Anlaß des Besuchs waren Mietrückstände. Da ich als »Amtsperson« ungern unangemeldet hereinplatzte, wollte ich mich zunächst drücken und im Vermerk schreiben, ich hätte niemanden angetroffen. Das wäre gegangen, denn keiner hätte es kontrollieren können. Dann ging ich aber doch. An der Wohnungstür sagte ich dem Jungen, der öffnete, ich käme von Frau I. (meiner Amtskollegin), da ich mich nicht für alle Nachbarn

hörbar als jemand von der »Fürsorge« zu erkennen geben wollte. (Die Leute empfinden es als diskriminierend, wenn einer von der »Fürsorge« kommt, und haben durchaus noch nicht bemerkt, daß sich dort alles zugunsten einer »vertrauensvollen wissenschaftlich fundierten Fachberatung« verändert haben soll.) Der Junge dachte, ich wolle was verkaufen, und holte seine Mutter. Diese verstand mein Sprüchlein, bat mich rein, wischte sich die Hände an der Schürze ab, schickte die Kinder aus dem Wohnzimmer und rückte die Sofakissen zurecht, bevor wir uns setzten. Ich traute mich kaum, mich in der Wohnung richtig umzusehen, um nicht wie ein »Schnüffler« zu erscheinen. Als ich nach der Ursache ihrer Mietschulden fragte, schimpfte sie furchtbar aufs Sozialamt und sagte, sie könne zu den Sprechzeiten nie die Sozialhilfe abholen, da sie zu der Zeit arbeiten müsse.
Auch I. ist unsicher, wenn sie Hausbesuche machen muß. Sie versucht das mit Kürze und einer gewissen Ruppigkeit zu verdecken und ist jedesmal froh, wenn sie wieder draußen ist. Frau T. dagegen ist übertrieben freundlich und fragt noch nach der Gesundheit der Großmutter, obwohl ihr die ganz egal ist.
Das sind verschiedene Arten, damit fertigzuwerden, daß man einerseits ein gutwilliger aufgeklärter Mensch, gar »Linker«, andererseits Angehöriger der staatlichen Verwaltung mit bestimmten Aufgaben und Funktionen ist. Die Versuchung ist groß, letzteres zu vergessen und sich selbst – wider besseres Wissen – einfach als vertrauenswürdiger »Mensch« anzudienen. Damit ist noch nicht gesagt, daß es für Klienten keine vertrauenswürdigen Sozialarbeiter geben kann; es sei nur vor jener falschen Freundlichkeit gewarnt, die zunächst im unerfahrenen Klienten Hoffnungen weckt, der Sozialarbeiter könne ihm grundlegend helfen, und beim erfahrenen Amtshasen auf ein müdes Lächeln oder Aggression stößt.
Was bedeutet es eigentlich allgemein für das Verhalten gegenüber dem Klienten, daß man in der Verwaltung arbeitet? Welche Leute kommen da überhaupt hin und wie kann man in deren »Interesse« arbeiten? Was heißt das überhaupt? Und warum waren die Kollegen, die schon länger im Amt arbeiteten, zum Teil so resigniert? Diese Fragen stellte ich mir und versuche sie im folgenden, ganz unvollständig, zu beantworten.

Der Klient in der Realität und als Amtskonstruktion

Nach statistischen Daten – sogar der bürgerlichen Soziologie – kommen die männlichen Klienten fast ausnahmslos aus der Arbeiterschaft, und zwar zum größten Teil aus der Schicht der ungelernten Arbeiter, die ihre Stellen häufig wechseln und bei Rezessionen am ehesten gekündigt werden. Sie sind also Teil einer industriellen Reservearmee und müssen, wenn sie nicht arbeiten, dennoch verfügbar gehalten werden. Den zweitgrößten Anteil machen die regulären Lohnarbeiter aus, den kleinsten jene, die endgültig aus dem

Arbeits- und Produktionsprozeß ausgeschieden sind, sowie wenige mittlere und höhere Angestellte. Bei den Frauen überwiegen niedrige Angestellte vor den Fabrikarbeiterinnen.
Ins Amt kommen Leute aus der Arbeiterklasse, die oft in schlechten, dunklen, für ihre Familie zu kleinen Wohnungen wohnen, die sich am Arbeitsplatz abrackern und schon mit 40 und früher krank, körperlich ruiniert sind, Leute mit schlechter Ausbildung und ohne Lebensperspektive, die das Bewußtsein über ihre Lage oft genug im Alkohol ersäufen, physisch oder psychisch kaputt oder beides.
Die Familie F. z. B. wohnte von 1960 bis Oktober 1967 in einer dunklen 1½-Zimmerwohnung im Hinterhof, zunächst zu viert, später zu sechst. Trotz intensiver Bemühungen der Familie und des Amtes bekam sie erst 1967 eine Neubauwohnung im Sozialen Wohnungsbau. Weil die Wohnung kalt und feucht war, erkrankten im Laufe der Jahre zwei Kinder an Rachitis, zwei Kinder mußten mit Lungenentzündung ins Krankenhaus eingeliefert werden. Herr F., der schon einige Jahre in Heimen und Obdachlosenasylen zugebracht hatte, arbeitete unregelmäßig, da er an einer Thrombose am Bein, einer Kopfverletzung und Diabetes litt. 1963 wurde er aufgrund seines Gesundheitszustandes mit 36 Jahren aus seiner Stelle entlassen (in der Akte steht nicht, aus welcher) und fand wegen seines Gesundheitszustandes (50% beschädigt) erst nach vier Monaten wieder Arbeit als Lagerarbeiter (1963 DM 2,62 Stundenlohn). 1966 wurde er erneut gekündigt, diesmal wegen eines Leberleidens. Erst dann – man muß sich fast wundern – wollte er nicht mehr arbeiten und begann die Kinder zu schlagen. 1971 ließ die Frau, die während der Arbeitslosigkeit und der Krankheiten ihres Mannes als Putzfrau arbeitete, sich scheiden. 1972 wurde Herr F. in »Bonnie's Ranch« (Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik) eingewiesen. Die Kinder wurden alle aufgrund von Schwierigkeiten wie Bettnässen, Klauen, Aggressivität der Erziehungsberatung vorgestellt, die nur ein starkes Liebesbedürfnis und mangelndes Verständnis für soziale Situation feststellen konnte; tun konnte sie nichts.
Dies ist keine besondere Familie mit besonderen Schwierigkeiten, die ich hier eigens herausgegriffen hätte, um die Lage besonders schwarz zu malen, sondern es ist eine von vielen. Der Bericht über sie würde Bände fällen. Bezeichnend ist, daß es keine genaueren Untersuchungen gibt, anhand derer man die Häufung der genannten und anderer Faktoren bei Familien, die zur Familienfürsorge kommen, feststellen kann.
Solche Untersuchungen könnte man im Augenblick auch gar nicht anstellen, da es keine verbindlichen und ausreichenden Kriterien gibt, nach denen die Sozialarbeiter Akten zu führen haben. In den Akten besonders der älteren Kollegen – die es nicht anders gelernt haben – steht sehr viel darüber, ob es in einer Wohnung »sauber« und »ordentlich« ist, ob einer trinkt, seine Miete nicht zahlt oder sein Kind vernachlässigt, seltener steht da schon, wo einer

arbeitet, was er gelernt hat, wieviel er verdient, wie lange er sich schon um eine menschenwürdige Wohnung bemüht. (Man sollte es den Sozialarbeitern zur Pflicht machen, nach bestimmten Daten zu fragen. Dann könnte wenigstens hin und wieder einer diese Daten auswerten und sich und anderen in der Erkenntnis der sozialen Zusammenhänge weiterhelfen.)
Was macht das Amt aus diesen Menschen, die in bestimmten ökonomischen und sozialen Zusammenhängen leben? Zunächst einmal sind sie einzelne, klassenlos, ein Teil derer, die – nach dem Gesetz, und folglich auch nach den gesetzlichen Grundlagen der Sozialarbeit – »alle gleich« sind, aber Abweichler von den Normen einer organischen, harmonisch integrierten Gesellschaft. Ihnen wird im Rahmen dieser gesetzlichen Grundlagen allenfalls als einzelnen in einem einzelnen Fall geholfen.
D. h., auch wenn zu einem Sozialarbeiter in seinem Bezirk viele Leute mit Mietschulden kommen – wie bei mir, Neubauten, Sozialer Wohnungsbau –, kann er nur für sie einzeln, ein- oder – wenn er Glück hat – zweimal die Mietübernahmen durch das Sozialamt befürworten, um die Leute nicht sofort dem Obdachlosenasyl zu überantworten, aber grundsätzlich helfen kann er nicht. Denn dazu müßte er eine neue, ausreichende und billigere Wohnung beschaffen. Das fällt aber nicht in seinen Aufgabenbereich, außerdem kann er es auch nicht, denn dazu müßte es ausreichend viele sanitär gut ausgestattete billigere Wohnungen geben, und daß es die nicht gibt, hat gesellschaftliche Gründe. Er kuriert also am Symptom.
Neben dem Symptom Mietschulden hat der Klient bzw. dessen Familie noch andere Schwierigkeiten. Vielleicht existiert ein behindertes Kind in der Familie oder ein Jugendlicher, der wegen Diebstahls vor Gericht steht. Nun muß man aber nicht glauben, daß *ein* Sozialarbeiter alle diese Probleme »behandelt«. Das behinderte Kind z. B. bearbeitet der Kollege von der Behindertenfürsorge – der im übrigen auch keine andere Ausbildung hat als man selbst, aber besser bezahlt wird –, der Jugendliche wird, samt Bericht über seine Familienverhältnisse, der Jugendgerichtshilfe überstellt. In unserer Stelle gab es wegen einzelner Familien oft ein Zuständigkeitsgerangel, weil jeder schon genug »Fälle« hatte (in der Fafü Richtzahl 200 pro Sozialarbeiter) und deshalb versuchte, wenn irgend möglich, welche loszuwerden. Gelang dies nicht, so wurden Teile vom einen, Teile vom anderen Kollegen bearbeitet.
D. h., Familien oder ein einzelner in Symptome aufgespaltener Klient werden von verschiedenen Sozialarbeitern »bearbeitet«. Diese Aufteilung verhindert – wie die Individualisierung –, daß der Sozialarbeiter Zusammenhänge ausreichend erkennen und sich verantwortlich für einen Klienten in dessen Interesse einsetzen kann. Sie verhindert weiter, daß er sich für die Ursachen, die den Klienten zum Fall machen, und eine Abhilfe außerhalb seines Ressorts einsetzt. In unserer Stelle z. B. waren die wenigsten Kollegen

über das Neubauviertel mit seinen bezirklichen und außerbezirklichen Freizeiteinrichtungen, außeramtlichen Beratungsstellen, Wohn-, Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten richtig informiert, obwohl sie zum Teil schon Jahre da arbeiteten.
Mit dieser Regelung von Zuständigkeiten kann man ganz schön in Konflikt kommen. Kollegin I. z. B. wurde eines Tages von der Leiterin eines Kinderheimes aufgefordert, einen Jungen, Thomas, zu besuchen, mit dessen Familie sie zu tun hatte und der nie Besuch bekam. Spontan wollte sie das auch, denn sie mochte den Jungen. Da sie aber noch mindestens fünfzig andere Kinder in ähnlicher Lage kannte, die sie nicht auch noch besuchen konnte – es war auch nicht ihre Aufgabe –, zögerte sie. Da die Heimleiterin Thomas den Besuch aber schon angekündigt hatte, gingen wir zusammen hin. I. brachte ihm absichtlich nichts mit, um nicht Erwartungen auf weitere Besuche bei ihm zu wecken, da sie diese nicht erfüllen konnte. Thomas selbst freute sich und schenkte I. einen Blumenstrauß. Obwohl sie – innerlich wütend über diese Situation, in der sie Thomas nicht einfach mitnehmen konnte – ziemlich kurz und sachlich mit ihm redete, weinte er, als wir weggingen. Menschen lassen sich mit ihren Befürfnissen eben nicht partiell »bearbeiten« und Kinder schon gar nicht! Uns war zum Kotzen und wir gingen erst mal einen Korn trinken.

Der Sozialarbeiter innerhalb der Amtshierarchie
Die Eingebundenheit des Sozialarbeiters in die Hierarchie sorgt dafür, daß er, auch wenn er mit seiner Arbeit unzufrieden ist, diese mit seinen Kollegen nicht anders organisiert, was – bei Unterlaufen einiger Regeln und Vorschriften – zum Wohle der Klienten durchaus möglich wäre.
In der Reihe derer, die Entscheidungen zu treffen haben, steht er an unterster Stelle. Er selbst kennt die Situation und die Bedürfnisse des Klienten noch am genauesten, dennoch kann er nur einen Teil der notwendigen Maßnahmen selbständig und eigenverantwortlich entscheiden. Über ihm stehen der Gruppenleiter (Vorgesetzter einer Arbeitsgruppe), der Leitende Fürsorger, der Referent und der Stadtrat, sozusagen »neben« ihm die Kollegen vom Sozialamt und deren Vorgesetzte, die über die finanziellen Zuwendungen zu entscheiden haben. Die Entscheidungs- und damit Schlußzeichnungskompetenz wird in Westberlin durch einen Geschäftsverteilungsplan geregelt, der von Bezirk zu Bezirk verschieden ist und in dem der jeweils Ranghöhere innerhalb eines Verwaltungsbereiches – je nach persönlichen Ambitionen – bestimmt, was er selbst entscheiden will. Den Rest gibt er weiter.
Auch wenn im Beamtengesetz die Möglichkeit der Gegenkontrolle gegeben ist, kann dennoch jeder Vorgesetzte letztlich die vom Sozialarbeiter vorbereitete Entscheidung ohne Begründung abändern.
Die Wahrscheinlichkeit, daß Kollegen gegen diese Regelung protestieren, ist

gering, da sie damit die Beförderung auf eine höhere Funktionsstelle gefährden würden, die von der Befürwortung dieses Vorgesetzten abhängt. Trotz des Demokratisierungsgeredes in den Planungsstellen ist denn auch die Hierarchie in den letzten Jahren durch Schaffung zusätzlicher Spezialfunktionen mit höherer Bezahlung eher noch differenzierter geworden. Z. B. wurde in der Familienfürsorge der Gruppenleiter eingeführt, der nur halbsoviele Fälle wie die übrigen Kollegen zu bearbeiten hat und ansonsten die Kollegen bei ihrer Arbeit »beraten« soll. Die Qualifikation für eine solche Tätigkeit erwirbt man sich, indem man auf Fortbildungsveranstaltungen geht, die sich meist mit psychologischen und sozialpsychologischen Problemen beschäftigen, so gut wie nie aber mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, die Menschen erst zu Klienten machen.

Als eine Arbeitsgruppe von Kollegen 1971 eine solche Gruppenleiterstelle für sich ablehnte, dachte sich die Verwaltung was anderes aus: Eines Tages kam der »Leitende« und eröffnete der Gruppe, daß auch für sie eine Stellenanhebung ins Haus stehe. Sie sollte bis zum nächsten Tag (!) einen Kandidaten für eine neu zu besetzende »Tutorenstelle« benennen. Der Zeitpunkt war so geschickt gewählt, daß die Gruppe sich nicht mehr mit anderen Gruppen zusammentun und diese Anhebung ablehnen konnte. In der Diskussion gab der »Leitende« zu, daß die Anhebung einzelner Stellen in der Gruppe den seit einiger Zeit laufenden Modellversuch (für Veränderung der Arbeit mit Klienten und Demokratisierung im Amt!) stören könne. Er könne da aber nichts machen. Mit ihrem Vorschlag, die Stellenanhebung zurückzunehmen und die freiwerdenden Gelder statt dessen für die Einstellung neuer Kollegen zu verwenden, um im Interesse der Klienten besser arbeiten und die langen Wartezeiten bei der Bearbeitung von Anträgen verkürzen zu können, stieß die Gruppe auf taube Ohren. Denn so was ist nicht vorgesehen und eine Gruppe, die mit ihrem Vorschlag durchdringen wollte, müßte sich an den Innensenator wenden und mit vielen anderen Kollegen, die für diese Anhebung sind (weil sie ja auch den Verdienst einzelner aufbessert), sich auseinandersetzen. Dies tat die Gruppe nicht, da sie arbeitsmäßig sowieso überlastet war. Sie resignierte.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Vorgesetzten Informationen haben, die sie speichern, die sie nach Belieben und Opportunität nach »unten« weitergeben. Dies gilt nicht nur für Informationen, die die Kollegen betreffen, sondern auch für solche, die eine bessere Arbeit im Interesse des Klienten ermöglichen könnten. Zum Beispiel werden Änderungen von Gesetzen und Verordnungen oft zu spät und unvollständig weitergegeben, so daß man sich umsonst abrackert und hinterher seinen Bericht in den Papierkorb werfen kann.

Versuchen Sozialarbeiter dennoch einmal, über ihre Zuständigkeit hinauszusehen und die Hauptprobleme ihrer Klienten gemeinsam anzugehen, dann

geht es ihnen wie einer Gruppe von 6 Kollegen, die 1973 versuchten, ein schwerpunktbezogenes, vom Amt zunächst gebilligtes Konzept von Gruppenarbeit in ihrer Stelle durchzuziehen. Sie konzentrierten sich – da sie in einem Arbeiterbezirk Berlins arbeiteten – auf Arbeiterkinder und -jugendliche, und zwar auf deren Schul- und Wohnsituation, Arbeits- und Freizeitbereich. Aufgrund ihrer Beschäftigung mit der Schulsituation – die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Fafü gehört – stießen sie auf Mißstände einer bezirklichen Sonderschule: Diese war auf mehrere zum Teil überalterte Gebäude verteilt; es fehlten Arbeitsmaterialien wie Bücher, Karten, Projektoren, Fachräume und eine Turnhalle sowie Tische, Stühle, Schränke, Tafeln. Als die Eltern und Lehrer in dieser Situation erfuhren, daß eine der Filialen fünf Gymnasialklassen Platz machen sollte, protestierten sie. Die Sozialarbeiter machten die Mißstände unter ihren Kollegen in der Fafü bekannt und formulierten selbst Forderungen zur Behebung der für die Sonderschüler untragbaren Situation, die sie an die Öffentlichkeit (Eltern, Lehrer) brachten. Als die Sozialarbeiter auf einem Treffen mit Lehrern und Eltern klären wollten, wie sie diese weiter unterstützen könnten, wurden sie vom Schuldirektor und vom zuständigen Stadtrat aufgefordert, den Raum zu verlassen. Dies taten sie gegen den Willen der Mehrzahl der Eltern. Mit der Begründung, es gehe den Sozialarbeitern lediglich um Agitation und Polemik, wurden Maßnahmen gegen die Gruppe eingeleitet: Kündigung einer Sozialarbeiterin im Angestelltenverhältnis, Nichteinstellung eines Sozialarbeiters und einer Berufspraktikantin, die bereits die mündliche Zusage des Amtes für die Einstellung hatten, und Liquidierung des gesamten Projektes. Diese harte Reaktion sowie die relativ breite Solidarisierung anderer Kollegen mit den Sozialarbeitern ist sicher auch darauf zurückzuführen, daß diese sich für die Auflösung der Spezialfürsorgen und gegen die Einsetzung von Gruppenleitern aussprachen.

Die Kollegen hatten bei ihrer Arbeit einen empfindlichen Punkt in der Verwaltung getroffen: sie hatten verwaltungsinterne Informationen, Entscheidungen und Mißstände öffentlich bekanntgemacht. Diese fielen zum Teil unter das Amtsgeheimnis, welches den Sozialarbeiter verpflichtet, über amtsinterne Vorgänge – und seien sie auch noch so nachteilig für die Bevölkerung – keine Auskunft außerhalb des Amtes zu geben. Für die Kontakte des Amtes nach außen ist allein der Pressereferent zuständig. Selbst wenn einem Kollegen bei der Behandlung interner Vorgänge in der Presse persönliches Versagen angelastet wird, darf er sich nicht ohne Genehmigung des Amtes äußern.

Diesem Amtsgeheimnis zur Durchsetzung der Interessen des Amtes steht die Schweigepflicht bei Informationen, die man vom Klienten erhalten hat, gegenüber. Diese ist aber schon deshalb eine Fiktion, weil der Sozialarbeiter abgesichert durch eine Bundesverfassungsgerichtsentscheidung (vom Okto-

ber 1972) gezwungen werden kann, vor Gericht auszusagen, auch wenn die vom Klienten ihm anvertrauten Tatsachen diesem schaden können. Der Sozialarbeiter hat also kein Aussageverweigerungsrecht wie ein Arzt oder ein Rechtsanwalt, weil er hauptsächlich innerhalb der staatlichen Verwaltung arbeitet und dort eine bestimmte Funktion erfüllen soll.
Hieraus wird deutlich, daß letztlich der Klient am Ende der Hierarchie steht bzw. deren Auswirkungen zu spüren bekommt, weil der Sozialarbeiter aufgrund der Amtszugehörigkeit und der Vorschriften nur schwer in seinem Interesse arbeiten kann und sich in Konfliktfällen meist auf die Seite des Amtes schlägt. Der Klient kann zwar als Einzelner Widerspruch gegen eine Entscheidung einlegen, aber erstens weiß das kaum einer, weil er nicht darauf aufmerksam gemacht wird, und außerdem hat selten jemand die Geduld und den Durchblick, um mit der Verwaltung den Kampf aufzunehmen. Wie sollen auch Menschen, die in materiellen und psychischen Notlagen ins Amt kommen, plötzlich die Energie und das Durchhaltevermögen aufbringen, welche ihnen – aufgrund der schlechten Lebensbedingungen – im Alltag abhanden gekommen sind und gerade ein für sie befriedigendes Leben verhindern?

Fluchtwege
Viele Sozialarbeiter erkennen, daß unter diesen Bedingungen nur selten »Erfolge« erzielt werden, d. h. Klienten durch die eingeleiteten Maßnahmen längerfristig geholfen wird. Gewiß, man kann durch gute Beziehungen mit dem Vorgesetzten leichter eine Sonderzuwendung durchkriegen oder durch intensiven Kontakt mit der Heimleiterin von einem der wenigen guten Heime erreichen, daß ein Kind dorthin kommt. Doch gleichzeitig weiß man, daß es Tausende von anderen Kindern gibt, die in schlechte Heime kommen und durch die Fürsorgeerziehung erst richtig zu dauerhaften Fällen der Sozialarbeit gemacht werden. Die Sozialarbeiter wissen außerdem, daß, selbst wenn sie einzelnen helfen, immer mehr Klienten nachkommen.
Wie reagieren sie auf diese Situation? Einige kompensieren ihre Unzufriedenheit in ausgiebigen Pläuschen, trinken bei jeder Gelegenheit Kaffee und feiern extensiv jeden Geburtstag, jeden Urlaubsbeginn und jedes Urlaubsende. Da sie meinen, daß sie doch nichts ändern können, arbeiten sie lieber nicht so viel, erledigen die dringendsten Fälle und entsprechen im übrigen dem Bild, das die Bürger weitgehend von Beamten und Behördenangestellten haben. Kollegen von einer Spezialfürsorge ließen sich zu fast jedem dieser festlichen Anlässe Platten mit belegten Broten kommen, auch Alkohol gab's reichlich.
Es gibt natürlich auch welche, die sich trotz der Misere zum Teil mit dem Amt identifizieren und sich in der Arbeit redlich abstrampeln. Sie nehmen noch nach Dienstschluß Akten zur Bearbeitung mit nach Hause. Sie wissen

zwar, daß nicht alles in Ordnung ist, aber das kommt eben daher, daß nicht genug Geld da ist. In diesem Bewußtsein sparen sie, wo sie können, mit Befürwortungen für besondere Zuwendungen, als müßten sie's aus ihrem eigenen Portemonnaie bezahlen. Als z. B. eine Gehbehinderte sich vom Sozialamt ein Auto bezahlen ließ, jammerte eine Kollegin: »Um Gottes willen, hoffentlich spricht sich das nicht rum, sonst sind wir bald pleite.« Diese Teilidentifikation mit dem Amt hat mit den Interessen der Klienten wenig zu tun. Ein Kollege, der die Klientenstatistik für die Erziehungsberatung zu führen hatte, aufgrund deren die notwendige Stellenzahl festgelegt wird, berichtete z. B. ganz stolz, er sei in diesem Punkt immer »ehrlich« gewesen und habe keinen Fall zu viel angegeben. Und das, obwohl er wußte, daß wegen Personalknappheit die Wartezeiten in der Erziehungsberatungsstelle mehr als ein halbes Jahr betrugen.

Wieder andere machen ihre täglichen Arbeiten recht und schlecht, versuchen aber, sich ein »Methodeneckchen« zu retten. Sie betreuen z. B. einige Fälle in intensiver Einzelberatung oder holen sich einmal in der Woche nachmittags eine Kindergruppe ins Haus, mit der sie »soziale Gruppenarbeit« machen (und das bei ein paar tausend Kindern im Viertel!). Der psychologisierende Ansatz ihrer Arbeit kann dabei zu deutlichem Realitätsverlust führen. So unterhielten sich zwei Kolleginnen lange darüber, welche schlechten Vorerfahrungen wohl eine bestimmte Klientin daran hinderten, trotz einer relativ komplizierten Erkrankung nicht zum Arzt zu gehen. Kollegin J. kam dazu und fragte: »Ist sie denn überhaupt versichert?« Sie war es nicht. Die Methodiker lassen sich eifrig fortbilden und werden von den Vorgesetzten, die »mit der Zeit gehen«, am ehesten für Vorgesetztenposten vorgeschlagen.

Noch andere resignieren in der Arbeit und sind in der Freizeit ganz »links«. Sie begründen das damit, daß man sich eben in seinem erlernten Beruf, der in der kapitalistischen Gesellschaft nun mal so beschissen wenig Möglichkeiten vernünftiger Arbeit bietet, reproduzieren muß, um leben zu können, die eigentliche politische Arbeit aber außerhalb zu geschehen habe. Die erledigen sie dann entweder am Biertisch oder manchmal auch in einer Partei.

Viele Kollegen haben aus Enttäuschung über die Behinderungen sinnvoller Arbeit im Interesse des Klienten aufgehört zu arbeiten und Sozialpädagogik studiert, in der Hoffnung, mit dieser Ausbildung mehr Möglichkeiten zu selbständiger Arbeit zu haben. Dies ist sicher richtig, nur gibt es bei weitem nicht so viele höher dotierte Stellen im pädagogischen Bereich, so daß inzwischen schon manch einer mit Studienabschluß Schwierigkeiten hat, eine Stelle zu bekommen.

Die nicht aufhören wollen zu arbeiten oder nicht aufhören können, aber keine Verwaltungsarbeit mehr machen wollen, bewerben sich auf Abenteuerspielplätzen oder in Jugendfreizeitheimen, weil sie glauben, dort mehr

Freiheit zu haben und direkter mit Leuten arbeiten zu können. Viele andere erhofften sich lange Zeit mehr von der Gemeinwesenarbeit bei einem freien Träger (Verbände, Kirchen). Über letztere will ich im folgenden berichten, da ich selbst eine solche Arbeit gemacht habe.

2. *Illusion Gemeinwesenarbeit*

Gemeinwesenarbeit ist zunächst eine von drei aus den USA importierten »Methoden« der Sozialarbeit (»community organization«), im weiteren Sinne eine politisch pädagogische Strategie. Kirchen und Wohlfahrtsverbände sowie zum Teil die kommunale Fürsorge griffen diese Form sozialarbeiterischer Intervention Mitte der 60er Jahre auf, als in den Städten Probleme auftauchten, denen man mit Hilfe der herkömmlichen Fürsorge nicht mehr begegnen konnte: Umsetzungsprobleme von Mietern durch die »Sanierung« großer innerstädtischer Wohnquartiere, Versorgungsprobleme der Bevölkerung durch das Fehlen sozialer Folgeeinrichtungen in den neuen Stadtrand-Schlafstädten, »Integrations«schwierigkeiten von ausländischen Arbeitern sowie die Unmöglichkeit, Obdachlosen und anderen »Randgruppen« regelmäßige Arbeit zu verschaffen.
Mit diesen Problemen sollte die Gemeinwesenarbeit fertig werden. Sie greift im Gegensatz zur Familienfürsorge die Probleme der Wohnsiedlung als ganzer auf und soll die Selbstorganisation der Betroffenen fördern. Gerade letzteres ermunterte viele Kollegen dazu, von der Verwaltung in eine Gemeinwesenarbeitsstelle zu wechseln.
Nun muß »Selbstorganisation« noch nicht heißen, Gemeinwesenarbeit sei von vornherein progressiv. Die Literatur unterscheidet verschiedene Arten von Gemeinwesenarbeit:
– Ein eher konservatives Konzept, wo der Sozialarbeiter lediglich die Aufgabe hat, bestehende Aktivitäten von Gruppen zu koordinieren, Informationen über das Viertel zu sammeln und an die Verwaltung weiterzugeben. Der einzige in Westberlin noch in der Behörde tätige Gemeinwesenarbeiter arbeitet überwiegend so – weshalb seine Stelle wohl bis heute erhalten blieb.
– Ein »reformpädagogisches« Konzept, welches zum Ziel hat, durch Einbeziehung der Bürger in die Planung der Verwaltung und die Behebung kleiner Alltagssorgen einen Ausgleich zwischen Verwaltung und Bürger herzustellen. Z. B. wurde so von der Verwaltung auf Anregung von Bürgern an einer gefährlichen Kreuzung eine Ampel errichtet.
– Ein »aggressives« Konzept, dessen Übergänge zu Stadtteilarbeit und politischer Organisation fließend sind und das die Reflexion der Ursachen von »Mißständen« miteinschließt.

Als ich anfing, im Sozialzentrum eines freien Trägers in einer Neubausiedlung am Rande Westberlins zu arbeiten, interessierte mich am meisten diese letzte Möglichkeit von Gemeinwesenarbeit. Was mich an Arbeit erwartete, wußte ich ungefähr aus Büchern: Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Eltern, Initiativgruppen, Verhandlungen mit Behörden, Öffentlichkeitsarbeit (Einladungen, Zeitung, Flugblätter) zur Aufklärung der Bevölkerung über die Hintergründe von Fehlplanungen, Freizeitangebote. Außerdem hatte ich einiges über Bürgerinitiativen gelesen, besonders Kritisches: Bürgerinitiativen gehen »Mißstände« als einzelne an, lassen sich von den Behörden zur »vertrauensvollen Zusammenarbeit« vereinnahmen und nehmen ihnen Arbeit ab, personalisieren Konflikte, sind unfähig zur überregionalen Organisation, werden von Mittelschichtlern dominiert und dienen der Verwaltung als »Frühwarnsystem« zur rechtzeitigen Dämpfung von Konflikten.
Diese einigermaßen abstrakte Kritik genügte, um Befürchtungen bei mir zu wecken, ob ich an meiner neuen Stelle überhaupt eine vernünftige Arbeit leisten könne, zumal ich als Angestellte einer Institution weniger frei sein würde denn als einfaches Mitglied einer selbständig arbeitenden Bürgerinitiative. Dennoch wollte ich es probieren, in der Hoffnung, die Kritik aufnehmen und aufgrund der Erfahrung von Kollegen jetzt andere (bessere?) Projekte auf die Beine stellen zu können. Mein anfängliches Verhalten am Arbeitsplatz entsprach allerdings meinen Ansprüchen in keiner Weise.

Nichts ist klar – Erforschung der Gegend

An meinem ersten Arbeitstag kam ich mir vor, als hätte mich jemand am Kragen gepackt, mitten zwischen die Hochhäuser des Neubauviertels strafversetzt und gesagt: »So, nun laß Dir mal was einfallen!« Ich wußte nicht, wie ich mit der Arbeit anfangen sollte, wußte nur, daß um das Haus herum 40 – 50 000 Menschen wohnen, von denen ich keinen kannte, und mit denen – zumindest mit einigen von ihnen – ich zusammenarbeiten sollte.
Deshalb war ich richtig erleichtert, als mir einer der neuen Kollegen, der in einem anderen Bereich arbeitete, einen Aktenordner mit Informationen über das Viertel in die Hand drückte. Ich sollte Gelegenheit haben, Informationen zu sammeln, um herauszubekommen, welche Bedürfnisse die Leute haben, welche Einrichtungen im Viertel fehlen und wie ich da Abhilfe schaffen könnte. Der Druck, am nächsten Tag irgendeine – bloß welche? – Aktivität zu starten, verschwand. Allerdings merkte ich, daß ich mit meinen Bücherweisheiten nicht viel anfangen konnte. Und M's Satz: »Also Arbeit mit Arbeitern, das kannst Du dir gleich abschminken«!, war nicht gerade ermutigend.
Mir wurde bewußt, daß man als Gemeinwesenarbeiter im Gegensatz zur Familienfürsorge seine Arbeit ziemlich selbständig organisieren muß. Es gibt

keine festumrissenen Erwartungen und Vorschriften, geschweige denn einen gesetzlichen Auftrag. Allenfalls hat der Träger die Erwartung, daß die Arbeit Anklang bei der Bevölkerung findet, was sich für ihn meist in »Durchlaufzahlen« (Anzahl der Leute, die an einem Tag ins Haus kommen) niederschlägt.
Ich merkte bald, daß ich mir die Arbeit einteilen und auch einen Teil zu Hause erledigen konnte. In der Familienfürsorge wird genauer auf die Einhaltung der Arbeitszeit geachtet. Dort kann man höchstens durch das Vorschieben von Hausbesuchen schummeln. Hier achtete keiner darauf, ob ich meine Zeit einhielt. Allerdings spürte ich eine diffusse Erwartungshaltung der anderen Kollegen, die neugierig waren, was mir zu meinem Arbeitsbereich, Erwachsenenarbeit, einfallen würde. Und das trieb mehr zur Arbeit an als ein Pförtner, der einen beim Betreten und Verlassen des Rathauses kontrolliert.
Nicht nur der Gemeinwesenarbeiter selbst ist sich übrigens am Anfang im unklaren über seine Aufgaben und seine Rolle, sondern auch die Bürger verstehen nicht, was er den ganzen Tag tut. In meiner ersten Abendveranstaltung, einem Treffen der einzigen schon bestehenden Erwachsenengruppe, sagte jemand gegen 10 Uhr: »Jetzt machen wir aber Schluß, damit Frau B. nach Hause kommt!« Auf meine Antwort: »Lassen Sie nur, ich werde ja dafür bezahlt, und fange auch morgens später an«, guckte er mich nur erstaunt an und sagte: »Ach so, ich dachte, Sie machen das in Ihrer Freizeit. Ich wußte gar nicht, daß man dafür Geld bekommt!«
Als ich Bewohner eines Wohnblocks, die Kellerräume zur gemeinsamen Benutzung erhalten hatten, ansprach und dafür zu interessieren versuchte, stieß ich auf Mißtrauen. Manche redeten durch die geschlossene Tür oder öffneten nur einen Spalt. Andere öffneten zwar, dachten aber, ich sei von der Wohnbaugesellschaft, und schimpften über Schäden in der Wohnung. Wieder andere meinten, das sei zwar alles gut gemeint, aber die Mieter würden die Räume sowieso bald kaputt machen. Sie zweifelten daran, ob ich das verhindern könne (zu Recht!).
Ein weiterer Ansatzpunkt für Mißtrauen mir gegenüber war, daß ich weder in dem Viertel wohnte, noch verheiratet war und Kinder hatte, mich aber gleichwohl um die Probleme der Bewohner dieses Viertels, speziell um die der Kinder und Eltern kümmerte. Ich glaube, dies Mißtrauen ist nicht ganz unbegründet. Die Leute meinen, man könne nur über die Dinge urteilen und sich für die Probleme einsetzen, die man genau kennt. So ist man ein ihnen räumlich und sozial ferner, bezahlter »Berufsbürger«.
Ich versuchte zunächst, das Viertel einigermaßen gründlich kennenzulernen. Es fehlten, wie in fast jeder dieser großen Neubausiedlungen, Kindertagesstätten, Schulen, Spielplätze, wo Kinder mehr tun können als Rutschbahn runterrutschen oder buddeln, Jugendfreizeiteinrichtungen, Treffpunkte für

Erwachsene, Kneipen. Es gab zu wenig Arbeitsplätze im Viertel selbst oder in der Nähe. Mehr als die Hälfte der Berufstätigen fuhr über eine halbe Stunde zum Arbeitsplatz. Die wenigen Läden, die eine Monopolstellung innehatten, waren in vielen Artikeln teurer als in der Innenstadt.
Aus alten Berichten meiner Kollegen entnahm ich, daß sich die ersten Proteste gegen Mieterhöhungen und Zwangsräumungen gewandt hatten, sowie gegen die fehlenden Jugendfreizeiteinrichtungen.
Ich hätte nicht gedacht, daß das Informationensammeln so lange dauert – aber es gab nur wenige und nicht sehr genaue Berichte über die Situation der Bevölkerung – und daß ich so viel mit Leuten reden, telefonieren und organisieren würde, ohne einen direkten greifbaren Erfolg meiner Bemühungen zu sehen. Ich war in der Anfangsphase voll Ungeduld und wußte manchmal selbst nicht, warum ich für meine Tätigkeit bezahlt wurde, da ich so wenig Greifbares bewirkte.

Der Bürger: unbearbeitet und bearbeitet
Welche Leute im Viertel engagieren sich für die Probleme der Kinder, der Jugendlichen, der Mieter? Akademiker, mittlere und höhere Angestellte und Beamte, sowie einige Facharbeiter, fast nie die Leute, mit deren Problemen die Fafü zum größten Teil beschäftigt ist. Und auch von den genannten ist nur ein geringer Prozentsatz aktiv. Oft Leute, deren Problembewußtsein durch besondere Lebensumstände geschärft ist – sei es durch Scheidung, Krankheit oder die Existenz eines behinderten Kindes. Ihre Motivation, bei einem Gemeinwesenarbeitsprojekt mitzumachen, ist vielfältig und widersprüchlich. Sie möchten andere Leute kennenlernen, raus aus ihren vier Wänden, aus einer nicht funktionierenden Ehe, sie möchten etwas verantwortlich organisieren und die Bestätigung, die sie am Arbeitsplatz vermissen, in der Freizeit haben. Sie möchten eine ganz bestimmte Sache durchsetzen, z. B. einen Abenteuerspielplatz, ein Jugendfreizeitheim, einen Mietstopp. Es engagieren sich Leute, die eine gewisse Ausdrucks- und Organisationsfähigkeit haben und ihre Probleme artikulieren können, durchaus nicht die, die Hilfe am nötigsten brauchen.
Die Probleme, die sie haben, sind für sie nicht so unmittelbar existenzgefährdend wie für die Leute, die zur Familienfürsorge kommen. Sie kommen freiwillig und voller Erwartungen, allerdings auch voller Skeptizismus und Bereitschaft, sich zurückzuziehen, wenn eine Aktion nicht nach ihren Vorstellungen abläuft. Außerdem haben sie oft Vorbehalte gegen die Institution, von der der Gemeinwesenarbeiter bezahlt wird.
Aufgrund dieser Situation ist das Verhältnis von Sozialarbeiter und Bürgern anders, gleichberechtigter als im Amt. Manch einer, der es beruflich zu etwas gebracht hat, klopft einem wohlwollend auf die Schulter und sagt: »Das schaukeln wir schon!« Dennoch hat der Sozialarbeiter auch hier Möglichkei-

ten, Aktivitäten von Bürgern zu blockieren oder sich totlaufen zu lassen, anstatt ein Projekt gemeinsam mit ihnen – wenn auch mit bestimmten organisatorischen Sonderfunktionen – durchzusetzen.
Doch genau diese Sonderfunktionen sind für ihn selbst oft schwer zu bestimmen und einzugrenzen. Er weiß nicht, wie weit er eine Initiative anleiern soll, die dann vielleicht von den Leuten nicht getragen werden kann, oder wie weit er sich zurückhalten soll, ohne sich den Unmut der Leute über diese »Passivität« einzuhandeln.
Einige Kollegen verhalten sich in dieser Situation eher beobachtend und konfliktneutral. Ich saß z. B. einmal ziemlich abwartend in einer Mietergruppe, die ich zusammengeholt hatte, damit sie über die Verwendung von Gemeinschaftsräumen bestimmen sollte. Nach einer Weile unschlüssigen Herumredens sagte jemand ungeduldig zu mir: »Nun sagen Sie doch mal, was wir hier machen sollen, sie sind doch schließlich ausgebildete Sozialarbeiterin und müssen das wissen.«
Man kann auch »methodisch« vorgehen, d. h. man achtet darauf, daß jeder im Gespräch zu seinem Recht kommt, keiner untergebuttert wird und Aggressionen im Keim erstickt werden, damit keine gespannte Atmosphäre aufkommt. Die Gruppentreffen kommen so zu einer schlechten gruppendynamischen Veranstaltung herunter, wo das Zusammensein und Sichaussprechen wichtiger ist als das ursprüngliche Ziel. So versuchte eine Sozialarbeiterin mit einer Behindertengruppe in einer Art Gruppentherapie – worin sie übrigens nicht ausgebildet war – deren individuelle Problem aufzuarbeiten und blockierte damit das Vorhaben der Gruppe, sich in der Öffentlichkeit für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen Behinderter einzusetzen. Dabei wäre es gerade für diese Gruppe wichtig gewesen, nicht immer auf andere angewiesen zu sein, sondern selbst den Versuch zu machen, etwas durchzusetzen.
Andere Kollegen greifen zu stark ins Gruppengeschehen ein. Entweder reißen sie – zum Teil aus schlechtem Gewissen darüber, daß sie für diese Arbeit bezhalt werden – zu viele Aktivitäten an sich, so daß sich die Bürger angesichts dieser geballten Einmann-Initiative oft überflüssig vorkommen, oder sie spielen sich als politische Besserwisser auf, die der Gruppe lange Vorträge über gesellschaftliche Hintergründe und politische Ziele einer Aktion halten. So redete sich eine Kollegin bei der Planung einer Aktion zur Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Eltern auf einem vom Bezirk betriebenen Abenteuerspielplatz ungeheuer in Rage und leitete das ablehnende Verhalten des Stadtrates gegenüber der Gruppe aus dem Zustand der bestehenden Gesellschaft und der Funktion der Verwaltung ab. Am Ende saßen alle etwas ratlos da und sagten nur: »Ja, ja, aber was machen wir jetzt?« Die Kollegin wußte es auch nicht genau.
Hier werden Bürger zum Gegenstand der Ambitionen des Sozialarbeiters,

der sich durch »Totreden« der Leute sein gutes linkes Gewissen erhalten und vor sich selbst eine politische Legitimation seiner Aktivitäten schaffen will. Dabei passiert es auch immer wieder, daß er Aktionen vorschlägt, die ein großer Teil der Anwesenden nicht mitmachen kann. Sie fühlen sich in politischen Zugzwang gebracht, der ihnen die Möglichkeiten des Lernens aus eigener Erfahrung nimmt. In einer solchen Situation sagte ein Vater in einer Abenteuerspielplatzinitiative: »Also, da mache ich nicht mit, das ist ja politisch. Ich will nur einen Spielplatz für unsere Kinder durchsetzen. Politik mache ich privat.«

Allerdings kann man auch die Erfahrung machen, daß Leute, denen man es nie zugetraut hätte – weil sie fast nie in der Gruppe was gesagt haben – geradezu anarchische Ausbrüche bekommen. So z. B. eine alleinstehende Frau mit drei Kindern zwischen 8 und 13 Jahren, als wir über fehlende Jugendfreizeiteinrichtungen sprachen: »Da müssen wir eben alle vors Rathaus ziehen, auch die Jugendlichen mit ihren Motorrädern, und möglichst viel Krach machen und mit roter Farbe ans Rathaus schreiben: ›Jugendliche brauchen Räume!‹.« Diese Frau hatte den Gemeinwesenarbeiter radikal überholt.

Wie aus den Beispielen deutlich wird, ist bei all den Gruppen, deren Selbstorganisation der Sozialarbeiter unterstützen soll, problematisch, daß zu viel und zu klug geredet wird und zu wenig Platz für praktische Aktivitäten bleibt. Es werden bestimmte Leute ausgeschlossen, die da nicht mithalten können. Der Gemeinwesenarbeiter mit seinen Ansprüchen und seiner immer mehr verwissenschaftlichten Ausbildung unterstützt diesen Prozeß oft noch. Das ist selbst bei großen Veranstaltungen, wo Politiker und Amtsvertreter oft hart angegriffen werden, noch ein Problem. In einer Mieterprotestveranstaltung, auf der mehrere hundert Leute waren, gingen nach der ersten Stunde viele raus und sagten: »Und was kommt dabei raus? Nichts! Die reden hier nur alle rum und ich muß weiter meine hohe Miete zahlen!« Wenn man in der Bürgerinitiativarbeit im kleinen dasselbe wiederholt, bleiben auch da die Leute weg, denn: »Klug reden können viele, aber was ändern?«

Bei den praktischen Tätigkeiten taucht allerdings gleich die nächste Schwierigkeit auf. Sehr oft schanzt der Gemeinwesenarbeiter oder die Gruppe Leuten, die sich sonst wenig beteiligen, quasi in sozialpädagogischer Absicht bestimmte praktische Tätigkeiten zu. Diese machen das auch zunächst ganz gerne, aber nach einiger Zeit werden sie sauer, weil sie merken, daß nur sie praktisch arbeiten, die anderen aber weiter klug reden und die Vorschläge für die Weiterarbeit machen. Diese Art von Arbeitsteilung erinnert sie zu sehr an ihre Arbeitsbedingungen im Beruf und sie bleiben allmählich weg.

Gelingt es nicht, Diskussionen und Aktionen so hintereinander folgen zu lassen, daß die Leute Gelegenheit haben, aus eigener Anschauung zu lernen

und hinterher darüber zu reden, und gelingt es nicht, Teilerfolge zu erringen, bleiben viele Leute weg. Übrig bleibt das Häuflein der ewig Aktiven, die in jeder Gruppe sind und bei jeder Aktion mitmachen, bis sie eines Tages zusammenbrechen und ganz aufhören. Wer kennt nicht diese zwanzig bis dreißig Unermüdlichen, Stütze des Gemeinwesenarbeiters, die ihn manchmal sogar mitfühlend trösten, wenn zu einem Termin wenige Leute kommen oder eine Aktion erfolglos war! (Frage: Wer ist hier für wen da?)

Begrenzung des »Freiraums« durch die Institution

Daß es weder genaue Vorschriften noch Bestimmungen für die Arbeit des Gemeinwesenarbeiters gibt, heißt keineswegs, daß er freie Hand hat und tun kann, was er für sinnvoll und richtig hält. Zu diesem Irrtum verleitet die Tatsache, daß sich die meisten Gemeinwesenarbeitsprojekte in der Bundesrepublik und in Westberlin in einem Experimentierstadium befinden und als Arbeits»modelle« laufen, deren Brauchbarkeit und Effizienz für die Institution sich erst noch erweisen muß. Zunächst bekommen die Gemeinwesenarbeiter relativ freie Hand in der Gestaltung ihrer Arbeit, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie Probleme angehen, mit denen die herkömmliche Sozialarbeit nicht fertiggeworden ist.

Doch auch in dieser Arbeit befindet sich der Sozialarbeiter am Ende einer Hierarchie, noch dazu in seinem Arbeitsbereich oft allein oder mit nur ganz wenigen Kollegen. Er steht unter einem starken Bewährungsdruck, er soll Erfolge aufweisen und seine Arbeit legitimieren. Der Druck verstärkt sich oft noch dadurch, daß das Modell zeitlich begrenzt ist. Ist die Arbeit nach der festgesetzten Frist für die Institution nicht zufriedenstellend abgelaufen, so wird sie nach deren Vorstellungen geändert oder eingestellt. In Konflikten mit anderen Institutionen oder Teilen der Bevölkerung, die der Arbeit ablehnend gegenüberstehen, stellt sich die Institution nicht hinter den Gemeinwesenarbeiter, weil sie selbst unsicher ist und ihm diese Arbeit ja gerade übertragen hat, um ihre eigene Legitimation zu beweisen. Lieber läßt sie ihn fallen. So wurde der von einem kleinen Verband betriebene Abenteuerspielplatz in einem Altbauviertel Berlins geschlossen und die Sozialarbeiter entlassen, als die Bewohner gegen Krach, Rauchentwicklung und die »Unordnung« auf dem Platz protestiert hatten.

Die Freiheit der Arbeit bezieht sich auch nicht auf die Verfügung über ausreichende finanzielle Mittel. Denn sonst könnte der Gemeinwesenarbeiter mehr machen als mit den Initiativgruppen – unter den oben geschilderten Schwierigkeiten – zusammenzuarbeiten, deren Diskussionen und Aktionen zunächst wenig Geld kosten. Schwierig wird es, wenn man selbst etwas Konkretes auf die Beine stellen will, das einigen der benachteiligten Bewohner wirklich hilft, z. B. einen Abenteuerspielplatz oder Arbeit mit Kindern von Berufstätigen, die zu alt für Hortplätze sind. Dann hat der Gemeinwe-

senarbeiter die Freiheit, sich abzurackern und sich selbst nach Stellen und Töpfen umzutun, aus denen Geld für sein Projekt fließen könnte.
Die Rechnung ist einfach: die Institution bezahlt einen Gemeinwesenarbeiter, der im übrigen auch viele Arbeiten macht, die ein Fachmann besser und billiger erledigen könnte, und gewinnt damit zahllose ehrenamtliche Helfer, die sich ganz ohne Bezahlung in ihrer Freizeit abrackern. Die Projekte, die verwirklicht werden, arbeiten aufgrund von Geldknappheit oft so schlecht, daß sich die Leute, denen sie zugutekommen sollen, dagegen wenden. Das beste Beispiel sind die Abenteuerspielplätze, die aufgrund von Personal- und Materialknappheit den Kindern nicht genügend sinnvolle Beschäftigungen anbieten können, so daß diese sich nur austoben, gegenseitig die Hütten verbrennen und die Stärkeren die Schwächeren und Kleineren vom Platz vertreiben. Dies geschah z. B. auf einem Abenteuerspielplatz in einer Neubausiedlung, wo teilweise nur zwei Personen 100 Kindern pro Nachmittag auf dem Platz gegenüberstanden (vom Senat festgesetzte Stellenzahl für Abenteuerspielplätze: ebenfalls 2, ein Erzieher und ein Sozialarbeiter). Der zuständige Stadtrat, mehrmals auf das Problem angesprochen, meinte: »Man braucht nicht Geld, sondern Fantasie, wenn man mit Kindern arbeitet. Das reicht, früher ist es auch so gegangen.«
Problematisch wird es dann, wenn die Institution, nur weil sie das Geld gibt – entweder das Gehalt für den Gemeinwesenarbeiter oder auch weitere Mittel –, den Bürgern trotz erheblichen Engagements kein Mitbestimmungsrecht bei der Arbeit, bei Personal- und Finanzfragen geben will. Es gibt genug Beispiele, die zeigen, daß es in der Gemeinwesenarbeit mit der Mitbestimmung der Bürger nicht weit her ist, es sei denn, es betrifft die Teesorte, die für das Gruppentreffen gekauft wird.
So war eine Sozialarbeiterin in einer westdeutschen Stadt vom Caritas-Verband angestellt worden, um mit spanischen Arbeitern zu arbeiten, d. h. praktisch einen Treffpunkt für sie offenzuhalten, für sie zu dolmetschen, in Konflikten mit Behörden und Firmen einzuspringen. Als die Spanier ein Mitspracherecht bei den Finanzen haben und ihr Zentrum mit Bibliothek selbst verwalten wollten, betrachtete der Verband diesen Ansatz der Selbstorganisation als »Politikum«. Er verweigerte der Gemeinwesenarbeiterin die Einrichtung eines Büros und kündigte ihr schließlich, da er sie für die Anstifterin der kritisierten Vorgänge hielt – eine Diskriminierung für die Spanier! Schließlich wurde unter Berufung auf das Hausrecht auch das Zentrum geschlossen, ohne die Spanier zu fragen.
Auch hier zeigt sich, daß die Bürger, denen geholfen werden soll, letztlich am Ende der Hierarchie stehen. Wenn sie die von den Verbänden angebotene Caritas nicht annehmen wollen, dann können sie sehen, wo sie bleiben – sie können sich, wie die Spanier, am Bahnhof treffen und in Kneipen hocken, wenn sie Geld haben.

Enttäuschung – was nun?
Immer mehr Sozialarbeiter erkennen, daß sie auch in der Gemeinwesenarbeit die angestrebten politischen Zielsetzungen nicht verwirklichen können. Sie erreichen zu wenig Leute, die meisten Projekte, die den wirklich benachteiligten Bewohnern nützen können, scheitern am Geld. Außerdem ist absehbar, daß die Gemeinwesenarbeitsprojekte erheblich reduziert werden. Denn der erste moralische Schock über die Benachteiligten in unserer Gesellschaft bei den Institutionen ist vorbei. Inzwischen hat man sich an alkoholisierte und drogengefährdete Jugendliche, alleingelassene Kinder, arbeitslose Väter und Wohnungsräumungen gewöhnt. Die allgemeine Rechtsentwicklung hat den Legitimationsdruck verringert, und man kann sich wieder dem zuwenden, was man schon immer gemacht hat.
Einige Gemeinwesenarbeiter werfen sich in dieser Situation ganz auf die der Institution genehme »Methodenarbeit«, um ihren Arbeitsplatz zu sichern. Sie arbeiten mit überschaubaren Gruppen, basteln, veranstalten Feste und kümmern sich um alte Leute (wogegen nichts einzuwenden ist, wenn es nicht als Ausweichlösung betrieben wird).
Andere verlegen sich eher auf Gruppenarbeit im Seminarstil, wo wie in der Schule, zum Teil besser und auf freiwilliger Basis, bestimmte politische Probleme bearbeitet werden, aber bloß nicht mit praktischen Folgen!
Wieder andere treiben die Konflikte mit der Institution auf die Spitze, weil sie sich der Entwicklung nicht beugen wollen, und werden entlassen. Schließlich gibt es viele, die ihre vor Jahren übersteigerten Hoffnungen in die Gemeinwesenarbeit mit den vermeintlichen »Freiräumen« kritisch sehen und sich entschließen, doch im Amt zu arbeiten.

III. Möglichkeiten

Die Kollegen in den Ämtern und die Einzelnen in den Wohnvierteln, wir alle haben gelernt, daß es keine »revolutionäre Berufspraxis« für Sozialarbeiter geben kann. Wir können durch unsere Arbeit Einige – Kollegen, Klienten und Bürger – aktivieren, politisch organisieren können (und wollen) wir sie nicht. Unsere Erwartungen auf schnelle gesellschaftliche Veränderungen, die uns einer Gesellschaft, in der Sozialarbeit überflüssig sein wird, näher bringen, haben sich nicht erfüllt. Stattdessen wissen wir mehr über die Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen und unsere mögliche Rolle in diesem Prozeß. Wir haben gelernt, unsere Berufswirklichkeit genauer zu betrachten und die Freiräume und Widersprüche aufzuspüren, an denen wir weiterarbeiten müssen.
Eine Voraussetzung für eine politisch sinnvolle Arbeit ist die richtige Bewertung der Hilfen für den einzelnen Klienten und Bürger. Verschaffen

wir einer Familie materielle Unterstützung oder einem Jugendlichen einen Platz in einer Jugendwohngemeinschaft statt in einem der üblichen, meist schlechten Heime, so verhindern wir zwar nicht das Nachwachsen neuer Fälle, auch helfen wir ihm meist nicht grundsätzlich aus seiner Misere, dennoch helfen wir vielleicht eine Zeitlang, eine Existenz zu sichern. Die Zeiten, wo einige Kollegen den Arbeitsplatz mit einer Partei verwechselt und deshalb eine genaue Kenntnis von Gesetzen und Vorschriften, die eine solche Hilfe erst ermöglichen, oft für nicht so wichtig gehalten haben, sind vorbei. Diese Einzelhilfe ist ein Teil der Arbeit – in der Familienfürsorge der größte, in der Jugendhilfe und der Gemeinwesenarbeit z. B. weniger groß – und bedarf im Interesse der Klienten gründlicher Kenntnisse. Dazu gehört auch, die Leute gezielt auf ihre Rechte aufmerksam zu machen, zum Widerspruch bei Entscheidungen zu ermuntern, mit denen sie nicht einverstanden sind, und ihnen die Institution – besonders die staatliche Behörde – etwas durchsichtiger zu machen, damit sie aus ihrem Objektsein herauskommen können.

Um in dieser Arbeit nicht zu ersticken, ist es allerdings wichtig, sich gleichzeitig mit Kollegen zu überlegen, wie einige wenig sinnvolle Pflichtaufgaben, besonders verwaltungstechnischer Art, reduziert und im Sinne des Klienten sinnvollere Arbeitsschwerpunkte gesetzt werden können. Dies sowie andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen (Abbau der Hierarchie, Aufhebung der Spezialisierung u. a.) gilt es gegenüber der Amtsleitung und übergeordneten Gremien durchzusetzen. Das kann uns gelingen, wenn wir die Kollegen an ihrem eigenen Anspruch fassen, mit dem sie einmal in den Beruf gegangen sind: eine gesellschaftlich sinnvolle, für die sozial Benachteiligten nützliche Tätigkeit auszuüben. Die direkte Anschauung der Situation der Klienten sowie die erweiterte Ausbildung gibt den jüngeren Kollegen zunehmend die Möglichkeit, die Ursachen der sozialen Benachteiligung und die Funktion der Institutionen, in denen sie arbeiten, zu durchschauen, so daß sie nicht mehr so leicht versucht sind, ihre Aggressionen gegen die Klienten zu wenden, sich in psychologisierende Erklärungen zu flüchten oder in Resignation zu verfallen.

Die Veränderung der Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsbedingungen kann freilich nicht in einer einzelnen Dienststelle gelingen, sondern muß auch mit anderen Kollegen in der Gewerkschaft durchgesetzt werden. Die Gewerkschaft – für Sozialarbeiter meist die ÖTV, seltener die GEW – ist der einzige organisatorische Zusammenhang, in dem eine große Anzahl von Sozialarbeitern verschiedener Dienststellen und Arbeitsgebiete zusammenkommt und Forderungen größerer politischer Reichweite entwickeln kann. Manch einer mag diese Perspektive nur mit Zähneknirschen verfolgen, nicht zuletzt seit sich die ÖTV in Berlin in einer Mai-Parole für den »Radikalenerlaß« ausgesprochen hat und Ausschlußverfahren gegen poli-

tisch aktive Kollegen betreibt. Dennoch müssen wir *auch* in diesem Bereich arbeiten, was vor allem dann sinnvoll und wirksam sein kann, wenn man es nicht nur als Individuum, sondern im Zusammenhang kleiner Gruppen tut, die zwischen Berufs- und Gewerkschaftsarbeit vermitteln und in beide hineinwirken.

Darüberhinaus sind Informationen über die Planung von Angeboten und Einrichtungen sowie gezielte Informationen über den Anspruch auf bestimmte materielle Hilfen für betroffene Gruppen wichtig. Die offiziellen bunten Glanzpapierbroschüren der Bundesregierung, die nur an wenigen Orten ausliegen und nicht alle Informationen enthalten, reichen da bei weitem nicht aus.

Schließlich ist es wichtig, die Selbstorganisation bestimmter Gruppen zu fördern, indem wir uns sowohl innerhalb der Behörde dafür einsetzen als auch den Leuten selbst praktische Hilfestellung leisten. Außerdem können wir gezielt die Arbeit politischer Gruppen außerhalb der Institution unterstützen, z. B. durch interne Informationen über Fehlplanungen und Verschwendung, Statistiken über bestimmte Tatbestände wie Wohnungsräumungen, Entwicklung der Jugendkriminalität, Scheidungs- und Selbstmordziffern. Da dies für jemanden, der im Amt arbeitet, nicht immer mit dem Amtsgeheimnis zu vereinbaren ist (s. o.), empfiehlt es sich, mit solchen Informationen nicht unbedingt öffentlich oder namentlich aufzutreten und sich den Empfänger der Mitteilungen etwas genauer anzusehen, sonst hat man im Nu ein Disziplinarverfahren am Hals. Allerdings soll hier nicht der Selbstzensur das Wort geredet werden, die überhaupt keinen Widerspruch und öffentlichen Protest mehr erlaubt; es heißt nur, daß die Folgen genau zu kalkulieren sind.

Die Möglichkeit für Sozialarbeiter, die Misere der Leute, mit denen sie täglich zu tun haben, an die Öffentlichkeit zu bringen, ist in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich. Gleichwohl können gerade wir Sozialarbeiter, die wir sehen, daß diese Probleme ihre Ursache fast immer in einer materiellen Benachteiligung der Betroffenen haben, dies am besten nach außen tragen, um den so bequemen Urteilen wie »Die Leute sind selber an ihrer Situation schuld . . .« und den Verdrängungen zu begegnen sowie die verantwortlichen Politiker zum Handeln zu zwingen. Da Sozialbehörden und Wohlfahrtsverbände den Anspruch haben, mit ihren »Hilfen« benachteiligte Bevölkerungsschichten wirksam zu unterstützen – auch wenn ihre objektive Funktion darin besteht, die allerunterste Schicht der Gesellschaft gerade soweit zu stabilisieren, daß diese sich nicht gegen die bestehende Gesellschaftsordnung wendet, sondern am Existenzminimum lebend als warnendes Beispiel für nicht normgerechtes Verhalten erhalten bleibt –, müssen wir sie immer wieder, öffentlich und nichtöffentlich, an diesem Anspruch packen und Forderungen stellen.

Umdenken

Die Studentenbewegung ist tot, der Bildungsboom längst passé. Aber Erziehung und Bildung sind dadurch nicht weniger wichtig geworden. Lehrer, Schüler und Eltern wissen das. Es ist noch viel zu tun, bis Lernen einmal weniger ‚Gewalt', sondern eher ‚Vergnügen' bedeutet. Deshalb wird jeden Monat das aktuelle pädagogische Magazin b:e gemacht. b:e bringt Themen aus Schule, Hochschule, Kindergarten, aus Bildungspolitik und Erziehungswissenschaft: Interviews, Kommentare, Reportagen, Dokumentationen, Glossen, Meldungen, Rezensionen...

b:e
betrifft:erziehung

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an bei:
Beltz Verlag, 694 Weinheim, Postfach 1120

Sammlung Luchterhand

DM 7,80 (Bd. 174)

DM 14,80 (Bd. 188)

DM 12,80 (Bd. 201)

DM 14,80 (Bd. 185)

Neuauflagen/
Erneut lieferbar

Jurek Becker
Jakob der Lügner
Roman. 7. Aufl. 1975
DM 8,80 (Bd. 1)

Ernst Jandl
Der künstliche Baum
5. Aufl. 1975
DM 7,80 (Bd. 9)

Georg Lukács
Geschichte und Klassenbewußtsein
7. Aufl . 1975
DM 12,80 (Bd. 11)

Günter Grass
Die Blechtrommel
3. Aufl. 1975
DM 8,80 (Bd. 147)

Günter Grass
Katz und Maus
4. Aufl. 1975
DM 3,80 (Bd. 148)

Max von der Grün
Menschen in Deutschland (BRD)
3. Aufl. 1975
DM 5,80 (Bd. 94)

Ärztliche Praxis und politische Arbeit im Krankenhaus

Erfahrungen einer Gruppe Berliner Krankenhausärzte

Dieser Beitrag ist von sechs Ärzten geschrieben, die – auch wegen ihrer verschieden langen Berufserfahrung – in der Beurteilung der politischen Praxis unterschiedlicher Auffassung sind. Weil zudem die Abhängigkeiten der Medizin verkürzt nur unvollständig und einführend darstellbar sind, bliebe jeder hier entwickelte theoretische Vorschlag einer Veränderung widersprüchlich und ein politisch nutzloser Katechismus. Anstelle eines allgemeinen, im einzelnen aber nicht umsetzbaren, politischen Anspruchs an die ärztliche Praxis wird über eigene Erfahrungen berichtet. Dies gerade deswegen, weil die praktischen Schwierigkeiten, mit denen wir alle zu schaffen haben, immer wieder als eigene, subjektive Unzulänglichkeit erlebt und eben nicht vor allem auf bestehende, objektive Widersprüche zurückgeführt werden. Diese Beschränkung auf die eigene Person wirkt hemmend auf das politische Engagement und damit resignativ. Die Darstellung der eigenen Erfahrung, die in ihrer Subjektivität auch wesentliche objektive Momente enthält, ist deshalb ein erster, wichtiger politischer Schritt zur Veränderung.

1. Strukturelemente der bundesdeutschen Gesundheitsversorgung

Zum Verständnis der ärztlichen Praxis ist es vorab notwendig, wesentliche Grundzüge des Gesundheitswesens in der BRD sowohl in organisatorischer als auch in funktionaler Hinsicht darzustellen. Dabei wird es sich zeigen, daß die Interessen der ärztlichen Standesorganisationen, der pharmazeutischen und medizinischen Geräteindustrie und die des Staates als gesetzgebendem Vollzugsorgan zu einem Ganzen verknüpft sind, das sich nicht – zumindest aber nicht zuerst – an dem orientiert, was stets behauptet wird: der optimalen medizinischen Versorgung der Bevölkerung.

In der bürgerlichen Gesellschaft dient das Krankenhaus wesentlich dem Ziel, die Entlassungsfähigkeit der Kranken zum Zwecke einer möglichst bald erfolgenden Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß zu erreichen. Unter den gegebenen Bedingungen beschränkt sich der Behandlungsablauf dabei auf eine kurative Therapie, das ist eine auf das aktuelle Kranksein bezogene Therapie. Die Beseitigung der objektiv bestehenden Krankheit wird gleichgesetzt mit vollständiger Heilung. Das Individium wird dabei zunächst auf

sein krankes Organ reduziert. Läßt sich diese einfache Reduktion nicht aufrechterhalten, dann wird das kranke Individium zwar als ganzes, eben auch psychisches und soziales Wesen gesehen, aber isoliert, verfangen in Eigenverantwortlichkeit. Scheitert diese sich nur mechanistisch an naturwissenschaftlichen Erkenntnissen orientierende Therapie, dann wird die Schuld daran beim Individium belassen. Ganz folgerichtig heißt es in solchen Fällen: Der hat was Psychisches, der hat nichts, oder der spinnt. Dadurch wiederum wird und ist die Entlassung gerechtfertigt. Außerhalb des Krankenhauses ist noch weniger Hilfe zu erwarten. Vieles hängt dabei eher von Zufälligkeiten als von geplanter und sinnvoller medizinischer Versorgung ab; von der Wahl des »richtigen« niedergelassenen Arztes beispielsweise, dessen Können und persönlichem Engagement. Auch da, wo die Bereitschaft zum Helfen besteht, wird sie durch bestehende Zwänge schrittweise reduziert. Die Zeitnot der Ärzte ist allgemein bekannt.

Der Zirkel der Argumentation wird besonders deutlich, wenn man Berliner Verhältnisse mit der Überalterung der Bevölkerung betrachtet, wo viele Patienten wegen körperlicher Verwahrlosung und sozialer Vereinsamung zur stationären »Behandlung« aufgenommen werden. Hier übernimmt das Krankenhaus einerseits zwar zunächst eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, eine Beachtung aber finden nur die körperlichen Gebrechen, die immer vorhanden sind. Andererseits liefert das Krankenhaus aber gerade dadurch der Gesellschaft ein Alibi für das bestehende Desinteresse an einer altersgerechten Versorgung der Bevölkerung. Durch die medizinischen Diagnosen, wie Cerebralsklerose oder Altersschwäche, werden die bestehenden Probleme wieder als individuell schicksalhaft deklariert. Damit wird dieser miserable Zustand ideologisch sanktioniert.

Die sogenannte freie Praxis war von Beginn an – seit dem ersten Deutschen Ärztetag 1873 und der Gründung des Leipziger Verbandes (Hartmann-Bund) im Jahre 1900 – das erklärte Ziel der Standesvertreter. Vor allem der Hartmann-Bund betrieb diesen reaktionären Kampf für die privilegierte Stellung des Arztes. Er bekämpfte von Anfang an die gesetzliche Sozialversicherung und organisierte während der Weimarer Republik Ärztestreiks, um damit – unter Mißachtung der medizinischen Interessen der Bevölkerung – die zunehmende Entwicklung von Ambulatorien zu blockieren. Die entscheidenden Ziele wurden schließlich durch die Reduzierung der Ambulatorien und, wichtiger noch, 1931 durch den »Sicherstellungsauftrag« erreicht: Die Krankenkassen durften danach Verträge *nur* noch mit den kassenärztlichen Vereinigungen – den ökonomischen Interessenvertretungen der niedergelassenen Ärzte – abschließen: der Beginn des bis heute heftig und stets erfolgreich verteidigten Monopols der ambulanten Versorgung durch die niedergelassenen Ärzte. Während der Zeit der faschistischen Diktatur hatten die Standesorganisationen keine ideologischen Probleme. Nach dem Zwei-

ten Weltkrieg wurden die wichtigsten Stützen der ärztlichen Standespolitik, die Ärztekammern und die kassenärztlichen Vereinigungen, sehr schnell von den gleichen Leuten reorganisiert.

Mit dem Sicherstellungsauftrag ist gleichzeitig die Auflage verbunden, eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung durch die niedergelassenen Ärzte zu gewährleisten. Diese Verpflichtung aber können die kassenärztlichen Vereinigungen schon lange nicht mehr erfüllen: Die Anzahl der Praxen ist besonders in Kleinstädten und ländlichen Gebieten nicht ausreichend, die medizinischen Einrichtungen und Kenntnisse der Praxisinhaber kommen der rapiden Wissensentwicklung nicht nach – dennoch besteht eine Pflicht zur Weiterbildung nicht. Auch deshalb ist die ambulante Versorgung der Bevölkerung nur unzureichend und, gemessen an den Möglichkeiten, die die moderne Medizin bietet, schlecht. Die ärztlichen Standesorganisationen aber leugnen diesen Zustand und verkehren die Verhältnisse durch die permanente Schutzbehauptung, daß unsere Gesundheitsversorgung eigentlich die beste der Welt sei.

Ganz folgerichtig versuchen sie, im ärztlichen Interesse selbstverständlich, ihnen auf lange Sicht politisch bedrohlich erscheinende Entwicklungen zu unterbinden. Der jetzt, zumindest wegen der offensichtlich zu geringen Anzahl von Ärzten, öffentlich beklagte Numerus clausus wurde zuerst in der Medizin eingeführt, ganz wesentlich auf Betreiben eben dieser Organisationen. Mit Hinweisen auf manipulierte Bedarfsberechnungen wurde wegen angeblich schlechter Berufsperspektiven vom Medizinstudium abgeraten, ein Vorgang, der sich heute bei dem Streit um die Lehrerausbildung wiederholt. Ebenso wird in der nur langsam, aber immerhin zunehmenden Anzahl von Lebensstellungen für Fachärzte im Krankenhaus – eine wesentliche Voraussetzung für eine angemessene medizinische Versorgung – eine gefährliche Alternative für die Fachpraxis gesehen: dadurch würde einerseits die Monopolstellung der Facharztpraxis gefährdet und andererseits das Argument von der ausreichenden ambulanten Versorgung zusätzlich beeinträchtigt. Es erscheint deshalb nur folgerichtig, daß Standesvertreter in aller Öffentlichkeit darüber diskutieren, ob eine zeitliche Begrenzung der Anstellungen im Interesse der Ausbildung nicht sinnvoll wäre. Entsprechend wird die Forderung erhoben, den in der freien Praxis tätigen Fachärzten die »Belegarzttätigkeit« vermehrt zu gestatten. Konsequenter noch wird versucht, die eigenen Interessen durch die Einführung kassenärztlicher Vereinigungen auch im Krankenhaus zu schützen und weiter zu festigen. Hinter dieser Standespolitik stecken die handfesten materiellen Interessen einer Berufsgruppe, die sich am Kranksein bereichert.

Es erscheint zunächst unverständlich, was die ärztlichen Standesorganisationen entgegen den Interessen, besonders der Sozialversicherten, so mächtig macht. Zur Verdeutlichung ist hier an erster Stelle die Verknüpfung von

pharmazeutischer Industrie, medizinischer Geräteindustrie und Standesfunktionären zu nennen. Die bestehende enge personelle Verflechtung sichert dabei das einheitliche Verhalten, das Großkapital die Wirksamkeit. So fließen Unmengen von Geldern der Industrie in die sogenannte freiwillige Fortbildung, ein Verfahren, das ganz wesentlich dem Absatz der angebotenen Waren dient, weil eigentlich nur die Ärzte – in geringem Maße auch die Apotheker – die Verteilerfunktion über die angebotenen Waren ausüben. Das *Bundesärzteblatt,* das politische Kampfblatt der Standesorganisation, wird kostenlos vergeben; die Einnahmen aus Medikamentenwerbung und Anzeigen übersteigen bei weitem die Unkosten. Gemeinsam verhindern Bundesärztekammer und Industrie ein wirksames Gesetz zur Prüfung von Arzneimitteln: wo der Profit winkt, werden Arzneimittelschäden gern in Kauf genommen. Überflüssige, weil nicht wirksame Medikamente lassen sich über die bestehenden Praxen leicht absetzen, da der niedergelassene Arzt den Wust neuer Medikamente, die ihm als Muster von der pharmazeutischen Industrie angeboten werden, nicht mehr nach ihrer Wirksamkeit beurteilen kann und sie seinen Patienten nur deshalb weitergibt, weil sie neu sind. Diesem unheilvollen Bündnis stehen die Staatsorgane auch dort machtlos gegenüber, wo sie eigentlich Anderes wollen. So wurde dieser Gesetzentwurf zur Neuregelung des Arzneimittelrechts nach heftigen Widersprüchen der Betroffenen so »verbessert«, daß er der Industrie nun sehr viel sachgerechter erscheint.

Eine weitere wesentliche Ursache für die Macht der Standesorganisationen liegt in ihrem lautstarken und deutlichen politischen Verhalten: Sie sind immer bereit, als Verfechter systemkonformer Ideologien aufzutreten. In allen Reden und Aufsätzen leisten die Standesführer bereitwillig Lippenbekenntnisse für die sogenannte freie demokratische Grundordnung, für die freie Marktwirtschaft, für Recht und Ordnung. Sie geißeln den Staat angeblich gefährdende politische Gruppierungen willfährig als Radikale und Anarchisten, meinen damit aber eigentlich nur die, die das Gesundheitswesen verbessern wollen; daß dies eine allgemeine Erscheinung ist, zeigt nicht zuletzt das Verhalten der chilenischen Ärztekammer, die vor und nach dem faschistischen Putsch reaktionäre Ärztestreiks veranstaltete und »schwarze« Listen über fortschrittliche Ärzte führte. In allen Lippenbekenntnissen der Standesvertreter sind gleichzeitig Drohungen enthalten, die Stellung der Ärzte nur ja nicht anzutasten. Zum Schutz ihrer eigenen materiellen Interessen stellen sie die Gesundheit ihrer Patienten bereitwillig hintan und unterstützen lautstark all die Sparmaßnahmen des Staates, die sie selbst nicht betreffen. Die mächtige gesellschaftliche Stellung der Ärztelobby wird zudem durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit – im Wartezimmer selbstverständlich gratis – ständig ausgebaut.

Dieser straff organisierten Standesorganisation mit ihrer kassenärztlichen

Bundesvereinigung stehen auf der anderen Seite nur die in mehr als 1800 Einzelkassen zersplitterten gesetzlichen Krankenversicherungen gegenüber. Weitere Institutionen der Sozialversicherung, wie die Landesversicherungsanstalten, haben in der gesundheitspolitischen Auseinandersetzung fast keine Bedeutung. Die gesetzliche Krankenversicherung ist dabei die einzig bestehende Vertretung der Lohnabhängigen, unterliegt aber nicht allein deren Verfügung, sondern zu gleichen Teilen der der Arbeitgeber und der Gewerkschaften. Die Beteiligung der Arbeitgeber wird mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitgeberanteil begründet, der aber nichts anderes ist als verschleierter Lohnanteil, Teil des von den Arbeitern produzierten relativen Mehrwertes. Die ständig und drastisch steigenden Kosten für das Krankenhaus, die Arzneimittel und die ärztlichen Leistungen müssen von den Krankenkassen zwangsweise durch immer neue Anhebungen der Beitragssätze aufgefangen werden; wegen ihrer schwachen politischen Stellung sind sie nicht in der Lage, das organisierte Chaos der Gesundheitsversorgung wirkungsvoll zu verändern.

In dem Maße, wie sich die ökonomische Klemme, in der die Krankenkassen sich befinden, verschärft, wird eine Änderung ihrer bisher eher defensiven Haltung erkennbar. Die steigenden Ausgaben können nach wiederholten Erhöhungen nicht mehr über höhere Beiträge der Versicherten aufgebracht werden. Zunehmend verlangen die Krankenkassen für ihre finanziellen Leistungen auch wirksame medizinische Gegenleistungen. Da dies unter den bestehenden Bedingungen in dem erwünschten Maße nicht möglich ist, werden auch von den Krankenkassen Veränderungen der Gesundheitsversorgung diskutiert. Diese Haltung wird durch das wachsende gesundheitspolitische Bewußtsein der Gewerkschaften verstärkt.

Wo aus ökonomischen Gründen Veränderungen nicht zu vermeiden waren, gelang es den Standesorganisationen, die Durchführung des erweiterten Leistungsangebotes der Krankenkassen, an Vorsorgeuntersuchungen etwa, gesetzlich ausschließlich den niedergelassenen Ärzten zu übertragen. So hatten in der Phase der Hochkonjunktur auch die Arbeitgeber ein Interesse an der Ausweitung vorbeugender medizinischer Maßnahmen, da die Lohnfortzahlung über sechs Wochen und der zunehmende Krankenstand, bedingt durch Mehrarbeit und Verschärfung des Arbeitstempos, ihre eigenen Belange berührte. Hier deutet sich ein möglicher Konflikt mit den betroffenen Kapitalisten an: um eine optimale Nutzung der Arbeitskraft zu ermöglichen, sind die Arbeitgeber grundsätzlich an einer wirksamen Gesundheitsversorgung der Arbeitenden interessiert, möglicherweise auch gegen die Interessen der ärztlichen Standesorganisationen. Wie auch immer, erklärte Absicht der Standesorganisationen ist es, ihren Anteil an finanziellen Zuwendungen aus dem Aufkommen der gesetzlichen Krankenversicherungen zu erhöhen. Begründet wird dies wiederum mit der Behauptung, nur die ökonomische

Unabhängigkeit der Ärzte gewährleiste auch eine von äußeren Zwängen unabhängige und gleiche Behandlung der Patienten.
Wegen der mittelalterlichen Standesstruktur der Ärztekammern, denen die gesamte Berufs- und Weiterbildungsaufsicht unterliegt, fällt es diesen Organisationen leicht, Angriffen aus den »eigenen Reihen« zu begegnen. Alle Ärzte sind Zwangsmitglieder der Kammern und unterliegen deren Standesgerichtsbarkeit. Auch wegen dieser Zwangsmitgliedschaft fällt es den Standesfunktionären in der Öffentlichkeit leicht, stets Erklärungen »im Namen der deutschen Ärzte« abzugeben. Auf diese Weise wird ein einheitliches politisches Verhalten aller Ärzte vorgetäuscht, wie dies zuletzt die Stellungnahme zur Reform des Abtreibungsparagraphen gezeigt hat.
Im Vergleich zu den gut organisierten Standesvertretungen sind die Krankenhäuser so gut wie unorganisiert. Ihre Zersplitterung in staatliche, gemeinnützige, private oder karitative Institutionen entspricht der allgemeinen Situation der Gesundheitsversorgung. Diese Zersplitterung behindert eine in unserer Gesellschaft eigentlich notwendige Krankenhauslobby; die politische Wirkung der bestehenden Krankenhausgesellschaften wird durch die widersprüchlichen Interessen der einzelnen Krankenhausträger praktisch aufgehoben. Gleichzeitig lassen sich deswegen aber strukturelle Veränderungen leichter durchsetzen. So wurde wegen der explosiven Kostenentwicklung ein bundeseinheitliches Krankenhausfinanzierungsgesetz beschlossen und durch entsprechende Ländergesetze ergänzt. Dieses Gesetz soll einerseits die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser dadurch gewährleisten, daß die laufenden Krankenhauskosten als sogenannte Benutzerkosten von den Krankenkassen aufgebracht werden müssen. Nach starken Erhöhungen der Pflegesätze, eine direkte Folge dieses Gesetzes, ist heute ein täglicher Satz von 200 DM keine Ausnahme mehr. Bis 1980 wird dieser Betrag voraussichtlich auf 400 bis 600 DM ansteigen. Ob diese Kosten von den Krankenkassen und damit letztlich von den Versicherten selbst aufgebracht werden können, bleibt fraglich.
Andererseits soll eine sinnvolle Planung der Krankenhäuser eine *ausreichende* Krankenversorgung gewährleisten, von *optimaler* Versorgung redet schon niemand mehr. Die vorgeschriebenen »Bedarfsplanungen« sind Voraussetzung für die Übernahme der Investitionskosten durch den Staat. Wie weit dieser, schon reduzierte Anspruch verwirklicht werden kann, bleibt wiederum fraglich. Erstmals wird hier aber, im Gegensatz zur ambulanten Gesundheitsversorgung, die Notwendigkeit einer Planung im Gesundheitswesen nicht nur erkannt, sondern gesetzlich auch vorgeschrieben; ein politisch bedeutender Vorgang.
Jeder Arzt muß vor der Niederlassung im Krankenhaus arbeiten. Dies ist gerade im Hinblick auf die Sozialisation der Ärzte wichtig. Im Krankenhaus wird das Rollenverhalten eingeübt, wesentlich geprägt von der ärztlichen

Hierarchie und der distanzierten Dominanz über mitarbeitende Berufsgruppen. Daß ein Großteil der Ärzte selbst aus Arztfamilien stammt, erklärt zusätzlich, warum das Selbstverständnis der Krankenhausärzte dem allgemein ärztlichen entspricht. Die Mehrzahl der Ärzte betrachtet zudem die Krankenhaustätigkeit nur als ein für die Niederlassung notwendiges Durchgangsstadium; wegen fehlender Facharztstellen verlassen in der Regel aber auch die Ärzte das Krankenhaus, die dort eigentlich weiterarbeiten wollen. Die Arbeit im Krankenhaus wird also als vorübergehend angesehen, ein Umstand, der jeden politischen Ansatz hemmt.
Der bürgerlichen Ideologie entsprechend wird die Arbeitswelt allgemein als nicht-politischer Raum gesehen. Infolge der idealistischen Vorstellung, die Medizin sei eine wertneutrale und somit an sich unpolitische Wissenschaft, gilt dies besonders für den Krankenhausbetrieb. Die engmaschige Überprüfung nicht nur der Ärzte auf ihre Einstellung zur »freiheitlich demokratischen Grundordnung« sichert diesen ideologischen Anspruch jetzt ab. Die Anzahl der Berufsverbote nimmt auch unter den Krankenhausärzten zu.

II. Erfahrungsberichte

A: Als ich Medizin zu studieren begann, glaubte ich, der Mensch stünde im Mittelpunkt des Studiums. In den ersten fünf Semestern aber dachte ich einige Male, ich sei in der falschen Fakultät; denn was ich lernen mußte, war reine Naturwissenschaft, die auch nicht so vermittelt wurde, daß einsichtig geworden wäre, inwiefern man dieses Wissen später am Krankenbett benötigen würde.
Der erste Kontakt mit einem Menschen, der Opfer meines medizinischen Wirkens war, war ein toter »Patient«, eine Leiche, die es kunstgerecht zu sezieren galt. Da bleibt einem gar nichts anderes übrig, als vor lauter Ekel und Ängsten zu verdrängen, daß es sich um einen toten Menschen handelt. Ich halte diese erste Begegnung des deutschen Medizinstudenten mit dem menschlichen Körper für symptomatisch, sowohl für die Studienzeit als auch für die spätere Berufsausübung. Man lernt den Menschen nicht als Individuum mit eigener Geschichte kennen, sondern als totes Objekt, später dann als krankes Organ.
Über die Entstehung von Krankheiten aus psychischen und sozialen Ursachen wird so gut wie nichts gelehrt. Für die meisten Studenten ist dies auch kein Versäumnis, es erspart ihnen Zweifel an der eigenen psychischen Gesundheit; und daß man auch mit wahnwitziger Selbstüberschätzung gut durchs Leben kommt, zeigen ihnen nicht nur die Standesfürsten.
Im 1. Klinischen Semester – man hat schon 2½ Jahre, nach der neuen Ausbildungsordnung 2 Jahre studiert – wird nun der kranke Mensch in das

Studium eingeführt. Man darf ihn beklopfen, sein Herz und die Lunge abhören, aber um sich mit ihm und seiner Krankheit vertraut zu machen, bleibt keine Zeit. Statt das Klinische Studium so auszurichten, daß der Student im Krankenhaus die praktische Anwendung der medizinischen Wissenschaft lernt und dies von theoretischen Kursen begleitet wird, lernt er viel Theorie, die er nach der Klausur schnell wieder vergißt, weil er nur selten die Möglichkeit hat, das erlernte Wissen am Patienten anzuwenden.
Während der Klinischen Semester muß man drei Monate als Famulus im Krankenhaus arbeiten, die sinnvollste Zeit des Studiums. Spätestens hier wird einem mit aller Deutlichkeit bewußt, wie unzureichend man durch diesen Studiengang auf die praktischen Anforderungen des Berufes vorbereitet wird. Vom Stationsarzt als junger Kollege vorgestellt, wurde ich auf die Patienten losgelassen. Das erste große Problem für mich war, Blut abzunehmen. Es war eine kaum zu bewältigende Aufgabe; denn ich wollte die Vene der Patientin beim ersten Versuch treffen, mußte aber meine Hände total verkrampfen, um nicht wie verrückt zu zittern. Zu allem Überfluß fühlte ich mich noch dazu verpflichtet, den Patienten gelassen anzulächeln, war ich doch in die Rolle eines »jungen Gottes in Weiß« gedrängt worden und hatte mich in sie auch drängen lassen. Dieses Erlebnis zeigt die Hauptschwierigkeit während meiner Famulaturen auf – eine Rolle auszufüllen, die mir einige Nummern zu groß war und die zu spielen ich hoffentlich nie Lust haben werde: auf der einen Seite demütig der kranke Mensch, ihm gegenüber gnädig und wohlwollend sein Heiler.
Und doch war ich versucht, aus diesem Rollenverhalten Autorität für mich abzuleiten, und habe es einige Male auch getan: Beim Blutabnehmen beklagte sich eine Patientin darüber, daß es weh getan habe. Da ich mir keiner Schuld bewußt, durch diesen Vorwurf aber sehr verunsichert war, sagte ich ziemlich unfreundlich, das könne nicht sein, ich hätte alles richtig gemacht. Der Ton, in dem ich es sagte, klang so, daß dahinter stand: Wenn du nicht sofort ruhig bist – ich komme morgen wieder, dann wirst du erleben, was weh tut. Die Patientin hatte verstanden, sie schwieg und schaute betröppelt auf ihren Arm. Ich verließ mit stolzer Brust das Zimmer und draußen schämte ich mich.
Während der ganzen Zeit der Famulatur kam ich mir eigentlich wie ein Hochstapler vor. Ich versuchte sicher und gelassen zu wirken in Momenten, wo ich vor lauter Ängsten am liebsten weggelaufen wäre. Ich befürchte, daß sich ähnliche Situationen wiederholen, wenn ich meine Medizinalassistentenzeit beginnen werde. Solche Erlebnisse und deren Folgen wären nur zu verhindern, wenn man vom Beginn des Studiums an viel stärker in den Klinikbetrieb integriert würde und das medizinische Handwerk von der Pike auf erlernen könnte. Die neue Ausbildungsordnung bringt uns diesem Ziel nicht näher, sie verlegt nur die MA-Zeit in die Studienzeit hinein und

verschult das Studium noch mehr. Die meisten Medizinstudenten ficht das nicht an, sind sie doch durch ihr Elternhaus meistens so konditioniert, daß sie ohne große Ärgernisse und Nachdenklichkeiten schnell und frei von jedem Zweifel eine Funktion übernehmen wollen, deren hohe gesellschaftliche Stellung durch nichts gerechtfertigt ist, und die es zu verändern gilt.

B: Bis vor einigen Monaten, im Studium, hat man uns jahrelang fein säuberlich von den Patienten ferngehalten: Vorklinik, Klinik, Theorie, Fallvorstellungen. Wer Glück gehabt hat, konnte während der dreimonatigen Famulatur (Pflichtpraktikum) über die Anamnese (Krankengeschichte) hinaus etwas Einblick in die Untersuchung und Behandlung einzelner Patienten gewinnen. Zum Examen haben wir für die etwa 20 theoretischen Prüfungen zweckgebunden gelernt, ohne Patient selbstverständlich. Das hat uns wenigstens einen theoretischen Einblick in den klassischen, lehrbuchhaften Ablauf einzelner Krankheiten verschafft. Damit ist das Studium nebst Prüfungen erledigt, aber nicht die Ausbildung, zumindest nicht nach den Richtlinien. Ein Jahr lang sollen wir nun auf verschiedenen Abteilungen – Innere Medizin, Chirurgie, Wahlfach – in die praktische Arbeit des Arztes eingearbeitet werden, als sogenannte Medizinalassistenten.
Anfangs scheint dabei noch alles zu stimmen: Die Kasse, sprich Ausbildungsvergütung, beträgt etwa $^1/_3$ des Assistentengehaltes. Der Urlaub ist mit 18 Tagen im Jahr entsprechend kürzer. Auf dem zuständigen Bezirksamt unterschreibt man einen »Ausbildungsvertrag«, der viel von Pflichten und Aufgaben spricht und die Rechte weitgehend offenläßt.
Bei der Einstellung hoffen alle auf eine gute Zusammenarbeit, Chef und Oberarzt fordern zum Fragen auf, und dann wird man den entsprechenden Kollegen auf der Station vorgestellt. Eigentlich ist man diesen willkommen, denn der Stationsbetrieb ist traditionsgemäß so eingestellt, daß die Medizinalassistenten die Lücken, sprich unliebsamen Aufgaben der Assistenzärzte übernehmen: Blut abnehmen, Spritzen machen, Blutdruck messen, Krankengeschichten und Arztbriefe schreiben, Wochenenddienste übernehmen usw. Jeder Assistent ist durch diese Mühle gegangen und gibt sie jetzt unbewußt und selbstverständlich weiter. Notwendige Fragen zum Arbeitsablauf, erst recht die zum Krankheitsverlauf der Patienten, stören den Ablauf der Routine und werden dementsprechend kurz und einmalig beantwortet.
In den ersten Wochen geht man während der täglichen Visite recht hilflos mit. Sicher, die meisten Krankheiten sind einem in der Theorie nicht neu, aber der konkrete Ablauf der Routinediagnostik und die Unzahl von Medikamenten mit bisweilen völlig mysteriöser Dosierung erschlagen einen anfangs mehr, als daß sie einen lehren. Angesichts dieser Vielzahl von Ungewißheiten versucht man erst einmal, wenn auch widerwillig, die kon-

kreten Patienten mit ihren menschlichen und sozialen Konflikten zu vergessen, um »wenigstens« ihrer naturwissenschaftlich-medizinischen Versorgung auf die Schliche zu kommen. In den ersten Wochen rettet man sich recht und schlecht bis zum Arbeitsschluß, oft deprimiert, und klemmt sich abends, obwohl von der ungewohnten physischen Belastung der täglichen Arbeit halb erschlagen, hinter die entsprechenden Lehrbücher. Einziges Ziel ist es, etwas Land zu sichten, denn man verspürt plötzlich das beklemmende Gefühl der völligen individuellen Unfähigkeit und glaubt, dieser Arbeit nie und nimmer gewachsen zu sein. Vielleicht ist dieses Gefühl ein Planziel der ärztlichen Ausbildung, nämlich alle sozialen Faktoren des Arzt-Patientenverhältnisses für den Medizinalassistenten erst einmal durch die ungewohnte Macht der täglichen Routinearbeit unmöglich zu machen.

Wir haben versucht, dieses Gefühl der individuellen Unfähigkeit unter den Medizinalassistenten zu besprechen, und konnten feststellen, daß es ein kollektives Problem ist. Die Konsequenz war die Überlegung, uns zu wehren. Wir haben die Forderung nach Ausbildung, eigentlich doch unser Recht, artikuliert; wir wollten während der Arbeitszeit zwei Stunden in der Woche gemeinsam mit erfahrenen Assistenten die häufigsten Krankheitsbilder besprechen, Diagnostik und Therapie an praktischen Beispielen der Stationen deutlich machen. Anfangs trafen wir auf allgemeine Zustimmung, als wir aber damit begannen, die Forderung in die Praxis umzusetzen, begann der Widerstand von oben. Ein Kollege, der die Forderung vorgetragen hatte, wurde plötzlich verdächtigt, wegen der Fortbildung erst gar nicht mehr zum Dienst zu erscheinen, obgleich er, für jedermann leicht nachprüfbar, an diesem Tage wegen des Nachtdienstes frei hatte. Ein Oberarzt kommentierte das Recht auf Ausbildung in diesem Fall so: »Wir sind schließlich ein Akutkrankenhaus und kein Fortbildungsinstitut.« Der Chef pflichtete ihm bei, indem er auf das »umfangreiche Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten außerhalb der Klinik« hinwies: Kurse, die in der Regel von der Pharmaindustrie zur Anpreisung ihrer Medikamente abgehalten werden und zu denen die Ärzte oft nur wegen des dort feilgebotenen und kostenlosen Büffets hingehen. Trotz dieser Behinderungen haben wir weiterzumachen versucht und die fortschrittlicheren Kollegen zu unserem Treffen eingeladen und die, die uns behindert haben, ausgeklammert. Für viele war dies ein erster Versuch von Widerstand, ein Beginn.

Nach einiger Zeit hat man mühsam das meiste der täglichen Routine begriffen, weiß von einigen Untersuchungen, was wann und wo gemacht wird, einige Medikamente werden langsam vertrauter. Dies ist der Zeitpunkt, an dem einige wieder beginnen, die angeeigneten Kenntnisse über die psychischen und sozialen Hintergründe der Krankheiten lauter zu äußern. Eine gemeinsame Besprechung der psychosomatischen Krankheitsbetrachtung haben wir bisher noch nicht erreicht. Als ein Student während der Chefarzt-

visite am Beispiel der Bluthochdruckerkrankung eines Patienten auf die psychosomatischen Hintergründe dieser Krankheit hinweisen wollte, kam von Chef und Oberarzt, wie aus einem Munde, die mehr bevormundende und erschlagende Antwort, daß man diese Komponenten selbstverständlich immer »im Hinterkopf« haben müsse. Als dies den Studenten nicht beruhigte und er die psychosomatischen Kenntnisse eines in deutschen Kliniken ausgebildeten Arztes in Frage stellte, wurde er beschieden: »Aber Herr Kollege, das ist doch Unsinn, schließlich sind wir Ärzte doch alle Psychosomatiker.«
Die praktische Ausbildung der Medizinalassistenten und jungen Assistenten ist eher dazu angelegt, mit der naturwissenschaftlichen Medizin alle während der Studienzeit durch die Studentenbewegung aufgedeckten Ansätze einer kritischen Medizin wegzuwischen, als dazu, ihnen eine Möglichkeit zur Realisierung zu verschaffen. Dies bedeutet aber eine Herausforderung, die wir nicht kampflos hinnehmen sollten. Die bisherige, einige Monate dauernde unmittelbare Konfrontation zwischen unseren theoretischen Vorstellungen von einer kritischen Medizin, die den Patienten mit einbezieht, und der täglichen klinischen Praxis ist ernüchternd, um nicht zu sagen deprimierend. Aber es bleibt die Hoffnung, diese Auseinandersetzung von der individuellen Ebene wegzubringen, um sie gemeinsam mit den anderen fortschrittlichen Kollegen und dem Pflegepersonal wieder aufzugreifen. Widerstand scheint möglich, wenn auch langsamer als erhofft.

C: Wir glaubten gut vorbereitet zu sein auf die hierarchischen Strukturen, mit einer Reihe von Modellen im Kopf, mit dem Ziel, unter weniger autoritären Bedingungen und mehr kooperativ zu arbeiten.
Als Medizinalassistentin auf einer chirurgischen Station war ich erst mal erschlagen von der ungebrochenen Krankenhaushierarchie, die alle inzwischen stattgefundenen Diskussionen überdauert hatte. Es herrschte eine strenge Rangordnung unter den verschiedenen Berufsgruppen der Ärzte, Schwestern und des nicht unmittelbar an der Krankenversorgung beteiligten Personals ebenso wie innerhalb dieser Berufsgruppen. Ich hatte als Medizinalassistentin zudem noch die Schwierigkeit, daß ich mich in einem Zwischenstatus befand: einerseits auf der untersten Stufe der Ärztehierarchie, andererseits in der Stationshierarchie noch unter der Oberschwester stehend. Als Frau mußte ich gegen die Vorstellung ankämpfen, fachlich an die Männer nicht heranreichen zu können, wobei in einem Fach wie der Chirurgie durch schlechte Arbeitseinteilung und mangelnde Planstellenbesetzung tatsächlich – will man die für die Ausbildung notwendigen Operationen zusammenbekommen – das Maß an geforderter körperlicher Leistungsfähigkeit schwer zu erfüllen ist. Trotzdem wurde ich im Hinblick auf meine zukünftige Rolle mit Frau Doktor angeredet.

Von der Routinearbeit fühlte ich mich überlastet, kam nicht genügend dazu, mit Patienten zu reden, auf Fragen von Schwestern und Pflegern einzugehen, oder mich fachlich zu qualifizieren. Außer einigen wenigen medizinisch-handwerklichen Dingen lernte ich nichts.
Allerdings wurde mir bald klar, daß bei der Gesamtorganisation dieses Krankenhauses – jedenfalls während unserer kurzen MA-Zeit – nicht zu erwarten war, daß man dieses Recht auf Ausbildung einfach zugestanden bekam, da es bisher immer so gehandhabt worden war, daß man zur Belohnung für gute Erledigung der Routinearbeiten zu bestimmten ärztlichen Tätigkeiten angeleitet wurde (auch ich durfte z. B. zum Abschluß einen Blinddarm operieren), und überhaupt die personellen Voraussetzungen für eine Ausbildung fehlten (zwei MAs wurden von der Verwaltung entsprechend ihrer Vergütung als ein Vollassistent gezählt). Schließlich wollte ich auch nicht wie während des ganzen Studiums in der Zuschauerrolle bleiben und bemühte mich daher, die an mich gestellten Anforderungen zu erfüllen.
Kurzfristig konnte ich auch nicht verhindern, daß ich unterhalb meiner bereits erreichten theoretischen Qualifikation eingestuft wurde. Ich schlug Untersuchungen vor, die die anderen Ärzte für überflüssig hielten, ohne zu begründen, warum. Im Gespräch mit anderen MAs und jüngeren Ärzten kam heraus, daß es nicht nur mein eigenes Problem ist, mich nicht durchsetzen zu können. Auch andere hatten es erlebt, daß oft genug beim Finden der Diagnose der Zwang besteht, die hierarchische Position unter Beweis zu stellen, daß dem unerfahrenen Arzt nicht erklärt wird, warum bestimmte Maßnahmen die besseren sind etc. Dafür hieß es oft: wir haben keine Zeit zu diskutieren, wir müssen entscheiden (erst Assistent, dann Oberarzt, dann Chefarzt).
In den Ärztebesprechungen fand keine ernsthafte Auseinandersetzung mit komplizierten Krankheitsverläufen statt. Einige gingen gar nicht mehr hin, manche tuschelten oder kicherten bei Konfliktpunkten, die jüngeren Ärzte stellten kaum Fragen, die MAs schon gar nicht.
Meine Vorstellungen von kameradschaftlichem Verhältnis zu den Schwestern ließen sich kaum realisieren. Das Eingeständnis meiner praktischen Unkenntnis und meiner klinischen Unerfahrenheit, meine Abneigung, Anweisungen zu erteilen, meine Versuche, eher Vorschläge zu machen, meine Anläufe, den Patienten ausführlich ihre Krankheiten zu erklären, meine Bemühungen, die sogenannte Aufsässigkeit einiger Patienten zu verstehen und mit den Schwestern zu bereden, schufen eher eine Konkurrenzatmosphäre zwischen den erfahrenen Schwestern und mir und schlugen manchmal sogar ins Gegenteil um. Ich wurde als unsicher eingestuft, man traute mir überhaupt keine Kenntnisse zu, entscheidende Untersuchungsergebnisse bekam ich nur zu sehen, wenn ich mich ausdrücklich danach erkundigte, das

Verständnis für Patientenprobleme wurde nur als zusätzlicher Arbeitsaufwand erlebt. Die Schwestern beschwerten sich schon eine Stunde vor dem vom Labor gesetzten Abgabetermin für Untersuchungsmaterial, wenn ich mit dem Blutabnehmen noch nicht fertig war. Mein nicht-ärztliches Auftreten wurde so eingeschätzt, daß ich's wohl nötig hätte, mich so zu verhalten.
Möglichkeiten, solche Mißverständnisse zu bereden, gab es nur sehr wenige. Die notwendige Kommunikation über die Patienten sollte bei der Visite stattfinden, an der ich oft nicht teilnehmen konnte, weil ich z. B. gerade bei einer Operation war. Ebenso wie der Arbeits- war auch der Pausenbereich völlig getrennt. Gefrühstückt und zu Mittag gegessen wurde zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Räumen. Und in der knappen Freizeit war ich dann froh, mit anderen MAs meine Probleme besprechen zu können.
Im Verlauf meiner MA-Zeit auf dieser Station lernte ich, meine Aufgaben schneller zu erledigen, und wurde so wenigstens als Arbeitskraft akzeptiert und als Entlastung empfunden.

D: Wenn man längere Zeit im Krankenhaus als Assistenzarzt gearbeitet hat, Einblick und eine gewisse Sicherheit in der Routinediagnostik und deren organisatorischem Ablauf gewonnen hat, dann gerät man leicht in die Versuchung, diesen erreichten Zustand mit der Lösung der wesentlichen Probleme, die eine Station stellt, zu verwechseln. Die medizinische Versorgung der Patienten, insbesondere aber Neuaufnahmen oder akute Krankheitszustände, verlieren ihre Unsicherheit und Unruhe auslösende Bedrohlichkeit. Man läßt sich Zeit, ist routiniert. Und es erscheint einem so, als ob gerade das den guten Arzt ausmache. Hier aber ergibt sich der fatale Kurzschluß, daß der sichere Umgang mit medizinischen Fragestellungen, eigentlich eine selbstverständliche Voraussetzung ärztlicher Tätigkeit, gleichzusetzen sei mit der Beseitigung aller Probleme, die sich aus der Beschäftigung mit den Patienten und aus der Zusammenarbeit mit dem Pflegepersonal ergeben. Die Hierarchien im Krankenhaus, besonders die ärztliche, die diesen Kurzschluß stetig rechtfertigt, erschweren nur den Prozeß der Einsicht. Auch das Pflegepersonal mit seiner starren hierarchischen und funktionalen Gliederung fordert vom Arzt ein sich auf Beseitigung medizinischer Probleme beschränkendes Verhalten.
Der Tagesablauf der Pflegekräfte ist starr und unflexibel und verbraucht fast die ganze zur Verfügung stehende Arbeitszeit. Es sind neben- oder nacheinander pflegerische Aufgaben und ärztliche Anordnungen durchzuführen: Bettenmachen, Patienten waschen, Essen verteilen, Füttern, Medikamente austeilen, Untersuchungen vorbereiten oder selber ausführen, schwerkranke Patienten überwachen, Befunde besorgen, Blut oder Patienten transportie-

ren, zusätzlich noch zahlreiche Putzarbeiten, usw. Die Organisation dieser Tätigkeiten unterliegt ausschließlich der Oberschwester (dem Oberpfleger), die in der Regel den ganzen Tag hinter ihren Kurven sitzt und diese fein säuberlich beschreibt. Das Anlernen jüngerer Pflegekräfte oder der Schüler, wozu sie aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung eigentlich die beste Voraussetzung bietet, fällt völlig weg. Bei dieser Hauptbeschäftigung läßt sie sich nur ungern stören, und man muß als Arzt immer mit vorwurfsvollen, teilweise ablehnenden Äußerungen wie »konnte Ihnen das nicht früher einfallen« oder »das hat ja wohl bis morgen Zeit« rechnen. Die Verteilung einzelner Aufgaben richtet sich streng nach der Stationshierarchie, die neben der Oberschwester aus stellvertretenden Oberschwestern, älteren und jüngeren Vollschwestern, Pflegehelfern und -helferinnen und zum Schluß den jeweiligen Schülern, nicht zu vergessen Küchenpersonal und Reinigungsfrauen, besteht. Unterschiedliche Ausbildungsgänge, wie auch Unterschiede in der Qualität gleicher Ausbildungsgänge, fördern und erhalten diese Hierarchie.

Eine die Stationsarbeit betreffende gemeinsame Berührung der Ärzte und der Pflegekräfte gibt es regelmäßig nur während der Visite, und an dieser nimmt regulär ausschließlich die Oberschwester teil. Das ist ein wichtiges Privileg der Oberschwester, denn so wird sie zum Vermittler zwischen Arzt und Pflegepersonal und behält folglich die Kontrolle über die Station. Das übrige Pflegepersonal ist von wichtigen Entscheidungsprozessen ausgenommen, wird zu bloßen Ausführern degradiert. Ihre Tätigkeit verfällt so schnell zu einer monotonen Routine, viele therapeutische Vorgänge bleiben ihnen fremd, was die Lustlosigkeit zahlreicher Pflegekräfte leicht erklärt. Will und muß man außerhalb der Visite in diesen Stationsmechanismus eingreifen, so wird man grundsätzlich als Störenfried empfunden, besonders nachmittags, wenn die Frühschicht erschöpft und die Vorwache nur auf Routine eingestellt ist. Man kann von Glück sagen, wenn sich gleich jemand findet und bereit erklärt, das Betreffende zu tun. Meistens muß lange diskutiert werden, um die Dringlichkeit klarzumachen. Man steckt zurück, um wenigstens einen Teil seines Vorhabens erfüllt zu bekommen. Oft wird dazu die Oberschwester hinzugezogen, die dann letztlich entscheidet. Wird dann das »Zusätzliche« gemacht, so kann man nicht damit rechnen, daß man über das Ergebnis oder den Verlauf informiert wird. Was sich außerhalb der Visite abspielt, ist im allgemeinen auch für den Arzt undurchsichtig.

Das zeigt, wie sehr der Arzt darauf angewiesen ist, daß ihn die Pflegekräfte, die in ständigem Kontakt mit den Patienten sind, über deren Sorgen, Probleme, Ängste und über Wirkung, vor allem aber Nichtwirkung der Therapie informieren. Aber auch diese Informationen nehmen in der Regel den Weg über die Oberschwester. Es wird offensichtlich, welch zentralen Angelpunkt diese im Stationsbetrieb einnimmt. Beschwert man sich mal

darüber, daß eine wichtige Information nicht weitergegeben wurde, dann bekommt man zu hören, die Oberschwester wisse Bescheid. Unter diesen Verhältnissen – gemeint ist die in unseren Krankenhäusern übliche Stationspflege – funktioniert eine Station zunächst nur, wenn Arzt und Oberschwester miteinander vertraut sind.
Unter diesem Zustand haben nicht nur die Pflegekräfte und die Patienten, sondern letztlich auch die Ärzte zu leiden. Denn das Interesse an einer optimalen Versorgung der Patienten wird als Unfähigkeit angesehen, wenn man die Station damit über das zugestandene Maß hinaus belastet. Man spürt es deutlich am Verhalten der Pflegekräfte, deren Pose und Mimik dann ein »hast du wieder mal was Wichtiges vergessen« ausdrücken. Und hieraus resultiert auch für die Ärzte der disziplinierende Hang, sich möglichst bald der bestehenden Ordnung anzupassen.
All dies macht deutlich, welch unaufgeklärte, hintergründige, bisweilen feindselige Atmosphäre auf den Stationen herrschen kann. Gleichzeitig wird offenkundig, daß eine Änderung zugunsten einer kooperativen Zusammenarbeit zwischen Pflegekräften und Ärzten zum Wohle beider und der Patienten notwendig ist. Daß dieser Änderung Pflegekräfte und Ärzte mißtrauisch gegenüberstehen, ist verständlich. Eine eindeutige Ablehnung gibt es nur von Seiten der Oberschwester samt der ihr übergeordneten Hierarchie, deren Rollenerwartung gegenüber dem Pflegepersonal sich über ihre Person vermittelt: sie ist gleichsam der personifizierte Ausdruck der bestehenden Institution und ihrer Zwänge und würde deshalb in einem kooperativen Stationsbetrieb überflüssig. Ein wichtiger Schritt wäre also die Abschaffung dieser Position. Die Bereitschaft für eine kurzfristig persönlich, längerfristig aber nur politisch durchzusetzende Änderung der Arbeit ist nur durch eine Bewußtseinsentwicklung unter den Pflegekräften erreichbar. Dennoch gibt es viele Möglichkeiten auch im bestehenden System, eine Verbesserung der Zusammenarbeit zu erzielen. Hier kommt den Ärzten jetzt noch eine wichtige Initialfunktion zu. Zunächst muß die starre Trennung zwischen Ärzten und Pflegekräften aufgehoben werden, indem Frühstücks- und Mittagspausen gemeinsam verbracht werden. Hier bietet sich dann auch die Möglichkeit, im Umgang miteinander vertrauter zu werden, über persönliche Belange zu reden. Das Weglassen von Titeln ergibt sich dann sehr viel leichter. Das gelingt fast zwangsläufig auf Intensivstationen, wo pflegerische und ärztliche Tätigkeit so miteinander verknüpft sind, daß sie gleichzeitig ausgeübt werden müssen. Außerdem verlangt der akute Notfall ein gemeinsames Zuarbeiten. Es besteht eine direkte Abhängigkeit voneinander, mit der das Gleichgestelltsein unmittelbar korreliert. Auf Intensivstationen verwischen sich somit die Grenzen zwischen den Funktionen der Ärzte und der Pflegekräfte.
Auch auf Allgemeinstationen sollte der Arzt sich nicht dafür zu schade sein,

den Pflegekräften bei Transporten, beim Patientenumlagern usw. zu helfen, zumal ein großer Mangel an Pflegekräften besteht. Gemeinsame Stationsbesprechungen über den organisatorischen Ablauf des Stationsbetriebs, über medizinische Entscheidungen, um sie durchsichtiger zu machen, über die Patienten sowie regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen helfen das Nebeneinander zu überwinden. Besonders gegen Fortbildungsveranstaltungen richtet sich der Widerstand der »Götter in Blau«, fürchten sie doch, bei einer Zunahme der Kenntnisse ihre Überlegenheit zu verlieren. Die durch unterschiedliche Qualifikation erzeugte Rivalität unter den Pflegekräften wird hier offenkundig. So habe ich oft erlebt, daß bei solchen Veranstaltungen besonders ältere Pflegekräfte versuchten, durch Klamauk und Witze-Erzählen die Besprechung zu boykottieren oder besonders Interessierte unter dem Vorwand einer wichtigen Arbeit an der Teilnahme zu hindern. Es gilt, trotz aller Widerstände die beschriebenen Versuche fortzusetzen. Denn besonders jüngere Schwestern sind an einer besseren Fortbildung und Zusammenarbeit sehr interessiert.

E: Ich arbeitete auf einer geriatrischen Frauenstation der Inneren Medizin. Durchschnittsalter der Patientinnen 70 bis 75, das der Schwestern 40 bis 55 Jahre.
Die Patientinnen leiden durchweg an langwierigen Krankheiten. Etwa 25 % von ihnen warten wochen- oder manchmal monatelang auf einen Platz im Altenheim oder Hospital, nachdem die stationäre Behandlung abgeschlossen und bis auf Pflegeleistungen reduziert worden ist. Der stationäre Aufenthalt ist für sie die vorletzte Station auf ihrem Rückzug, bei ihrem Abgeschobenwerden aus der bisherigen Wohnung, Nachbarschaft und vertrauten Umgebung. Oft kommen die Patienten in hilflosem oder verwahrlostem Zustand, oder sie werden auf Betreiben von Angehörigen, Nachbarn, Hauswarten, der Fürsorge oder der Polizei mit der Hoffnung auf stationäre Aufnahme »abgeliefert«.
Die häufig verwirrten Kranken müssen sich in einer Umgebung arrangieren, in der niemand in der Lage ist, ihren tütteligen Alterssorgen, ihrem Verfolgungswahn oder ihrer Einsamkeit gerecht zu werden. Man hat eher den Eindruck, daß sich alles dies verstärkt, wenn ein gedächtnis- und orientierungsschwacher Mensch seiner letzten privaten Fixpunkte beraubt wird und durch die Einstufung als »Oma« und »nicht mehr ganz klar im Kopf« und unter Anschreien und der generellen Anrede per »du« zusätzliche Persönlichkeitsverluste erfährt. Hinzu kommt, daß die Patienten in ihrem Ausgeliefertsein oft unnötigen – da für die Therapie konsequenzlosen – diagnostischen Maßnahmen unterworfen werden.
Unruhige, jammernde Patienten werden sediert (»beruhigt«), weil es der Nachtschwester schwerfällt, für 40 Patienten zu sorgen und nebenher aufzu-

passen, daß keiner über ein Bettgitter steigt oder stürzt oder in fremden Zimmern umhergeistert. Sitzwachen für solch unruhige Patienten gibt es nicht. Valium ist trotz seiner Preisüberhöhung wesentlich billiger. Anbinden und Bettgitter gibt's gratis.
Viele der Patienten haben sich bis zuletzt selbst versorgt, meist in Wohnungen, die 2-4 Treppen hoch liegen und ofenbeheizt sind. Andere dagegen haben seit einem oder zwei Jahren keinen Fuß mehr vor die Wohnungstür gesetzt.
Entlassen werden Patienten – auch wenn sie darum betteln – nur zögernd und zum Wochenende schon gar nicht. Jede Entlassung bedeutet einen Arztbrief und jedes leere Bett eine Neuaufnahme: es wird »gemauert« wie beim Skat.
Ich fing an, die Patienten, die entlassungsfähig waren, zu unterstützen, und forderte sie auf, die tägliche Visite zum Fragenstellen zu benutzen. Dem stand immer wieder die Unterwürfigkeit der Patienten im Wege. Und die weiß und blau bekittelte Korona der Visite ist ja auch ein wirksames Einschüchterungsinstrument, das sich durch Unpersönlichkeit und Taktlosigkeit auszeichnet. Der Patient wird zur Kurve, und diese Kurve kann einfach oder kompliziert verlaufen. Wenn eine Kurve plötzlich spricht oder unter dem hinhaltenden Gerede der Autoritäten in Tränen ausbricht, so wird der ganze Haufen verunsichert, wendet sich ab, und es bleibt dem Hierarchie-Oberen überlassen, etwas zu sagen, da kraft seines Oberamtes seine leeren Worte den meisten Trost versprechen. Beschwert sich ein Patient, so erhält er zwar beschwichtigende Antwort, aber innerlich schließt sich die Visite zu einer solidarischen Front zusammen, die dem Patienten »extra muros« – außerhalb der Mauern, sprich auf dem Flur – Attribute wie »empfindlich, schwierig, psychisch überlagert oder renitent« anhängt. Es ist weder Zeit noch Interesse für längere Auseinandersetzungen mit Patienten vorhanden, denn die Visite – Widerspiegelung der 3-Minuten-Medizin des niedergelassenen Arztes – würde sonst den ganzen Stationsbetrieb sprengen.
Entgegen meinen ursprünglichen Ansprüchen war ich häufig gezwungen, mich in autoritärer Anordnungsform gegen Schwestern zu stellen, um die Interessen der Patienten zu wahren. Besonders heftig wurde z. B. eine Auseinandersetzung um die ausreichende Trinkmenge für hilflose Patienten geführt. Der Streit um die daraus folgende pflegerische Mehrbelastung endete nicht in der gemeinsamen Forderung nach zusätzlichen Planstellen, sondern mit einem stillen Boykott von Seiten der Schwestern, bis wir die Patienten selber füttern bzw. mit Infusionen über die Runden bringen mußten.
Der ohnehin auf dieser Station herrschenden Spaltung von Ärzten und Schwestern konnte ich mich nicht entziehen. Gleichzeitig mit der Zwangsmitgliedschaft in der Ärztekammer trat am Arbeitsplatz die »Sippenhaft« des

Ärztestandes in Kraft. Man bekommt den weißen Kittel verpaßt, heißt von nun an überall Herr Doktor, und mit diesem mystifizierten Titel-Kittel-Paar versehen dringen Eindrücke und Anforderungen nur noch gefiltert auf mich ein. Kurzum, die Rolle ist erst einmal übergestülpt, sie wird wie eine Belohnung nach so langer Ausbildungsmühe verliehen. Und tatsächlich bin ich an einigen Punkten froh, dank meinem neuen Status manche Hilflosigkeit überbrücken zu können.

F: Ich bin seit Jahren Arzt in einem Krankenhaus. Am Anfang war ich wegen der geringen praktischen Erfahrung oft unsicher und versucht, die Unsicherheit zu überspielen, weil ich von den anderen – Ärzten, Schwestern und natürlich den Patienten – als »gut« angesehen werden wollte. Die Angst vor den möglichen Folgen einer falschen Entscheidung wurde durch eine vorgegebene Sicherheit überspielt. Dazu kam die Vorstellung, daß man bei entsprechendem Wissen und genügend Erfahrung eigentlich jede Krankheit erkennen und auch behandeln könne – genauso, wie man das während des Studiums gelernt hatte. Weil ich wenig Erfahrung hatte, war ich weitgehend mit rein medizinischen Problemen beschäftigt. Fast notwendigerweise blieb der Patient für mich ein medizinisches Objekt und gelegentlich auch ein »interessanter Fall«.
Ich habe in diesen Jahren einiges gelernt. Routine vor allem. Routine als ein den Umständen angepaßtes Muster an Untersuchungen und Maßnahmen, angepaßt an den Krankenhausbetrieb, das organisatorisch Mögliche. Wenn in dem vorgegebenen Rahmen über die rein medizinisch-technischen Belange hinaus auch Zeit bleiben soll, auf den Patienten persönlich einzugehen, dann allerdings ist es gerade das Beherrschen dieser Routine, das die Voraussetzungen dafür erst schafft. Gelernt habe ich, wie begrenzt die Möglichkeiten der modernen Medizin sind; wie wenig die praktizierte Medizin leisten kann, besonders wenn es sich um chronische Erkrankungen handelt oder um Krankheiten, deren Ursachen zumindest teilweise in der Umwelt des Patienten liegen. Und vor allem: Wie wichtig es für den Patienten ist, auf ihn auch als Person einzugehen, auf seine Ängste oder Befürchtungen. Ich will das und weiteres an einigen Beispielen zeigen, die ich oft erlebt habe.
Fast jedes Medikament hat unerwünschte Nebenwirkungen, manchmal auch die beabsichtigte Auswirkung. Deshalb bin ich mit dem Verordnen von Medikamenten zurückhaltend. Dabei kommt es dann immer wieder vor, daß mir Patienten sagen: »Mit mir wird ja nichts gemacht« oder »Für meine Beschwerden muß es doch etwas geben«. Dadurch wird ganz typisch die übliche Erwartung ausgedrückt, daß es gegen alles ein Medikament gebe und eine ärztliche Maßnahme auch konkret helfe. Dies gilt tatsächlich für eine Reihe körperlicher Erkrankungen, keineswegs aber für alle, besonders nicht für chronische. Bei nicht- oder nicht ausschließlich körperlichen Erkrankun-

gen – psychosomatischen Erkrankungen, wie Verstopfung, Fettsucht, Magen- oder Darmgeschwüren – wird diese Erwartungshaltung noch deutlicher. Wenn ich nach sorgfältigen Untersuchungen einen krankhaften körperlichen Befund nicht finden kann, dann können das viele Patienten nicht verstehen: »Aber ich bin doch krank. Ich habe doch abgenommen. Ich bin doch immer müde, und immer diese Schmerzen!« Manche Patienten bezweifeln dann die Sorgfältigkeit der Untersuchung.

Diese Haltung ist verständlich: Eine durch einen ärztlichen Befund nicht dokumentierbare Erkrankung gilt eigentlich nichts, auch das ist Folge eines gutachterlichen Versicherungsdenkens und einer marktorientierten Medikamentenwerbung. Bestärkt wird sie zudem durch einen gesellschaftlichen Vorbehalt gegen nichtkörperliche Erkrankungen: Psychische Krankheiten, die haben doch eigentlich nur Irre. Gerade in solchen Fällen ist es notwendig, durch Gespräche mit den Patienten auf soziale Auswirkungen, etwa der familiären oder beruflichen Situation, als mögliche Ursache der Erkrankung hinzuweisen und diese auch deutlich zu machen. Das aber gelingt nicht in einem einzigen Gespräch und auch nur unter der Voraussetzung, daß der Arzt dem Patienten glaubwürdig erscheint. Durch Gespräche allein kann die soziale Situation konkret nicht verändert werden. Wohl aber kann damit ein Gespür für die gesellschaftliche Abhängigkeit von Erkrankungen entstehen. Dem Patienten wird dadurch wenigstens die Möglichkeit gegeben, seine Situation zu überdenken und die politisch bedingten Beschränkungen der praktizierten Medizin zu erkennen: Voraussetzung für das Bewußtsein, daß das, was gesellschaftlich Krankheiten bedingt, keineswegs allein von der Medizin kuriert werden kann.

Die passive Rolle der Patienten wird immer wieder beklagt, zu Recht. Gefördert und verstärkt wird sie durch zahlreiche Faktoren; entsprechende Erfahrungen in der eigenen Familie, beim niedergelassenen Arzt oder gerade auch im Krankenhaus: der Patient liegt – oder soll während der Visite wenigstens liegen – und ist krank, der Arzt steht und entscheidet, was geschieht. Ein solches Verhalten, durch erfahrene Abhängigkeit konditioniert, ist bei dem meist nur kurzen Krankenhausaufenthalt kaum zu verändern. Ein erster Schritt dazu ist: den Patienten ermuntern, Fragen zu stellen. Daß Patienten Fragen stellen und sogar wiederholen, wenn sie nicht oder unverständlich beantwortet werden, ist die Ausnahme von der Regel. Manchmal höre ich bei der Visite, schon halb zur Tür hinaus, wie ein Patient zum anderen sagt: »Sie wollten doch eigentlich fragen . . .« Die Hemmungen vor dem Fragenstellen können nur dadurch abgebaut werden, daß man auf den Patienten tatsächlich eingeht, ihn also nicht nur auffordert, Fragen zu stellen, sondern diese auch beantwortet. Eine Binsenwahrheit, die allerdings, gleich anderen, durchaus auch gegen eigene Widerstände durchgesetzt werden muß. Ich komme darauf noch zurück.

Eben weil das Gespräch so wichtig ist, muß man lernen, verständlich zu sprechen. Der für Außenstehende unverständliche Medizinjargon wird ganz bewußt als Geheimsprache verwendet. Was »übersetzt« wird, entscheidet der Arzt. Ich finde es nicht verwunderlich, daß ein Patient schon deshalb nicht immer glaubt, was ihm gesagt wird; schließlich kann er das nicht überprüfen. Da bleiben oft Unsicherheiten und Zweifel, die auch durch ein »wir machen das schon« oder ein überzeugtes Auftreten des Arztes nicht aufgehoben werden. Diese Art von Schulterklopfen bestärkt im Gegenteil nur das Gefühl des Ausgeliefertseins. So wird verständlich, warum Stationshilfen oder Schwestern ausgefragt werden, nicht aber der Arzt.
Wichtig also ist das eigene Verhalten, das Verhältnis zum Patienten, das Eingehen nicht nur auf seine erkennbare Krankheit. Dieser Anspruch an sich selbst ist jedoch häufig nicht durchzuhalten. Es bleiben dabei die objektiven Widersprüche, die individuell nicht zu lösen sind. Da ist der weitgehend vorgegebene Tagesablauf: Blutentnahmen, Visite, Besprechungen, Untersuchungen, Bescheinigungen und Arztbriefe. Dazwischen Neuaufnahmen, Telefonate, besondere Vorkommnisse und immer wieder die eigentlich ja erwünschten, aber dann doch störenden Fragen von Schwestern, Patienten oder Angehörigen. Dazu spezielle Untersuchungen zu vorgegebenen Zeiten und ein besonderer medizinischer Aufgabenbereich.
Und dann sind da auch die persönlichen Widerstände: zu manchen Patienten finde ich nur wenig Kontakt, gegen einige besteht sogar eine Abneigung. Über manche mir unangenehme persönliche Eigenarten der Patienten kann ich nur schwer hinwegsehen. Und nicht jeden Tag bin ich gleich aufgelegt, wie sollte ich auch; erwartet wird das aber durchaus. Dabei ist es nicht einfach, Patienten und Mitarbeitern zu vermitteln, daß ein gleichbleibendes »souveränes« Verhalten des Arztes u. U. nur dazu dient, eine zivilisierte Gleichgültigkeit und Unverbindlichkeit zu kaschieren, und damit offene und gleichberechtigte Verkehrsformen nur verhindert werden. Die alte Rollenverteilung: Unmündigkeit des Patienten – allwissende distanzierte Autorität des Arztes wird so nicht nur belassen, sondern noch gefördert.
Die Zeitnot, in der ich mich befinde, wird von mir oft gezwungenermaßen eingesetzt als abwehrende Floskel: »Tut mir leid, aber ich habe keine Zeit.« Dazu dann meist eine Vertröstung: »Ich komme heute Nachmittag nochmal zu Ihnen.« Am Nachmittag aber ist es nicht besser. Wartet dann ein Patient tatsächlich auf dem Flur auf mich, so bleiben beim zweiten oder dritten Vorbeigehen nur ein paar »ermunternde« Worte. Gerade in solchen Situationen fällt mir auf: genau das ist es, das du nicht machen willst. Oder etwas anderes: die meisten Patienten haben viele Beschwerden. Die werden aber nicht alle auf einmal berichtet: zu vieles gleichzeitig, das wirkt vielleicht zu wenig glaubhaft. Manches wird vom Patienten auch vergessen. Für die Diagnose und die Behandlung sind diese angeblichen Nebensächlichkeiten

oft aber gerade wichtig. Höre ich bei der Visite so etwas, dann frage ich danach. Dadurch aber verlängert sich die Visite, die Schwester wird ungeduldig; auch sie hat ihren eingeteilten Tagesablauf. Damit schließt sich der Kreis; ich allein kann nicht ausbrechen, kaum einmal für winzige Belange, wenn nicht der ganze Ablauf gestört werden und die allgemeine Funktionsfähigkeit erhalten bleiben soll. Ein erster Schritt zu Veränderung – wenn auch in bescheidenem Umfang – ist nur möglich, wenn das eigene Rollenverhalten gegenüber Patienten und Mitarbeitern tatsächlich und vermittelbar in Frage gestellt wird. Die ärztliche »Autorität« kann auch sinnvoll eingesetzt werden.
Das konditionierte Verhalten der Patienten läßt sich während des allgemein kurzen Aufenthalts im Krankenhaus kaum, wenn überhaupt, verändern. Sichtbare Veränderungen sind immer Ausnahmen; sie müssen aber ein Korrektiv für das ärztliche Verhalten sein und dieses ebenfalls positiv verändern. In jedem Krankenhaus gibt es Patienten, die wegen ihrer Erkrankung regelmäßig stationär behandelt werden. Auch aus diesem Grund in ihrer sozialen Stellung behindert, ist für sie das Krankenhaus ein wesentlicher Teil ihrer Umwelt und das Verhältnis zu dem behandelnden Arzt deswegen von besonderer Bedeutung. Eben das aber gibt ihnen die Motivation, auch private Bedürfnisse zu äußern. Werden sie zudem dazu aufgefordert und nicht behindert, dann haben gerade sie auch die Möglichkeit, das Verhalten »ihres« Arztes und, wichtiger noch, das von anderen Patienten zu korrigieren. Es erstaunt mich immer wieder, wie schnell Mitpatienten durch solche erlebten Beispiele so beeinflußt werden, daß das Artikulieren ihrer persönlichen Ansprüche an mich durchaus selbstverständlich wird. Das Fragenstellen macht plötzlich keine Schwierigkeit mehr, selbst meine Eigenarten und Stimmungen werden von den Patienten nicht mehr auf sich bezogen.

Im Krankenhaus wird überwiegend eine organbezogene Medizin betrieben, die Erkrankungen mit unterschiedlichem Erfolg behandelt. Gegen die häufigsten Erkrankungen, etwa der Wirbelsäule oder des Herzens, kann eigentlich nur bei akuter Verschlechterung etwas gemacht werden. Die Behandlung beschränkt sich dabei, auch weil die Ursachen der Krankheit meist nicht zu beheben sind, auf die Beseitigung des bestehenden Notfalles. Gesundheitsaufklärung und das Erlernen entsprechender Verhaltensweisen werden auch bei uns wegen personeller und räumlicher Beschränkungen nur in Ansätzen durchgeführt; dabei sind sie wesentliche Voraussetzungen für eine anhaltende Besserung und kosten zudem im Vergleich zu der stets teuren Behandlung nur wenig. Manches Mal habe ich den Eindruck, daß noch nicht einmal die Begriffe für Prävention und Rehabilitation gefunden sind.
Schon gar nichts kann im Krankenhaus an der sozialen Situation der Patienten, die oft direkte Ursache einer Erkrankung ist, geändert werden; dies gilt

für Alkoholiker oder die erschreckend häufigen Selbstmordversuche, bei uns meist durch Tablettenvergiftungen. Nach einer von der Art der Vergiftung abhängigen Behandlung werden die oft jungen Patienten in der Regel rasch entlassen. Die Entscheidung über die Entlassungsfähigkeit trifft ein Psychiater, aus Gründen des Selbstschutzes vor den möglichen juristischen Folgen vom behandelnden Arzt hinzugezogen. Dabei wird diese Entscheidung auch von der Erfahrung bestimmt, daß eine wirksame Behandlung auf einer psychiatrischen Abteilung kaum gegeben und manches Mal unwürdig ist und die schnelle Entlassung so eine zusätzliche Beschädigung des Patienten verhindern kann.
Die sozialen Abhängigkeiten, die zum Selbstmordversuch geführt haben, die Familien- oder Arbeitsverhältnisse, werden kaum aufgedeckt, in die Behandlung, die im eigentlichen Sinne ja gar nicht stattfindet, auch nicht einbezogen und schon gar nicht verändert. Die persönliche Initiative jedes Arztes wird durch die begrenzten Möglichkeiten und die regelmäßigen Mißerfolge gehemmt. Wo, wie bei uns, den Ärzten Sozialarbeiter zur Seite stehen, beschränkt sich deren Hilfestellung zwangsläufig etwa auf die Vermittlung einer Arbeitsstelle, eines Zimmers oder die Weiterleitung an die zuständige Sozialhilfe.
Gerade die begrenzten Möglichkeiten der praktizierten Medizin machen eins ganz deutlich: es wird nicht versucht zu verhindern, daß Gesunde krank werden, sondern umgekehrt versucht, Kranke gesund zu machen. Ein wichtiger Ansatz für die allgemeine politische Arbeit besteht in dem Versuch, diese Praxis umzukehren.

III. Ansätze zur politischen Arbeit

Für unsere politische Arbeit im Krankenhaus waren zwei Lernprozesse notwendig. Der erste folgt aus der Tradition der Studentenbewegung. Sie hat unser Mißtrauen gegen den Staat als Machtinstrument der Herrschenden und Interessenvertreter des Kapitals geschärft. Wir haben die Verfilzungen von Institutionen, Organisationen und Konzernen mit eben diesem Staat aufgedeckt. Große Koalition und konzertierte Aktion konnten uns nur bestärken im Kampf auch gegen die Funktionalisierung von Gewerkschaften für eben diesen Klassenstaat. Allerdings führte die Kritik an der Korruptheit der Gewerkschaftsführung und der Schwerfälligkeit der Gewerkschaftsbürokratie zu einer vorschnellen, pauschalen Ablehnung gewerkschaftlicher Arbeit überhaupt. Dies zu überwinden, war der erste Schritt auf dem Weg in die Betriebswirklichkeit des Krankenhauses.
Der zweite Schritt folgt aus den Erfahrungen, die wir aus verschiedenen Krankenhausbetriebsgruppen zusammengetragen haben. Wir müssen ler-

nen, daß die Übertragung studentisch-elitären Verhaltens, studentischer Gewichtung politischer Aufgaben und universitärer Fraktionierung sich auf eine bestehende oder aufzubauende gewerkschaftliche Betriebsgruppe verheerend auswirkt. Sie spaltet die gemeinsame Arbeit und läßt schließlich die Aktivitäten in der Agonie mehrerer »korrekter« theoretischer Linien erstarren.

Ziel muß sein, über konkrete Konflikte und Mißstände am Arbeitsplatz, über konkrete Forderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungssituation der Beschäftigten eine Aufhebung der traditionellen Spaltung in Berufsgruppen zu erreichen. Dazu müssen dogmatische politische Positionen solidarisch kritisiert und bekämpft werden, und es muß Klarheit geschaffen werden, daß Konflikte nicht als Rekrutierungsaufhänger irgendeiner Partei, sondern zur Stärkung der heterogenen Betriebsgruppe einerseits und der allgemeinen Mobilisierung der Beschäftigten andererseits dienen. Nicht durch eine kleine, in sich zerstrittene und daher isolierte Betriebsgruppe, sondern über konkrete Erfolge gemeinsamer Kämpfe um oft kleine Belange werden die Beschäftigten ihre gesammelte Kraft bewußt erfahren. Dazu muß die Dominanz der Ärzte in den Betriebsgruppen gebrochen werden; abstrakte Formulierungen, korrigierendes Nacherzählen und betriebsfremde Themen blockieren die Zusammenarbeit mit den anderen Berufsgruppen.

Auch im Krankenhaus kann eine fortschrittliche Politik für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Versorgung der Patienten nur gemeinsam von allen Beschäftigten erreicht werden. Da die Betriebsgruppen juristisch keine Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse haben, ist ihre politische Wirkung von den allgemeinen örtlichen Gegebenheiten und besonders der Art der Zusammenarbeit mit dem Personalrat abhängig. Nur der Personalrat wird als institutionalisierte Vertretung der Beschäftigten gesetzlich anerkannt. Die Rechte und die Pflichten des Personalrats sind durch das Personalvertretungsgesetz vorgegeben. Neben der – bisher nicht genügenden – *Mitbestimmung* über Personalangelegenheiten und die Arbeitsablauforganisation unterliegen darüberhinaus im Prinzip alle Vorkommnisse im Krankenhaus seiner *Mitwirkung:* dies allerdings ist – wie vieles in diesem Gesetz – schon eine Frage der Auslegung. Wegen der vorgeschriebenen Verpflichtungen, wie zur »vertrauensvollen Zusammenarbeit«, ist der Personalrat kein wirksamer Gegenspieler der Betriebsleitung; daraus ergeben sich aber endlose und mühevolle und oft auch vergebliche Auseinandersetzungen. Werden die gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, gibt es regelmäßig Konflikte; immer mit der Betriebsleitung, manchmal auch mit dem Hauptpersonalrat.

Für die politische Praxis im Krankenhaus folgt daraus: Die solidarische und deswegen erst wirksame Zusammenarbeit zwischen Betriebsgruppe und Personalrat ist Voraussetzung für jede an den Bedürfnissen der Beschäftigten

orientierte Veränderung. Nur gemeinsames Handeln kann die immer sinnlose, weil lähmende Fraktionierung vermeiden und die von den Arbeitgebern stets versuchte Spaltung verhindern. Diese Gemeinsamkeit kann aber nur dann erreicht werden, wenn die in der Betriebsgruppe erarbeiteten Zielvorstellungen vom Personalrat auch umgesetzt werden. Unter den bestehenden Verhältnissen ist eine bindende Verpflichtung des Personalrats durch die Betriebsgruppe nicht möglich. Ein Ziel der Betriebsgruppen muß deswegen sein: Eine einheitliche Kandidatenliste zur Personalratswahl aufzustellen, um damit zu gewährleisten, daß nur diejenigen Kandidaten tatsächlich auch Personalräte werden können, die bereit sind, mit der Betriebsgruppe zusammenzuarbeiten. Wie die Berliner Erfahrungen aus den letzten Personalratswahlen – wo in einzelnen Krankenhäusern mehrere »Gewerkschaftslisten« vorgelegt wurden – zeigen, ist dies nur dann möglich, wenn parteipolitisches Kalkül gewerkschaftliches Bewußtsein nicht verdrängt und so erst eine sachbezogene Diskussion über die Kandidaten ermöglicht. Einige von den Betriebsgruppen nicht wieder aufgestellte Personalräte hatten eigene, zum Teil von offiziellen Stellen unterstützte Listen vorgelegt.

Während wir dies schreiben, relativieren sich allerdings die Ansätze schon wieder. Die Gewerkschaft selbst will die Betriebsgruppen, die bisher von ihr ohne gesetzliche Grundlage akzeptiert wurden, durch einen Vertrauensleutekörper ersetzen, der, weil er von der Gewerkschaftsführung bestätigt werden muß, zwar mehr Gewerkschaftstreue verspricht, die Möglichkeiten zur gewerkschaftlichen Betätigung im Krankenhaus aber verschlechtert. Raumvergabe und die Dienstbefreiung zur Teilnahme an gewerkschaftlichen Sitzungen während der Arbeitszeit würden dadurch erschwert, die Kontrolle über die Aktivitäten der Basis verschärft. Zudem wird eine beabsichtigte Einengung der Personalratstätigkeit immer deutlicher. Als Folge des Landeskrankenhausgesetzes werden in Berlin – auch gegen den Widerstand der ÖTV – in den Bezirken, in denen mehrere Krankenhäuser zu *einem* Eigenbetrieb zusammengefaßt werden, die örtlichen Personalräte aufgelöst und durch einen Gesamtpersonalrat ersetzt. Dadurch aber werden Konflikte im unmittelbaren Arbeitsbereich entschärft, weil sie – Folge der »Rationalisierung« – im zusammengefaßten Krankenhausbetrieb nur als unwesentlich erscheinen oder als störend angesehen werden. Neben der politischen Überprüfung von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst tragen auch die von der ÖTV praktizierten und beabsichtigten Ausschlüsse politisch aktiver Kollegen das ihre zur »Befriedung« der Krankenhausbetriebe bei.

Zusätzlich zur gewerkschaftlichen Arbeit muß den Standesorganisationen in der Berufsarbeit und unter Ausnutzung bereits bestehender Möglichkeiten der Widerstand der fortschrittlichen Ärzte entgegengesetzt werden. Aus diesem Grund hat sich der Bund gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV Berlin an der letzten Delegiertenwahl zur Ärztekammer mit dem erklärten Ziel der

Auflösung dieser Kammer beteiligt. Aus dem gleichen Grund wurde auch die »Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Ärzte« gegründet, deren wesentliches Ziel die Auflösung der reaktionären Ärztekammern ist; in der Selbstverständniserklärung heißt es dazu: Die Arbeitsgemeinschaft versteht sich »als Opposition innerhalb der Ärzteschaft gegenüber den Standesorganisationen«, die überall dort aktiv wird, »wo die Standesorganisationen den Anspruch erheben, im Namen *der* Ärzte zu sprechen«. Die monolithische Position der Standesorganisationen muß durchbrochen und einer breiten Öffentlichkeit klargemacht werden, daß es auch unter den Ärzten viele gibt, die für Reformen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und gegen Standesprivilegien eintreten.

Wir müssen es ablehnen, daß in unserem Namen das Behandlungsmonopol der niedergelassenen Ärzte und das Chefarztprinzip wider alle Vernunft verteidigt werden. Wir müssen uns dagegen wehren, daß ein künstlich erzeugter Bedarf an Medikamenten als wissenschaftlich notwendig deklariert wird. Wir können die von unseren Kammerherren formulierten Stellungnahmen »der deutschen Ärzte« zum § 218, zum Arzneimittelgesetz und zu fast allen brennenden Fragen des Gesundheitswesens nicht als in unserem Namen abgegeben akzeptieren. Auch in Zukunft brauchen wir aufklärerische Aktionen, wie die der 13 Berliner Ärzte, die eine offene Abtreibung bei gleichzeitiger Hinterlegung von tausenden von Selbstanzeigen von Ärzten durchgeführt haben.

Joachim Schickel

Spiegelbilder

Sappho – Ovid – Wittgenstein – Canetti – Marx – Piranesi

Versuche 22

137 Seiten, englisch broschiert, 20,– DM

„Die Sinnlichkeit des Spiegels provoziert Spiegeldenken", so sagt der Autor in seiner Betrachtung des Ovidschen Narziß – Kristallisationskern dieser neuen Essays. Es sind sechs Interpretationen, dreimal paarig einander zugeordnete Themen, zur Reflexion einander gegenübergestellt. Was Schickel behauptet, findet der Leser durch seinen Stil bestätigt: „daß die Einheit der Sinne ... auch die Einheit im Denken allererst ermöglicht".

Bereits früher erschienen:

Große Mauer – Große Methode

Annäherungen an China

356 Seiten, kartoniert, 30,50 DM

„Dieses Buch ist die größtmögliche Annäherung an mein Land, die mir je zu Gesicht bekommen ist. Vieles stimmt nicht, zumal seine Dialektik, seine Romantizismen. Doch mehr als das Viele stimmt. Ich verbeuge mich." Ngai Hung Long, Peking

Ernst Klett Verlag

Uwe Wesel
Vom Wirken des Juristen auf die Gesellschaft

I.

Damals, als die Studentenbewegung an ihrem Ende war, hat man auch nachgedacht über die Praxis im Beruf fortschrittlicher Juristen. Gerade im Recht war diese Frage besonders problematisch. Teilweise wurde man radikal, hielt rechtliche Argumentation im politischen Kampf für zwecklos und hat deshalb an den juristischen Fakultäten Erstsemester vom Studium abgeworben. Manche, es scheinen nicht wenige gewesen zu sein, haben es tatsächlich abgebrochen. Einige sind geblieben. Und so ist die Zahl fortschrittlicher Juristen – von der linken SPD bis zu den kommunistischen Gruppen – ein wenig größer geworden. Vergleicht man die Situation heute mit der Zeit, in der die Studentenrevolte begann, dann ergibt sich sogar eine beachtliche Steigerung. Aber im Verhältnis zur sehr viel größeren Zahl der anderen bleiben sie vermutlich seltene Abweichungen von der Regel. Vor zehn Jahren gab es in der Bundesrepublik ungefähr achtzigtausend Juristen, und heute werden es einige mehr sein. Vielleicht nur einige Hundert sind jene Minderheit – Richter, Anwälte, Verwaltungsjuristen, Hochschullehrer – von deren Praxis hier die Rede sein soll. Sie sind kaum organisiert, denn die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen wird im wesentlichen von Liberalen gebildet, und auch die vor vier Jahren gegründete Demokratische Juristenvereinigung ist nicht die integrierende Kraft für linke Juristen geworden. Also ist ihre Arbeit, anders als im Demokratischen Richterbund der Weimarer Zeit oder heute in der italienischen *magistratura democratica,* noch nicht einmal gestützt durch die Solidarität einer größeren Berufsgruppe. Was können sie erreichen?

Die rechtspolitische Situation in der Bundesrepublik hat sich in den sechziger Jahren leicht verändert, nachdem sich vorher auch im Recht die stark restaurativen Tendenzen der Adenauer-Zeit durchgesetzt hatten. Der Wandel kam durch das Zusammentreffen der Forderungen der Justizreformer mit der Protestbewegung und mit der Entstehung der sozialliberalen Koalition. Die Justizreform wurde von außen, von Soziologen, nicht durch Juristen, eingeleitet. Der öffentliche Erfolg kam 1962 mit einem Aufsatz Dahrendorfs über das später so genannte Juristenmonopol in der Zeitschrift *Der Monat.* Die Juristensoziologie, die sich danach weiterentwickelte, verstärkte die Aufklärung über die politisch stark konservative Haltung der deutschen Juristen. Das war die Grundlage, auf der die Reformer um

Wassermann und Rasehorn technische Verbesserungen und Demokratisierung der Justiz verlangen konnten (Beschleunigung der Verfahren, richterliche Selbstverwaltung, Rotationsprinzip im Vorsitz der Richterkollegien, Richterwahl durch Parlamentarier, *dissenting vote*, Gleichheit aller Amtsbezeichnungen für Richter). Obwohl sie nur eine sehr kleine Gruppe waren, gelang ihnen ein gewisser Durchbruch, weil die Justiz damals stark verunsichert war durch die Justizkampagne des SDS und besonders durch die teilweise sehr geistreiche antiautoritäre Umfunktionierung von Prozessen gegen die APO. Fritz Teufels berühmter Satz – »Na ja, wenn's der Wahrheitsfindung dient« – kennzeichnet die Stimmung, in der sie den konservativen Richterbund mit seinem einflußreichen Organ, der *Deutschen Richterzeitung* überspielen konnten. Es entstand eine Art Vertrauenskrise der Justiz. Mit dem Gesetz von 1972, das die Präsidien der Gerichte und die Amtsbezeichnungen der Richter veränderte, errangen die Reformer einen Teilerfolg, der nun allerdings problematisch bleibt, weil ihre konservativen Gegner sich mit ihren aus den richtersoziologischen Untersuchungen bereits bekannten Mehrheiten bei den Wahlen zu den Präsidien der Gerichte mühelos durchsetzten. Was sie vorher unbewußt als »objektiv« angesehen hatten, das erledigen sie nun »demokratisch« auf der Grundlage der Wahlordnung für die Präsidien der Gerichte. Die Reformer hatten das wohl vorausgesehen und deshalb auch inhaltliche Rechtskritik – etwa von Rasehorn im Zivilrecht und Ostermeyer im Strafrecht – verbunden mit Vorschlägen für die Reform der Ausbildung von Juristen, um wenigstens für die Zukunft hier einen Ausgleich zu schaffen. Es wird sehr schwer werden, sie in der nächsten Zeit zu verwirklichen.

Daneben entwickelten sich neue Ansätze einer materialistischen Theorie des Rechts, als Kritik am bürgerlich-kapitalistischen. Auch dies als Folge der studentischen Protestbewegung, die allgemein den durch Faschismus und Adenauer-Restauration in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet verursachten Rückstand – vielleicht ein wenig zu ruckartig – ausgeglichen hat. Nur Wolfgang Abendroth hatte unbeirrt auch während der fünfziger Jahre in einer Fülle von Abhandlungen eine sozialistische Position im Recht vertreten. 1961 erschien Ernst Blochs *Naturrecht und menschliche Würde*, aber es wurde von Juristen nicht beachtet und ist auch heute in seiner Bedeutung für die Theorie des Rechts noch nicht allgemein erkannt. Seit der Mitte der sechziger Jahre gibt es eine Serie von Neudrucken älterer Schriften zur sozialistischen Rechtstheorie (Karl Renner, Ernst Fraenkel, Pašukanis, Stučka) und etwa seit fünf Jahren die ersten Versuche, auf diesem Gebiet selbständig weiterzuarbeiten (Wolf Paul, Joachim Perels, Ulrich Preuß, Norbert Reich, Wolf Rosenbaum, Hubert Rottleuthner). Nimmt man dies alles zusammen, die Teilerfolge der Reformer und die Ansätze einer materialistischen Theorie, so ist trotz der gegenwärtig rückläufigen Tendenz in der

allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung der Hintergrund für die Arbeit fortschrittlicher Juristen heute doch wohl besser als vor zehn Jahren.
Mit der Frage nach den praktischen Möglichkeiten ihrer beruflichen Arbeit steht man zunächst vor dem Problem des *Inhalts* von Recht. Ist es in einer bürgerlichen Gesellschaft nicht immer Klassenjustiz und damit der Einwirkung durch fortschrittliche Juristen notwendig entzogen? Es ist ein ehrwürdiges Problem. Schon in der Sozialbewegung des 18. Jahrhunderts gab es sehr heftige Kritik an der Justiz, besonders im Strafrecht, und noch mehr im 19. Jahrhundert. Friedrich Engels hat in seiner *Lage der arbeitenden Klasse in England* eine eindringliche Schilderung der *Klassenjustiz* gegeben. Das Wort, das dann auf beiden Seiten heftige Erregung verursachte, stammt aus der Jahrhundertwende. Bekannt sind Karl Liebknechts Äußerungen darüber. Schon er, der selber Rechtsanwalt war, hat – vergebens – versucht, den Begriff zu entschärfen, ihm den Geruch der Böswilligkeit zu nehmen, des subjektiven Vorwurfs gegen den einzelnen Richter. Ebenso Ernst Fraenkel mit seiner berühmten Schrift aus den zwanziger Jahren. Dann ist es ruhig geworden. Natürlich war nichts von Klassenjustiz zu hören im Faschismus. Aber auch in der Adenauer-Zeit hatten die Richter einen ruhigen Schlaf. Seit den Zeiten der Studentenrevolte wird wieder davon gesprochen, seit der Justizkampagne, mit der sie 1968 gegen die Demonstrantenprozesse protestierten. Es ist das Problem der nur äußerlichen, der *formalen Gleichheit* im Recht, der »majestätischen Gleichheit der Gesetze, die den Reichen wie den Armen verbietet, unter den Brücken zu schlafen, auf der Straße zu betteln und Brot zu stehlen« (Anatole France). Sie ist eine scharfe Waffe in der Hand des Starken, ein nutzloser Schutz für den Schwachen. Außerdem wird sie nicht immer gewahrt, weil bürgerliche Juristen durch unbewußte ideologische Vorurteile bestimmt sind, ihre Rechtsanwendung insgesamt durch ein im objektiven Interesse ihrer Klasse verzerrtes Vorverständnis geleitet ist (Hubert Rottleuthner). Selbstverständlich ist das bürgerliche Recht in erster Linie Schutzordnung für das Privateigentum an Produktionsmitteln, verstärkt durch die Sanktionen des Strafrechts und seine nicht nur moralischen Zwänge. Insofern haben wir eine Klassenjustiz. Aber die sozialen Machtverhältnisse haben sich nicht unwesentlich geändert. Mit den Erfolgen der bürgerlichen Produktion sind die Reallöhne auch der Arbeiter gestiegen, in den letzten hundert Jahren ungefähr um das Fünffache. Der Verteilungskampf wurde weniger heftig. Besonders deutlich ist das im Arbeitsrecht durch Zugeständnisse zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, im Streikrecht und im individuellen Arbeitsvertrag. Die Arbeiterbewegung hat zwar viele Niederlagen erlitten, aber auch einige Erfolge errungen. Das bürgerliche Recht ist heute ein durch viele Kompromisse und Konzessionen geschwächtes bürgerliches Klassenrecht, durchzogen von einer Art Waffenstillstandslinie, die auch den Bereich bezeichnet, in dem sich der progressive

Jurist sinnvoll bewegen kann. Er braucht nicht anzufangen am Nullpunkt einer ungebrochenen Kassenjustiz.

Rechtsverhältnisse sind in Rechtsform übersetzte soziale Machtverhältnisse. Das ist die Antwort auf die Frage nach dem Inhalt von Recht. Mit ihr ist diesem Juristen aber noch nicht sehr viel weiter geholfen. Es gibt noch ein zweites Problem für seine Arbeit, nämlich das der Entstehung und der Wirkungen von Recht. Etwas weniger abstrakt formuliert: Läßt sich gesellschaftlicher Fortschritt durch Recht bewirken oder ist es seinem Wesen nach immer nur das Ergebnis gesellschaftlicher Veränderungen?

Irreführend in diesem Zusammenhang ist der Hinweis auf den Gesetzgeber, der häufig gemacht wird, indem man als Zeugen für die aktive Rolle des Rechts im politischen Kampf Karl Marx oder Friedrich Engels zitiert, die die Zehnstundenbill von 1847 als großes Ereignis gefeiert (MEW 16.10 f.,»Sieg eines Prinzips«) oder allgemein erklärt haben, aktive sozialistische Politik sei nicht möglich, wenn man darauf verzichte, Rechtsforderungen zu stellen (MEW 21.509). Damit ist die Rechtsschöpfung durch den Gesetzgeber gemeint, Recht, das unmittelbar, wie eben beschrieben, aus der Politik erwächst, und nicht die Arbeit des Juristen »als solchen«, von der hier die Rede ist, die Rechtsanwendung, also die Politik, die wieder aus dem Recht entstehen soll.

Diese Rechtsanwendung, die Tätigkeit des Richters, des Anwalts, des Verwaltungsjuristen oder Hochschullehrers, ist ein ähnlich rechtsschöpferischer Akt wie die Gesetzgebung, aber doch anderen Bedingungen unterworfen, nicht ganz so frei wie sie, komplizierter, individualisiert. Ist die Schranke für die Gesetzgebung das gesamtgesellschaftliche Bewußtsein, so ist es für die Rechtsanwendung die sogenannte *herrschende Meinung*, die sich dann später konkretisiert im Instanzenzug der Gerichte. Diese herrschende Meinung ist eine Art juristischer Abstimmungsmechanismus, nicht unähnlich den Abstimmungen im römischen Senat, in dem nicht durch demokratische Mehrheit, sondern mit dem Votum der zuerst stimmenden patrizischen Familien entschieden wurde, dem niemand mehr widersprechen konnte: *Auctoritas, non veritas facit legem.* So wäre es für die Rechtsanwendung juristisch technisch, logisch ohne weiteres möglich, die CSU wegen der Äußerungen ihres Vorsitzenden in Sonthofen als verfassungswidrige Partei nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes anzusehen. Diese juristische Konstruktion hat aber – mindestens vorläufig – keine Aussicht, in der Verwaltung und in der Rechtsprechung der Gerichte verwirklicht zu werden, weil die herrschende Meinung der Juristen – in der wissenschaftlichen Literatur, in den Regierungen und Verwaltungen des Bundes und der Länder und in den zuständigen Gerichten – sich dem nicht anschließen wird.

Die Faktoren, die diese herrschende Meinung im Recht bestimmen, sind zum einen das im wesentlichen durch die gegenwärtigen sozialen Machtverhält-

nisse bestimmte öffentliche Bewußtsein und zum anderen – in gewissen Grenzen – rechtstechnisch fixierte Vorentscheidungen aus früherer Zeit, durch die das Recht gegenüber der ökonomisch-sozialen Gegenwart eine partielle Selbständigkeit erhält, die man auch als Eigengesetzlichkeit, Eigenständigkeit bezeichnet oder mit den Begriffen der Wechselwirkungen oder Rückwirkungen beschrieben hat. Mit anderen Worten und grob gesprochen: Regelmäßig werden die sozialen Machtverhältnisse das Recht bestimmen, aber ausnahmsweise könnte das Recht ohne Änderungen in der Gesetzgebung (»de lege lata«) auch – progressiv oder regressiv – die sozialen Machtverhältnisse ein wenig verändern. Das wäre die Chance für die Tätigkeit fortschrittlicher Juristen.

II.

Am ausführlichsten sind die Informationen darüber für die Tätigkeit des *Richters*. Hier gibt es das Beispiel der Rechtsprechung des obersten Gerichts der Vereinigten Staaten zur Rassendiskriminierung, das bekannteste Beispiel für »law in action«, sozialen Wandel durch Recht, wie man es in der Rechtssoziologie nennt, für Richterrecht als »Triebfeder sozialen Wandels« (Andreas Heldrich).

Nach der Abschaffung der Sklaverei im ganzen Land war in der Verfassung der Vereinigten Staaten auch die Gleichbehandlung der farbigen Bevölkerung garantiert worden. Die gesellschaftliche Wirklichkeit war anders. Die überall geübte Diskriminierung wurde 1896 mit der Entscheidung des Supreme Court im Fall Plessy gegen Ferguson bestätigt. Man hatte für die Eisenbahnen des Staates Louisiana die Trennung der Abteile für Weiße und Farbige durch ein Strafgesetz gesichert. Plessy, der Beschwerdeführer, zu einem Achtel farbig, zu sieben Achteln weiß, hatte ein Abteil für Weiße benutzt und sich damit strafbar gemacht. Er griff das Gesetz an, das aber vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurde. Gegenüber rassischen Vorurteilen sei der Gesetzgeber machtlos; im übrigen könnten ja Weiße wie Farbige die Eisenbahnen in gleicher Weise benutzen, sie müßten eben nur getrennt fahren. Seitdem galt in den Vereinigten Staaten dieser Grundsatz des »equal but separate« – gleich, aber getrennt.

In einer aufsehenerregenden Wende begann das Oberste Gericht schon vor dem Zweiten Weltkrieg gegen starke Widersprüche in der Gesellschaft zunächst mit leichten Korrekturen der Rassentrennung an den Hochschulen. Die Rechtsprechung erreichte dann 1954, kurz nach dem Amtsantritt von Chief Justice Earl Warren, einen Höhepunkt mit der sensationellen Entscheidung im Fall Brown gegen Board of Education of Topeka, einem Musterprozeß, der von der National Association for the Advancement of Colored People geführt worden ist. Es war die endgültige Preisgabe der Formel »equal but separate« im staatlichen Schulwesen. Das Gericht stützte sich auf soziologische Untersuchungen und kam auf diese Weise zu dem ebenso einfachen wie wahren Ergebnis, daß eine Trennung notwendigerweise immer mit einer Ungleichbehandlung verbunden sei. Ein Jahr später, in einer zweiten Entscheidung im Prozeß zwischen denselben Parteien, wurden den Gerichten der einzelnen Bundesstaaten Richtlinien für die allmähliche Aufhebung der Diskriminierung in den Schulen gegeben, die ihnen ziemlich viel Spielraum ließen. Das führte zu einer Obstruktionspolitik der Untergerichte, die erst 1969

mit einem Machtspruch des Supreme Court beendet worden ist. 1971 hat das Gericht den Verwaltungsbehörden in einem anderen Prozeß sogar aufgegeben, die negativen Folgen ihrer früheren Diskriminierungspolitik durch positive Maßnahmen zu beseitigen, zum Beispiel durch die Einrichtung von Schulbussen.

Das Gericht hat seine Rechtsprechung nicht auf das Unterrichtswesen beschränkt, sondern seit 1954 auch die Diskriminierung in öffentlichen Parkanlagen, Schwimmbädern und Golfplätzen, in Verkehrsbetrieben, Hotels und Restaurants und auf dem Wohnungsmarkt verboten. Die Richter haben diese Wende in der Rassenpolitik seit der Mitte der dreißiger Jahre im staatlichen Bereich zunächst allein durchgesetzt. Erst zwanzig Jahre später ist ihnen auch die Gesetzgebung des Kongresses gefolgt. Sie haben den entscheidenden Anfang gemacht, als vom Gesetzgeber nichts zu erwarten war. Das ist in der Tat ein eindrucksvolles Beispiel dafür, daß es nicht unbedingt ihre schicksalhafte Bestimmung ist, so konservativ zu sein, wie man aufgrund unserer richter-soziologischen Untersuchungen vermuten muß. Es ist wohl auch ein Maximum dessen, was man an fortschrittlicher Rechtsprechung in einer bürgerlichen Gesellschaft erwarten und durchsetzen kann. Viele soziologische und rechtssoziologische Abhandlungen sind dadurch angeregt worden: Untersuchungen der Möglichkeiten von »sozialem Wandel durch Recht«, außerdem der sogenannten Effektivität von Recht, also der Frage, ob das Gericht mit seiner Rechtsprechung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit auch tatsächlich erreicht hat, was es erreichen wollte, das Verhältnis von juristischem Aufwand und gesellschaftlichem Erfolg. Eine wohl im wesentlichen richtige, wenn auch notwendig nur vorläufige Antwort darauf gibt ein 1970 von der staatlichen Bürgerrechtskommission vorgelegter Bericht, in dem allgemein – also auch für die seit 1957 einsetzende Gesetzgebung – der Fortschritt untersucht wurde, der in der Beseitigung von Rassenschranken gemacht worden ist. Die Kommission ist eher skeptisch. Sie schreibt:

»An einem realistischen Maßstab der Erwartungen gemessen, ist der Fortschritt in der Beseitigung von Ungerechtigkeit enttäuschend. Nicht einmal in der Sicherung von Grundrechten – bei weitem der leichtere Teil der Aufgabe – haben wir einen vollen Erfolg erzielt. In vielen Bereichen, in denen die Bürgerrechtsgesetze an sich überzeugenden rechtlichen Schutz bieten – Arbeit, Wohnungswesen, Unterrichtswesen –, besteht die Diskriminierung tatsächlich weiter und ist das Ziel der Chancengleichheit noch lange nicht erreicht. Es ist einfach eine Tatsache, daß manche dieser Gesetze nicht richtig funktionieren. Die Bemühungen des Bundes zur Durchsetzung der Bürgerrechte haben nicht ausgereicht, um das Versprechen wirklich gleichen Schutzes durch die Gesetze für alle Amerikaner voll zu erfüllen.«

Am besten sei es gelungen im Bereich der *public accomodations* und *public facilities* (Hotels, Restaurants, Theater, Parks, Bäder, Sportplätze usw.), im Wahlrecht und im Gesundheitswesen. Auch im Unterrichtswesen seien Erfolge erzielt worden. 1964 hätten in den Südstaaten nur 3 % der farbigen Kinder gemeinsam mit weißen die Schule besucht. 1971 seien es schon 38 %

gewesen. Sehr schlecht sei allerdings die Bilanz im Arbeitsbereich und am schlechtesten im Wohnungswesen.
Sind hier nun durch Recht soziale Machtverhältnisse geändert worden? Der große Versuch der amerikanischen Richter endete bisher immerhin mit einem Teilerfolg. Die Meinung in der rechtssoziologischen Literatur zur Effektivität von Recht in diesem Fall, zum sozialen Effekt dieses Richterrechts, ist im ganzen eher skeptisch. Auch hier muß sich im übrigen die Frage von Ursache und Wirkung stellen. Denn die sozialen Machtverhältnisse hatten sich seit den dreißiger Jahren unabhängig von dieser Rechtsprechung erheblich zugunsten der farbigen Bevölkerung und ihrer Bürgerrechtsbewegungen verschoben. Ihre Wählerstimmen im Süden der Vereinigten Staaten waren immer wichtiger geworden. Die Länder der dritten Welt hatten zunehmend an Einfluß gewonnen, der einer Weltmacht nicht mehr die Rassentrennungspolitik erlaubte, die selbst der Südafrikanischen Republik immer mehr außenpolitische Schwierigkeiten bereitete. Die Rassenpolitik des Faschismus hatte ihre abschreckende Wirkung auf die amerikanische. Deshalb wird man zu dem Ergebnis kommen müssen, daß hier nicht so sehr eine »Rückwirkung« stattgefunden hat, von Recht auf Gesellschaft, von allgemeinem Verfassungsrecht auf die sozialen Verhältnisse, sondern daß die verdienstvolle Rolle der amerikanischen Richter darauf beschränkt war, ohnehin schon vorhandene Veränderungen gesellschaftlicher Macht in Rechtsform umgesetzt zu haben. Mit anderen Worten: Das Recht hat den sozialen Wandel nicht verursacht, sondern ihm nur zum äußeren Durchbruch verholfen.
Aber nicht einmal das kann immer gelingen. Hier waren es die höchsten und mächtigsten Richter des Landes. Ein einfacher Richter der unteren oder mittleren Ebene – insofern lassen sich unsere Verhältnisse mit den amerikanischen vergleichen – wäre mit einem solchen Versuch wahrscheinlich schon in der nächsten Instanz gescheitert. Dort unten kann der Richteralltag ganz anders aussehen. Auch darüber gibt es verläßliche Nachrichten. Ich meine den Fall des Frankfurter Richters Dietmar Kupke.
Er war Mietrichter und versuchte das, was er in Frankfurt in den letzten Jahren gesehen hatte, in seine Rechtsprechung umzusetzen. Sie war, wie man so sagt, mieterfreundlich. Dietmar Kupke war kein Linker, eher vergleichbar mit den Reformern um Wassermann und Rasehorn. Es gab Schwierigkeiten mit der Justizverwaltung. Auf Beförderungsmöglichkeiten hatte er schon seit längerem verzichtet. Zwischendurch war er in einem Schwurgerichtsprozeß als Beisitzer eingesetzt. Es war ein sehr teures und langwieriges NS-Verfahren. Als er es auf ungewöhnliche Weise zu retten versuchte, wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eröffent. Danach hat er sich das Leben genommen.
Kurz vor seinem Tod hatte eine Gruppe Berliner Assistenten und Jurastu-

denten, die sich mit Mietrecht beschäftigen, mit ihm eine Gespräch über die Unabhängigkeit des Richters geführt. Man kannte seine Rechtsprechung und wollte wissen, ob deswegen Nachteile von der Justizverwaltung zu befürchten seien. Ein Teil seiner Antwort aus dem Tonbandprotokoll:

»Ich bin im Moment etwas befangen, weil ich Repressionen aus einem anderen Grunde ausgesetzt bin. Eben aus dem Grunde, weil ich mich mit dem Problem auseinandergesetzt habe, das die Meinungsfreiheit des Richters und Treuepflicht gegenüber dem Staat betrifft, weil ich eben diese Presseerklärung abgegeben habe im Sommer, die dem Justizministerium nicht gepaßt hat, d. h. sie haben eine Vorermittlung gegen mich eingeleitet, der ich mit Gelassenheit entgegensehe. Es ist zunächst einmal überhaupt unerwünscht, wenn Beamte und Richter an die Öffentlichkeit treten. Da reagiert der Staat unheimlich gereizt, wenn man irgendwelche Mißstände kritisiert, selbst wenn man das in einer sachlichen Form tut, selbst wenn man sich dazu genötigt fühlt. Das ist der eine Punkt.
Jetzt, was die Mietrechtsprechung angeht, hütet man sich natürlich, äußerlich den Anschein zu erwecken, man greife in die Rechtsprechung ein. Äußerlich hütet man sich, aber es existiert eine Repression. Es besteht die Gefahr, will ich mal sagen, daß so eine indirekte Repression ausgeübt wird, die schlecht nachzuweisen ist und die schlecht zu belegen ist, die man aber doch zu spüren bekommt, wenn man auf Dauer eine Rechtsprechung oder eine Art der Verhandlungsführung an den Tag legt, die nicht gewünscht wird. Ich darf z. B. erinnern, damals im Jahre 1972 habe ich über die Räumung des Hauses Kettenhofweg verhandelt. Ich habe da mit den Hausbesitzern einen Vergleich zustande gebracht. Es war ein voller Sitzungssaal, und ich muß sagen, im allgemeinen hat sich das Publikum diszipliniert verhalten. Aber mir wurde vorgehalten, ich hätte einiges durchgehen lassen, daß geraucht wurde und daß Coca-Cola-Flaschen dagelegen hätten usw. Eigentlich hat man mir vorgeworfen, daß ich überhaupt mit Hausbesetzern verhandle. Das hat man mir natürlich nicht direkt gesagt, aber ich habe das zu spüren bekommen. Ich bin auf noch größeren Unwillen gestoßen, als ich noch den Schwurgerichtssaal nahm und fünfhundert Zuschauer da rein ließ. Das ist auf noch größeren Unwillen gestoßen und man bekommt das dann eben so zu spüren. Natürlich werden die sich hüten, offen zu sagen: ›Beförderungssperre‹, sondern es werden dann andere Gründe vorgeschoben. Es gibt da nicht nur Beförderungssperren, sondern es gibt dann auch Dinge, mit denen man einen ernannten Richter schikanieren kann, selbst wenn er nicht befördert werden will. Man läßt dann eben plötzlich sein Dezernat anwachsen, oder wenn man in Urlaub ist, kriegt man die mieseste Urlaubsvertretung. Es passieren dann so ganz komische Geschichten, es werden Anträge abgelehnt, die bei anderen nicht abgelehnt wurden. So ist das schon, wenn man eine gewisse Toleranzschwelle, die von der Verwaltung gewünscht wird, überschreitet. Dann bekommt man den Unwillen der Verwaltung indirekt zu spüren, und die Verwaltung, die Justizverwaltung hat so eine Form entwickelt, die teilweise besonders beispielhaft ist, insofern sie in gewisser Weise hinterhältig ist. Damit man sie nicht zu fassen bekommt, werden also Dinge so gemacht, daß man sie nicht richtig nachweisen kann, z. B. auch bei Beschwerden.«

Auf die Frage, von wem und wie der Druck ausgeübt werde, nachdem er häufiger nur über »sie« gesprochen hatte:

»Ja, das ist eben, wenn man so sagen will, das Teuflische. Es ist schwer durchschaubar, es ist auch schwer durchschaubar gemacht und das ›sie‹ ist erstmal das Justizministerium und die Bürokratie des Justizministeriums, die einen starken Einfluß hat.
Es ist so, wenn Sie sich unliebsam gemacht haben, dann werden gleich drei Leute auf Sie angesetzt, und Sie sind nur einer! Diese Bürokratie des Justizministeriums, die in direktem Kontakt mit dem jeweiligen Präsidenten steht – da gibt es Oberlandesgerichtspräsidenten, Landgerichtspräsidenten, die alle konform geschaltet sind zum Justizministerium –, übt natür-

lich sehr starken Einfluß aus. Sie, die Präsidenten, geben die Benotung für die Assessoren. Das machen zwar an sich die Vorsitzenden, aber der Präsident gibt dann die Gesamtbenotung, so daß sein Einfluß gewahrt bleibt. Bei Beförderungen geben sie die Benotungen, sie berufen das Präsidium ein, die Präsidien entscheiden zwar, aber die Präsidien machen in den meisten Fällen eben das, was die Präsidenten machen, und diese handeln wiederum aufgrund der Anweisungen aus Wiesbaden, und das ist eine anonyme Bürokratie. Wer das nun im einzelnen ist, das weiß man nicht so genau. Das ist eben eine gut ausgestattete, stark vorhandene kräftige Bürokratie. Herr Wassermann war eine Ausnahmeerscheinung, der paßte hier nicht in die Landschaft. Man hat ihm so lange zugesetzt, bis er sich eben dann nach Braunschweig abgesetzt hat. Man hat ihm durch Nadelstiche ständig Schwierigkeiten bereitet, das kann man machen, gerade als Landgerichtspräsident ist er ja auch der Weisungsgewalt unterworfen, des Oberlandesgerichtspräsidenten und des Justizministeriums, da ist er ja nicht richterlich unabhängig, sobald er Präsident ist. Das Wichtige ist, es gibt eine bestimmte Gruppe, man kann fast sagen ein Machtkartell von Senatspräsidenten und beförderten Richtern, die da mitmachen und diese Sache unterstützen. Man muß dazu sagen, die ›sie‹ – das ist sehr wichtig und ich habe ja mit den ›sie‹ zu tun und merke den großen Bruder, der da so im Hintergrund ist – das ist eine Bürokratie, die nicht nach außen in Erscheinung tritt, das ist die Ministerialratsebene, Ministerialdirigentenebene usw., die recht gut besoldet ist, deren Namen Sie aber nicht kennen, die im Anonymen bleiben, eine Fülle von Verfügungen und Vorarbeiten machen und alles dirigieren und dann, wenn das Ministerium einen Richter promovieren lassen will, also hervorheben, hochheben will, wenn es meint, der liefert genug Urteile ab – natürlich spielt erst mal die Examensnote eine Rolle und dann der Output, den er hat –, wenn er also genügend Urteile ausgestoßen und Belastbarkeit hat, dann darf er promovieren. Das ist geradezu lachhaft, wie dann immer gleich der Ausdruck Belastbarkeit auftaucht. Wenn er genügend belastbar ist, dann holt man den sich erst mal ins Ministerium als Hilfsarbeiter, der bleibt dann Richter. Da gibt es die schöne Bezeichnung Amtsrichter oder Oberlandesgerichtsrat im Justizministerium, obwohl er reiner Verwaltungsbeamter ist. Wer dann dort seine Probe bestanden hat, der steigt entweder im Ministerium auf oder kommt zurück als Senatspräsident oder als Direktor usw. Das nennt man das dritte Staatsexamen. Oder man holt ihn an das Oberlandesgericht, an entsprechende Senate, wo er dann entsprechend weiter dressiert wird. Der beste Weg aber geht über das Justizministerium.«

Ein Richter, der politisch abweichende Vorstellungen in seine Rechtsprechung einbringt, wird immer in Konflikte kommen, nicht nur mit seiner Justizverwaltung. Es gibt oppositionelle Richter, die das mit Figaros Heiterkeit überstehen können. Normalerweise wird man Kompromisse schließen, die Dietmar Kupke nicht schließen wollte. Wenn man dann allein ist, isoliert, ohne eine wenigstens kleine Gruppe, auf die man sich stützen kann, dann führt der Widerstand zum Opfer, bleibt die von der Verfassung garantierte Unabhängigkeit des Richters nur folgenloser Vorwurf, der »sie«, die pluralistisch Selbstgefälligen, weder in ihrer juristischen, noch in ihrer moralischen Behaglichkeit treffen wird.

So weit können die Wirkungen von Rechtsprechung auseinandergehen. In diesem Bereich ungefähr, zwischen dem Oben der Urteile des Supreme Court und ihren Wirkungen und dem Unten der Rechtsprechung von Dietmar Kupke und ihren Folgen, liegen die Möglichkeiten für Richter, die die Gesellschaft verändern wollen, zwischen Teilerfolg und Opfer. Dazwischen findet der tägliche Kleinkram statt, die Versuche, Kollegen zu überzeugen und weiter mit ihnen auszukommen, den *esprit de corps* zu wahren

und in entscheidenden Situationen trotzdem die Angst vor Konflikten abzubauen. Man kann im Einzelfall praktische Humanität üben, darf aber keine Ansprüche an seine Karriere stellen. Man darf sie jedoch nicht außer acht lassen, denn je höher man in der Stufenfolge der Richterlaufbahn steht, desto größer ist die politische Wirkung, desto weniger Instanzen gibt es, die Entscheidungen wieder revidieren können. Schon die Einstellung wird Schwierigkeiten bereiten. Auch dazu hat sich Dietmar Kupke glaubhaft geäußert:

»Es wird zur Zeit bei der Einstellung peinlich darauf geachtet, wen man einstellt, daß man ja nicht die Falschen einstellt. Also die Radikalenfrage spielt schon gar keine Rolle mehr. Man guckt schon gänzlich außerhalb dieser Frage darauf, ob es nicht etwa einer ist, der privat widerspenstig ist oder zum Widerstand neigt. Wenn da einer, das kann ich ruhig sagen, wenn da einer ein paarmal in den Personalakten stehen hat, er neige zum Widerspruch und so, dann können Sie damit rechnen, daß im Moment bei dieser Großwetterlage dieser dann nicht in den Justizdienst eingestellt wird, weil sie sagen, aha, hier haben wir einen, der macht Stunk nachher. Da jetzt die Bewerber quasi Schlange stehen, können sie sich die Leute sehr stark aussuchen. Da machen die natürlich von dieser Sache Gebrauch und das ist eben ganz gefährlich. Hier zeigt sich eine Existenzgefährdung, die den Leuten droht, wenn sie abgewiesen werden. Sie können höchstens noch in der Anwaltschaft unterkommen usw. Das ist eine Existenzangst bei den Assessoren, die Familie haben oder ähnliches. Wenn die rausfliegen bei der Lage auf dem Arbeitsmarkt im juristischen Sektor, der sichtbar schlecht ist hier in Frankfurt, bei der hiesigen Überbesetzung von Anwälten usw., ist das eine Existenzbedrohung. Diese Dinge spielen auch eine große Rolle; die Existenzangst, die wird auch bewußt eingeführt, um all diese Dinge zu ersticken.«

Nun ist es aber auch nicht so, daß »Linke« gar keine Chance haben. Es gibt welche, die befördert worden sind, sogar noch in letzter Zeit. Von Land zu Land, von Großstadt zu Kleinstadt und von Gericht zu Gericht ist das verschieden. Notwendig ist immer eine überdurchschnittliche juristische Qualifikation. Sie ist für fortschrittliche Richter noch viel wichtiger als für die anderen, die auch im allgemeinen Trott nach oben kommen können. Hat man sich den Ruf großer fachlicher Qualifikation erworben, verringert sich auch häufig die außerordentlich hemmende Distanz zu Kollegen und Verwaltung, wenn, wie üblich, bürgerliches Leistungsdenken mit persönlicher Wertschätzung zusammentrifft.

In Gesprächen mit »linken« Richtern erfährt man Unterschiedliches. Einige sind sehr resigniert, besonders in der Zivilgerichtsbarkeit mit ihrer Übermacht konservativen Denkens und konservativen Personals. Hier geht es ja im wesentlichen um Eigentumsschutz. In Scheidungssachen hat sich allerdings auch dort eine gewisse Liberalität, hat sich zum Beispiel die Konventionalscheidung praktisch gegen das Gesetz durchgesetzt. Am meisten optimistisch über ihre Möglichkeiten sind progressive Verwaltungsrichter, denn die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist am wenigsten befaßt mit dem Schutz des Eigentums an Produktionsmitteln. In viel stärkerem Maße als die starre Zivilrechtsordnung und ihr noch härteres Schutzinstrument, das Strafrecht,

sind die Verwaltungsgerichte mit sozialer Gestaltung befaßt, die den Bereich des privaten Unternehmens zurückdrängt. Man braucht nur an den großen Bereich der »Daseinsvorsorge« durch die Verwaltung zu denken. Auch im Arbeits- und Sozialrecht ist der Spielraum größer. Im Arbeitsrecht, das unmittelbar in das Privateigentum am Unternehmen eingreift, wird er allerdings für den einzelnen Richter außerordentlich stark eingeschränkt durch den Instanzenzug. Je höher man kommt, desto mehr verstärkt sich die schützende Haltung zugunsten des Unternehmers. Über die konservative, ja reaktionäre Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts ist genügend geschrieben worden. Es hat sich ohne Zweifel das Verdienst erworben, seit dem Beginn seiner Rechtsprechung, also seit mehr als zwanzig Jahren, den sichersten Schutz eines sehr freien Eigentums am Unternehmen gegeben zu haben.

In der untersten Instanz haben wir an den Zivil- und Strafgerichten die Einzelrichter. Sie sind sehr unabhängig, frei, nicht eingebunden in das Kollegium einer Kammer. Kein Zufall also, wenn sich hier am häufigsten unabhängiges Denken zeigt. Ein nicht unbedeutender Teil der Anstöße für die Justizreform kam aus ihrem Kreis. Allerdings werden ihre Möglichkeiten stark eingeschränkt durch die übergeordneten Kollegialgerichte. Trotzdem bleibt ein gewisser Rest, den sie mit ihren Entscheidungen vorstrukturieren, präjudizieren können. Und besonders in sehr individuellen Fragen haben sie einen vom Obergericht kaum revidierbaren Spielraum. So ist auch das Individualarbeitsrecht – das Recht des einzelnen Arbeitsverhältnisses mit den Fragen des Kündigungsschutzes, des Urlaubs, des Mutterschutzes oder der betrieblichen Altersversorgung – insgesamt progressiver als das kollektive. Im kollektiven Arbeitsrecht, im Arbeitskampfrecht von Streik und Aussperrung, sind wir weit zurück hinter dem, was die Arbeiterbewegung in der Weimarer Zeit erkämpft hatte.

Vor einigen Jahren hat ein Richter aus dem Kreis der Reformer, Diether Huhn aus Berlin, folgendes geschrieben:

»Es gibt nur eine Opposition gegen den Gesetzgeber und gegen die Exekutive, die die Verfassung außerhalb des Parlaments legitimiert und mit Machtvollkommenheit ausstattet, die die bloße Meinungsäußerung gegenüber dem gehörlosen Gesetzgeber nicht besitzt: Das ist die Opposition der Richter.

Opposition zu üben wird in einer Gesellschaftsordnung, wie es die unsrige (nicht notwendig, aber zur Zeit) ist, die wesentliche Aufgabe der Richter. Sie müssen das juristische Scheinwesen entlarven und mit möglichster Freiheit davon Gebrauch machen, sich nicht an die Worte, sondern an den Geist der Gesetze zu halten. Sie müssen Widerstandsgeist aufbringen.«

Dahinter steht die Vorstellung, daß der Gesetzgeber auch schon wegen der Schwerfälligkeit des parlamentarischen Apparats nicht mehr in der Lage ist, schnell auf Veränderungen zu reagieren, die Vorstellung also, Richter sollten dazu übergehen, eine Art Minderheitenschutz für die sozial Schwächeren zu entwickeln, und auf diese Weise sich aus einer »Machtelite wider Willen« in

eine Gruppe verwandeln, die die soziale Gestaltung der Gesellschaft bewußt in die Hand nimmt: die Vorstellung vom sozialen Wandel durch Richterrecht. Diese Vorstellung ist für die Gegenwart und für die nächste Zukunft sicher unrealistisch, denn der Bereich, in dem die Tätigkeit progressiver Richter möglich und sinnvoll ist, das haben wir gesehen, ist viel zu schmal. Sicher ist daran richtig, daß Rechtsprechung und Recht nicht naturnotwendig konservativ sein müssen. Selbstverständlich können auch Richter mithelfen, die Gesellschaft vorwärts zu drängen. Sie haben das in der Vergangenheit, im Übergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft, auch schon getan. Aber ein Blick auf die richtersoziologischen Untersuchungen der letzten Zeit muß genügen, um unserer Justiz solche Zumutungen heute zu ersparen. Trotzdem brauchen wir progressive Richter. Sie sind ein wichtiges Potential für den Fall, daß sich die sozialen Machtverhältnisse ändern. Das zeigt das Beispiel des Supreme Court in den Vereinigten Staaten. Das Potential muß vergrößert werden. Und sie können im Einzelfall helfen, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen, praktische Humanität üben.

III.

Über die Berufspraxis linker *Anwälte* hat es schon 1969 in Berlin eine ausführliche Diskussion gegeben, die wir heute an den Erfahrungen der letzten fünf Jahre überprüfen können. Sie wurde geführt in der *Roten Pressekorrespondenz*, begonnen von Referendaren, fortgeführt vom sozialistischen Anwaltskollektiv und beendet mit einem studentischen Beitrag.
Die Referendare waren der Meinung, es gäbe keinen Bedarf an »subjektiv sozialistischen Anwälten«. Liberale Anwälte, »die formalistische Rechtsfindungsmechanismen virtuos und skrupellos handhaben«, könnten als Verteidiger den Genossen viel mehr Schutz bieten. Politische Argumentation vor Gericht könne richterliche Beurteilung und Entscheidungen nicht im günstigen Sinne beeinflussen. Sie sei im Gegenteil schädlich. Man könne auch nicht den Konflikt mit seinem gesamten politischen Zusammenhang in das Gericht hineintragen. Der Anwalt habe nur die Funktion, zu vermitteln, zu übersetzen, sich einbinden zu lassen in die scheinbar neutrale Rechtsordnung, und damit schade er nur der Emanzipation seines Mandanten.
Das sozialistische Anwaltskollektiv, damals auch noch vertreten durch Horst Mahler, widersprach. Sozialisten dürften liberalen Anwälten nicht das Feld überlassen. Dadurch würden die einzelnen Fälle ihrer politischen Inhalte beraubt und das rechtsstaatliche Image der Justiz nur aufgeputzt. Sozialistische Anwälte hätten die Aufgabe, den juristischen Gewaltapparat möglichst ineffektiv zu machen, in ihm unter Ausnutzung seiner Widersprü-

che und der Verschleierungsbedürfnisse der Herrschenden Freiräume zu erkämpfen und schließlich den Massen die Rechtsbrüche der Herrschenden aufzuzeigen, die Verletzung des sozialen Kompromisses, um Impulse zu wecken, die die Massen veranlassen können, den Waffenstillstand aufzukündigen und zum offenen Klassenkampf überzugehen.
Die Studenten widersprachen den Anwälten und gaben den Referendaren Recht. Prozesse seien kein wesentliches Moment der Propaganda. Das verinnerlichte Rechtsbewußtsein der Arbeiterklasse könne nicht durch Justizkonflikte aufgebrochen werden, sondern nur durch Aufbrechen der bestehenden Gewaltverhältnisse. Mahlers Argumentation bedeute letztlich die Anerkennung einer quasineutralen Rechtsordnung. Rechtsbrüche der Staatsgewalt hätten im übrigen den gegenteiligen Erfolg. Machtverhältnisse würden dadurch nicht in Frage gestellt, sondern bestätigt. In einem Prozeß komme es nur darauf an, glimpflich davonzukommen. Einen Kampf gegen die Justiz könne eine Anwaltskanzlei ohnehin nicht führen, weil sie zur Erhaltung ihrer ökonomischen Basis auf die Führung von Prozessen angewiesen und überhaupt die Einhaltung der Legalität die notwendige Voraussetzung der Berufspraxis eines Anwalts sei. Also könne die Justizkampagne an den Hochschulen nur in der »Politisierung von Erstsemestern zum Zwecke deren Abwerbung« bestehen.
Eine ähnliche Diskussion wurde ein Jahr später in den Vereinigten Staaten unter den radical lawyers geführt, in ihrer Zeitschrift *The National Lawyers Guild Practitioner*. Sie sind Anwälte und zum Teil Mitglieder von militanten linken Organisationen, also zum Beispiel der Black Panthers. Die Diskussion fand statt zwischen Arthur Kinoy, einem Hochschullehrer an der Rutgers Law School in Newark, New Jersey, und Jonathan Lubell, der als Anwalt in New York lebt.
Kinoy meinte, die bürgerliche Demokratie entwickele sich durch Abbau bürgerlicher Rechte und Freiheiten immer mehr zum Faschismus. Der Anwalt habe die Aufgabe, in den einzelnen Prozessen diese Entwicklung zu verhindern und außerdem durch Aufklärung über die Rechtsbrüche ihnen die Legitimation zu entziehen, sie zu entmystifizieren und damit das Volk weiter zu radikalisieren. Lubell warf Kinoy vor, das sei eine reformistische Haltung. Es sei unsinnig, den Eindruck zu erwecken, man könne die Gerechtigkeit erhalten, wenn nur die Herrschenden aufhören, faschistische Mittel einzusetzen. Man müsse das Volk darüber aufklären, daß das System die Gerechtigkeit, von der es spricht, überhaupt nicht gewähren könne. Revolutionäre Anwälte hätten die reformistische Tendenz ihrer Tätigkeit offen zuzugeben und im übrigen dafür zu sorgen, daß die personelle Schlagkraft ihrer Organisationen durch Freisprüche, niedrige Verurteilungen und Herabsetzung von Kautionen erhalten bleibe.
Die Zahl der linken Anwälte ist in der letzten Zeit stark gestiegen. Es hat sich

auch erwiesen, daß der liberale Anwalt in politischen Prozessen nicht der bessere, sondern häufig der schlechtere Verteidiger ist. Ein politischer Prozeß hat für den Staat auch und in erster Linie Propagandafunktion. Er ist eine politische Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner mit einer sehr großen öffentlichen Resonanz. In dieser Auseinandersetzung mit dem Gericht kennt der Angeklagte die konkrete politische Situation meistens besser als der Anwalt, dessen Aufgabe es also auch ist, technische Hilfestellung für die politische Argumentation seines Mandanten zu geben. Beim liberalen Anwalt kann man die dafür notwendige Loyalität nicht voraussetzen. Und nur bei einer loyalen politischen Zusammenarbeit zwischen Verteidiger und Mandant können beide, was manchmal möglich ist, von der Defensive in die Offensive gehen, die Rolle zwischen Angeklagtem und Richter vertauschen und das Propagandainstrument des politischen Prozesses in ihre eigenen Hände nehmen, wie es zum Beispiel im ersten Prozeß gegen Horst Mahler über den Zeugen Ruhland gelungen ist.

Man kann auch mit politischer Argumentation Entscheidungen in Strafsachen positiv beeinflussen. Es gibt Beispiele aus der letzten Zeit, selbstverständlich auch Fälle, in denen es schädlich war. Allgemeine Regeln gibt es nicht. Der Verteidiger muß seinen Mandanten in jedem Einzelfall aufklären und ihm dann die Entscheidung überlassen, ob er sich politisch verteidigen will oder nicht. Viele Mandanten wollen bewußt die politische Auseinandersetzung mit dem Gericht aufnehmen und nicht »glimpflich davonkommen«. Diese Entscheidung hat ein Verteidiger zu respektieren, und dann ist in der Regel der linke Anwalt der bessere Verteidiger.

Die politische Funktion einer solchen politischen Verteidigung ist die des normalen politischen Tageskampfes, nicht mehr. Die »Rechtsbrüche der Herrschenden« werden die Arbeiterklasse erst dann mobilisieren, wenn sie unmittelbar selbst betroffen ist, nicht als abstrakte Verletzungen eines abstrakten Rechts. (Gerade die Arbeiterschaft ist außerdem sehr rechtsgläubig, glaubt damit auch den Gerichten als den eigentlichen juristischen Autoritäten. Das haben die Untersuchungen Ernst Fraenkels sehr deutlich gezeigt.) Aber auch dieser politische Tageskampf ist notwendig. Hier hat der linke Anwalt seine legitime Aufgabe, die dann natürlich nicht darin bestehen kann, den juristischen Gewaltapparat »möglichst ineffektiv« zu machen. Die Effizienz von Justiz hat trotz vieler solcher Versuche keinen Schaden gelitten. Juristische Arbeit mit rechtswidrigen Mitteln ist das Unternehmen, ein Bankhaus mit Falschgeld zu betreiben. Es leistet im übrigen nur Vorschub für eine außerordentlich wirksame Verstärkung der politischen Propaganda gegen die politische Linke. Und die staatlichen Reaktionen werden ausgetragen auf dem Rücken des kleinen Kriminellen, der heute schon darunter zu leiden hat, daß ihm die Gerichte mit den neuen Gesetzen den Verteidiger seines Vertrauens ausschließen können und auch tatsächlich ausschließen.

Jeder Strafverteidiger, auch der unpolitische, kommt an Randbereiche der Legalität. Hier die Balance zu halten, ist auch sonst nicht leicht. Der linke Anwalt aber muß besonders sorgfältig sein, noch viel genauer als seine liberalen Kollegen, weil er viel intensiver beobachtet wird.
Nicht nur in Strafverfahren gibt es politische Prozesse. In den letzten Jahren ist das öffentliche Recht immer wichtiger geworden, besonders wegen der großen Zahl der Berufsverbote, die von den Verwaltungsgerichten überprüft werden. Das Schulrecht hat stark an Bedeutung zugenommen, besonders in der Praxis progressiver Lehrer, die dringend mehr juristische Beratung brauchen. Die Situation vor dem Verwaltungsgericht ist etwas anders als die vor den Strafgerichten. Es ist nicht selbst unmittelbar Instrument des Staates zur Bekämpfung des politischen Gegners wie das Strafgericht, nicht eine aktive, sondern eine passive Instanz zur Überprüfung von Maßnahmen staatlicher Behörden, und zwar eine Instanz, die sich besonders in ihrer Rechtsprechung seit dem letzten Krieg im allgemeinen als ziemlich kritisch erwiesen hat gegenüber staatlichen Eingriffen in die Rechte von Bürgern. Es ist ein ruhigeres Verfahren, das andere Gesetze kennt, nicht den offenen Kampf zwischen dem Gericht auf der einen und dem Mandanten und seiner Verteidigung auf der anderen Seite. Auch fehlt die große Resonanz in der Öffentlichkeit. Der politische Anwalt ist hier nicht so notwendig wie dort. Auf der anderen Seite geht es sehr häufig um Fragen von existentieller Bedeutung für den Mandanten, in denen es für ihn sehr wichtig sein kann, von einem Anwalt vertreten zu werden, zu dem er auch politisches Vertrauen hat. Merkwürdig wenig ist bisher nachgedacht worden über die politische Funktion der Tätigkeit linker Anwälte in Mietsachen und im Arbeitsrecht. Meistens ging es eben doch – in Strafverfahren wie in Verwaltungsprozessen – nur um die Vertretung von Akademikern. In Miet- und Arbeitssachen werden die Interessen der großen Zahl der Lohnabhängigen unmittelbar berührt. Die Erfahrungen mit der Stadtteilarbeit haben aber gezeigt, daß es möglich ist, ideologische Verkrustungen aufzubrechen, wenn unmittelbar am Ort ihre Interessenvertretung organisiert wird. Das ist auch linken Anwälten möglich, wenn sie sich auf diese Tätigkeit spezialisieren. Sie können sich in den Stadtteilen zu »Volksanwälten« entwickeln.
Fast gar nicht beachtet worden ist die Tätigkeit der Gewerkschaftsjuristen, genauer gesagt, der Rechtsschutzsekretäre der Gewerkschaften, ein Beruf, der bisher allgemein wenig bekannt ist. Die Gewerkschaften geben ihren Mitgliedern Rechtsschutz vor den Arbeitsgerichten, für Ausländer wegen der Aufenthaltsfragen auch vor den Verwaltungsgerichten. Sie haben dafür hauptamtliche Rechtsschutzsekretäre, die entweder auf den gewerkschaftseigenen Schulen im Arbeitsrecht ausgebildet worden sind oder als Juristen von der Universität kommen, bisher meistens allein mit dem Referendarexamen. In der letzten Zeit, in der sich der Arbeitsmarkt auch für Volljuristen

verschlechtert hat, konnten sie auch Assessoren einstellen (zum normalen Anfangsgehalt für Akademiker in Angestelltenpositionen). Ihre Hauptaufgabe ist die Vertretung der Gewerkschaftsmitglieder vor den Arbeitsgerichten. Sie sind aber auch zuständig für Rechtsauskünfte, müssen an Betriebsversammlungen teilnehmen und an Besprechungen mit dem Unternehmer. Die Arbeitsbelastung ist sehr groß (dafür gibt es auch noch Aufstiegsmöglichkeiten). Der Rechtsschutzsekretär hat also im wesentlichen die Funktion eines Anwalts. Vollmacht und Auftrag fallen allerdings auseinander. Die Vollmacht für die Prozeßführung hat er vom einzelnen Mitglied, den Auftrag von der Gewerkschaft. Daraus kann sich in Extremfällen eine zwiespältige Rolle ergeben, wenn zum Beispiel die Nichtigkeit einer Tarifvereinbarung Gegenstand des Streites ist, die die Gewerkschaft für gültig, der Mandant aber für ungültig hält. Nun, solche Fälle werden die Ausnahme bleiben, und große politische Entscheidungen wird er ohnehin nicht treffen, auch nicht vor Gericht herbeiführen können. Auch hier wird es bei politischer Tagesarbeit bleiben. Änderungen der stark konservativen Rechtsprechung im allgemeinen Arbeitskampfrecht der Gewerkschaften sind für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Aber im Individualarbeitsrecht, also in Streitigkeiten über das einzelne Arbeitsverhältnis, in Urlaubsfragen, bei der betrieblichen Altersversorgung oder im Mutterschutz, wird er Erfolge zugunsten der Arbeitnehmer erzielen können, von Fall zu Fall auch in Fragen des Kündigungsschutzes. Seine juristische Arbeit ist zwar nur eine politische Nebenfront: Sie kann den Kampf der Arbeiter im Betrieb nicht ersetzen, aber sie kann ihn unterstützen. Und manchmal, bei größeren Erfolgen des Betriebsrats gegen die Geschäftsleitung, erscheint sie für viele sogar als Hauptfront, an der die Einheit der Belegschaft auf diese juristische Weise hergestellt werden kann.

IV.

Ein kurzer Blick ist noch notwendig auf die Tätigkeit des Verwaltungsjuristen und des Hochschullehrers. Der Verwaltungsjurist ist ein wesentliches Element im machtvollen Apparat der Exekutive. Er ist nicht nur befaßt mit Rechtsanwendung wie die Richter, sondern in noch höherem Maße mit Rechtsgestaltung und Rechtsschöpfung. Durch ihre Verbindung mit der jeweiligen Mehrheit im Parlament und ihren großen Einfluß auch auf die Gesetzgebung ist die staatliche Verwaltung ein viel stärkeres politisches Machtinstrument als die Rechtsprechung der Gerichte. Insofern sind auch die politischen Einflußmöglichkeiten progressiver Juristen hier noch größer als in einem Gericht. Aber auch nur insofern. Denn im Gegensatz zum Richter ist er auch formal abhängig, weisungsgebunden gegenüber der Verwaltungsspitze. Mit abweichenden eigenen politischen Vorstellungen

wird er sich nie sehr weit durchsetzen, aber je nach der Situation wenigstens teilweise. Er kann die Richtungen leicht verändern. Mehr kann er nicht. Aber das kann im Einzelfall sehr viel sein, mehr als ein Richter oder Anwalt für den politischen Kampf zu leisten vermag. Und es wird desto mehr sein, je höher seine Position und je liberaler die Politik der Verwaltungsspitze ist.

Am freiesten von allen ist der Hochschullehrer. Trotz der Erfolge der Neuen Rechten auch an den Hochschulen in der letzten Zeit ist hier die Atmosphäre immer noch die liberalste. Keine Berufungsinstanz kann die Lehrmeinung eines sozialistischen Hochschullehrers aufheben, kein Regierungsdirektor ihn anweisen, das Arbeitsrecht der Bundesrepublik als neutrale Friedensordnung zu feiern. Er ist frei in Forschung und Lehre. Die Zahl der linken und linksliberalen Hochschullehrer an den juristischen Fakultäten und Fachbereichen ist nicht groß, aber größer als man allgemein glaubt. Sie arbeiten im wesentlichen nur an einer kleinen Zahl von Universitäten – in Berlin, Bremen, Frankfurt, Hannover – und sind auch dort nicht in der Mehrheit, aber sie können frei arbeiten. Ihre Bedeutung dürfte nicht gering sein, wie man an der Aufregung ablesen kann, die jedesmal entsteht, wenn wieder einer berufen werden soll. Sicher, auch sie müssen die Studenten im Recht der bürgerlichen Gesellschaft ausbilden, das nicht sie bestimmen, sondern die erdrückende Mehrheit der »herrschenden Meinung«. Und sie müssen das so gut wie irgend möglich tun, damit die Studenten, worauf sie einen individuellen Anspruch haben, für ihren Beruf so gut wie möglich ausgebildet sind. Auch sind die Möglichkeiten der Hochschullehrer, auf die Prüfungsordnungen einzuwirken, nur sehr gering. Wie bei den Medizinern und Lehrern ist bei den Juristen die Einheit von Lehre und Prüfung seit langem verlorengegangen. Die Universität lehrt, der Staat prüft (unter Beteiligung von Hochschullehrern). Gerade im Recht – neben dem Militär auch heute noch das wichtigste Herrschaftsinstrument – erscheint es dem Staat zu gefährlich, das Prüfen den Hochschulen zu überlassen.

Die politische Funktion progressiver Hochschullehrer darf man trotzdem nicht unterschätzen. Sie haben in der Lehre die doppelte Aufgabe, in der großen Masse der Studenten ideologische Strukturen aufzubrechen und die kleinere Zahl progressiver Studenten zu ermutigen und wissenschaftlich zu unterstützen. Rechtswissenschaft, wie sie an den Universitäten betrieben wird, hat ja nicht nur Entscheidungstechniken zu liefern für die Lösung von Problemen in der juristischen Praxis; sie hat in gleichem, vielleicht sogar noch in höherem Maße die Bedeutung, als scheinneutrales Regelsystem – besonders durch seine hohe Abstraktion – die Sozialisation der jungen Juristen während ihrer Ausbildung in stark konservative Richtung zu drängen. Dieser unbewußte und politisch außerordentlich wirksame Prozeß wird durch Aufklärung mindestens teilweise unterbrochen. Damit können die Arbeitsbedingungen für progressive Juristen langfristig allgemein verbessert

werden, die nämlich desto besser sind, je liberaler und weniger konservativ die Umgebung ist, in der sie zu arbeiten haben.
Daneben steht die Arbeit in der Forschung, wie man auch bei Juristen die literarische wissenschaftliche Tätigkeit nennt. Sie beeinflußt sehr stark die Praxis in Justiz und Verwaltung. Dieser Prozeß der Entstehung, der Herstellung von Recht ist nicht sehr kompliziert. Er vollzieht sich in der Entwicklung der »herrschenden Meinung« – von der die politisierten Jurastudenten der ausgehenden sechziger Jahre kalauerten, sie sei die Meinung der Herrschenden, womit sie etwas vergröbert auch zutreffend beschrieben ist. Im Recht entstehen ständig neue Probleme, für die es nicht sofort allgemein anerkannte Lösungen gibt. Die allgemein anerkannten Lösungen eben dieser herrschenden Meinung entstehen in einem sich manchmal über Jahre hinziehenden Wechselspiel zwischen der Rechtsprechung und der juristischen Literatur. Häufig beginnt es mit einigen Zeitschriftenaufsätzen. Dann ergehen – meistens noch unterschiedliche – Entscheidungen von unteren und mittleren Gerichten, die in diesem Stadium ebenfalls in den juristischen Zeitschriften veröffentlicht werden. Sie beziehen sich in der Regel auf die zunächst erschienene Literatur. Danach werden diese Entscheidungen wieder in der Literatur – kritisch oder zustimmend – behandelt, und schließlich ergeht die Entscheidung eines obersten Gerichts, des Bundesgerichtshofes, des Bundesarbeitsgerichts oder des Bundesverwaltungsgerichts, mit der dann meistens die herrschende Meinung entstanden ist, wenn nicht, was auch vorkommt, doch noch gegen diese Entscheidung erheblicher Widerstand in der Rechtsprechung der mittleren Gerichte oder in der Literatur bestehen bleibt. Es ist ein sehr sinnreicher, wenn man so will organischer Prozeß eines sich selbst regulierenden, scheinbar freien juristischen Marktes, auf dem sich die besten Argumente durchsetzen sollen. Allerdings haben die einzelnen juristischen Anbieter ein doch sehr unterschiedliches Gewicht, nicht nur die Untergerichte weniger als die Obergerichte. Auch in der Literatur kann die Stimme des Einen so stark wie die aller anderen oder stärker sein, wenn er die entsprechende Autorität hat. Solche wissenschaftliche Autorität entsteht durch Leistung und Haltung, also durch technische Leistung und politische Haltung. Die Leistung muß gut und die Haltung richtig sein. Fehlt entweder das eine oder das andere, entsteht keine Autorität. Also sind unsere juristischen Autoritäten überwiegend konservativ, auch und besonders in der Wissenschaft. Also ist das Gewicht der Stimme eines progressiven Hochschullehrers bei der Herstellung von herrschender Meinung nicht sehr groß. Man setzt sich mit ihm auseinander, denn formal ist es ein Markt von Freien und Gleichen, aber man nimmt ihm kaum etwas ab. Trotzdem ist seine Arbeit auch hier politisch sinnvoll. Er hat so ungefähr die Funktion einer freien Tankstelle, kann von Fall zu Fall verhindern, daß die Autoritätskonzerne ihr Monopol überziehen, weil wir eben auch im Recht die Fiktion des

freien Marktes – und das heißt hier: logisch-systematische Stringenz der Argumente – aufrechterhalten. In der juristischen Diskussion bei der Entstehung von herrschender Meinung erfüllt er diese Funktion, weil er eine extreme Position einnimmt, auf die Liberale verweisen können, um sich dann mit ihrer Mittelmeinung durchzusetzen. Besonders im Arbeitsrecht läßt sich dieser Prozeß sehr gut verfolgen. Fortschrittliche Hochschullehrer müssen sich also in diesen Prozeß der Produktion von »herrschender Meinung« mit den normalen konventionellen Methoden einschalten, so sehr ihnen das widerstreben mag. Vielleicht wäre manches im Recht der Berufsverbote milder ausgefallen, wenn sie dies intensiver getan hätten.

V.

Frag und weise Lehre bringen große Ehre. Kann man mit Recht soziale Machtverhältnisse verändern? Kann der Jurist, der progressive, linke, sozialistische Jurist auf die Gesellschaft wirken? Wie die Frag, so ist die Antwort (Christoph Lehmann, Politischer Blumen-Garten, 1662), nämlich, konkret vorgeführt, allgemein zusammengefaßt, abstrakt, aber ohne Zögern: ein wenig. Die Tendenz der Studentenbewegung – »weg vom Jus« – war falsch, war die alte, längst überwundene Unbeteiligtheit des Marxismus am bloßen juristischen Überbau, die »marxistische Distanz zum Recht« (Ernst Bloch), war das alte Mißverständnis der großartigen Schilderung im Vorwort zur *Kritik der politischen Ökonomie*, blaue Reihe Band 13, Seite 8 und 9: »Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um« und so weiter. Hatte man die Chancen in anderen Bereichen, in denen man sich selbst als Wissenschaft zur Produktivkraft ernannte, zu hoch, so hatte man sie hier zu gering geschätzt. Es gibt eben eine relative Selbständigkeit der Rechtssphäre, besonders in Ländern mit rezipiertem römischen Recht und seinem – ökonomisch notwendigen, sich dann aber teilweise verselbständigenden – Zwang zu Berechenbarkeit und Kalkulation. Ernst Bloch hat klar und klug beschrieben, wie die Allgemeinheit des positiven Gesetzes zwar Handlangerdienst bedeutet zum Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln, gleichzeitig aber eine Eigengesetzlichkeit der Rechtsform entsteht, die sich zu einem Teil wenigstens der Herrschaft des ökonomischen Interesses entzieht, besonders in der Freiheit der alten Grundrechte des klassischen Naturrechts. Er hat gezeigt, daß es schon einmal eine Zeit gegeben hat in der Geschichte des Rechts, in der es nicht gebremst, sondern mit nach vorn gedrängt hat, als aus feudalen und absolutistischen Zwängen sich die bürgerlichen Freiheiten entwickelten, daß es also nicht notwendig zu seinem Begriff gehört, fortschrittliche Bewegungen zu verhindern.

Man kann es aber auch übertreiben. Von französischen Kommunisten ist die Konzeption des Rechts als demokratischer Gegenmacht entwickelt worden. Danach enthält das Recht der bürgerlichen Gesellschaft eine Art Gegenrecht, Normen, die demokratische Volksinteressen sichern und durch ihren Kompromißcharakter bürgerliche Klassenherrschaft mildern, zum Beispiel das Streikrecht, das eine Ausnahme im System des bürgerlichen Rechts darstellt, indem Vertragsbruch nicht die normalen Sanktionen zur Folge hat, oder das soziale Mietrecht oder der Arbeiterschutz. Das permanente Ziel der ausgebeuteten Klasse sei die maximale Ausweitung des Gegenrechts. Soweit so gut. In abgewandelter Form, mit der Vorstellung, dieser Kampf könne auch und in erster Linie von progressiven Juristen geführt werden, wird die Theorie vom Recht als Gegenmacht heute auch bei uns vertreten. Daran ist ohne Zweifel richtig, daß in der parlamentarischen Demokratie das Recht eine Art Waffenstillstandslinie bezeichnet, nicht ein Gleichgewicht, aber eine Ruhelage entsprechend dem Kräfteverhältnis der sich bekämpfenden Klassen. Das erklärt den Nutzen legaler Positionen, auch in der politischen Auseinandersetzung. Ein Unterschied ist es aber, ob die Arbeiterbewegung das Streikrecht, den Achtstundentag etc. erkämpft, ob also auf diese Weise Recht aus Politik entsteht, oder ob der Jurist mit dem Recht auf die Politik wirken will. Hier ist der Spielraum, das ist im einzelnen beschrieben worden, sehr viel kleiner. Recht kann den politischen Kampf nicht ersetzen, aber unterstützen. Eine Gegenmacht in diesem Sinne ist es nicht.

Es bleibt eine Frage der Zahl. Es gibt heute nur eine sehr kleine Gruppe progressiver Juristen, die Reformer eingeschlossen. Die Wirkung ihrer Arbeit wird desto größer sein, je mehr es sind, je stärker die gegenseitige Unterstützung ist. Wenn Richter oder Verwaltungsbeamte auf entsprechende Literatur zurückgreifen können – und wenn es nur Minderheitsmeinungen sind, die dann jedenfalls juristisch vertretbar werden –, erleichtert das ihre Arbeit, erhöht es die Trefferquote. Wenn in den mittleren und oberen Instanzen das Monopol des deutschen Richterbundes langsam durchbrochen wird, erhöht das die Chance, daß dort Entscheidungen ab und zu bestätigt und nicht nur aufgehoben werden. Hat ein Gericht eine größere Zahl progressiver Richter, vermindert sich die Zahl der kleinen Schikanen, die bei der Verteilung der Arbeit beginnen und mit der Zuteilung des Zimmers enden. Für den Verwaltungsjuristen wie für den linken Anwalt ist es wichtig zu wissen, daß er bei Gericht nicht nur auf Ablehnung stößt, vielleicht sogar Unterstützung findet. Im Zusammenspiel möglichst vieler progressiver Juristen in möglichst allen Bereichen des Rechts kann ihre Arbeit auf die Dauer ähnlich wirksam werden, wie sie es heute schon in Frankreich und Italien ist. Sie muß mit einer Aufklärungspolitik verbunden sein, die in den Schriften der Reformer begonnen worden ist. Möglichst viele in möglichst allen Bereichen. Dann wird wohl auch die zur Zeit noch ungeklärte Organisa-

tionsfrage gelöst werden. Das Fehlen einer Referenzgruppe ist jedenfalls für die wenigen, die heute meistens vereinzelt arbeiten, das größte Problem. Vorher wird allerdings noch ein anderes überwunden werden müssen, nämlich das der Berufsverbote, die auch für Juristen immer häufiger ausgesprochen werden. Ihre Folgen und die Dauer kann man jetzt noch nicht abschätzen. Jedenfalls werden sie eine progressive Entwicklung auch im Recht für die nächsten Jahre sehr behindern, weil sie gerade den am stärksten vorwärts drängenden Teil des juristischen Nachwuchses ausschließen und den anderen einschüchtern. Trotzdem bleibt die Antwort auf die Frage nach Nutzen und Nachteil der Jurisprudenz für den Fortschritt, ob der progressive Jurist mitwirken kann an der Veränderung der Gesellschaft: Er soll sich keine Illusionen machen, aber ein wenig kann er schon erreichen. In einer Gesellschaft der »verrechtlichten Politik« (Jürgen Seifert) ist Recht zwar nicht Ersatz, kann aber Unterstützung des politischen Kampfes sein.

Literaturhinweise

Die Literatur zur Justizreform wurde eingeleitet mit Untersuchungen zur Richter- und dann allgemein zur Juristensoziologie. Den Anfang machten *Walther Richter*, Die Richter der Oberlandesgerichte der Bundesrepublik. Eine berufs- und sozialstatistische Analyse, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 5. Jahrgang 1960, Seite 241-259, und *Ralf Dahrendorf*, Bemerkungen zur sozialen Herkunft der Richter an Oberlandesgerichten. Ein Beitrag zur Soziologie der deutschen Oberschicht, in demselben Jahrbuch 1960 auf Seite 260-275. Der im Text genannte Aufsatz *Dahrendorfs* erschien in »Der Monat« Nr. 166, 1962, Seite 15-26, erweitert in: *Dahrendorf*, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, 1965, Seite 260-276 (»Die Juristen des Monopols«) mit dem bekannten Resümee: »ein seiner selbst ungewisses Reservoir der Machtelite wider Willen« (S. 276). Die wichtigsten Beiträge danach, in zeitlicher Reihenfolge: *Klaus Zwingmann*, Zur Soziologie des Richters in der Bundesrepublik, 1966; *Walther Richter*, Zur soziologischen Struktur der deutschen Richterschaft, 1968; *Wolfgang Kaupen*, Die Hüter von Recht und Ordnung. Die soziale Herkunft, Erziehung und Ausbildung der deutschen Juristen – Eine soziologische Analyse, 1969; *Wolfgang O. Weyrauch*. Zum Gesellschaftsbild des Juristen, 1970 (deutsche Übersetzung einer 1964 erschienenen amerikanischen Untersuchung über deutsche Juristen); *Wolfgang Kaupen / Theo Rasehorn*, Die Justiz zwischen Obrigkeitsstaat und Demokratie. Ein empirischer Beitrag zur Soziologie der deutschen Juristen, 1971.

Die erfolgreiche Phase der Schriften der Justizreformer beginnt mit *Theo Rasehorns* noch unter einem Pseudonym erschienenen Schrift: *Xaver Berra*, Im Paragraphenturm. Eine Streitschrift zur Entideologisierung der Justiz, 1966. Im gleichen Jahr: *Rudolf Wassermann*, Richter, Gesellschaft, Reform. Prolegomena zu einer zeitgemäßen Justizpolitik, in: Recht und Politik, 1966 Heft 3, Seite 10-17. Die wichtigsten Schriften danach: *Theo Rasehorn / Helmut Ostermeyer / Fritz Hasse / Diether Huhn*, Im Namen des Volkes? Vier Richter über Justiz und Recht, 1968 (die Deutsche Richterzeitung weigerte sich, das Buch anzukündigen oder zu rezensieren);

Ulrich Sonnemann (Hrsg.), Wie frei ist unsere Justiz? Vom Systembau der Niedertracht, 1969; *Rudolf Wassermann* (Hrsg.), Erziehung zum Establishment. Juristenausbildung in kritischer Sicht, 1969; *Rudolf Wassermann* (Hrsg.), Justizreform, 1970; *Helmut Ostermeyer*, Strafunrecht, 1971; *Rudolf Wassermann*, Der politische Richter, 1972; Heft 1 der Zeitschrift »Vorgänge« (das Organ der Humanistischen Union), 1973, mit dem Thema: Klassenjustiz heute? mit Beiträgen von Rasehorn, Wassermann, Kaupen, Lautmann, Ostermeyer u. a.; *Rolf Bender*, Funktionswandel der Gerichte? in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 1974, Seite 235-238; *Theo Rasehorn*, Recht und Klassen. Zur Klassenjustiz in der Bundesrepublik, 1974; *Rudolf Wassermann*, Justiz im sozialen Rechtsstaat, 1974. Die Bilanz des bisher Erreichten wird gezogen in Heft 12 der Zeitschrift »Vorgänge«, 1974, mit Beiträgen von Wassermann, Rasehorn u. a.

Fritz Teufels Zitat im Prozeß vor dem Landgericht Berlin um die Vorgänge während der Schahdemonstration am 2. Juni 1967 in: »Der Spiegel«, 1968 Heft 1, Seite 38. Einen guten Einblick in die antiautoritäre Technik der Verunsicherung der Justiz geben *Rainer Langhans / Fritz Teufel*, Klau mich (Voltaire Handbuch 2), 1968, mit ihrem Bericht über den Prozeß um die Kaufhausbrand-Flugblätter im Juli 1968 am Landgericht Berlin.

In der Mitte zwischen den Schriften der Reformer und der danach aufkommenden neuen marxistischen Rechtstheorie steht der Versuch einer politischen Kritik des Rechts von *Rudolf Wiethölter*, Rechtswissenschaft. Fischer Bücherei, Funkkolleg, 1968, mit großem Einfluß auf die juristische Studentengeneration der ausklingenden Protestbewegung. Hierher gehört auch *Hubert Rottleuthner*, Rechtswissenschaft als Sozialwissenschaft, 1973. Ein sehr gut gelungenes Unternehmen eines »politischen« Lexikons über Recht, etwa auf der linksliberalen Grundlage der Arbeiten der Justizreformer, ist: *Axel Görlitz* (Hrsg.), Handlexikon zur Rechtswissenschaft, 1972.

In *Wolfgang Abendroth*, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, 1968, 2. Aufl. 1972, sind die wichtigsten seiner Schriften aus der Adenauer-Zeit gesammelt (zum KPD-Verbot, zum Urteil des Bundesarbeitsgerichts über den schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik usw.). *Ernst Bloch*, Naturrecht und menschliche Würde, 1961, ist jetzt erschienen als suhrkamp taschenbuch 8, 1972. Im übrigen beginnt die Literatur zur marxistischen Rechtstheorie mit Neudrucken älterer Werke: *Karl Renner*, Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion, 1904, Ndr. 1965, mit einer Einleitung von *Otto Kahn-Freund; Eugen Paŝukanis*, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, 1929, Ndr. 1966, 3. Aufl. 1970; Abhandlungen aus der arbeitsrechtlichen Literatur der Weimarer Zeit, von Autoren des Kreises um Otto Sinzheimer (Heinz Potthoff, Ernst Fraenkel, Franz Neumann, Otto Kahn-Freund), sind gesammelt bei *Thilo Ramm* (Hrsg.), Arbeitsrecht und Politik, 1966; *Ernst Fraenkel*, Zur Soziologie der Klassenjustiz und Aufsätze zur Verfassungskrise 1931-32 (erschienen 1927-1932), Ndr. 1968; *Peter Stučka*, Die revolutionäre Rolle von Recht und Staat, 1921, deutsch 1969; *Franz Neumann*, Demokratischer und autoritärer Staat, 1971 (Aufsätze aus den Jahren 1935-1957, mit dem von der Studentengeneration der späten sechziger Jahre viel gelesenen Aufsatz »Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft«). Sie alle nehmen innerhalb einer materialistischen Auffassung vom Recht zum Teil sehr unterschiedliche Positionen ein. Das gilt auch von den neueren Abhandlungen. Die wichtigsten in zeitlicher Reihenfolge: *Hubert Rottleuthner*, Klassenjustiz? in: Kritische Justiz, 1969, Seite 1-26; *Jürgen Seifert*, Verrechtlichte Politik und die Dialektik der marxistischen Rechtstheorie, in: Kritische Justiz, 1971, Seite 185-200; *Wolf Rosenbaum*, Zum Rechtsbegriff bei Stučka und Paŝukanis, in: Kritische Justiz, 1971, Seite 148-165; derselbe, Naturrecht und positives Recht, 1972; *Norbert Reich*, Sozialismus und Zivilrecht, 1972; derselbe, Marxistische Rechtstheorie zwischen Revolution und Stalinismus. Das Beispiel Paŝukanis, in: Kritische Justiz, 1972, Seite 154-162; derselbe (Hrsg.), Marxistische und sozialistische Rechtstheorie, 1972; *Joachim Perels*, Kapitalismus und politische Demokratie. Privatrechtssystem und Gesellschaftsstruktur in der Weimarer Republik, 1973; *Wolf Paul*, Marxistische Rechtstheorie als Kritik des Rechts, 1974;

Jürgen Seifert, Grundgesetz und Restauration, 1974; *Hubert Rottleuthner* (Hrsg.), Probleme der marxistischen Rechtstheorie, 1975. Seit 1968 gibt es die Zeitschrift »Kritische Justiz« und seit 1970 die »Rote Robe«. Beide arbeiten auf der Grundlage einer materialistischen Rechtstheorie, die »Kritische Justiz« mehr theoretisch, wissenschaftlich, die »Rote Robe« mehr praktisch, aktuell.

Zur Frage der Klassenjustiz gibt es einen kurzen und guten Artikel von *Rüdiger Lautmann* im Handlexikon der Rechtswissenschaft (hrsg. v. Görlitz, 1972), Seite 248-252. Dort ist auch die übrige Literatur genannt. Zu ergänzen ist: *Theo Rasehorn*, Recht und Klassen, 1973. Die Schilderung der Klassenjustiz in England bei *Friedrich Engels* MEW 2.491 f. *Ernst Fraenkels* Buch »Zur Soziologie der Klassenjustiz«, 1927, ist oben schon genannt worden. Das Zitat von *Anatole France* stammt aus seinem Roman »Les lys rouge« (1894), Kapitel VII.1.

Zum Abschnitt über die Tätigkeit des Richters: Einen ausführlichen und guten Bericht über die Rechtsprechung des Supreme Court der USA zur Rassendiskriminierung gibt *Andreas Heldrich* mit seinem Aufsatz »Höchstrichterliche Rechtsprechung als Triebfeder sozialen Wandels« im 3. Jahrgang des Jahrbuchs für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, 1972, Seite 305-343. Dieser Jahrgang behandelt mit seinen Beiträgen allgemein das Thema »Zur Effektivität des Rechts«, sozialer Wandel durch Recht. Das von der Berliner Projektgruppe Mietrecht mit *Dr. Kupke* geführte Gespräch ist im vollen Wortlaut abgedruckt in der Zeitschrift »Kritische Justiz«: Heft 1, 1975. Die zitierte Äußerung von *Diether Huhn* findet sich in seinem Aufsatz »Anregung zu oppositioneller Justiz« in Theo Rasehorn / Helmut Ostermeyer / Fritz Hasse / Diether Huhn, Im Namen des Volkes? Vier Richter über Justiz und Recht, 1968, Seite 190. Im gleichen Sinn wie Huhn noch vor kurzer Zeit: *Rolf Bender*, Funktionswandel der Gerichte? in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 1974, Seite 235-238. Zur Kritik an diesen Versuchen vgl. z. B. *Hans Heinrich Rupp*, Die Bindung des Richters an das Gesetz, in: Neue Juristische Wochenschrift, 1973, Seite 1769-1774, der den Reformern zu Unrecht den Vorwurf macht, sie wollten sich nicht an Gesetze halten.

Zur Tätigkeit des Anwalts: Die Berliner Diskussion in der »Roten Pressekorrespondenz« 1969 findet sich in den Nummern 23/24, 29 und 34. Einen Bericht darüber gibt *Klaus Lenk*, Revolutionäre Berufspraxis für Juristen? in: Kritische Justiz, 1969, Seite 415-421. Eine den Berliner Studenten ähnliche, nicht ganz so skeptische Haltung bei *Heinz Funke*, Berufsperspektiven für Sozialisten im Bereich der Justiz? in: diskus, frankfurter studentenzeitung, 1972, Heft 2. Über die Diskussion der radical lawyers in den Vereinigten Staaten berichtet *Jan Gehlsen*, »Radical Lawyers« in den USA, in: Kritische Justiz, 1971, Seite 95-101. Einen umfassenden Überblick über Geschichte und Funktion des politischen Prozesses gibt *Otto Kirchheimer*, Politische Justiz, 1965.

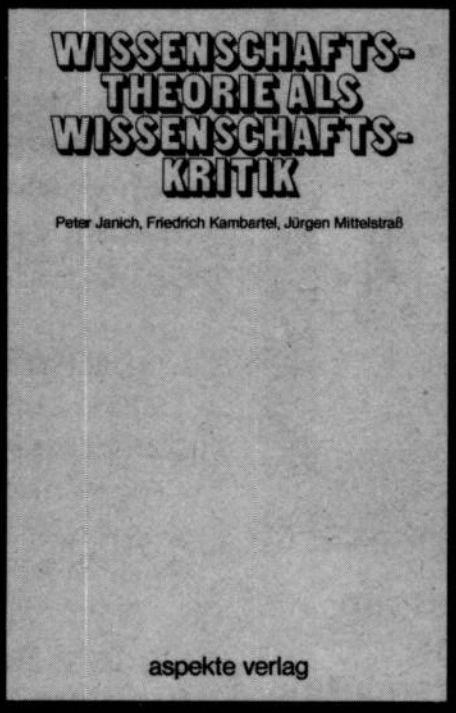
Entsprechende Literatur zur Berufspraxis von Verwaltungsjuristen und Hochschullehrern gibt es nicht. Ein interessanter Bericht über die Rekrutierung derjenigen Hochschullehrer, die heute im Arbeitsrecht die »herrschende Meinung« herstellen, bei: *Roderich Wahsner*, Das Arbeitsrechtskartell – Die Restauration des kapitalistischen Arbeitsrechts in Westdeutschland nach 1945, in: Kritische Justiz, 1974, Seite 369-386.

Zum letzten Teil: Die »marxistische Distanz zum Recht« bei *Ernst Bloch*, Naturrecht und menschliche Würde, 1972, Seite 206-238. Ähnlich, aus der damaligen Sicht der marxistischen rechten Sozialdemokraten, schon: *Gustav Radbruch*, Klassenrecht und Rechtsidee, in: Zeitschrift für soziales Recht, 1929, Seite 75-79. In der marxistischen Theorie ist es das Problem der sog. Wechselwirkungen oder Rückwirkungen, die besonders – in seinen »Altersbriefen« – *Friedrich Engels* beschrieben hat (MEW 37.411, 37.436 f., 37.490-494, 38.308, 39.96 f., 39.205-207). Gegen falsche Zweifel am Nutzen legaler Positionen, wie sie in der Studentenbewegung geäußert wurden: *Jürgen Seifert*, Verrechtlichte Politik und die Dialektik der marxistischen Rechtstheorie, in: Kritische Justiz, 1971, Seite 185-200. Die Konzeption des Rechts als Gegenmacht bei *Monique et Roland Weyl*, La part du droit dans la réalité et dans l'action, 1968,

kritisch dazu: *Stephan Baier*, Kampf um »Gegenrecht«, in: Rote Robe, 1971, Seite 122-126. Zum Recht als Gegenmacht gibt es bei uns die Kontroverse zwischen Stuby und Geulen in: *Gerhard Stuby*, Disziplinierung der Wissenschaft, mit einem kritischen Nachwort von *Reiner Geulen*, 1970. Dazu: *Alexander v. Brünneck / Stephan Leibfried*, Kann das Postulat des Klassenkampfes den Verzicht auf sozialistische Rechtstheorie legitimieren? in: Kritische Justiz, 1971, Seite 89-95. Zum Problem der Organisation von Juristen gibt es die Diskussion vor der Gründung der Demokratischen Juristenvereinigung zwischen Ridder und Preuß: *Helmut Ridder*, Verfassungsreformen und gesellschaftliche Aufgaben des Juristen, in: Kritische Justiz, 1971, Selte 371-377; *Ulrich K. Preuß*, Zur Funktion eines Zusammenschlusses gesellschaftskritischer Juristen, in: Kritische Justiz, 1971, Seite 378-383; *Helmut Ridder / Karl-Heinz Ladeur*, Zur Funktion eines Zusammenschlusses gesellschaftskritischer Juristen und von Juristen überhaupt, in: Kritische Justiz, 1972, Seite 16-23. Die Verrechtlichung der Politik behandelt *Jürgen Seifert* in dem schon genannten Aufsatz in der Kritischen Justiz, 1971.

Für Schlau-berger.

UND SOLCHE, DIE ES WERDEN WOLLEN.

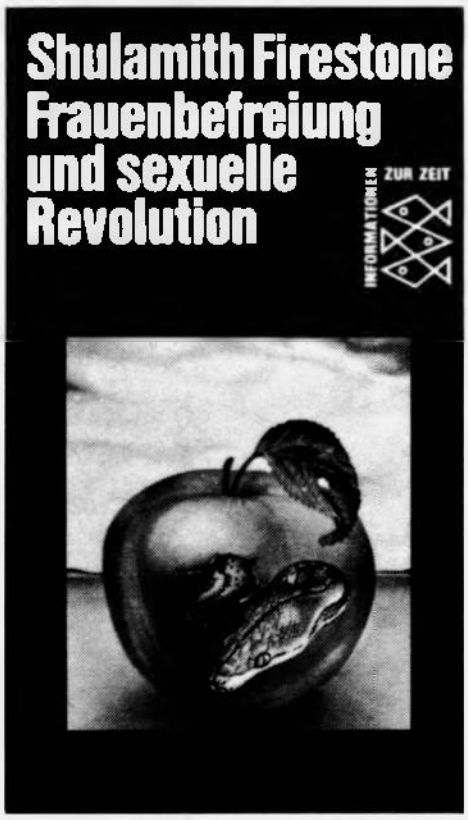


Janich, Kambartel,
Mittelstraß:
Wissenschaftstheorie
als Wissenschaftskritik.
DM 14,80

aspekte verlag
6 Frankfurt am Main 90
Zeppelinallee 77

Thema:

Die Frau in der Gesellschaft



Shulamith Firestone
Frauenbefreiung
und sexuelle Revolution
Band 1488 / DM6,80

Germaine Greer
Der weibliche Eunuch
Aufruf zur Befreiung
der Frau
Band 1450 / DM5,80

Jutta Menschik
Gleichberechtigung
oder Emanzipation?
Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik
Band 6507 / DM3,80

Evelyn Leopold/
Jutta Menschik
Gretchens rote
Schwestern
Frauen in der DDR
Band 1394 / DM5,80

Liebe Kollegin
Texte zur Emanzipation
der Frau in der BRD
Hg.: Werkkreis Literatur
der Arbeitswelt
Band 1379 / DM3,80

Christa Becker
Problem 218
Wie es die anderen machen: Schweden, Dänemark, Finnland.
Wie man es nicht machen sollte: Bundesrepublik Deutschland
Band 1310 / DM3,80

FISCHER
TASCHENBÜCHER

Klaus Eschen
Vor den Schranken

Erfahrungen eines linken Anwalts

Ich weiß nicht, ob meine eigene Entwicklung typisch ist, doch läßt sich aufgrund einiger mir bekannter biografischer Daten von Kollegen vermuten, daß unsere Motive und Erfahrungen einander ähnlich waren.
Dem Jurastudenten bürgerlicher Herkunft stellte sich in der Zeit um 1960 die Rechtsordnung der Bundesrepublik als freiheitlich und demokratisch dar, die dem Volk in allen Bereichen weitgehenden Schutz seiner materiellen, aber auch geistigen und gesellschaftlichen Interessen zu sichern schien. Die Beziehung zur Realität war, wie bei Juristen häufig und an der Universität besonders, nicht über unmittelbare Lebenserfahrungen gewachsen. Sie war lediglich vermittelt über beschriebenes Papier, Gesetze, wohlklingende Grundrechtstheorien und daraus entstandene Rechtsillusionen – Illusionen von Rechtlichkeit. Ich glaubte, in der Justiz als Richter oder Staatsanwalt, wenn ich das Recht nur konsequent vertrete, Überbleibsel aus reaktionären Zeiten, Unebenheiten des Apparates ausbügeln helfen zu können. Richter, Rechts- oder Staatsanwälte kannte ich nur aus dem privaten Bereich, wo sie sich freundlich und menschlich gaben, und ich war, weil es schließlich im deutschen Richtergesetz stand, überzeugt, daß Richter sachkundige, der Gerechtigkeit verpflichtete Menschen seien, ausgestattet mit dem Privileg der Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit, das ihnen den Mut und die Sicherheit gäbe, sachlich und rechtlich richtige Entscheidungen auch gegen die Interessen der gesellschaftlich Einflußreichen zu fällen und zu vertreten.
Die Praxis sah ganz anders aus. Der größte Teil der Richter, die ich während meiner Ausbildung nun dienstlich kennenlernte, waren kleinliche, ungebildete, gesellschaftlich und politisch desorientierte, von Lob und Tadel der Vorgesetzten abhängige, verklemmte Bürokraten. Sie entsprachen weitgehend dem Bild, wie es in Kunst und Literatur, von Kleist mit dem »Dorfrichter Adam«, von Honoré Daumier, Karl Kraus und Tucholsky beschrieben wurde. Diese Richter fällten ihre Urteile entsprechend ihrem engen Denken und ignorierten die ihnen auch schon zu jener Zeit zugänglichen Ergebnisse der kriminalpsychologischen und -soziologischen Forschung. Auf die Idee, es wenigstens für problematisch zu halten, daß Menschen über Menschen urteilen, kamen sie schon gar nicht. Die Justiz erschien mir als ein monolithischer Block aus Ignoranz und menschenverachtender Grausamkeit, gegenüber dem der Einzelne keinerlei Chance hätte. Natürlich gibt es eine ganze

Reihe von Richtern und Staatsanwälten, die im persönlichen Gespräch außerhalb der Verhandlung erkennen lassen, daß auch sie das alles einmal durchschaut haben. Aber wer sich dagegen stemmt, wird entweder von den anderen, die fast stets in der Mehrheit sind, überstimmt, oder die Urteile werden von der übergeordneten Instanz, die mit noch reaktionäreren Richtern besetzt ist, aufgehoben. Wer nicht in den ausgefahrenen Spuren bleibt, wird isoliert und unter Druck gesetzt, so daß er nach kurzer Zeit resigniert, sich anpaßt oder jedenfalls für das System unschädlich irgendwo arrangieren muß.

Die Juristenausbildung gleicht, wie mir einmal Professor Redslob, der erste Rektor der FU und keineswegs ein fortschrittlicher, sagte, der Dressur von Zirkusflöhen. Die werden nämlich, nachdem man sie gefangen hat, in eine Zigarrenkiste gesperrt, auf die man eine Glasscheibe legt. Wenn die Flöhe versuchen, aus der Kiste zu hüpfen, stoßen sie sich an der Scheibe. Nach einiger Zeit lernen sie, wie hoch sie springen können, ohne sich zu stoßen. Wenn man jetzt die Scheibe abnimmt, haben sie sich abgewöhnt, aus der Kiste zu springen. Dieser Vorgang wird in immer niedrigeren Kisten wiederholt, bis die Flöhe so wenig Platz haben, daß sie überhaupt nicht mehr springen können. Wenn sie dann gelernt haben, sich nur noch kriechend fortzubewegen, ist ihre Ausbildung für den Flohzirkus abgeschlossen. Bezogen auf die Juristen ist dies etwa der Zeitpunkt des Assessorexamens. Während der gesamten Ausbildung wird den Juristen jeder Mut zu schöpferischem Denken ausgetrieben und sie erkennen sehr bald, daß ihnen zusätzliche Kenntnisse von sozialpsychologischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Zusammenhängen in der juristischen Arbeit nur hinderlich sind. Man hat kein Chance, sich mit diesem Wissen gegenüber den eingesessenen Juristen durchzusetzen.

Ich entschloß mich, diesem System nie als Komplize zu dienen, leistete meine Referendarzeit ab, um nicht als ein im Sinne der Herrschenden »Gescheiterter« auszusteigen, und suchte mir einen anderen Beruf. Es schien mir unmöglich, als Einzelner gegenüber der Justiz, diesem gnadenlosen und angstmachenden, von systematischer Dummheit getragenen Apparat, bestehen oder dort gar Produktives leisten zu können. Außerdem wollte ich nicht als »dressierter Floh« all das verleugnen, was ich für gerecht und moralisch hielt.

Meine Meinung änderte sich jedoch sehr schnell, als die Studentenbewegung der 60er Jahre dazu führte, daß die Justiz sich plötzlich einer gesellschaftlichen Entwicklung gegenüber sah, deren Beherrschung und Zerschlagung zwar in ihre Zuständigkeit fiel, der sie aber nicht gewachsen war. Sie hatte es plötzlich mit Angeklagten zu tun, die sich von den Richtern und Staatsanwälten nicht einschüchtern ließen. Sie machte sich lächerlich, oder besser: ihre

Lächerlichkeit wurde offenbar. Sie verlor ihre Autorität. Sie brauchte Schutz vor ihrer Entlarvung. Ihre Gefährlichkeit war damit nicht geringer geworden, aber ihre Funktion als Klassenjustiz wurde uns deutlich, und wir konnten ihr wirksamer begegnen. Das Amnestiegesetz von 1970, das alle im Zusammenhang mit den damaligen Demonstrationen eingeleiteten Verfahren straffrei beendete, sollte die Justiz aus dem Feld der damaligen Auseinandersetzung herausziehen, auf dem sie sich als schwächer oder wenigstens das System über Gebühr kompromittierend erwiesen hatte.

Der Lernprozeß ließ sich jedoch nicht mehr rückgängig machen. Die Fragen der Studenten wurden weiter gestellt und von Lehrern, Ärzten, Mietern, Patienten, Lehrlingen und Eltern aufgenommen. Sie alle machten die Erfahrung, daß sie im Bereich der Justiz, sei es vor dem Strafgericht, aber auch bei einem Mietprozeß Genossen brauchten, die sich in dem Gestrüpp der Normen zurechtfanden, sich aber von ihrem politischen Bewußtsein her nicht denen zugehörig fühlten, die in diesem Kampf ihre Gegner sind. Das führte dazu, daß eine Anzahl von Juristen nun als Anwälte der Linken im Gerichtssaal erschien.

Die Frage ist, ob sinnvoll oder nicht.

Schon 1969 wurde von vielen politischen Gruppen, Referendaren und Anwälten diskutiert, ob ein linker Anwalt eine Hilfe für seinen Mandanten ist. Schließlich hätte man es ja nicht mit einer Klassenjustiz zu tun, wenn sie nicht ihre Urteile fällte, ganz gleich ob jemand mit einem linken oder rechten oder ohne Anwalt erschiene. Und wenn ein als Linker bekannter Rechtsanwalt auftrete, dann müsse das Gericht doch erst recht zum Nachteil des Mandanten entscheiden. Schließlich müsse auch ein linker Anwalt so viele Rücksichten auf Legalität und Standesrichtlinien seiner Anwaltskammer nehmen, daß er nur ein den herrschenden Normen verpflichteter Bürger bleibe.

Die Situation ist etwas komplizierter, wie sich im Laufe der Zeit gezeigt hat. Die damalige Fragestellung rührte von einer unvollständigen Kenntnis der Aufgaben eines Rechtsanwalts aber auch der inneren Denk- und Handlungsabläufe in der Justiz her. Möglicherweise wurde von den angehenden Juristen, Studenten und Referendaren gerade deshalb die Möglichkeit einer wirkungsvollen Tätigkeit als Anwalt geleugnet, weil sie sich auch hier vor den auf sie zukommenden Zwängen und Existenzkämpfen fürchteten. Hinzu kam, daß ihnen die Beschäftigung mit diesem Apparat, der ihnen so großen Ekel bereitete, unerträglich zu sein schien. Außerdem wußten sie natürlich, daß auch ein linker Anwalt keine Wunder bewirken konnte. Sie sahen, daß die Gerichte sich auch jetzt über die Argumente der Verteidiger hinwegsetzten, deren Arbeit also scheinbar erfolglos war.

Aufgabe des Anwalts ist jedoch nicht nur, mit juristischen Kenntnissen zu glänzen. Diese sind sein selbstverständliches Rüstzeug, das er mindestens

ebensogut handhaben muß wie sein reaktionärer Kollege oder das Gericht. Ebenso wichtig aber ist, die Ängste seines Mandanten vor der Justiz und in der Justiz zu mindern, ihn hierdurch in seinem Kampf für seine Interessen handlungsfähig zu machen. In einer Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung, in der die Klassenkämpfe nicht so entfaltet sind, daß die Abschaffung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie bereits auf der Tagesordnung steht, kommt der Auseinandersetzung innerhalb des Rahmens der Legalität sowohl von unten nach oben als auch umgekehrt eine besondere Bedeutung zu. Wir wissen, daß jeder von uns täglich Zeuge oder Betroffener einer Unzahl von Rechtsbrüchen wird. Rechtsbrüchen, die von den Herrschenden begangen werden, und solchen, die denen, die unten sind, angelastet werden. Aber die Folgen sind jeweils verschieden: Wenn ein Hausbesitzer zehn Jahre lang monatlich 100 Mark zuviel Miete von einem Mieter kassiert, passiert ihm meistens nichts. Schlimmstenfalls kann der Mieter die Mietdifferenz für das letzte Jahr zurückverlangen, wenn er es überhaupt merkt und dann den Mut hat, gegen den Hauswirt zu klagen. Wenn aber der Mieter mit dem Betrag zweier Monatsmieten im Rückstand ist, kann der Hausbesitzer ihn aus der Wohnung werfen – mit gerichtlicher Hilfe. Der Hauswirt merkt es immer. Und er traut sich auch.

In allen Bereichen wird von oben ständig ein intensiver Druck nach unten ausgeübt, um das geltende Recht, die eigene Legalität einzuengen, aus dem Rechtsbewußtsein zu streichen, undurchführbar zu machen, damit es nicht geltend gemacht wird, ohne daß man den Buchstaben des Gesetzes zu ändern braucht.

In diesem Feld der Auseinandersetzung bedarf es nicht nur der Theoretiker, die als Rechtssoziologen oder Rechtsphilosophen ihre Erkenntnisse zu Papier bringen. Das ist zwar eine wichtige Aufgabe, sie hat jedoch nur dann einen Sinn, wenn dieses Wissen in die Praxis zurückfließen kann und in der Auseinandersetzung von unten nach oben zur Durchsetzung der Rechte gegen die bürgerlichen Rechtsabschneider verwendbar wird.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen besteht ein wesentlicher Teil unserer Arbeit also darin, in der Bevölkerung das Bewußtsein für die Möglichkeit selbständigen und organisierten Handelns zu stärken und den Mythos von der Aussichtslosigkeit des Kampfes gegen ein scheinbar übermächtiges System zu zerstören. Hierzu ist erforderlich, daß man *innerhalb* der Institutionen gleich welchen Lebensbereiches arbeitet, also hineingeht und »macht«, statt draußen zu bleiben und zu »betrachten«.

Für mich bestand die Schwierigkeit anfänglich darin, daß nach der Zerstörung meiner Illusionen der Studienzeit die Justiz für mich der »Apparat der Klassenjustiz« wurde, ein von den Herrschenden beliebig einsetzbares Instrument, ein Gegner im Ganzen. Mir ging es wie auch heute noch vielen linken Studenten, die eine Menge über Klassenjustiz, ihren Charakter und

ihre Funktionen gelesen haben, aber nichts von den praktischen alltäglichen Abläufen und damit auch ihrer eigenen Rolle als Juristen in diesem Apparat wissen. Sie wissen natürlich auch nichts von den Personen, die ihnen als Angehörige dieser Justiz gegenübertreten.

Wir müssen uns von der Fehleinschätzung lösen, die bürgerlichen Institutionen seien Apparate, in denen die Menschen mechanisch eingeordnet ihre vorgeschriebenen Rollen spielen, jeder auf den anderen weitgehend reibungslos abgestimmt. Die bürgerliche Gesellschaft besitzt heute keine intakte Ideologie mehr. Das Bewußtsein dessen, was moralisch, ethisch, sittlich richtig oder falsch sei, ist selbst unter den Angehörigen der gleichen Klassen und Schichten nicht mehr allgemein und gleichartig, sondern höchst widersprüchlich. Verband noch vor 50 Jahren die Richter und Beamten als Arbeitsinhalt die Wahrung gemeinsamer, als unverrückbar und richtig angesehener Werte, wie sie etwa in einem Amtseid formuliert wurden, Gott, König, Vaterland, so kann einem heute kaum noch eine dieser Personen überzeugend erklären, welche Werte er als Richter, Pfarrer oder Beamter verwirklichen will. Die Ideologie der Institutionen existiert nicht mehr. Die Wertinhalte sind, wenn den Einzelnen überhaupt bewußt, widersprüchlich. Das führt dazu, daß es in den Institutionen der Bourgeoisie keine Solidarität mehr gibt, sondern nur noch Kumpanei. Da dem Einzelnen im Apparat die Sicherheit fehlt, ihn verbinde mit seinem Kollegen die gemeinsame Wertordnung, das gemeinsame gesellschaftliche Interesse als übergeordnetes Arbeitsmotiv, kann er sich nur an seinen eigenen Einzelinteressen orientieren. Das isoliert ihn von seinen Kollegen. Macht ihn zum Rivalen. Man geht nur dort gemeinsame Wege, wo man aufeinander angewiesen ist. Wenn der Vorteil winkt, schlägt man den anderen aus dem Felde.

Nicht zuletzt deshalb, weil die bürgerliche Propaganda keine positive Ideologie mehr vertreten kann, mit der sich der Einzelne identifiziert, produziert sie nun die Ideologie der Ängste – vor Umsturz, Terror, aber auch Umweltschmutz oder persönlichem Versagen.

Daraus folgt, daß in der Justiz wie überall eine innere Reibung herrscht, die die Möglichkeiten für unsere wirkungsvolle Arbeit sehr erweitert. Man muß sie nur wahrnehmen und darf sich nicht durch angelesene Schablonen den Blick auf die Realität verstellen.

Da auch ich eine falsche Einschätzung hatte, war ich anfangs auf totale Konfrontation eingestellt. Wenn meine Mandanten verurteilt wurden, dann war das »Klassenjustiz«. Wurden sie freigesprochen, dann diente das der Förderung von »Rechtsstaatsillusionen zur Verschleierung der Klassenherrschaft«. Ein persönlicher Kontakt zu Angehörigen der Justiz gar erschien mir als Verbrüderung mit dem Klassenfeind.

Drei Erfahrungen weckten meine Zweifel und änderten meine Sicht: Es war noch vor Ostern 68. Ein Richter, den ich vom Hörensagen als »scharf«

kannte, rief mich anläßlich einer bevorstehenden Verhandlung in sein Zimmer. Nach einigen rein sachlichen Erörterungen zog er plötzlich ein Buch vor und fragte mich, ob ich es kenne. Es sei ausgezeichnet und er habe viel daraus gelernt. Das Buch hieß *Klau mich* und stammte von der damaligen Kommune 1, von Langhans, Teufel und Kunzelmann. Bei diesem Richter hatten in den folgenden Prozessen die als Zeugen auftretenden Polizeibeamten mehr Schwierigkeiten als die Angeklagten.

Bei den Justizwachtmeistern herrschte anfangs gewaltige Empörung über das respektlose Auftreten der Studenten und ihrer Verteidiger vor Gericht. Bislang hatten die Vorsitzenden die Verhandlung stets in der Hand gehabt, und wenn ein Angeklagter ein falsches Wort sagte, oder gar unangemessen gekleidet erschien, dann wirkte sich dies empfindlich zu seinem Nachteil aus. Die Wachtmeister identifizierten sich natürlich mit den herkömmlichen Umgangsformen, weil ihnen schließlich nichts anderes übrig blieb. Jetzt erlebten sie aber, daß plötzlich die Gerichtsvorsitzenden den Angeklagten nicht mehr gewachsen waren, die Angst nicht mehr eingleisig von oben, sondern auch von den Angeklagten ausging und die Richter verunsicherte. Das führte dazu, daß die Wachtmeister sich der Ungerechtigkeiten erinnerten, die an ihnen selbst begangen wurden. Sie merkten sehr schnell, daß die Angriffe gegen die Justiz nicht gegen sie, sondern gegen ein auch von ihnen in vielen Fällen als ungerecht eingeschätztes System gerichtet waren. Viele empfanden uns nicht mehr als verabscheuungswürdige Gegner. Sie begannen, sich mit uns über die Richter zu unterhalten. Aus diesen Gesprächen stammt meine dritte Erfahrung:

Manche Richter zeigten vor Verhandlungen, in denen Studenten auftraten, ausgesprochene Angstreaktionen. Sie bereiteten sich nicht nur besonders gründlich vor, sondern hatten Schweißausbrüche, Durchfall und andere Symptome, die wir aus Examenssituationen kennen. Ich wußte natürlich, daß sie nicht Angst vor mir oder meinem Mandanten hatten. Aber auch mein Mandant und ich hatten ja zuvor nicht Angst vor der Person, die da oben als Richter saß. Wir merkten, daß uns im Gericht eine gesellschaftliche Bewegung den Rücken stärkte, die weder einen Parteinamen noch eine Adresse hatte, die sich auch heute noch nur in Umrissen definieren läßt, ein »Gespenst«, das unseren Gegnern keine Ruhe läßt. Aus ihrer Propaganda entnehmen wir, daß es eigentlich seit Jahren »tot« ist, daß die Linke chaotisch, zersplittert, wirr oder terroristisch, jedenfalls ohne irgendeine gesellschaftliche Wirkung sei. Dennoch aktiviert die Bourgeoisie ihren gesamten Apparat, um dieses tote, wirkungslose »Phänomen« zu zerschlagen. Da unsere Gegner nicht so dumm sind, eine Leiche töten zu wollen, können wir nur Opfer der gegnerischen Propaganda sein, wenn wir uns immer wieder einschüchtern, vereinzeln oder entmutigen lassen.

Wir müssen nur eigene, nicht von den Gegnern bestimmte Kriterien für

Erfolg und Niederlage entwickeln. Der Gegner ist darauf angewiesen, daß wir keinen Erfolg haben. Und wo wir uns Erfolge erkämpfen, sollen wir sie nicht erkennen können. In unserer Verängstigung sollen wir nicht wahrnehmen, daß die Justiz in den letzten acht Jahren Veränderungen erlebte, die ihre Funktionsfähigkeit erheblich verminderten. Dagegen wird uns ständig vor Augen gehalten, daß die Justiz anpassungsfähiger und schlagkräftiger sei denn je. Mag sein. Aber für uns kann das nur heißen, daß, wer als Anwalt in einen Prozeß geht, nicht hoffen darf, daß sein Mandant gerecht behandelt wird. Er muß dafür kämpfen. Da er weiß, daß die Justiz ungerecht ist, darf er es nicht als Niederlage werten, wenn sie es auch ihm gegenüber ist. Eine Niederlage ist es, wenn er nicht alles Erforderliche und nach den Umständen Mögliche für den Mandanten tut. Natürlich grinsen die Richter, wenn sie zeigen können, daß sie im konkreten Fall die Stärkeren sind. Sie meinen gewonnen zu haben. Aber das Grinsen ist zwiespältig. Sie würden nicht grinsen, wenn ihnen der Erfolg von vornherein sicher wäre, wenn sie nicht wüßten, daß sie einen Gegner haben. Ihr Grinsen ist uns lästig und eklig, weil wir nicht wahrnehmen, daß sie zum Erfolg verurteilt und mal wieder davongekommen sind. Daß sie nur grinsen, weil sie uns ernst nehmen. Denn einen Gegner, den man nicht ernst nimmt, bemitleidet man, aber man demütigt ihn nicht. Man versucht nur zu demütigen, wen man entmutigen will, also dessen Mut man fürchtet.

Es gibt Richter, bei denen ich den Eindruck habe, daß sie ihren Brechreiz nur mühsam unterdrücken können, wenn sie mich sehen, Staatsanwälte, die wegsehen, statt mich zu grüßen. Fantastisch. Schließlich weiß ich, daß Brechreiz eine körperliche Reaktion der Hilflosigkeit ist. Der Richter hat zwar noch Macht, aber er verliert die Stärke. Wer wegsieht, statt mich zu grüßen, will mich ignorieren. Das kann er ruhig, denn ich bin trotzdem da. Im Gegensatz zu früher gebe ich mir nicht mehr die Blöße, einem Richter oder Staatsanwalt zuliebe oder »zuhaß«, auch wenn ich ihn noch so sehr verachte, meine normalen Umgangsformen zu ändern. Ich würde ihm damit unbewußt Stärke attestieren.

Da mein Standpunkt klar ist, bin ich auch nicht genötigt, ihn überall und jederzeit zu manifestieren. Zu gegebener Zeit, wenn es darauf ankommt, werde ich mich zu behaupten versuchen. Ich muß mich von dem Zwang befreien, jedem sofort unmißverständlich meine Position klarzumachen. Manch ein Mandant ist enttäuscht oder entsetzt, wenn sein linker Anwalt nicht sofort im Gericht die Flagge zeigt, »mutig und klassenbewußt« ein flammendes Plädoyer gegen Klassenherrschaft, Ausbeutung und Imperialismus hält. Die Wahrheit müsse gesagt werden, wo immer sich Gelegenheit dazu biete. Wirklich überall? Auch wenn man weiß, sie bleibt ohne Wirkung? Natürlich nicht. Wie man nicht schießen sollte, ohne zu zielen, kann man nicht wirksam plädieren, ohne zu beachten, wer einem zuhört.

Außerdem ist in der Arbeit des Rechtsanwaltes häufig das Verhalten wichtiger als das gesprochene Wort. Der Linke, ganz gleich wo er arbeitet, muß, wie wir wissen, besser sein als sein rechter Kollege. Linkssein darf keine Ausrede sein für Faulheit oder Schlamperei. Wir müssen unseren Gegnern mit ihren eigenen Instrumenten begegnen, die wir mindestens so gut handhaben wie sie. Unsere Stärke beziehen wir daraus, daß wir in der Lage sind, diese Mittel gleichzeitig in Frage zu stellen, sie zu entlarven. Daß wir im Gegensatz zu ihnen wissen, wofür wir es tun, und in einem solidarischen Zusammenhang mit anderen stehen. Das Beispiel mit den Zirkusflöhen läßt sich hier fortsetzen. Der linke Anwalt spielt notgedrungen eine Doppelrolle: Er muß die ganze Flohdressur mitmachen. Springt er bereits aus der Kiste, wenn die Scheibe abgenommen wird, kommt er nie in den Zirkus und ist für die Arbeit nicht brauchbar. Aber er darf sich nie sein Bewußtsein nehmen lassen, das bessere Wissen, daß er springen kann.

Für den Juristen und erst recht für den linken Anwalt bedeutet das, daß er sich in seiner äußeren Rolle scheinbar nicht von den Kollegen unterscheidet. Er wendet das geltende Recht an wie sie. Er plädiert wie sie. Aber er weiß mehr von den Dingen, über die er redet, deshalb unterscheidet er sich von ihnen. Er hat mehr Sicherheit, deshalb kann er mehr wagen, er hat einen parteilichen Standpunkt, deshalb ist er ein Verbündeter seiner Mandanten. Er bewegt sich wie ein Fisch im Wasser, aber er ist kein Fisch. Er sieht nur so aus und lebt so. Die anderen Fische wissen, daß er keiner ist, aber sie können es ihm nicht beweisen, ohne daß sie selbst den Verdacht auf sich lenken, keine Fische zu sein.

Das alles klingt leicht gesagt. Wir kommen schließlich nicht als gestandene Anwälte auf die Welt, sondern haben im Verlauf unserer Praxis eine Menge anerzogenen Ballast abzuwerfen. Wir haben es vom ersten Tage unseres Auftretens in der Justiz an mit einem komplizierten Mechanismus von Gesetzmäßigkeiten und Individuen zu tun. Dem jungen Anwalt, der unsicher ist und wenig Erfahrung mit den Abläufen in dem Apparat hat, sind überall Schlingen gelegt. Er weiß, daß es bei seinem Auftreten vor Gericht nicht nur um ihn geht, sondern in erster Linie um seinen Mandanten, dessen Sache er zu vertreten hat. Er sieht sich im Gerichtssaal dem Zusammenspiel von Richtern und Staatsanwalt, aber auch Zeugen und Sachverständigen gegenüber, die meist mehr Erfahrung haben. Die Unsicherheit des jungen Anwalts stärkt ihre Sicherheit. Natürlich werden sie ihm nichts tun, ihn nicht angreifen, solange er ihr eingespieltes Konzept nicht durchkreuzt. Das muß er aber häufig, wenn er sorgfältig arbeiten will, weil deren Konzept sich eben meist nicht an den Rechten des Betroffenen, sondern an den eigenen Interessen orientiert. Der Richter wird dem Anwalt z. B. Fragen an Zeugen allein deshalb abschneiden wollen, weil er die Verhandlung nicht in die Länge ziehen will. Er wird gegen Beweisanträge kämpfen, obwohl sie das Recht des

Verteidigers sind, weil er nicht einen weiteren Verhandlungstag anhängen möchte, oder gar, weil er befürchtet, durch den neuen Zeugen oder Sachverständigen könnte sein bereits gefestigtes Urteil erschüttert werden, so daß er den gesamten Fall neu zu bedenken hätte. Man macht als junger Anwalt die Erfahrung, daß es nicht ausreicht, die Gesetze und die Rechtsprechung genau zu kennen. Die Prozeßsituation, das Zusammen- oder Gegeneinanderspiel der Beteiligten, das wechselseitige Imponiergebaren nehmen einen häufig so stark in Anspruch, daß man manche Vorschrift einfach vergißt. Man hat sie für eine solche Situation nicht »in petto«. Hinzukommt, daß man spürt, allein wegen seiner Jugend oder praktischen Unerfahrenheit nicht ernstgenommen zu werden, obwohl man genau weiß, im Recht zu sein. Noch schlimmer ist es, wenn man gar in solcher Lage sich seiner Sache auch juristisch nicht sicher ist, und man nun den Spott oder das mitleidig besserwissende Lächeln der verhaßten Gegner spürt. Dann ist man drauf und dran, den Gerichtssaal für immer zu verlassen und nie wiederzukehren, zumal man auch seinem Mandanten nicht mehr in die Augen sehen mag, weil man seine Enttäuschung nicht ertragen kann.

Wenn man wirklich abhaut, haben unsere Gegner erreicht, was sie wollen. Sie haben ein psychisches Berufsverbot verhängt, gegen das es kein Rechtsmittel gibt. Wie in allen Institutionen ist auch in der Justiz die ständige Spannung von Anpassung und Vernichtung wirksam. Uns muß klar sein, daß wir uns nach Kräften gegen beides stemmen müssen.

Dazu gehört, daß man sich bereits in der Ausbildung, sei es als Student oder Referendar, nicht nur mit der Theorie befaßt, sondern den gerichtlichen Alltag studiert, damit man Illusionen, aber auch Ängste verliert. Man muß möglichst früh beginnen, praktische Erfahrungen zu sammeln, damit man den Vorsprung seiner Gegner mindert. Wichtig ist auch, daß man seine eigenen Mängel nicht überbewertet. Die Justiz ist schon an ihren eigenen Ansprüchen gemessen so mangelhaft, daß es ihr schlecht ansteht, plötzlich bei uns mit ihrer Kritik anzufangen. Kritisieren können (und müssen) wir uns selbst. Es ist keine Schande, neu im Beruf zu sein; eine Schande ist es, den Neuen wegen seiner mangelnden Praxis zu schikanieren. Wenn man also im Gericht »vor einer Wand steht«, wenn die Beteiligten einen nicht zu Wort kommen lassen, muß man sich Respekt verschaffen, wie es auch in der Prozeßordnung vorgesehen ist. Wenn der Richter versucht, die mangelnde Erfahrung oder die rechtliche Unsicherheit zum Problem des Verteidigers zu machen, muß dieser es eben zu einem Problem des Gerichts machen. Der Verteidiger beantragt nun eine Pause, um sich über die Rechtslage zu unterrichten. Das ist nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht gegenüber dem Mandanten, die auch das Gericht zu achten hat. Und wenn das Gericht das dritte Mal, nachdem es den Verteidiger in seinen Fragen unterbrochen hat, sich für einen beantragten Gerichtsbeschluß langwierig

zur Beratung zurückziehen mußte, wird es sich überlegen, ob ein viertes Mal angebracht ist. Wer in solchen Fällen keine Angst vor einer »Blamage« hat, einfach weil es nicht blamabel ist, »neu« zu sein, wird sich schnell den nötigen Respekt verschaffen. Diesen Respekt werden sie uns natürlich nicht bezeugen. Wir dürfen also nicht enttäuscht sein, wenn sie uns weiter verächtlich begegnen. Im Gegenteil. Das ist ihr Schutz. Sie verzeihen es uns nicht so schnell, wenn wir sie an ihre eigentlichen Pflichten erinnern. Da sie aber keine Verbündeten, sondern eben nur Kumpane haben, müssen sie nachgeben, denn nun können wir, wenn der Rechtsbruch allzu klar ist, die obere Instanz anrufen. Jetzt zeigt sich die Ambivalenz des Apparates. Er kann es sich nämlich auch nicht ohne weiteres leisten, Rechtsbrüche zu Lasten der Bourgeoisie zu tolerieren, weil er damit das System seiner eigenen Legalität zerstören würde. Solange die Fiktion von Rechtsstaatlichkeit noch bestehen bleibt, hat der Justizapparat natürlich in dem schmalen Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auch eine Schutzwirkung. Da sich die Richter also des Rückhaltes in ihrer eigenen Institution nicht sicher sein können, werden sie sofort vorsichtig, wenn ihr Gegenüber sich auf eben diese Legalität beruft.

Hat man bewiesen, daß man auch dort, wo man Schwächen zeigt, nicht einfach aus den Angeln zu heben ist, so wird man sehr schnell feststellen, daß sich das Verhalten der Richter und Staatsanwälte, aber auch der Kanzleibeamten und Wachtmeister verändert. Die einen reagieren, wie geschildert, mit Verachtung, andere versuchen, uns mit liebenswürdiger Zuvorkommenheit zu korrumpieren. Wieder andere entwickeln ein durchaus positives Verhältnis, das bei aller Verschiedenheit der Standpunkte dennoch Interessenüberschneidungen erkennen läßt. Im Verlauf meiner Tätigkeit habe ich erfahren, daß mancher Richter dankbar war, daß es plötzlich Anwälte gab, die Dinge aussprachen, für die sie in ihrem Arbeitsbereich vorher nie Verständnis fanden. Plötzlich lasen manche Richter Bücher über Psychologie, oder wenn sie sie schon vorher kannten, erinnerten sie sich ihrer Kenntnisse. Ich will nicht behaupten, daß die linken Anwälte seit 1967 wie die Heilsbringer in der Justiz gewirkt haben. Aber diejenigen, die sich vorher mit ihrem besseren Wissen resignierend hätten arrangieren müssen, wurden jetzt gestärkt von der Perspektive, sich eher gegen ihre reaktionären Kollegen durchsetzen zu können. Wenn man also in seinem Verhalten konsequent ist, wird man bald manchem Angehörigen der Justiz begegnen, der einen in der Weiterarbeit ermutigt. Natürlich kennen sie alle ihren Apparat und seine Reaktionen viel zu gut, um sich jedem Flipper zu offenbaren. Sie müssen Vertrauen in unsere Verläßlichkeit haben. Vielleicht machen deshalb manche Genossen in den Institutionen auch völlig andere Erfahrungen. Unter Umständen aber nicht nur deshalb, weil sie wie Giftpilze durch das Gericht gehen und jedem, der ihnen begegnet, zeigen, daß sie ihn nur für einen »Büttel der Schweine«

halten, von welchem Verdacht sie sich nur dann reinwaschen können, wenn sie sich sofort »solidarisieren«.
Es gibt auch so etwas wie eine linke Arroganz, eine Haltung, die auf jeden verächtlich herabsieht, der nicht das entwickelte Bewußtsein des »Genossen« aufzuweisen hat. Wir wissen, daß die Justiz ein widersprüchlicher Apparat ist, aber keineswegs alle in der Justiz haben das Ziel, als Büttel der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Volkes beizutragen. Sie mögen objektiv diese Rolle spielen. Aber wenn sie ihnen bewußt wird und sie sie ablehnen möchten, fehlt ihnen meist die Möglichkeit, dies auch nach außen zu verwirklichen. Ein Justizwachtmeister von 40 Jahren mit Familie und Auto wird, auch wenn er unsere Meinung hundertprozentig teilt, viel weniger leicht für sich Konsequenzen daraus ziehen können als ein Student oder auch ein Rechtsanwalt. Er weiß, wenn er die kleinste Angriffsfläche bietet, kann er sich sein monatliches Geld vom Sozialamt holen. Damit wäre auch seinen politischen Zielen nicht gedient. Er wird also nach außen zu 95 % Justizwachtmeister und damit Büttel sein. Und er wird die restlichen 5 % gewiß nicht dem zeigen, der sich ihm überheblich nähert. Es bricht einem keinen Zacken aus der Krone (oder aus dem Stern), wenn man auch einem Reaktionär mit normaler Höflichkeit begegnet, dafür aber einen potentiellen Sympathisanten nicht arrogant abfertigt. Meist ist es überdies so, daß nicht unser politisches Bewußtsein, sondern die Überlegenheit unserer bürgerlichen Herkunft oder akademischen Erziehung das Instrument ist, mit dem wir unseren Dünkel nähren. Man verliert aber dieses Gehabe meist schnell mit der wachsenden Erfahrung, daß man nicht in jeder Regung eines Justizangehörigen einen Angriff auf sich oder seinen Mandanten sehen darf. Mit der »Entpanisierung« wächst auch hier die Sicherheit.
Ich hoffe, ich werde hier nicht mißverstanden als jemand, der von der Klassenjustiz ein Bild der Idylle malt, in der gerade für einen linken Anwalt ideale Arbeitsbedingungen herrschen, einer Justiz, die nur noch des letzten Anstoßes bedarf, um vollständig in das Lager der Revolution überzuwechseln. Mir kommt es darauf an zu zeigen, daß die Justiz ein Apparat ist, dessen Widersprüchlichkeit uns, wenn wir seine Gesetzmäßigkeiten kennen, Handlungsspielräume bietet, in denen wichtige linke Arbeit zu leisten ist. Nicht nur die Justiz, das ganze System steht so stark unter dem Druck der aufkommenden Widersprüche, daß nicht nur der Reformer, sondern bereits derjenige als Verfassungsfeind und Umstürzler gebrandmarkt werden soll, der sich nur konsequent auf das geltende Recht samt Grundgesetz beruft. Obwohl wir als Anwälte nur das Wissen in der Praxis angewandt haben wollen, wie wir es in der Universität theoretisch gelernt haben, reagiert das System auf uns wie ein verwundetes Ungeheuer. Es setzten innerhalb der Justiz, aber auch über die öffentlichen Medien die sattsam bekannten Verteufelungskampagnen ein, mit dem Ziel, die Anwälte psychisch zu zermürben,

als Gegner zum Aufgeben zu zwingen. Aber auch unter den Genossen und vor allem den Mandanten sollte das Gefühl geweckt werden, zu diesen linken Anwälten zu gehen verheiße nichts Gutes. Man begebe sich in den Ruch des Kriminellen, Unseriösen, mache sich zu Komplizen von gefährlichen Spinnern.

Trotz massiver Pressekampagnen von rechts gibt es immer mehr linke Anwälte und die Aufgaben wachsen. Die Mandanten sind keineswegs nur Studenten. Sie gehören vielmehr überwiegend zu der großen Anzahl derer, die früher nie auf die Idee kamen, mit Hilfe eines Anwalts ihre Ansprüche und Rechte zu vertreten, weil sie wußten, daß die Masse der Anwälte nicht für sie da war.

Wichtig an dieser Entwicklung ist auch, daß in einer Epoche, in der die für den Einzelnen entscheidenden Konflikte letztlich vor Gericht entschieden werden, der Anwalt als Verbündeter seine Autorität für die Wahrnehmung seiner Aufgabe nur dann erhält, wenn ihm eine gesellschaftliche Bewegung vor Gericht das Gehör verschafft, das ihm allein dort nicht zuteil würde.

Wir haben gelernt, daß uns selbstverständlich von der Justiz unerbittlich auf die Finger gesehen wird. Jeder kleine Fehltritt würde begierig zum Vorwand für einen Angriff auf die Existenz herangezogen. Sicherlich kann sich ein bürgerlicher Staranwalt eher einen Kassiberschmuggel leisten als ein Linker. Aber gerade dieser Druck, den die Justiz auf uns ausübt, hat uns sensibel gemacht für die Fallen, in die wir treten können. Gerade weil wir nicht mit Nachsicht rechnen, haben wir die nötige Bewegungsfreiheit für unsere Arbeit: Die Kampagnen von Bundesanwaltschaften, Ermittlungsverfahren und polizeiliche Nachstellungen können uns nicht einschüchtern, weil wir wissen, daß man uns nur mit Hilfe manifester Rechtsbrüche oder mit geänderten Gesetzen beikommen kann, die die Rechtsstaatlichkeit beseitigen. Sicher, auch hierzu bedurfte es der Erfahrung, daß man auch einen Genossen, der von einem eine krumme Sache verlangt oder erwartet, auf die Gefahr hin vor den Kopf stoßen muß, vor ihm als ängstlicher Bürger dazustehen. Aber wenn er wirklich ein Genosse ist, so sieht er schnell ein, daß es eigentlich keinen Grund gibt, sich sein Berufsverbot selbst zu verhängen. Auch unsere Gegner von der Bundesanwaltschaft und deren Hilfsbeamte wissen, daß ihre Verfahren gegen uns ins Leere gehen. Es ist keine Frage, daß das geltende Recht, wo es als Instrument zur Unterdrückung dient, nichts Unantastbares oder Angreifbares wäre. Die Beachtung der Legalität ist für den Revolutionär ein taktisches, kein prinzipielles Problem. Wenn die Illegalisierung seinen Handlungsspielraum einengt, weil er sich illegal nicht behaupten kann, muß er sie vermeiden. Mancher meint, das sei Opportunismus, es ist aber der Kampf um den Erhalt der Handlungsfähigkeit, die uns der Gegner nehmen will. Es gilt, sich in den Institutionen festzusetzen und drinzubleiben ohne Angst davor rauszufliegen.

Theorie in der Praxis

Dieter Karras

NATIONALÖKONOMIE UND GESCHICHTE

DM 22.00

Hermann Eisenhardt

KLASSENBEGRIFF UND PRAXISVERFALL IN DER LINKEN

DM 19.80

W. K. Höchstetter

DER TOD DER SCHULE
oder
DIE SELBSTBEFREIUNG DER BELEHRTEN

DM 16.80

RaithVerlag
8 MÜNCHEN 2
HERZOG-HEINRICH-STR. 21
TELEFON 089/53 33 14

Alfred Andersch
Die Kirschen der Freiheit. Bericht einer Desertion. detebe 1/I, 4.80

Albert Einstein/Sigmund Freud
Warum Krieg? Mit einem Essay von Isaac Asimov. detebe 28. 4.80

Ernst Fischer
Überlegungen zur Situation der Kunst. Essays. detebe 15. 6.80

D. H. Lawrence
Pornographie und Obszönität und andere Essays über Liebe, Sex und Emanzipation. detebe 11, 6.80

Ludwig Marcuse
Mein zwanzigstes Jahrhundert. Begegnungen mit Becher, Benn, Bloch, Brecht, Feuchtwanger, Heinrich und Thomas Mann, Ossietzky, Roth, Toller u. v. a. detebe 21/VI, 9.80

George Orwell
Im Innern des Wals und *Rache ist sauer.* Essays, Reportagen, Pamphlete in 2 Bänden. detebe 63/II–III, je 7.80
Mein Katalonien. Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg. detebe 63/IV, 12.80

H. D. Thoreau
Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat. Essays. Hrsg. von W. E. Richartz. detebe 19/II, 4.80

H. G. Wells
Die Geschichte unserer Welt.
detebe 67/IV, 7.80

Urs Widmer
Das Normale und die Sehnsucht. Essays und Geschichten. detebe 39/I, 6.80

Oscar Wilde
Der Sozialismus und die Seele des Menschen. Deutsch von Gustav Landauer. detebe 3, 6.80

Hans Wollschläger
Die bewaffneten Wallfahrten gen Jerusalem. Geschichte der Kreuzzüge. detebe 48/I, 6.80

Das Tintenfaß
Taschenbuch für Literatur und Grafik. Folge 24, detebe 83, 6.80; Folge 25, detebe 100, 6.80

***Diogenes Taschenbücher**

Das letzte detebe-*Verzeichnis im letzten Kursbuch; das nächste* detebe-*Verzeichnis im nächsten Kursbuch oder direkt vom Diogenes Verlag, CH-8032 Zürich, Sprecherstr. 8*

WW

Zeitprobleme

Fritz Haller
Die totale Stadt

Ein globales Modell.
2. Studie. Texte deutsch und englisch. 112 Seiten mit mehrfarbigen Plänen, Diagrammen und Tabellen. Pappband DM 69,–

Es geht nicht um Stadt-Architektur, sondern um globale architektonische Planung organischer Lebensräume. Das System dient den vielfältigen Bedürfnissen und Ansprüchen der künftigen Weltgesellschaft. Hallers Modelle sprechen alle an, die mit Umweltproblemen, Stadtplanung und den Zukunftsfragen des Zusammenlebens zu tun haben.

bei Walter

edition suhrkamp

Gerd Hortleder
Ingenieure in der Industriegesellschaft
Zur Soziologie der Technik und der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz im öffentlichen Dienst und in der Industrie
es 663, DM 6,–

Projektgruppe Textinterpretation und Unterrichtspraxis
Projektarbeit als Lernprozeß
es 675, DM 12,–

Manuela du Bois-Reymond/ Burkhardt Söll
Neuköllner Schulbuch
es 681, 2 Bände DM 18,–

Lelio Basso
Gesellschaftsformation und Staatsform. Drei Aufsätze
Nachwort von Oskar Negt
es 720, DM 7,–

Paul Mattick
Spontaneität und Organisation. Vier Versuche über praktische und theoretische Probleme der Arbeiterbewegung
es 735, DM 5,–

Claus Offe
Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik
es 761, DM 10,–

Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel
Die Arbeitslosen von Marienthal
Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie
es 769, DM 5,–

In allen Buchhandlungen.
Prospekte durch Suhrkamp Verlag, 6 Frankfurt I, Suhrkamp Haus

Robert Bosshard
Wem Gott ein Amt gab . . .
Oder die pfiffige Intelligenz des Amateurs

1. Herkunft und Ankunft

Der Eine hat keinen Beruf und ist somit berufslos. Andere haben keine Arbeit. Häufiger sind Berufslose arbeitslos. Seltener die, welche einen Beruf haben. Dies ist wiederum kein Zufall. Denn der Berufsinhaber ist nur dann arbeitslos, wenn er die historische Funktion seines Berufs mißbraucht. Denn wer einen Beruf hat, das bestimmen die Herrschaften; die Arbeitskraft ist hingegen an den Arbeitenden geknüpft. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gibt es keinen sozialistischen Beruf.
Ein gewählter Beruf ist der materielle Ausdruck einer persönlichen gesellschaftlichen Idee. Leute, die meinen, wählen zu können, schreiben eine entsprechende persönliche Bewerbung, um an ihren Beruf heranzukommen. Eine Dozentenstelle an einer Hochschule ist ausgeschrieben. Sechzig Bewerbungen. Bei der Mehrzahl der Bewerbungen werden Intimitäten preisgegeben, familiäre Verhältnisse, Aktivitäten der Ehefrau resp. des Ehemanns. Wer einen Beruf hat, braucht gewöhnlich in seiner Bewerbung keine politischen Stellungnahmen abzugeben. Der Beruf ist Meinung genug. Er ist Zeugnis für die Integration in die bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Und die private Stabilität, auf die allein es noch ankommt, wird die berufliche Kontinuität garantieren. Deshalb beschreibt man sie im Stellengesuch. Bewerbung: Ich bin stiften gegangen. Gottlob abgehauen. Die Herkunft habe ich weit hinter mir gelassen. So bin ich heute kein Prolet. Diese Stellung paßt zu meinem Beruf. Ich möchte sie mir zur Zukunft machen. Weil ich meine Eltern und Kollegen im Stich gelassen habe, bin ich für Sie, sehr geehrter Herr, verläßlich und brauchbar geworden. Bitte stellen Sie mich ein.
Im Stellengesuch schreibt man nie, wie es eigentlich dazu gekommen ist, daß man einen Beruf hat. Ich hatte bereits im achten Schuljahr Schwierigkeiten und wurde – für die dörflichen Verhältnisse frühzeitig – ins vierzig Kilometer entfernt liegende Gymnasium geschickt. Wenn ich nicht beinah eine Klasse hätte wiederholen müssen, hätte ich vermutlich nach dem Realschulabschluß eine Bürolehre gemacht und wäre beruflich das geworden, was mein Vater ist. Die Chance, daß ich mal einen »eigenen« Beruf haben würde, war damit gewaltig gestiegen, weil doch eine Bedingung hierzu ist, daß man seine Herkunft verleugnet und allein der beruflichen Existenz lebt. Dies wurde weiter gefördert durch das Mißgeschick, daß meine Leistungsfähigkeit auch im Gymnasium abknickte. Auch jetzt nahm man das nicht zum Anlaß, mich

im Schutz der eigenen Klasse zu belassen (ich wollte nun Fotograf werden), sondern verschuldete sich bei der Bank, um mir im Welschland einen Privatschulbesuch zu finanzieren. Aber noch immer fiel es mir schwer, mich in den Beruf hineinzudenken. Vielleicht wollte ich zurück in die Kleinbürgersolidarität. Mit einem Berufsberater schloß ich den Kompromiß, zu studieren, um Gewerkschaftssekretär zu werden. Mit Ach und Krach und Spezialprüfung kam ich so zur Universität. Dort lernte ich andere angehende Gewerkschaftssekretäre kennen. Die haben meist nichts mit dem Volk, dessen Interessen sie vertreten, gemein. Nichts als egozentrische Nationalökonomen. Die machen Karriere wie die anderen Berufsinhaber; wollen sich persönlich mit den Unternehmern messen, wie die Unternehmer untereinander auch. Tja. Berufliche Karriere macht man nur, indem man Herrschaftliches annimmt und Eigenes abgibt.

Es gibt zwei Sicherheiten für das Funktionieren des herrschenden Systems: Entweder ertränkt man die Dysfunktionierenden im Konservativismus des Herkunftsmilieus, wo die soziale Kontrolle das Entfremdete in die Zange nimmt; oder – wo die Agitationsfähigkeit des Einzelnen größer eingeschätzt wird – man individualisiert im elitären Beruf und läßt diese »fantasievollen« und »kreativen« Menschen in diesem Sinn verschiedene der besonders leicht kontrollierbaren Herrschaftsdominions verwalten (wie Gesundheitswesen, Stadtplanung oder Bildungswesen).

Karriere machen: Man läßt – im Wettbewerb mit den Kollegen – die Haare lang wachsen. Sind sie griffig genug, so zieht man sich (mittels eines Kunstgriffs sozusagen) aus der kleinbürgerlichen Alltäglichkeit in die größerbürgerliche sogenannte Einzigkeit. Wie automatisch entwickelt sich derweil die Gewohnheit, die ehemaligen Liebschaften (Hobbies) nun professionell (beruflich) zu betreiben. Den Beruf mit Liebe auszufüllen. Berufstätig sein steht im Gegensatz zu solidarisch sein. Karriere schließt Solidarität aus. Der Polier zählt nur außerhalb der Arbeitszeit zu den Kollegen. Wer anschafft, kann gewisse Hoffnungen nicht mehr erfüllen. So ist auch aus mir Sozialamateur ein Soziologe geworden. Ich verspreche soziale Wärme, obwohl ich als Prostituierter nur Herrschaftstechniken kenne.

Weshalb verläßt eigentlich der Karrierist sein Daheim? – Ihm ist die Idee nie aus dem Kopf gegangen, vielleicht etwas minderwertig zu sein. Mitten im Nuckeln hat man ihm die Brust aus dem Mund genommen. Dann hat man gesagt, daß das, was er macht, bloß abstrakte Formen seien. Er hat sein Geschlecht genommen und es nach dem Rat der Verhaltenspsychologen in kaltem Wasser geschwenkt, auf daß sich anstelle der Lust mehr Geist im Bauch kondensiere. Die berufliche Leistungsfähigkeit war damit in die Handlinien geschrieben. Endlich war das Minder- durch das Mehrwertsgefühl komplettiert. Da zahlt man schon den geforderten Preis und überschreibt sein Daheim dem Vorgesetzten

Berufliche Sozialisation: Mittels Vorlage einiger Arbeiten (Zeugnisse) aus der Schulzeit erbringt man den Nachweis, daß der Kandidat sich in der Lage befindet, seine persönlichen Interessen zugunsten einer abstrakten Vernunft zu verleugnen. Der derart vorgeprüfte Berufsanwärter hat damit bewiesen, daß er die kapitalistische Leidenschaft (buchstäblich alles zu fressen, was die ihm versagte gesellige Erfüllung zu kompensieren verspricht) nachzufühlen begonnen hat. Indem man sich auf eine Lehrerbeurteilung reduzieren läßt, überantwortet man das Gezeugtsein den Berufsmanagern und hat die eigenen Alten vergessen; unterwirft sich einer Ordnung, die einem nicht gehört; lernt Wissen, als selbstverlorenen Ausdruck des Geliebtseinwollens; profitiert von den Mächtigen, ohne an der Macht zu partizipieren; man ist wissenschaftstheoretisch gesehen Positivist. Unfähig zur historisch begründeten Erfahrung (ohne Solidarisierungsmöglichkeiten). Die eigene Position im Kollektiv verleugnend (nicht agitierbar). Ohne persönlich vermitteltes Ziel (hoffnungslos). Wer sich einem Beruf hingibt, eignet sich den Opportunismus des Entwurzelten mit an. Im Kapitalismus einen festen Beruf zu kriegen ist eines der kapitalistischen Angebote.

2. Probezeit in der Zentrale

Die Hochschule in ihrer heutigen Verfassung ist die Zentrale für berufliche Bildung. In ihr werden Berufsinhalte genormt und die Berufenen verformt. In ihr wird aber gleichfalls der intellektuelle Widerstand gesammelt, um ihn zu brechen. Denn alle, die mit der Tradition ihrer Familie brachen, sollen einen Beruf haben. Es ist konsequent, hier auch seine berufliche Laufbahn zu beginnen. Ein günstiger Zufall verschaffte mir meinen Job. Am soziologischen Seminar. Sitzt man mal in der Zentrale, braucht man nichts mehr zu können, aber seinen Beruf soll man beherrschen. Das ist wie in jeder anderen Bürokratie.

Aus dem Erfahrungszusammenhang der Universität allein wird niemand klug. Diese Einrichtung verschafft dem oppositionellen Intellektuellen aus sich heraus keine materiell wirksame Funktion. Wir, die ewig auf den Geist reduzierten wissenschaftlichen Mitarbeiter, sind arme Teufel. Der Gedanke ohne sein materielles Äquivalent macht nämlich frigide.

Die heutige Universität ist eine Quelle der Lohnabhängigkeit. Wirft man diesen Gedanken hoch in die Luft und läßt ihn zwirbeln und dann herunterklatschen auf die Steinfliesen der ewigen Hochschulkorridore, so schreckt man mit einem Schlag aus dem Dösen des interessierten Forschers hoch. Die Lehrresultate, die man produziert, sollte man rot einfärben, um ihre Spuren im Verwertungsfluß besser verfolgen zu können. Das kann man offen tun, weil die Hochschule darauf angewiesen ist, oppositionelle Berufsstrategen in

den eigenen Reihen zu halten. Denn es ist nur dasjenige bürokratische System gegen Anfechtungen resistent, das wohldosiert die Gegnerschaft im eigenen Innern verdaut. Die Kathedersozialisten regenerieren in den Augen der herrschenden Administratoren das kapitalistische Marktsystem. Das ist wichtig.

Dieser Bedarf an sozialistischen Berufstätigen in den Zentralen ist eine der Chancen des dort arbeitenden sozialistischen Intellektuellen. Er kann relativ offen operieren (solange er das minderheitsbewußt tut). Dies definiert gleichzeitig seine Aufgabe gegenüber den Berufstätigen in der Provinz: Er hat die versprengten und vereinzelten Sozialisten zu koordinieren. Ja, man muß den Genossen Zentralintellektuellen da oben einen neuen Sinn geben. Nicht zuletzt, um die Sinnhaftigkeit ihres Tuns wieder messen zu können. Sie sollen uns intellektuelle Praktiker radikal kritisieren . . . aber uns die Kritik auch zukommen lassen (und nicht unseren Vorgesetzten, damit die einen Kündigungsgrund haben). Sie sollen uns auffordern, in ihren Lehrveranstaltungen zu reden . . . wir möchten unsere Tätigkeit an dem Möglichen messen (und nicht uns von sogenannten Praktikanten am Arbeitsplatz in Schwärmen unabgesprochen überfallen und strategisch überfordern lassen). Sie sollen den kritischen Studenten den Weg in eine verbindliche Berufspraxis vermitteln . . . für Berufsinhaber gibt es immer Stellen (solang man sie nicht exhibitionistisch, sondern strategisch wählt).

Es sollten nie alle die Zentrale verlassen. Idealistisch wäre es jedoch, die Zentralen heute schon besetzen zu wollen. Außer einigen Vertretern sollte man sich gelassen chassen lassen. Schließlich muß man die Zentrale in ihrer berufsdefinierenden Funktion belassen und daraus heraus das Mögliche am Schopfe fassen.

1. *Exkursion:* Es gibt verschiedene Typen von Berufsinhabern.

Wer aus der Arbeiterklasse hinaus in den Beruf hineinmarschiert, läßt Arbeiter hinter sich zurück. Die Marschierenden heißen dann Polier, Meister, Kolonnenführer, Angestellte im Personalbüro, Refa-Fachleute. Die Arbeiterkinder, die es bis zur Universität gebracht haben, gehören zu den Fleißigsten.

Die sich aus der Kleinbürgerlichkeit Herausprofessionalisierenden richten sich ebenfalls meist gegen die Interessen der eigenen Klasse: als Inspekteure, Schulmeister, Dienstleistungsbeamte sind sie allesamt im Herrschaftsvollzug. Schlitzohrige Kleinbürger zählen zu den berüchtigsten Bürokraten.

Nur die Herrensöhne können sich getrost einem Beruf zuwenden. Für sie bedeutet die Herrschaftsassistenz ein quasi natürliches Attribut, bloß eine notwendige klassenstabilisierende Erfahrung. Danach kehren sie gereift zurück zu ihren Vätern.

2. *Ausflug:* Wer fühlt sich zu welchem Beruf berufen?
Erstens. Diejenigen, welche sich als Konservative, Humanisten und Moralisten berufen fühlen. Deren Eltern sind bereits Akademiker oder haben sich sonst vor Generationen bereits dem Kapital verdungen. Subjektiv waren diese Novizen also schon als Kind privilegiert. Nun, im Beruf, wird das auch in einen objektiven Vorteil umformuliert. Notgedrungen wollen sie das System konservieren. Diese Juristen, Mediziner und anderen Germanisten. Sie strahlen den gütigen Konservativismus der traditionellen Humanisten aus. Aus ihnen flammt die Kapitalmoral, als ob in ihnen noch das Feuer der bürgerlichen Revolution brennte.
Fünftens. Die reformistischen, technokratischen affirmativ Berufstätigen. Deren – häufiger mittelstandsstämmige – Mamas und Papas fanden vor lauter beruflichem Ehrgeiz kaum Zeit für ihre Kinder. Diese Kinder suchen nun im Beruf die ihnen damals vorenthaltene funktionierende Ordnung und gesicherte Heimat. Auch die herrschende Wirtschaftsordnung vertut Chancen, genau wie man's früher zuhause tat. Diese Lehrer, Ingenieure und Wirtschaftswissenschaftler stehen unter dem permanenten Zwang, sich Gegebenheiten unterzuordnen und sich dann darin möglichst einzurichten. Das Gegenteil erreichen sie. Die Hektik der emsig ums kapitalistische Funktionieren bemühten Strukturalisten flirrt um ihre nervös fleckigen Gesichter. Sind sie Gejagte?
Achtens. Der Fürsorger, Anarchist, der überhebliche Berufsinhaber. Früher waren diese die Jüngsten, die Häkchen, die Däumlinge und Nuschler. Diese familiär wie materiell maximal Unterdrückten denken nun im Beruf an und ab an die andern, denen es – weil sie es eben nicht zum Beruf gebracht haben – noch schlecht geht. Alles Fürsorger-Typen, voller Innerlichkeit, fast platzend vor Natürlichkeit und Selbstrealisierungssorgen. Ach ja, Sozialarbeiter, alle Journalisten und Psychoanalytiker sind nicht zu bremsen. Sie müssen ihre Unreife weitertragen und jedes Problem psychologisieren, was heißt entpolitisieren.

3. *Umweg:* Kleiner Hinweis für Berufsberater.
Wenn man zum Beruferaten hingeht, weiß man genau, ob man sich eher zu den Reichen oder zu den Armen hingezogen fühlt. Die Berater wissen aber damit meist nur wenig anzufangen. Deshalb sollten sie eine Skala erstellen. Ganz links werden die Berufe, welche das Proletariat im Sinn des Kapitals managen sollen, aufgeführt. Sie sind in der Tendenz repressiv-ordnend. Ganz rechts stehen die innovativ-aneignenden Berufe, welche den Herren selbst Dienstleistungen anbieten. Dazwischen stehen, einmal der Form nach mehr links, ein andermal mehr rechts, alle anderen Berufe. Von »links« nach »rechts« ergibt sich folgende Reihenfolge: Theologe, Sozialarbeiter, Psychiater, Kriminologe; (dann etwas mehr Abstand, weil die Arbeiter-

durch die Angestelltenorientierung ersetzt wird) Lehrer, Durchschnittsnaturwissenschaftler, Stadtplaner, Psychologe, andere Mediziner, Soziologe, Erziehungsberater; (die Orientierung wechselt von den Angestellten zu den Großbürgern) höhere Naturwissenschaftler wie Biochemiker, Architekten, Psychoanalytiker, Marken-Künstler, Poeten, Anwälte.

Wie's mit mir auch in der Uni nicht klappen wollte, da griffen mir Freunde unter die Arme. Sie trugen mich einige Treppenstufen hoch ins bessere Licht und verschafften mir so einiges Ansehen. Ich landete im Büro eines Stadtplaners.

3. Selbständige Profis

Verwaltungsleute einer großen Stadt wünschen sich eine gefällige Innenstadt-Planung. Eine schmucke Fußgängerzone wird zu den Wahlen hin ausgebaut. Erwartungsgemäß wird ein Folgeauftrag vergeben. In diesem Stadtentwicklungsplan sprudelt die demokratische Fantasie nur so dahin: Betroffenenbeteiligung, direkte Demokratie, Transparentmachen der Entscheidungskriterien, Planspiel, Konfliktmodell usw. Wir produzierten ein ansehnlich dickes Buch. Die Politiker sind ohne zu lesen dadurch imponiert. Endlich umschleiert auch sie die Aura der Planenden. Folgeauftrag zur Erstellung der Strukturplanung. Die Planung, welche wir Strukturplanung nennen, will bereits etwas konkreter werden. In Antwort auf den vorausgegangenen Leerlauf fabrizieren wir Pläne, welche auf die materiellen örtlichen Probleme hinweisen. Diese werden jedoch vor der entscheidenden Ausschußsitzung unter anderen Skizzen versteckt. Auch sonst geht die Planung normal weiter. Als wir Vertreter des Planungsteams informell eine stadtdirektoriale Amtsanmaßung rügen, bittet der Rathausherr den Planungsbürovorsitzenden, seine Mitarbeiter besser einzukleiden und an Hauptterminen die weniger sicher Auftretenden (er nennt sie Stotterer) im Betrieb zu lassen. Je verbindlicher die Planung wurde, desto weniger redete man von Demokratie und Bürgerbeteiligung. Das Auftragsvolumen belief sich auf Hunderttausende. Wir kämpften entsprechend und konnten dem Stadtdirigenten mittels der Sozialdaten zu jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen noch einige planerische Skrupel abtrotzen. Gleich nach den Wahlen hörte es jedoch damit auch auf. Die Eisenhütte knallte ihre Forderungen ohne jegliche Kompromißbereitschaft auf den Tisch. Der Besitzer der größten zusammenhängenden Grundstücke der Stadt meldete sich bezüglich der Trassenführung von Straße und S-Bahn mit Nachdruck zu Wort. Die Wohnbaugesellschaften diktierten ohne Umschweif, wieviel Geschosse hoch sie zu bauen wünschten, um rentabel zu bleiben. Wir waren einfach eine Außenstelle des Rathauses geworden. Was sollten wir anderes, sicherte das

doch unsere Arbeitsplätze. Also arbeiteten wir weiter, allerdings mit abnehmendem Engagement. Genau wie die im Amt selbst. Erst als gegen jede Vernunft eine der funktionierendsten Siedlungen den anonym rentableren Wohntürmen zu weichen hatte, wurde es uns zu bunt. Wir murrten etwas lauter als normal. Da verlangte der öffentliche Stadtdirektor vom privaten Auftragnehmer, einen der »querulatorischen Mitarbeiter« zu entlassen. Das machte der nicht. Erst viel später, als büro-intern Anlaß gegeben schien, holte er es nach. Sämtliche zwölf beruflichen Mitarbeiter gingen darauf mit ihm. Indem wir unsere berufliche Arbeitskraft verweigerten, brachten wir jedoch keinen Betrieb zum Stehen. Es passierte, was wir vorher schon wußten: Der Beruf des Herrn wurde aufgewertet . . . und wir hatten keinen mehr. Dem Chef war die trübe Arbeitsweise seiner Mitarbeiter längst suspekt gewesen. Endlich konnte er die überall aneckenden »wissenschaftlichen« Ansätze aufgeben. Wie früher zückte er wieder den intuitiv skizzierenden Architektengriffel. Er erinnerte sich wieder an die Gunst der harmonischen Form. So schaffte er nun ganz allein, was wir vorher zu vierzehnt kaum erarbeiten konnten. Gleichzeitig war es auf diesem Weg möglich, den Betrieb zu sanieren. Zudem hatten die kommunalen Auftraggeber endlich weniger Komplikationen mit dem Büro. So anpassungsfähig ist jeder Herrschaftsberuf.
Jeder Kapitalist (mit seinen Berufsassistenten) realisiert sich seine Marktordnung so gut er kann. Dem Rathausbürokraten bleibt das Koordinieren der einzelnen anarchistischen Aktionen. Ja, der Planer hat den sozialen Frieden zu garantieren. Weil über dem freien Marktgeschehen der große Schatten hänge. So und so. Wer möcht da nicht gern Manipulator sein! Marktplätze bauen, auf denen die Marktschreier endlich wieder selbständig juchzen. Unterhalb der aufgeregten Gesten organisierte Gewohnheiten hochhaltend. Zwischen dem individuellen Geschnulze verbergen sich aber weiterhin die gemeinen Gesetze der organisierten Profiteure. Man koordiniert das Ganze, damit die Gewinnmaximierung nicht so weit geht, daß sie in Selbstzerstörung umkippt, daß die Ressourcen-Ausbeutung wenigstens mal ein paar nächste Jahre nicht ins Auge geht. Arbeit und Konsum muß in fester Relation stehen. Wie sollte der Kapitalist sonst kalkulieren. Nur auf der Basis fester Gewohnheit läßt sich Profit maximieren. Und das ist, was zu planen ist.

Als Berufstätige im Planerbüro. Am ersten Projekt, zurückgelehnt um den großen Zeichentisch im Planerbüro, produzierten wir das Wissen, das wir grad hatten, verfaßten Werbetexte für eine bessere Welt, mit trockenen Lippen.

1. Planungsbeispiel: »Materialisierung politischer Ideen«.
Von Anfang an dominierte das abstrakte politische Konzept. Zu Beginn

versuchten wir, es direkt zu materialisieren, bauten demokratische Modelle und gliederten die zu planende Stadt in kleine historische Teile auf. Der Bewohner soll seine Umwelt mit einer einzigen ausholenden Bewegung umfassen können. Wir setzten den abstrakten Entwurf unmittelbar in ein räumliches Konzept um. Bürgerhäuser vor Fabriktoren und politische Informationszonen im Pendlerbahnhof definierten unsere City-Qualitäten. Wenigstens Spuren von Skizzen davon (Städtebaulicher Wettbewerb Karben). Doch die Pläne wurden nicht als modisch empfunden.
Arbeiter erklärten uns, es seien nicht Arbeitersiedlungen, was sie suchten; Angestellte fanden ihre Eigentumskisten zu verschachtelt; und die Pendler sagten uns, sie hätten mit Politik nichts am Hut. Offensichtlich sind wir einigen Statuswünschen nicht gerecht geworden. Immerhin begannen wir, konkrete Menschen hinter Planungsaufgaben zu vermuten.

2. Planungsbeispiel: Parteiliches Gutachten.
Die Problemkoordination war leicht, aber die politische Position der Studenten-Gruppe nicht auszumachen. Bloß die Konfession, weil wir meist im Gemeindehaus tagten. Immerhin war es uns möglich, die Planentwicklung stringent zu vollziehen. Wir haben argumentiert. Man konnte das Gutachten gebrauchen. Für die politische Entscheidung. Die ganze Folgerealisierung, die Verknüpfung von universitärem Konzept und Umlandentwurf, blieb unberücksichtigt. Grad die Studenten hatten offensichtlich keinerlei Interesse am weiteren Prozeß. Immerhin bringt der momentane Standort das optimale Entwicklungspotential . . . genutzt wird das allerdings nie werden (IGH Essen, Standortgutachten). Es war im Anfang eine kleine Minderheit, die wir im Gutachten mitraisonnierten. Da nimmt man Kritik in Kauf. Akademische Touristen kamen zu uns hingereist und sagten, das hätte keinen Sinn. Es gab einige unter uns, die hatten keine Lust mehr. Aus Planung allein entwickelt sich Politisierung nimmer. Wir blieben sitzen, weil für die Parteilichkeit uns Parteien fehlten.

3. Planungsbeispiel: Politisierung des Planungsprozesses.
Wir begannen, nicht nur die Gebäude, sondern auch das persönliche Schicksal der Bewohner, ihr Heim und den Arbeitsplatz zu beschreiben. Einer der letzten innenstadtnahen Arbeitersiedlungen drohte der Bagger. Eine ganze Bewohnergeneration sollten wir vor der Deporatation in einen der Sterbesatelliten bewahren. Wer schafft das schon! Reaktionäre Politiker ließen sich durch unsere Schnulzengeschichten bezirzen. Sie anerboten sich, unsere Arbeit aus dem sogenannten Sozialistendeutsch zu übersetzen. Immerhin drückte danach das Planungsresultat exakt den machbaren Kompromiß aus. Und einige in der Verwaltung hatten mit uns einiges gelernt, wenn auch weniger als 0,8 Prozent; es bestand nie Umfallgefahr für sie. Diese Lobby-

Arbeit brachte uns ziemlich zum Schwitzen. Jeder von uns trank mehr Bier. Man fühlte sich vor einem Beginn. Man hat also eine Auseinandersetzung mit den Reaktionären begonnen. Unser einziger Adressat ist das Volk, besser gesagt: die Bevölkerung, oder richtiger, die Planungsbetroffenen, sagten uns die geilen Lokaldespoten.

4. Beispiel: Planungskritik durch die Planung.
Wir gingen ins Planungsgebiet und sprachen jeden an, den wir trafen. Bald kannten wir die Geschichte jedes Siedlungsteils und vieler der Einwohner. Wir berieten uns mit ihnen. Wie die Häuser zu renovieren wären. Wie man die Profitunternehmer abwehren könnte. Wir versuchten nicht mehr, unvermittelt Einfluß zu nehmen, verfaßten unser Gutachten speziell gegen die bürgerlichen Planungsvorsätze. Machten Gegenagitation. Gradlinig entwarfen wir etwas, allein koalierend mit den einzelnen in den Vorgärten der Reihenhaussiedlungen, autonom in der Koalition der Schwäche (Mühlheim-Saarn). Unser Gutachten wurde nie verteilt. Die Presse beschrieb es als kindisch. In der Verwaltung blätterten nur einige. Doch die Sinnlosigkeit der oppositionellen Berufstätigkeit erschreckte uns mehr als zuvor. Wir haben zusätzlich einen gesoffen. Einer hielt eine Rede.

5. Planungsbeispiel: Epilog zur Bundesplanung.
Die Erfahrung im Beruf ist dicht. Die Anforderungen im Beruf sind breit. Man dreht durch, das ist die Chance. Wir lieferten den kritischen Text in rhythmischer Ironie. Kritisch geplant ist hilflos wie der ernstgemeinte Witz in der seriösen Zeitung. Weder gut bezahlt, noch wahrgenommen. Wie eine Büttenrede des Wahlkarnevals muß unsere ernstgemeinte Teilnahme am Wettbewerb für die Bundesbauten in Bonn gewirkt haben. Allein das gemeinsame Handeln in der Gruppe tröstete uns einige Stunden über das Nicht-Handeln des Kollektivs. Es hat objektiv absolut keinen Sinn. Aber Erfahrungen für historisch opportunere Zeiten lassen sich subjektiv sammeln. Beruflichen Erfolg gibt es für den Antikapitalisten hier nicht. Im Gegenteil, wir finden Sinn im Mißerfolg. Nicht, daß wir den Aufbau hemmen wollen, aber wir schützen uns vor beruflicher Integration, indem wir uns weigern, kapitalistisch mitzudenken. Die schärfste Auseinandersetzung ist die mit der technologischen Vernunft. Es gibt diese technische »Revolution«, welche ohne jeglichen Geschichtsbezug sich abwickelt und sich permanent der politischen Argumentation zu verschließen versucht. Das Problem der ›Verweigerung‹ stellt sich im beruflichen Zusammenhang sowieso nicht, weil die Berufsausübung bei uns an sich ein bürgerliches Engagement meint. Man ist nicht mehr bloß durch ›Mitwisserschaft‹, sondern auch durch ›Mitherrschaft‹ korrumpiert.

Jeder Berufsinhaber ist ein kleinerer oder größerer »Selbständiger«. Ob angestellt oder autonom, ob in der »freien« Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst, wer auf seinen Beruf was hält, der übt ihn »selbständig« aus. Wer akzeptierter Delegierter zur Regelung der objektiven Organisationsbedürfnisse der kapitalen Marktwirtschaft ist, fühlt sich entsprechend frei und selbständig. Frei, wie eben der selbständige Subunternehmer des Kapitals zu sein vermag. Die selbständige Berufspraxis im Planungsbüro hat uns immer suggeriert, im Sinn eines Ganzen (eines Ortsteils, einer Bevölkerungsgruppe) produktiv zu sein. Erst mit der Zeit merkt man, daß man sich sozusagen mit Leib und Seele (ganzem Engagement) dem Arbeitsplatz verschrieben hat. Weil einem doch nur dieser Arbeitsplatz politische Sinnhaftigkeit zu vermitteln vermag. Die Abhängigkeit vom Auftraggeber ist somit total.
Wenn man so selbständig seinen Beruf ausübt, fühlt man sich nicht bloß als Meister, sondern dazu auch als Kreateur. Bis man entdecken muß, daß man erst durch den Beruf und den daran gebundenen Status sozial vollwertig gemacht wird. Weil einem doch erst die Akzeptiertheit eine politische Aussage erlaubt. Schließlich soll einem der selbständige Beruf die materielle Absicherung garantieren. Aber es ist offensichtlich, daß die Produktionsmittel, die dem Kleinunternehmer zustehen, lächerliche Anhängsel an die zufällige ökonomische Gunst des Berufs sind. Sie sind das Symbol für die ökonomische Irrelevanz der kleinbürgerlichen sogenannten Freiberuflichkeit.
Trotzdem wird der Intellektuelle außerhalb der Zentrale immer dazu tendieren, sich »selbständig« im Beruf zu realisieren. Denn das damit simulierte eigene Reich ist der adäquate Ausdruck für die *sekundäre Geborgenheit*, welche ihm seine Wurzellosigkeit (Klassenlosigkeit) zu kompensieren hat. In der Selbständigkeit findet er in unserem Wirtschaftssystem allein die Chance, sich und den dem Intellektuellen *zugebilligten Status* auszumachen. Zwar wird daraus keine zünftige Zugehörigkeit (jede kleine interventionistische Laune fegt die Selbständigen von der gerade aktuellen Berufspalette herunter), aber immerhin bietet sie einen Standersatz, Beinprothesen aus Karton, auf die gestützt man so gerade gehen kann. Dem Selbständigen mit seinen aparten Büromöbeln, seinem Empfangsraum, dem dezenten Grau in den Haaren wird schließlich über seine *Konsumfähigkeit* die Zugehörigkeit zur Zeitkultur signalisiert. Das macht warm. Selbständigkeit soll den Vereinzelten über seine Machtlosigkeit hinwegtrösten.

4. Professioneller Dilettantismus, politisierter Beruf

Die in ihrem Beruf tätigen Intellektuellen haben aus dem Drang zur Karriere den Schutz ihrer Klasse aufgegeben und sind damit in der Tat sehr stark

abhängig von der persönlichen Gunst ihres Gehaltgebers. Wer keinen Beruf hat, ist zwar wie gesagt noch längst kein Arbeitsloser, aber der Status des Stellenlosen ist bedrohlich, seine zweite Heimat soll er nun auch noch hinter sich lassen. Daher die wehleidige Mythologisierung der Akademiker, welche eine Lohnarbeit ausüben. So kommt es zum tief sitzenden Verarmungswahn des Intellektuellen. Er wähnt seine Tätigkeit erst dann wertvoll, wenn er sie auch zu seinem persönlichen Erfolg zu formen vermag.

Erstes Beispiel amateurhafter Berufsausübung:
Wie wir dreizehn Planer plötzlich mit der Kündigung in der Hand, unfreiwillig (wegen der Verwechslung unserer intellektuellen Beweglichkeit mit einer berufspolitischen Macht hatten wir uns in der Selbsteinschätzung vertan) etwas fröstelnd als kleines Grüppchen auf der Straße standen, sahen wir uns gezwungen, uns »selbständig« zu machen, wenn wir uns nicht einzeln an die Büromacker verdingen wollten, die wir noch tags zuvor wegen ihrer unverantwortlichen Planungsmethoden bekämpft hatten. Die festen Kosten beschränkten sich auf die Miete des vorher 10 Jahre ungenutzten Ladenlokals. Die Lohnkosten von rund 20 000 Mark monatlich ergaben sich erst mit der Zeit. Als wir Einzelnen unsere privaten Reserven aufgebraucht hatten. Die Wände der Räume wurden neu geschlemmt . . . bis wir nicht mehr um »die Sache« herum konnten: Verhandlungen mit der IHK, die uns den Namen »Planergruppe Ruhr GmbH« madig machte, »Ruhr« mußten wir streichen (wir sollten doch nur die Kapitalkraft des »Ruhrparks« mit der unseren vergleichen, dann wüßten wir warum); Vereidigung im Advokatenbüro; Aquisitionsgespräche in den Amtsleiterpolstergruppen . . . wie eine »weiße Hochzeit« in Permanenz. So wird man auf die Repräsentanz des Kapitals getrimmt. Das beste ist, man flüchtet in die Spießigkeit als Attitüde. Um uns nicht zusätzlich zu verpflichten, machten wir keine Schulden außerhalb der Gruppe. Weit kamen wir so nicht. Entweder das Gesamtprojekt abblasen oder einzelne mußten gehen. Tagelang haben wir diskutiert, um Jahre sind wir gealtert, jeder hat jeden ausführlich beurteilt, und das Urteil wurde gemeinsam in stundenlanger Ausführlichkeit für jedes Gruppenmitglied abgewogen. Man verschaffte den Gruppenmitgliedern, die für das »Überleben« des Kollektivs nicht unverzichtbar waren, einen neuen Job. Es war emotional der Höhepunkt einer berufsinternen Solidarität. Acht der Dreizehn übernahmen die Verteidigung des beruflichen Refugiums. Wenn ich da unten hingehe, so fühle ich mich so sicher und ruhig wie sonst nirgendwo. Selbstorganisation und Selbstverwaltung kann zwar nicht als Ausweg aus einer konkreten Abhängigkeit angesehen werden. Aber sie behindert das Fortschreiten der Vereinsamung und der persönlichen Überforderung. Man bricht seltener zusammen und fühlt sich nicht zum Parieren gezwungen. Die Spannung zwischen der persönlichen Möglichkeit (berufli-

chen Karriere) und der objektiven Wurzellosigkeit (intellektuellen Klassennegation) wird erträglicher gemacht. Der oppositionelle Intellektuelle muß sich die Bestätigung richtigen Handelns nicht selten im Mißerfolg suchen. Das hält einer allein nicht leicht durch. Aber auch die sozialistischen Gruppen ertragen Erfolglosigkeit nur schwer, weil sie befürchten, damit selbst infrage gestellt werden zu können. Die berufliche Selbstorganisation ist dementsprechend nicht in erster Linie Kern programmatischer Reflexion, sondern Bezugspunkt für politisch desintegrativ Handelnde.

Im Ortsteil, wo wir sitzen, kennen die Einwohner uns genau. Die Berufskollegen allerdings neigen dazu, unsere Existenz zu negieren. Sie sind sauer, daß wir uns nicht im intellektuellen Purismus aufgerieben haben. Auch die berufspolitischen Widersprüche tragen wir in uns aus. Wichtig ist nur, daß wir den Beruf nicht pervertieren lassen, den Wettbewerb, der uns links und rechts beschert, wollen wir nicht in einem gruppeninternen Statuswettbewerb sich auflösen lassen.

Wir würden gern am finanzierten Beispiel erläutern, was radikales Handeln in unserem alltäglichen historischen Zusammenhang bedeutet. Doch wenn die Zentral-Genossen eine Praktiker-Gruppe subventionieren, so kompensieren sie meist rechts, weil sie in ihrer eigenen Unangepaßtheit »draußen« lieber das Seriöse des jeweils objektiv Richtigen, das Kapitalistenmäntelchen und das EDV-Heiligenscheinchen tragen. Die Rechten entwickeln uns gegenüber keine Allergie, weil sie wissen, daß wir, solange wir nicht systematischer gestützt werden, bestenfalls das linke Alibi zu liefern vermögen.

Eine sozialistische Solidarisierung kann zwar nur jenseits des Berufs gelingen, trotzdem geht es hier um einen Gegenentwurf zur bürgerlichen Sozialisationstheorie. Das sei bloß in Klammern erwähnt. Angenommen es stimmt, daß der Verrat an der eigenen Klassenzugehörigkeit (und seine daraus resultierende »historische« Einsamkeit) den Karrieristen in die für ihn typische affirmative gesellschaftliche Funktion drängt, so ist zu erwarten, daß der, welcher sich gegen diese Zwänge stemmt, wiederum das Erlebnis der Einsamkeit kennenlernt. Ja, wir Asozialen unter den Intellektuellen tun uns schwer.

Die Intellektuellen trixen sich mittels der Abgrenzung ihrer unterschiedlichen Kompetenzen gegenseitig aus. Entsprechend agieren sie ihre (durch den generellen Zwang zur Selbstverleugnung provozierten) »Gegenaggressionen« untereinander im innerberuflichen Wettbewerb aus. Allein die »Solidarisierung« mit dem »Produktionsapparat« vermag Stabilität zu vermitteln.

Es ist auch im Beruf von Bedeutung, daß man das soziale Totalphänomen mit reflektiert. Jede vereinzelte Berufsausübung hat ihre Geschichte. Der Intellektuelle hat in jeder Tätigkeit eine umfassende soziale Funktion. Erst durch die Auseinandersetzung mit dem Produktionsapparat gelingt die Vervielfältigung der gedanklichen Vernunft. Die Reflexion der Apparatur und der

durch sie geschaffenen Lohnabhängigen und die Überführung dieser in eine proletarische Selbstreflexion ist eine Tätigkeit für die Dilettanten, welche das Ganze nicht nur als Krücke zur persönlichen Karriere begreifen. Zumindest wäre dies ein Anfang. Wir haben ja vorher nie marschieren gelernt. Die Hochschule lehrt nur berufliche Kriecherei. So müssen wir spazieren gehen, bevor wir uns organisieren. Mit tiefem Atem die kalte Wirklichkeit in sich hineinziehen ist der Stoff fürs Leben. Als kritischer Berufsinhaber handelt man nicht, wenn man etwas Sinnvolles tut, sondern wenn man sein Tun in einen sinnvollen Zusammenhang stellt. Der Verlauf des Arbeitsprozesses sagt mehr aus über den Wert der beruflichen Arbeit als die jeweilige Stimmigkeit des Produkts. Die historische Relativierung als Kontrolle der vereinzelten Arbeit kommt erst im Nachhinein. Der Intellektuelle ist eben primär ein soziales Produkt; sein Intellekt gibt ihm bloß einen Namen; die Vernunft vermag allein das Kollektiv ihm zu geben. Es hat sie ihm gezeugt. Er hat sie ausgetragen. Das Produkt ist nun zu sozialisieren.
Der Intellektuelle hat wegen seiner gesellschaftlichen Privilegierung einen relativ großen Einblick ins materielle gesellschaftliche Geschehen (er ist irgendwie »objektiv« kritikfähig) – demgegenüber ist seine persönliche Geschichte ein Scherbenhaufen selbstverleugnender Opportunitäten (seine Heimatlosigkeit, die er ständig zu rationalisieren hat, macht ihn »subjektiv« äußerst angepaßt und labil). Der Intellektuelle ist exakt jener Kleinbürger, der aus sich heraus zu schaffen meint, was sich seine Herkunftsklasse als soziale Funktion längst erwählt hat. Was in den Händen zurückbleibt, sind gestohlene Worte. Für niemanden ist eine entsprechende Gesellschaftstheorie so wichtig wie für den sich im Alltag verlierenden kleinbürgerlichen Agitator. Schützt ihn vor der Angst, die Zitate der professionellen Übersetzer und die Namenslisten der arrivierten Karrieristen zu verfehlen! Sein Risiko bleibt groß genug, wenn er Solidarität sucht, wo sie nicht bereits besteht. Der Weg zurück in die materielle Identität der ursprünglichen Klassenzugehörigkeit ist widerspenstig. Er gelingt sicher nicht durch die Aneignung einer Wahrheit, sondern in der Wahrnehmung der Widersprüchlichkeit, in die man sich verstrickt hat. Traut dem nicht, der in linker Attitüde Entspannung und Geselligkeit sucht!

Ein zweites Beispiel antiprofessioneller Tätigkeit (Amateurismus 2):
Eine der überörtlichen Behörden, wieder einmal zur Leistung als Sinnhaftigkeitsnachweis animiert, hatte einen dieser unter Berufskollegen immer von neuem beachteten Arbeitskreise installiert. Man tagte Jahre. Es entwickelten sich vielerlei gruppendynamische Prozesse. Als nach Jahren das Gedankenspiel immer noch nicht von sich aus ein Ende finden wollte, ging es darum, zum Abschluß einfach etwas zu schreiben. Aber sowohl eine Meinung wie auch der gemeinsame Gegenstand fehlte. So erhielt einer den Auftrag, alle

Einzelbeiträge zu überarbeiten und ihnen zum gemeinsamen Gewand zu verhelfen. Gesagt getan, er hat alle Texte sehr persönlich umgeschrieben und seine »private« Theorie dazugetan. Die Texte provozierten eine polemische Reaktion. Da sie aber bewußt formalistisch formuliert waren, konnte man die Widersprüche nicht einfach wegredigieren. Es ist die Chance des Dilettanten, Widersprüche aufzudecken. Weil er auch in seiner Existenz widersprüchlich ist. Dabei müssen wir in Kauf nehmen, daß wir in den Augen der Profis wirr wirken. Trotzdem, bitte, kritisiert unsere Produkte! (Bürger ante portas, Siedlungsverband Ruhrkohlebezirk, Essen 1975).

Was will eigentlich der Amateur? – Er will den Laien nicht durch Herrschaftsbarrieren abschrecken, sondern ihn in seiner systematischen Vernunft wecken. Agitation betreibt der, welcher sich mit dem Volk in seiner widersprüchlichen Verfassung auseinandersetzt, und nicht der kontaktgehemmte »Genosse Pur«. – Und umgekehrt: Erst wenn dem Berufstätigen die materielle berufliche *Position* und der intellektuelle berufliche *Status* auseinanderbricht, wird er zum berufspolitischen Rebellen. Der dann geborene »Berufs-Amateur« tendiert jedoch noch dazu, den »epochalen« Aspekt seines Handelns entweder zu überschätzen (versteht sich als individuelle historische Genialität) oder gar nicht zu sehen (und damit den organisatorischen Zusammenhang zu vergessen). Aber grad wegen seiner eminent bürokratischen Funktion ist für die berufliche Effizienz des Intellektuellen entscheidend, daß er versucht, sich in Stellungen des bürokratischen Apparats fest zu installieren.

Drittes Beispiel innerberuflicher Reflektion: Es ergab sich für mich eine berufliche Tätigkeit in einer der Einrichtungen für angewandte Armenhauspsychiatrie. Der Stellenwechsel ins Irrenhaus drückt nichts anderes als einen Stellungswechsel aus: Die vorangegangene Arbeit *für* die Betroffenen sollte durch die Arbeit *mit* ihnen ersetzt werden. – Doch hoppla! Im Irrenhaus drin kommt man immer noch nicht so leicht an den Patienten heran. Da hat der pfiffige Amateur zunächst die Krankenhausadministration zu umgehen, die nichts ungetan läßt, um ihren jahrhundertealten Verwaltungsauftrag zu erfüllen: Das Sauberhalten (Erhalten) eines Slums. Wie wenn nichts dabei wäre und gleichzeitig harmlos zwischen den Zähnen pfeifend gilt es, ihr gegenüber Raum für die Dezentralisierung des Apparats und seinen Elementen für Selbstorganisation zu ermogeln. (Als Kind konnte ich die Schwalbe beim Rollschuhlaufen!) Gleichzeitig muß sich der dilettantische Sozialpsychiater überaus intensiv mit den professionellen medizinischen Administratoren auseinandersetzen. Da steht man und schaut dem Psychiater über die Schulter und muß zuschauen, wie er seinem »Krankengut« hospitalisierende Kuren verordnet. Sagen kann man wenig, weil er die Verantwortung trägt,

doch gleichzeitig gibt es bereits ein recht breites Wissen von der rehabilitativen Soziotherapie, hm, das man einfach so plaudernd ins Pflegerzimmer hineinträgt. (Letzthin habe ich den Handstand wieder geübt.) Die etablierten Verhaltenspsychologen und -soziologen haben die Tendenz, den Schizotalk zu verstehen, unterzuhäkeln und tröstend den Patienten ins Jenseits abzuführen. Vielleicht hat der Patient auch wirkliche materielle Nöte? Laß uns doch mal zu ihm nach Hause gehen. (Aus dem Stand mich rückwärts in die Brücke fallen zu lassen, werde ich in einigen Wochen beherrschen.) Die Fürsorge ist der zeitgemäße Ausdruck für die über die Berufe vermittelte Fremdbeherrschung der Lohnabhängigen. Die Bürokratie in ihrer Gesamtheit funktioniert fürsorglich. Ihr gegenüber müssen wir Nichtprofessionalisierten emanzipativ (im Hinblick auf die Selbstorganisierbarkeit der Betroffenen), politisch (Solidarität provozierend) und konfliktbewußt (materialistisch und antischizoid) tätig werden, um unserer Intellektuellenexistenz eine soziale Funktion zurückzuvermitteln. Und wenn ich nicht gestorben bin, lieber Kursbuchleser, sitze ich noch heute daran.

Gerhard Armanski, Boris Penth, Jörg Pohlmann

neu

Staatsdiener im Klassenkampf

Soziale Lage und Kämpfe staatlicher Lohnarbeiter in der BRD

Ca. 300 Seiten, ca. 18,00 DM.
Erscheint im Mai 75 beim Politladen Gaiganz.

aspekte paper

Lebens qualität

Uwe Schultz (Hrsg.)

Konkrete Vorschläge zu einem abstrakten Begriff

von

Carl Amery, Klaus Antes,
Max Bächer, Otto Blume, Peter M. Bode,
Gert Kreyssig, Erwin Lausch, Eberhard Nitschke,
Christian Schütze, Thomas Sieverts,
Albert Speer, Günter Wallraff,
Eckbert Zylmann

17o Seiten, DM 1o,-.

Ein kritisches Veto
gegen die Inflation
eines
elementaren Begriffes

aspekte verlag Frankfurt

Hans Magnus Enzensberger
Karrieren

G.E.H. (1809-1891)

Bulldozer gab es damals nicht; also mit Eisenkugeln, riesenhaft,
bleigefüllt, an Gerüsten schwingend, zerbrach er das alte Paris.
Artiste démolisseur, Virtuos der Spitzhacke, Attila
der Sanierung: auch das Haus, in dem er geboren war,
ließ er schleifen. Die Zukunft groß, glänzend, notwendig.

Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust.
Er räuchert die Labyrinthe der Armut aus (ach Bakunin, so
war es nicht gemeint!); einhunderttausend *Lumpenhändler,*
Paupers, Verbrecher und Huren ergreifen die Flucht
vor Hoch- und Tiefbau, Mietwucher, Spekulation.

Seine Arbeitskraft: grenzenlos, sein Appetit: unersättlich.
Stiernackig, schwer gebaut, breitschultrig. Einsteigen,
ehe es klingelt! Überzeugungen sind hier fehl am Platz.
Bürokrat, Karrierist, *Mitesser des Staatsscheißkerls.*
Herrschaft durch Aktendeckel: Verwaltung ist alles.

Silberne Litzen, Eichenlaub auf dem blauen Rock, Dreispitz
und Degen. Byzantinisch nach oben: ein *alter Roué* auf dem Thron.
(Die erhabene Hand hat geruht zu befehlen.) Nach unten gockelhaft:
ein Parvenu. Kontrolle und Wohlfahrt fallen zusammen,
die Exekutive, *fabrikmäßig zentralisiert,* wird zur Technologie.

Mit ihren Meßlatten und Theodoliten schwärmen die Geodäten aus,
ziehen Fluchtlinien, Magistralen: rücksichtslos perspektivisch.
Das Parlament *Schwatzbude*, die Legalität *kein Gesichtspunkt.*
Die Planung schafft Platz für Kanonen. Die Boulevards: *ein System*
von Schützengräben gegen den Mob, der in den Vorstädten lauert.

Die Lichterstadt ist ein Job für Spezialisten. Ingenieure her,
Spitzel, Buchhalter, Kartographen. Empire und Empirie.

Er selber ist unbestechlich, d. h. er verspeist seine Spesen.
Privatleben: angemessen, schablonenhaft. Spielt Hasard an der Börse,
besucht die üblichen Bälle, Salons und Soubretten.

Wuchernde Weltausstellungen. Vaudevilles. Aus dem Geiste des Brecheisens
wird der Kitsch geboren: Alles ist neu, alles Neo. Unter Palmen
und Draperien defiliert die Mode: Reprise der Reprisen.
Das Zertrümmerte rächt sich als Nostalgie. Vor der Polizei
entblößt der Tatort im fauchenden Gaslicht sein nasses Pflaster.

Grandeur auf Pump, Arbeitsbeschaffung, Defizit-Finanzierung.
Wunder geschehen aus Eisen und Glas, Makler mästen sich,
Schmiergelder gehen um. Die Fixer der Hochfinanz
setzen Kreditspritzen. Die Einsätze werden verdoppelt,
es schäumt der Boom, va banque – die Letzten beißen die Hunde.

Unbeirrt setzt er sich Denkmäler: Gaswerke, Fried- und Bahnhöfe,
Justizpaläste, Kloaken, Waren- und Leichenhäuser, und in der Banlieue
*die Obelisken der Industrie, die ihren Rauch in Heersäulen
gegen den Himmel speien.* Die Schlachthöfe *majestätisch*, die Pissoirs
geschmückt mit dem Adler des Kaisers: Verdienste über Verdienste!

Nein, *Vorahnungen waren nicht seine Sache.* Wie Bombenkrater
sehen auf alten Stichen die Baugruben aus. (*Wie wuchsen seither
mit den großen Städten die Mittel, sie dem Erdboden gleichzumachen!
Welche Bilder vom Kommenden rufen sie nicht hervor:* Rotterdam,
Dresden, Hanoi.) Ein Jahr nach seiner Demission brennt Paris.

J. E. M. (1830-1904)

Sein Rauschgift waren die Tatsachen. Immer korrekt,
Weinhändlerssohn von der Côte d'Or, wohlbeleibt,
Positivist im Stehkragen, Zwickerträger,
zugeknöpft lauert er, unbewegt,
hinter seinem Gerät jeder Bewegung auf, jagt
nach der flüchtigsten Beute: der *Sprache
der Phänomene selbst*, einem Phantom. In der Rue
de l'Ancienne Comédie wird ein neues Schauspiel gegeben.

Der Professor mietet Bühne, Zuschauerraum, Garderoben.
Verschläge, flüchtig gezimmert: der kleine Salon

mit dem Klavier, die mechanische Werkstatt, und
(über Hühnerleitern erreichbar) Studierzimmer,
Bett und Archiv. Übrig bleibt ein riesiger Raum,
die Manege, glänzend gebohnert, in der sich,
vor schwarzen und weißen Tüchern, auf Schaukeln,
an Schnüren, im Lampenlicht, die Tatsachen zeigen.

Die Taube, an den Ausleger eines Karussells geknüpft,
fliegt sie denn, oder wird sie geflogen? Die Spur
ihrer Schwingen ist unsichtbar; doch folgt ihr,
pneumatisch gesteuert durch ein Gewirr
von Schläuchen und Trommeln, ein stählerner Stift;
zittrig ritzt er das rußgeschwärzte Papier.
Was da schreibt und zeichnet, sich selber mißt,
ist eine Halluzination, genannt »die Natur«.

Muster von mathematischer Eleganz, Beziehungen
zwischen Frequenz und Muskeltonus, Temperatur
und Druck: Wellenformen, Schwingungen, Sprünge.
Alle Variabeln der Lokomotion: *La machine animale.*
In der Luft und im Wasser. Der Aal, der Klavierspieler,
die Molluske, das Salamanderherz: die Traktrix,
die Zissoide; Stau- Schnitt- und Hüllkurven;
Wirbel, Flugbahnen, Diagramme . . . Kurzum, »die Welt«
ist eine Augentäuschung: Nichts sehen wir so,
»wie es ist«, und das was sich zeigt, verbirgt sich.
Immer feinere Fallen, sinnreichere Instrumente,
abstraktere Waffen. Der Physiologe zielt
mit dem *photographischen Schnellfeuergewehr:*
pro Minute sechzehnmal öffnet sich der Verschluß,
und vor dem schwarzen Vorhang die weiße Möve
hinterläßt *ein endloses leuchtendes Bild.*

Er bastelt, entwirft, baut die erste Filmkamera
der Welt. Nicht weil er filmen will: er will sehen.
Auf den Champs-Elysées steigt ein Mann
von seinem Fahrrad ab; niemand weiß, wie.
Das zeigt nur die Zeitlupe. Also erfindet er sie.
Sein Theater füllt sich mit Astrophysikern, Ärzten,
Leuchten der Wissenschaft. (Ganz hinten im Saal,
unbeachtet, sitzt ein gewisser Edison, Kapitalist.)

Um ein Insekt zu studieren, muß ich Insekten bauen.
So wird der Forscher zum Demiurgen: er fälscht
abstrakte Herzen, propellergetriebene Vögel,
Maschinen die atmen. Übers gewachste Parkett
kriecht das Faksimile einer Schlange. Den Flug der Möwe
gießt er in Bronze. Ein phantastisches Tier:
vierdimensionales Flattern, geronnene Fortbewegung,
fließender Stillstand. Zeit, die man anfassen kann.

Narr, unter dessen Hand alles zum Artefakt ward,
Götzendiener der Wissenschaft von der Ausbeutung,
Unschuldslamm, Taylors Terror die Bahn brechend,
nichtsahnender Ahne Hollywoods, nebenbei
Künstler, wider Willen Erfinder, Mallarmé
aus Versehen, Genie der Reproduktion: Unbewegt
blickt uns das Auge des Großen Beobachters an,
mattviolett, eine blinde Iris aus Silberbromid.

F. W. T. (1856-1915)

So eifrig sind nur die Wahnsinnigen. *Ja, Mama.* Gewissenhaft
füllt er die Zuckerdosen, bürstet sich ab, spielt Klavier,
nimmt pünktlich sein kaltes Bad, kratzt seinen Teller aus,
und den Rasen unterm Magnolienbaum mäht er entsetzlich oft.

Schweißdurchnäßt fährt er aus dem Schlaf. Mit dreizehn also
näht er sich ein Ledergeschirr, spickt sein Bett mit hölzernen Nägeln.
Der Träumer, kaum daß er sich auf den Rücken wälzt,
sticht er sich wach, bevor die Angst ihn ertappt hat.

Ein Gefesselter. *Das Wort* Ich *kommt in seinen Schriften nicht vor.*
Abstinenzler, Nichtraucher, weder Kaffee noch Tee. *Ein Leben,*
ganz geweiht der Wohlfahrt des arbeitenden Menschen. Ja, Mama.
Bethlehem heißt das erste Stahlmonopol. Härter werden,

eifriger schuften und sparen! Selten war ein Lakai mutiger.
Akkordhetze gegen die Bummelei. *Wir müssen Freunde werden!*
(Arbeit und Kapital.) Daß sie ihn nicht erschlagen haben,
diesen Fakir, der sie anbrüllte: *Ihr habt nicht zu denken!* –

eigentlich deprimierend. Hoch die Norm, Stoppuhren her.
Mit jedem Handgriff die Klasse spalten, zerstückeln. Vivisektion,
unbedingte Unterordnung der Massen. (Lenin bewundert ihn.)
Unser Nagelbrett ist die Produktion. Es predigt uns der Prophet

die Wissenschaft von der spanabhebenden Fertigung, die Wissenschaft von der Riemenführung, die Wissenschaften des Mauerns, des Bürstens,
und des Klavierspiels, *zwangsläufig ausgenutzt bis zum maximalen Grad,*
und die Wissenschaft von der Abtötung allen Fleisches. Ja, das sind sie:

Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht: die besten Überwachungssysteme, die großartigsten Errungenschaften! Ja, Mama. *Zuhaus,*
auf der Farm, in jeder Kirche, in allen Amtsstuben.
Die Ausbeutung der Wissenschaft wird zur Wissenschaft von der Ausbeutung.

Stets *gesund und normal:* Unförmig döst er im Sitzen, schlaflos
auf unförmigen Kissenburgen. Ein Sozialautomat. Sein Leben lang impotent.
Ja, Mama. Auf einem vergilbten Foto trägt er, ein bulliger Mann
mit hängenden Augenlidern, ein rosa Blüschen und einen Rüschenrock.

Ansonsten Dampframmen, hundert Patente. Der beste Schneidewinkel
für breitnasigen Schnelldreh-Schruppstahl. *Die höchste Prosperität muß einem jeden zum Vorsatz werden.* Lebt sehr zurückgezogen,
Rosen züchtet er und zieht, sorgfältig, im Sterben seine Taschenuhr auf.

U. C. (1877-1963)

I

Und *ich begab mich zum Schlachthof* (und war Dir. Neurobiolog. Inst. Mailand) und *ich sah die Schweineschädel zwischen den schweren Metallzangen* (und mein Herrenzimmer in der Via Savoia) *und den Schalthebel* (und meine antiken Bronzestatuetten auf dem Schreibtisch) und *ich bemerkte wie die Tiere bewußtlos zusammensanken und steif wurden* (und Prof. f. Neuropsychiatrie Univ. Bari Univ. Genua Univ. Rom) *und wie sie dann nach ein paar Sekunden in Krämpfe verfielen* (und Erfinder eines Zeitzünders für Artillerie und Luftwaffe) und *ich dachte daß hier für meine Versuche ein äußerst wertvolles Material vorlag* (und meine Orden und Goldmedaillen) und *ich beschloß zu untersuchen welche Dosis welche Spannung und welche Methode erforderlich wären um den Tod der Schweine herbeizuführen* (und Präs. Ital. Ges. f. Psychiatrie) und *ich gab ihnen Stromstöße durch den Schädel von verschiedenen Seiten* (und Ehrenmitgl. Komitee f. Biol. u.

Med. des Nationalen Forschungsrates) *und durch den Rumpf mehrere Minuten lang* (und Kandidat für den Nobelpreis) und *es fiel mir auf, daß die Tiere selten verendeten wenn der Strom durch ihren Kopf floß* (und meine Haushälterin und mein Rauchverzehrer in Gestalt einer Prozellaneule) *und daß sie nach heftigem Starrkrampf minutenlang liegenblieben* (und Dr. h. c. Sorbonne Paris) *und sich dann mühsam erhoben* (und Dr. h. c. Rio de Janeiro und Sao Paolo und Montreal für bahnbrechende Kropf- und Kretinismusstudien) *und daß sie versuchten zu fliehen*

II

Und *ich wies meine Assistenten an nach einer geeigneten Versuchsperson Ausschau zu halten* (und *W Il Duce*) und *am 15. 4. 1938 überwies mir der Polizeipräsident von Rom ein Individuum zur Beobachtung* (und *der Faschismus ist über den verwesten Leib der Göttin Freiheit hinweggestiegen*) und *ich zitiere aus seinem Begleitschreiben* (und *Italiener! Schwarzhemden! Legionäre!*): »*S. E., Ingenieur* und *39 Jahre alt* und *aufgegriffen am Hauptbahnhof* und *ohne gültigen Fahrausweis* und *offenbar nicht im vollen Besitz seiner Geisteskräfte*« (und nicht endenwollende Ovationen) und *ich wählte diesen Mann aus für meinen ersten Menschenversuch*

III

Und *ich brachte zwei Elektroden an seinen Schläfen an* (und die wichtigsten Indikationen sind Schizophrenie und Paranoia) *und ich beschloß mit 80 Volt Wechselstrom und 0,2 Sekunden anzufangen* (und Alkoholismus und Drogensucht und Depressionen und Melancholie) und *seine Muskeln wurden steif* (und die wichtigsten Nebenwirkungen sind Gedächtnisverlust und Brechreiz und Panik) und *er bäumte sich auf* (und dies ist die typische von v. Braunmühl et el. so genannte Hampelmannstellung) *und er fiel zusammen aber ohne das Bewußtsein zu verlieren* (und die wichtigsten Komplikationen sind Schenkel-, Arm-, Kiefer- und Wirbelsäulenbrüche) *und er fing an sehr laut zu singen* (und Herzbeschwerden und innere Blutungen) und *dann wurde er still und rührte sich nicht mehr*

IV

Und *natürlich bedeutete das für mich eine starke gefühlsmäßige Belastung* (und nach Reil [1803] ist *die unschädliche Folter ein Gebot der Heilkunst*) und *ich beriet mich mit meinen Assistenten ob ich eine Pause einlegen sollte* (und nach Squire [1973] ist *unbekannt wie lange die Amnesie anhält*) und *der Mann hörte uns zu und sagte plötzlich mit lauter und feierlicher Stimme: »Tut es nicht noch einmal. Das ist der Tod.«* (und nach Sogliano [1943] kann die Behandlung *ohne Bedenken bis zu fünfmal innerhalb von zehn Minuten* wiederholt werden) und *ich gestehe, daß mir der Mut sank* (und nach Kalinow-

ski et al. [1946] sind stets *Gurte und Fesseln bereitzuhalten für den Fall daß der Patient gemeingefährlich und gewalttätig wird*) und *ich mußte mich aufraffen um diesem abergläubischen Gefühl nicht nachzugeben* (und nach Sakel et al. [1965] *fehlt es leider bisher an einer wissenschaftlichen Begründung* für den Elektroschock) und *ich nahm mich zusammen und gab ihm noch einmal einen Stoß von 110 Volt.*

V

Und seitdem klettern sie auf der geschlossenen Station in ihren Pyjamas auf die weißlackierten Eisenbetten *(und wir werden seine Pioniertat nie vergessen)* und kriegen eine Spritze verpaßt und bei Gegenwehr noch eine Spritze *(und seine Leistungen für den wissenschaftlichen Fortschritt)* und vier Wärter halten sie fest an Händen und Füßen (und *seine Schaffenslust*) und stopfen ihnen einen Gummischlauch in den Mund und stülpen ihnen die kalten Chromplatten über die Schläfen *(und seinen unstillbaren Wissensdurst)* und in den Schlachthöfen hört man kein Brüllen und Muhen und Quieken mehr (und *seinen echten Humanismus*) und dann gibt der Chef Saft (und *an einer wissenschaftlichen Begründung* hierfür *fehlt es leider* noch) und dann sind sie weg und dann wachen sie wieder auf und dann sind sie gelöscht.

Was im Lexikon steht

HAUSSMANN, Georges Eugène Baron [frz. os'man], *Paris 27. März 1809, † ebd. 12. Jan. 1891, frz. Politiker. Jurist; Präfekt von Paris (1853-70), das er während seiner Amtszeit in großzügiger Weise durch den Bau von Boulevards und Parkanlagen unter Vernichtung des mittelalterl. Stadtbildes umgestalten und modernisieren ließ. (Vgl. Walter Benjamin, *Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts*. In: *Schriften*. Frankfurt 1955.)

TAYLOR, Frederick Winslow [engl. 'teɪlə], *Germantown (heute Philadelphia-Germantown) 1856, † Philadelphia 1915, amer. Ingenieur; entwickelte das T.-System der wiss. Betriebsführung (Scientific Management). (Vgl. Alfred Sohn-Rethel, *Geistige und körperliche Arbeit*. Frankfurt 1970.)

MAREY, Etienne Jules [frz. ma'rɛ], *Beaune (Côte-d'Or) 1830, † Paris 1904, frz. Physiologe; Prof. am Collège de France; erfand versch. Registriervorrichtungen zur Erforschung physiol. Vorgänge und untersuchte die Gliederbewegungen bei Mensch und Tier durch photogr. Reihenaufnahmen. (Vgl. Siegfried Giedion, *Mechanization takes Command*. Oxford 1918.)

CERLETTI, Ugo [ital. tʃer'letti], *Conegliano bei Treviso 1877, † 1963, ital. Mediziner; Prof. in Bari, Genf und Rom; bed. Arbeiten auf den Gebieten der Neurol. und Psychiatrie, arbeitete v. a. über Epilepsie und Elektroschock. (Vgl. Thomas Szasz, ed., *The Age of Madness*. New York 1973.)

Maria-Antonietta Macciocchi
Besuch im Elfenbeinturm

Ich betrete den Hof der Universität von Cambridge, hinter einem Tor voller mittelalterlicher Wappen, gehe durch einen mächtigen Kreuzgang, steige eine Treppe hoch und finde im ersten Stock zwei nebeneinanderliegende Türen. Ein Irrtum ist ausgeschlossen, denn auf zwei Marmorplatten, fast Grabsteinen, steht eingraviert: Piero Sraffa auf der einen, Lord Adrian auf der anderen. Außerdem öffnet mir Prof. Sraffa eigenhändig die Tür: ein hochgewachsener, bleicher Mann. Ich spüre sofort, daß er Angst vor mir hat, daß er eine Falle, eine Intrige wittert; ich versuche ihn zu beruhigen. Vielleicht ist mein Name, den ich ihm am Telefon nannte, schuld an seiner Spannung? Ich rede offen: wer ich bin, was ich mache, was ich schreibe, an welchem Punkt ich mit der Partei eins, an welchem uneins bin. Er fragt mit ausdruckslosem Blick, was ich von ihm will.

»Gramsci«, antworte ich. »Ich halte eine Vorlesung an der Universität Vincennes über Gramsci, und seit Monaten möchte ich Sie kennenlernen. Sie sind Gramscis letzter Freund, Sie haben im Gefängnis mit ihm gesprochen, ihn als letzter gesehen, außer Tatiana und seinem Bruder Carlos. Für mich ist Gramsci so unglaublich präsent, eine so beherrschende Kraft, unser politisches Denken ist so stark von ihm geprägt, daß es mir sehr viel bedeutet, Sie kennenzulernen, den Menschen, der Gramsci zur Seite stand, als er in Haft war.«

Der Professor schaut mich verstört an: »Ja, ja, aber ich erinnere mich kaum . . . In welchem Jahr ist Gramsci gestorben? 1937 sagen Sie? Also vor 35 Jahren, das ist lange her, ich weiß fast nichts mehr. Ich bin sehr alt.«

Ich versuche, meine Bestürzung zu verbergen: »Ich glaube, Sie sind 1898 geboren, also noch nicht so alt . . .«

Er beharrt darauf, wie jemand, der nicht mehr von dieser Welt ist: »Ja, ich war jünger als Gramsci, glaube ich. Wann ist er geboren? Und sagen Sie doch bitte, wann kam er ins Gefängnis? 1926? Ja, also zehn Jahre Haft, das ist lang, sehr lang . . . Er hat länger gelebt, als man dachte, er war ja so krank, zehn Jahre hat er durchgehalten, wirklich außergewöhnlich lang, dank seinem Willen, seiner Geisteskraft, denn sein Körper, Sie wissen ja, war eine einzige Wunde . . .«

»Ich weiß, Sie haben ihn noch einen Monat vor seinem Tod besucht, im März.«

»Ja, aber wo? Vielmehr, sagen Sie mir, wo ist er gestorben? In Formia? In Rom? Ja, Sie haben recht, in Formia, in der Klinik Quisisana. Ich erinnere mich. 24 Polizisten hielten Wache, alle 8 Stunden 8 Polizisten, vor dem Zimmer, im Flur, an der Haustür . . . Viele, nicht wahr? Einen Tag vor seinem Tod hat Gramsci die offizielle Nachricht erhalten, daß die Wache abgezogen würde, daß er frei sei . . .«

Der Professor wiehert anhaltend und erzählt nochmal, wieviele Polizisten Gramsci umringten, ich unterbreche ihn, packe ihn am Arm, sehe ihm in die Augen und frage: »Wie ging es ihm, als er so krank war in Rom? Wußte er Bescheid über sich? War er verzweifelt, sterben zu müssen? Was hat er Ihnen gesagt?«

Er verkriecht sich in seinen großen Ledersessel, erschrocken: »Er war ruhig, gefaßt, beinah zufrieden. Er wollte nicht mehr leben, seine körperlichen und seelischen Leiden hatten ein Ende, und das Zerwürfnis mit der Partei . . .«

»Was für ein Zerwürfnis? 1967 haben Sie Spriano gesagt, daß Gramsci Ihnen eine Botschaft für die Partei gegeben hat, in der er nochmals die Parole für die verfassungsgebende Versammlung vorschlug und seine ablehnende Haltung gegenüber der ›Wende‹ von 1929, dem dogmatischen und sektiererischen Aspekt dieser Wende zum Ausdruck brachte, die ganz auf der Linie Stalins lag. Gab es noch andere Botschaften?«

»Ich weiß nicht . . . ich weiß nicht mehr genau. Was ist heute für ein Tag? Ich habe fast kein Gedächtnis mehr. Sie sind zu mir gekommen, also müssen Sie wissen, was heute für ein Tag ist . . .«

Ich insistiere, lasse mich nicht beirren: »Hat Gramsci Ihnen von einer Spannung zwischen ihm und den anderen inhaftierten Genossen erzählt, 1930-1933, wie Athos Lisa berichtet, als Gramsci in Turi war und die anderen Kommunisten ihn als Abweichler, Fraktionisten ansahen, weil er sich weigerte, passiv die Weisungen Stalins und der Internationale für diese ›Wende‹ zu akzeptieren? . . . Hat Gramsci von seiner Isolierung innerhalb des Gefängnisses gesprochen, und warum er in jener Zeit verstummte und aufhörte, mit den anderen zu reden?«

»Nein, sehen Sie, Gramsci sprach nie über Politik . . . Ich weiß nichts von Turi. Ich bin 1931 dort gewesen, nach seinem Blutsturz, aber ich durfte ihn nicht sehen« (ich merke, daß der Professor, sobald es darum geht, meine Informationen zurückzuweisen, sein Gedächtnis wiederzuerlangen scheint). »Verzeihen Sie, ich hatte Sie nach dem heutigen Datum gefragt.«

»11. Mai 1973«, sage ich etwas schroff. »Aber wollen Sie mir die Frage beantworten: wo wollte Gramsci hingehen, wenn er am Leben geblieben wäre?«

»Er wollte nach Sardinien zurück, daran erinnere ich mich, zurück in sein Haus, seine Heimat. Er sagte es mit all seiner Kraft und Hoffnung.«

»Wollte er denn kein Zentrum der Partei aufsuchen, keine Verbindung mit Togliatti und den anderen Führern aufnehmen, wie auch immer?
Entsetzt sieht mich der Professor an. Wer bin ich? Welche Geheimnisse will ich seinem Grab entreißen, bevor es sich schließt?
»... Ich weiß nicht recht, ich glaube nein, ich erinnere mich nicht, er wollte wieder lernen zu leben, nachdenken, sich informieren ... Im Gefängnis wußte er ja nichts mehr ... Zerwürfnis sagen Sie? Aber wie kann jemand sich mit etwas überwerfen, wenn er nicht mehr weiß, was vorgeht?«
»Sie sagten, Gramsci habe nicht über Politik gesprochen. Ist Ihnen nie der Gedanke gekommen, daß er vielleicht mit Ihnen nicht darüber diskutieren wollte?«
»Ich weiß nicht. Er sprach nur über Ökonomie mit mir. Er wollte kleine, alltägliche Dinge von mir wissen, in allen Einzelheiten.«
»Wurden Ihre Gespräche denn überwacht?«
»In Formia nicht. Wir sahen uns allein in seinem Zimmer, oder wir gingen spazieren. Auch in Rom konnten wir allein sprechen.«
»Wie lange waren Sie bei ihm?«
»Eine Woche, vielleicht mehr, aber ich sah ihn fast täglich. Und ich besuchte ihn vier- oder fünfmal im Jahr.«
»Und Sie hielten ihn nicht auf dem Laufenden über die Ereignisse draußen? Stellte er keine Fragen über die Sowjetunion, die Partei, Togliatti?«
Wieder überläuft den Professor ein Schauder, er versinkt in seinem Sessel:
»Über die UdSSR? Wir wußten ja so wenig, und wissen Sie, ich habe mich nie wirklich für Politik interessiert. Ich bin Ökonom.«
»Ja, ich weiß: Gramsci schrieb in einem Brief an Tatiana, daß Sie eine kritische Ricardo-Ausgabe vorbereiteten. Ich kenne Ihren Essai über die *Warenreproduktion durch die Ware*, der in keiner Bibliographie fehlt ... Aber Gramsci lebte einzig für die Politik. Kommt es Ihnen nicht merkwürdig vor, daß ein Mann wie Sie, der sich nicht für Politk interessiert, die einzige Verbindung zwischen ihm und der Außenwelt war, die einzige offizielle Verbindung zur Partei? Damals trafen Sie mit Tasca, Togliatti, Amendola zusammen, Sie informierten sie über Gramsci. Sie standen in Verbindung mit seiner Schwägerin Tatiana. Sie waren der einzige Freund, der Gramsci regelmäßig besuchte, zum ersten Mal in Mailand 1929, dann in Formia in der Klinik von Dr. Cusumano 1934/35, und schließlich in Rom in der Klinik Quisisana 1935 bis 1937.«
»Ich war Professor in Cambridge. Mit Gramsci war ich seit der Zeit des *Ordine Nuovo* befreundet, Prof. Cosmo hatte uns einander vorgestellt. Kennen Sie ihn?« (Wieder schaue ich ihn perplex an, wie sollte ich ihn kennen?) »Von Cagliari, wo ich Professor war, erhielt ich 1927 durch die Vermittlung von Salvemini einen Ruf nach Cambridge als Dozent für

Politikwissenschaft. Der Faschismus hatte einen gewissen Respekt vor mir: ich kam aus England, wo ich an der Universität Cambridge lehrte, und Sie wissen ja, der Ruf von Cambridge . . . sogar auf die Faschisten machte das Eindruck.«

»Notierten Sie nicht, was Gramsci Ihnen erzählte? Außer Tatiana, einer einfachen Frau, hat jahrelang niemand direkter mit ihm gesprochen als Sie. Und Sie machten keine Notizen, schrieben nichts auf?«

»Nein. Wissen Sie, mir graut davor, etwas zu schreiben, was nicht von Ökonomie handelt. Ich schreibe nicht einmal Artikel.«

»Und Gramscis Briefe?«

»Die habe ich alle kopiert und an die Partei geschickt. Alles,was er schrieb, sogar an seine Frau, wurde seiner Schwägerin Tatiana übergeben, die in der Sowjetischen Botschaft in Rom arbeitete. Und sie kopierte dann alles. Das Original schickte sie nach Moskau, die Kopie gab sie mir, und ich schickte die Kopie an die Partei. Dann hatte ich noch die Briefe, die Tatiana mir schrieb, um mich über seine Gesundheit zu informieren, und was er sagte. Und natürlich auch Gramscis Briefe an mich, die ich der Partei gegeben habe, damit sie veröffentlicht werden: *fast alle*.«

Dieses *fast alle* bedeutet einen gewissen Vorbehalt, aber ich fahre fort: »Also wußte Gramsci, daß nicht eine einzige Zeile von ihm unkontrolliert blieb und dreimal kopiert wurde: a) von der faschistischen Zensur im Gefängnis; b) von Tania für Moskau; c) von Ihnen für die Partei. Schwierige Bedingungen für einen Menschen, der offen reden möchte . . .«

Er wechselt das Thema: »Sehen Sie, die Faschisten interessierten sich sehr für Gramsci. Mussolini wollte eine Kopie aller seiner Briefe haben . . . Mussolini kümmerte sich persönlich um ihn . . . Alles, sogar eine Besuchsgenehmigung, ging durch seine Hände. Auch meine.«

»Nicht nur die Faschisten. Auch die andern, in Moskau und sonst, wollten kein Wort von Gramsci verlieren. Nur antwortete ihm keiner, oder?«

Er sinkt noch tiefer in seinen schützenden Sessel: »Wie hätte man ihm antworten sollen? Da war der Faschismus, und außerdem wußte er nicht mehr Bescheid, er war abgeschnitten vom Leben, vom konkreten politischen Kampf. Er fragte nach nichts mehr«, bekennt er leise.

»Und Sie, der Sie ihn sahen, Sie interessierten sich ja nicht für Politik. Sie, der Sie offiziell Verbindung mit Gramsci hatten, besonders für die Partei, Sie informierten ihn nicht über die Politik, sagten Sie?«

»Ich hatte andere Interessen, die Ökonomie, wie ich schon sagte. Natürlich las ich Zeitungen . . . Gramsci wollte alles wissen, jede Kleinigkeit. Ich versuchte, ihm alles zu berichten, bis zu den vermischten Nachrichten.«

»Aber Sie kamen doch aus einer großen europäischen Hauptstadt, London. Sie wußten viel über die politischen Ereignisse in der Welt . . . Hat Gramsci Sie nie danach gefragt?«

»Wenig, sehr wenig. Er wollte das Alltägliche wissen. Und wir diskutierten über Ökonomie. Ich bin Ökonom.«
»Aber die Partei informierten Sie über Ihre Gespräche mit Gramsci?«
»Ich glaube ja. Ich weiß nicht mehr genau. Ich kopierte die Briefe. Sicher machte ich manchmal eine Anmerkung. Und dann suchte mich jemand auf, um nach Einzelheiten unserer Gespräche zu fragen . . .«
»Meinen Sie nicht, daß Gramsci sogar ihnen gegenüber zurückhaltend war, weil er wußte, daß alles, was er sagte, auf irgendeine Weise der Partei zu Ohren käme? Oder vielleicht haben Sie vergessen, was er sagte?«
»Ja, kann sein, ich bin sehr alt, ich habe kein Gedächtnis mehr. Ich weiß nicht, wirklich, ich weiß es nicht.«
»Also kein Interesse für Politik und ohne Gedächtnis. Verzeihen Sie, objektiv sind Sie letztlich zum Tacitus von Gramsci geworden. Die Geschichte hat diesmal einen stummen Tacitus gewählt. Wieder einmal umhüllt Schweigen die Märtyrer der ›neuen Wissenschaft‹, die Apostel oder die großen revolutionären Denker. Was z. B. geschah in Lenins letzten Jahren? Die Informationen sind spärlich, Zeugen sind entweder nicht vorhanden oder stumm. Glauben Sie nicht, es wäre besser gewesen, wenn der einfachste Genosse, der schlichteste Arbeiter Notizen gemacht hätte?«
»Unmöglich. Das konnte niemand. Er wäre verhaftet worden . . .«
»Zu Ihnen dagegen hatte man Vertrauen.«
»Ich war Professor in Cambridge, wie ich schon sagte.«
»Wenn ich nicht irre, waren Sie auch der Neffe des ersten Vorsitzenden des faschistischen Kassationshofs, Mariano d'Amelio, wie Gramsci in einem Brief von 1929 schreibt, in dem er sagt, er wolle sich an Sie wenden, damit man erfahre, was aus dem Revisionsantrag geworden ist, den Terracini ein Jahr zuvor in aller Namen gestellt hatte. Haben Sie nie darüber nachgedacht? Angenommen, es bestand der Wunsch, daß es kein Zeugnis mehr über den inhaftierten Gramsci gibt. Wer hätte dieses Ziel objektiv besser erreichen können als Sie, d. h. keine Spur hinterlassen außer denen in den *Tagebüchern* und den von der Anstalt zensierten Briefen?«
»Was wollen Sie eigentlich von mir? Ich bin so alt, ich werde nicht nach Italien zurückkehren. Die Freunde sterben. Wissen Sie das? Immer ist jemand verschwunden . . . Sagen Sie, lebt Longo noch oder ist er tot? Er lebt, sagen Sie. Interessant . . . Und Gramscis Frau? So, sie lebt noch. Welch ein Charakter! Und die Kinder? Noch immer in Rußland? Sie sind inzwischen wohl richtige Russen, Sowjetfunktionäre? Und Tania, ist sie tot?«
»Ja, sie starb zwei Jahre nach Gramsci, wohl aus Kummer. Schätzten Sie Tania?«
»Sie war kein großes Licht, aber sie hat sich rührend um ihn gekümmert. Ich habe noch ihre Briefe mit den Nachrichten über Gramsci, voller orthographischer Fehler, denn sie konnte nicht gut Italienisch. Gibt es in Rom noch

das Gramsci-Institut? Was wird dort getan? Beschäftigt man sich mit Gramscis Werk in der Partei?«
»Das Institut ähnelt ein wenig einer großen Bibliothek. Es ist sehr still. Einige Wissenschaftler und Studenten bereiten dort ihre Arbeiten vor. Giarratana sitzt an der kritischen Ausgabe von Gramscis *Tagebüchern*: seit zehn Jahren arbeitet er daran. Aber Gramscis Gedanken sind nicht lebendig in der Partei, sie werden nicht diskutiert . . .«
Der Professor lacht, vielleicht wegen des Vergleichs mit einer Bibliothek, die an seine eigene erinnert?
»Die Partei hat Recht! Wie kann man Gramscis Werk an der Basis studieren? Die Partei muß sich mit den konkreten Problemen befassen« (er wollte wohl sagen: was bedeutet heute der ideologische Kampf, die theoretische Schlacht?). »Zu Gramscis Zeiten war das anders. Dann kam die sowjetische Erfahrung, die anderen sozialistischen Versuche. Der Kapitalismus wurde immer selbstsicherer, nicht nur ökonomisch. Er nistet sich in den Menschen ein. Zu Gramscis Zeiten war das anders, wie lange ist das nun schon her?«
Ich habe plötzlich eine Halluzination. Ich sehe die orthodoxen Professoren des Marxismus, in ihren Fakultäten eingeschlossen, sehr berühmt, auf ihren bequemen Lehrstühlen, in Cambridge oder Paris, in ihren stillen Wohnungen voller Bücher, weit ab vom Lärm der Massen, der »Roheit« des Menschen, der ums Leben kämpft. Eingesperrt in hohen Elfenbeintürmen, kostbare Geister aus Jade.
Wenn nun in einiger Zeit eine Epoche beginnen würde, in der der Marxismus vergessen wäre und wir alle, unschuldig, das Gedächtnis verloren hätten; und wenn die großen Marxisten, die Champions der Theorie, auf die Frage nach der Wissenschaft, die als einzig revolutionäre Theorie unser Jahrhundert beherrschte, stotternd antworten würden: »Ja, ja, es gab eine Zeit, wo von Martismolismus gesprochen wurde. Nein, verzeihen Sie, Marxilist . . . oder Lenmarxist? Es ist so lange her, wer kann sich da noch erinnern? Sie sagen: Marxist-Leninist? Ja, kann sein. Und dieser Lao-tsu, nein, Tung, Lao Tsu-tung vielleicht? Wohl eher Mao-Tse . . ., helfen Sie mir«, würde er sagen, »ich glaube Kultur in der Revolution oder, wenn Sie darauf bestehen, Kulturrevolution . . .«
In dieser Epoche würde kein Theoretiker mehr irgend etwas wissen: erinnerungslos, unter Büchern vergraben, gleich alten Säuglingen, mit weißen Haaren geboren. Weder die Häupter der revolutionären Parteien noch die Spezialisten könnten die Theorie rekonstruieren, denn sie hätten das Gedächtnis verloren und die Begriffe wären versteinert.
Die Szene wechselt. Der Professor lädt mich zum Mittagessen in der Mensa von Cambridge ein. Ein mittelalterlicher Saal mit gotischen Fenstern, massiven Eichentischen, vorn die Professoren, hinten die Studenten, durch eine Barriere getrennt. Die *fellows* sind allesamt altersschwach. Mein Nachbar zur

Linken ähnelt einem riesigen Ochsen, dem man auf den Schädel geschlagen hat; über seinem Teller zusammengesunken. Er trägt Wollhandschuhe, aus denen blau angelaufene, geschwollene Fingerstummel wachsen. Die Suppe tropft von seinem Kinn, das ihm wie ein Stein auf der Brust liegt. Er sieht und hört nichts, kaut nur.

»Sehen Sie Ihren Nachbarn zur Linken? Ein berühmter Historiker«, flüstert mir Sraffa zu. »Er ist 92 Jahre, schon ziemlich alt . . .«

Niemand grüßt oder spricht. Die großen Berühmtheiten von Cambridge, schrumplig und vertrocknet, scheinen alle an ihre stumme Rolle als große Intellektuelle gekettet zu sein. Es sind Denkmäler, konserviert, und als solche zu besichtigen. Sie leben in der Erwartung, vom Grab der Universität ins Friedhofsgrab überzuwechseln, sich dieser zeitlosen Würde bewußt. Sie betrachten mich mit einer Neugier, die sofort von Verdruß erstickt wird. Wer ist diese Frau? Eine Fraauu! Doch gleich schlaffen sie wieder ab und fallen in ihre Leere zurück, wie Steine ins Nichts.

Ich frage Sraffa: »Sprechen Sie miteinander?«

»O ja, das kommt manchmal vor«, antwortet er etwas lebhafter. »Lord Adrian, mein Nachbar und Nobelpreisträger, grüßt mich immer, wenn wir uns im Flur begegnen . . . Jeder von uns hat sein Appartement, aber wir besuchen uns nicht. Wir sehen uns hier, bei den Mahlzeiten, im Lesesaal oder im Garten. Jeder hat ein paar Freunde . . .«

Doch hier bei Tisch stecken die ehrwürdigen Professoren ihre Nase in den Teller, sehen nichts und tun nichts. Und wenn sie nicht kauen würden, könnte man sie für Schreckgespenster halten, von Hieronymus Bosch erfunden. Es sind die großen Geister der bürgerlichen Kultur im ältesten kapitalistischen Land Europas. Plötzlich fällt hinten bei den Studenten ein Stapel Teller zu Boden – als wäre hier, unter dem Gewölbe, eine Bombe explodiert. Die Professoren regen sich, werden unruhig, drehen sich gar um und murmeln ihre Mißbilligung, ihre Verachtung ob solchen Getöses.

Die am wenigsten vom Alter Gebeugten erheben sich und bedienen sich am Büffet. Man wählt zwischen Suppe und Vorspeise, Schmorbraten und Fischbrühe, Röstkartoffeln und Salat. Die Professoren stochern lange und beflissen, um das beste Stück zu erwischen. Mir schmeckt alles gleich fade. Nicht so Piero Sraffa, der mir verkündet, das Essen der Professoren sei besser und reichhaltiger als das der Studenten . . .

Dann gehen wir in den Salon und trinken Kaffee, eine stille Kapelle mit braunen Ledersesseln. Uralte Professoren schlafen über ihrer Zeitung. Wir setzen uns auf das Sofa. Die Professoren erwachen aus ihrem Mumienschlaf und sehen mich schockiert an. Im Trinity-College hat es noch nie eine Professorin oder eine Studentin gegeben. Wie kann ich es wagen, ihre Ruhe zu stören! Ich werde etwas nervös. Ich fühle mich sehr jung, aber auch wie tot. Ein totes Kind.

»Gehen wir hinaus«? frage ich.
»Darf ich Ihnen den Garten zeigen? Jedes College hat seinen Privatgarten, zu dem nur die Professoren Zutritt haben. Wir können den Rasen betreten. Früher durften die Studenten überhaupt nicht in den Garten. Kürzlich haben sie die Genehmigung erhalten, ihn in den Morgenstunden zu betreten . . . Aber in den Morgenstunden, da liegen die Vorlesungen . . .«
Der Professor kichert über diesen Witz, als sei er sehr zufrieden, daß die jungen Leute noch immer keinen Fuß in den Garten und noch weniger auf den Rasen setzen können. Ein zauberhafter Park, grünes, weiches Gras, Magnolien, Mandelbäume, Kirschbäume in voller Blüte, eine herrliche Natur entfaltet sich hier neben der riesigen Universitätsgruft . . . Ich möchte laufen, atemlos, weit weg von hier . . .
»Sagen Sie«, unterbricht Sraffa, »in welchem Monat sind wir? So, im Mai. Warum blühen dann die Rosen noch nicht? Ja, ja, die Freunde sterben. Ich kehre nicht mehr nach Italien zurück, ich bin zu alt. Ich habe keine neuen Freunde. Anders als die Blumen im Garten.«
Gramsci ist weit. Hat es ihn je gegeben? Von wann bis wann? Ich habe Angst, daß der Professor mich weiter ausfragt, um sich zu vergewissern, ob alles wahr ist. Oder tut er nur so? Der Wahn ist so absurd, daß er der höchsten Verstellung gleichkommen könnte. Sich kein einziges Wort entreißen lassen, bis zum Grab. Wie ein Geldschrank sein, den ein Schweißgerät auf die Probe stellt. Jede Erinnerung an Gramsci ins Jenseits mitnehmen. Um ihn herum, solange man lebt, ein zweites Gefängnis bauen mit undurchdringlichen Mauern. Wir gehen in seine Wohnung zurück, auf dem Flur steht eine Flasche Milch, das einzige Lebenszeichen, das auf die Anwesenheit von Lord Adrian, Nobelpreisträger, hinweist. Seufzend eröffnet mir der Professor, in seinem Sessel vergraben: »Wissen Sie, ich habe noch Briefe von Gramsci . . . Möchten Sie sie sehen?«
»Natürlich, ich wäre sehr froh . . . Ich wollte Sie vorhin nicht unterbrechen . . . Haben Sie sie wirklich?«
Er belebt sich, lächelt schüchtern. Dann schnappt die Feder ein, und er macht mir, nun selbstsicher, den Vorschlag, sie gemeinsam zu suchen. »Sicher habe ich sie. Die Frage ist nur, wo. Helfen Sie mir suchen!«
Draußen verdunkelt sich der Londoner Himmel. Nebel. Es ist Sonntag. Langweilt sich der Professor, will er wirklich die Briefe suchen, so wie er Bridge spielen würde? Die absurde Komödie beginnt: kalt, warm, heiß – vielleicht hier, vielleicht dort . . . Ich steige auf Stühle, wühle in Schubladen und Schachteln, die der Professor mir zeigt. Nichts. Keine Spur von Gramsci.
»Die Schachtel da oben! Es steht ein I darauf. Wieso ein I? Was heißt das? Geben Sie sie mir. Ja natürlich, die Internationale. Und die mit dem L? Was soll das L heißen?«

»Vielleicht Lenin«, sage ich, als ich glaube, das Spiel durchschaut zu haben.
»Und M?«
»Marx«, sage ich. In diesen Schachteln hat er die seltenen Erstausgaben der politischen Schriften gesammelt, kleine Werke, Flugblätter, Raritäten für ein Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung. Wir finden einen vergilbten Prospekt von 1871 über das Treffen, das in London anläßlich der Pariser Kommune stattgefunden hat. Unter den »englischen Rednern« befindet sich ein gewisser Dr. Karl Marx.
»Haben Sie gesehen, der einzige mit Doktortitel. Sicher hatten die anderen überhaupt keinen. Nur er war Doktor.«
Ich stelle M auf seinen Platz zurück. Wir suchen weiter. Ich bin verloren, in dieses Blindekuh-Spiel für Greise verstrickt. Ich weiß nicht, was tun. Das Netz, in dem er mich gefangen hat, gehört zur schwarzen Magie. Immer wieder schaue ich auf die Uhr. Plötzlich sage ich:
»Es ist drei Uhr. Ich muß gehen. Ich habe noch eine Verabredung.«
Aber er ist hartnäckig, freundlich. Er sagt, wir hätten noch Zeit und sollten weiter nach »Gramscis Briefen« suchen. Meine Anwesenheit ist ihm nützlich. Wir gehen in sein Schlafzimmer und sehen unter dem Bett nach, im Nachttisch, in einer Schublade . . . Wir finden nur Schachteln mit Medikamenten. Er rutscht auf den Knien. Er tut mir leid. Ich habe Angst, daß er nicht mehr aufstehen kann. Auch ich knie nieder, verzweifelt, in den Fängen dieses wahnwitzigen Spiels. Auf allen Vieren suchen wir nach der »Schachtel« mit Gramscis Briefen.
»Eines Tages werde ich sie finden«, sagt er zuversichtlich. »Ich habe kein Gedächtnis mehr. Ich weiß nicht, wo ich sie hingetan habe. Aber ich werde sie finden, und sei es nur, um sie jemand zu schenken. Und wem? Was meinen Sie?«
»Dem Gramsci-Institut«, sage ich sofort.
»Ja, daran habe ich auch schon gedacht. Aber erst muß ich sie finden. Sonst wird man sie verbrennen, wenn ich tot bin. Keiner hier in Cambridge interessiert sich für Gramsci. Sie sagen, in Frankreich besteht ein gewisses Interesse für ihn? Seltsam . . . Ja, die Briefe . . . Geben Sie mir Ihre Adresse, sobald ich sie gefunden habe, schreibe ich Ihnen.«
Der alte Mann lächelt höflich, schreibt meinen schwierigen Namen korrekt in sein Notizbuch. Obwohl ich den Verdacht habe, daß er sich über mich lustig macht, gebe ich ihm meine Adresse in Rom und Paris und spiele mit:
»Ja, rufen Sie mich an, wenn Sie sie gefunden haben . . .«
»Ja, sofort. Aber bitte, nochmal, was haben wir heute für ein Datum?«
»Ich weiß nicht mehr . . . Keine Ahnung. Es ist drei Uhr. Ich habe eine Verabredung. Ich werde erwartet. Ich danke Ihnen für Ihre Gastfreundschaft . . .«
Und ich renne zum Ausgang.

Die schwere Eichentür, die Marmorplatte: Piero Sraffa. Es kommt mir vor, als sei nicht Gramsci, sondern er seit 35 Jahren verschwunden. Cambridge: ein Kulturmuseum, voll ehrwürdiger Fantome, die keinen Kontakt mehr zum Leben haben, d. h. zu den Massen, zum Volk, zum Gesindel. Die Kultur von Cambridge ist von den Menschen weiter entfernt als der Planet Mars von der Erde. Lichtjahre trennen die leblosen Mumien des Trinity von den Besuchern, die scharenweise in Bussen kommen, um hier zu fotografieren und die »hehre Kultur von Cambridge« als Souvenir mit heimzunehmen. Keiner weiß, daß hinter diesen Mauern nur Geister irren. Außer mir. Und deshalb muß ich reden – für alle Kämpfer, die nicht wissen, daß der letzte Gefährte von Gramsci ein berühmter Professor von Cambridge war . . .
(10 Tage nach dieser Unterhaltung ist Prof. Sraffa doch nach Rom »zurückgekehrt«. Er ist zum Gramsci-Institut gegangen und hat dem Leiter von meinem Besuch in Cambridge berichtet und von *meiner Suche* nach Gramscis Briefen . . . »Er hat dich reingelegt«, sagt ein Genosse, der im Institut arbeitet.)

Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer

Klaus Stiller
Traumberufe

Bei den sogenannten Traumberufen ist Vorsicht geboten. Mancher verfehlt seinen Beruf, weil er aus Versehen nur den Traum ergreift.

Flugzeugentführer

Braungebrannte Flugzeugentführer scheinen nach wie vor verlockende Leitbilder zu sein. Sie haben ein tolles Image: kühne, harte Männer, die irgendwann aus dem Nichts auftauchen, um Schlagzeilen zu machen, über den Wolken ebenso zu Hause wie irgendwo im Untergrund.
Jedoch, wer Flugzeugentführer werden will, sollte sich weniger für das schillernde Image als für den schwierigen Einstieg ins Cockpit interessieren. Flugzeugentführung ist kein Abenteuer mehr, sondern eine planmäßig funktionierende Abteilung der hohen Politik. Flugzeugentführer haben störungsfrei zu arbeiten wie gut geölte Maschinen. Nur keine Draufgänger!
»Was wir brauchen«, sagte ein altbewährter Flugzeugentführer schelmisch, »sind Leute von optimaler Mittelmäßigkeit, belastbar wie Stahl, ausgeglichen wie ein vorbildlicher Etat und zuverlässig wie die Pille«. – Im offiziellen Klartext heißt das: hochqualifizierte Spezialisten, die sich mit sachlicher und realistischer Einstellung einer strengen äußeren und inneren Disziplin unterstellen. Übrigens sind auch Frauen oft glänzende Flugzeugentführer: also kein ausgesprochener Männerberuf.
Man weiß, daß die modernen Großflugzeuge »fast von allein« fliegen. Der Flugzeugentführer sitzt zunächst als Passagier inmitten anderer Reisender und Touristen. Diese Tätigkeit erfordert aber nur einen Teil dessen, was der Flugzeugentführer an Kenntnissen und Fähigkeiten mitbringen muß. Den Rest braucht er erst dann, wenn es »drauf ankommt«.
Der Flugzeugentführer B. schreibt darüber: »Gewisse profunde theoretische Erkenntnisse sind unerläßlich, um das komplexe System jederzeit zu durchschauen und zu beherrschen. Diese Vorarbeit schlummert dann sozusagen als latente Energie im Flugzeugentführer, der scheinbar nichtstuend hinter seiner Schwimmweste sitzt.« – Ein Beruf also, in dem man das System durchschauen muß, trotz der großen weiten Welt . . .
Was nüchterne junge Leute heute an der Sache reizt, ist dreierlei: Erstens das Umdirigieren einer großen, komplizierten Maschine (aus dem gleichen Grund wollten früher kleine Jungen Rangiermeister werden); zweitens die phantastische Mobilität des Arbeitsplatzes (morgens Frankfurt, abends Kuba); drittens das Verdienst um die Sache und das damit verbundene Sozialprestige unter Kollegen.
Die »Marktlage« für Flugzeugentführer ist gegenwärtig schlecht. Die ver-

schärften Kontrollen auf den Flughäfen haben viele Flugzeugentführer arbeitslos gemacht. Flugzeugentführer zu werden, bedeutet aber nicht zwangsläufig, Linienmaschinen umzuleiten. Auch kleinere Maschinen wollen entführt sein. Für welchen Arbeitgeber, für welchen Flugzeugtyp, für welche Fluggesellschaft sich ein Flugzeugentführer entscheidet, hängt nicht allein vom Stellenmarkt und vom Stadium seiner Ausbildung ab, sondern weitgehend auch von seiner Mentalität.
Dem, der partout entführen will, bieten sich viele Möglichkeiten – es muß nicht immer Boeing sein. Die Flugzeuge unter dem Himmel werden sich weiterhin vermehren. Ja, auf lange Sicht sind die Chancen günstig. Und wer die aus alten Tagen überkommene Sehnsucht nach Flugzeugentführung in sich hat (die gibt es ja wohl noch), der läßt sich sowieso von einer augenblicklichen Flaute nicht abschrecken.

Bankräuber

Die Zahl der Bankräuber in der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren etwa achtmal so stark gestiegen wie die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft. Allein daran läßt sich ablesen, daß die Leistungen, die von dieser Branche erbracht werden, eine immer größere Bedeutung erlangt haben.
Heute hat praktisch jeder Arbeitnehmer den heimlichen Wunsch, einmal im Leben den großen Coup zu landen und auf einen Schlag an das ganz große Geld heranzukommen. Deshalb ist es auch viel stärker als früher üblich geworden, per Bankraub ins Geldgeschäft einzusteigen. Auch in Zukunft dürfte diese Tendenz weiter ansteigen. Dafür gibt es viele Hinweise: die mit steigenden Preisen abnehmende Kaufkraft und damit eine größere Bedeutung aller Fragen der Vermögensbildung, der steigende Welthandel und damit ein noch verlockenderes Warenangebot und nicht zuletzt die massentouristisch geweckte Reiselust in immer fernere Länder und Klimata. Dies alles übersteigt schon heute vielfach die Möglichkeiten der Lohntüte des kleinen Mannes.
Unter den Bankräubern haben, wie letzte Zählungen ergeben haben, die Nachwuchskräfte einen überdurchschnittlichen Anteil. Das liegt nicht zuletzt auch daran, daß die Berufsausübung als Bankräuber auch gerne als »Sprungbrett« für Tätigkeiten in anderen Branchen gewählt wird, ganz abgesehen davon, daß in einer im Wachsen begriffenen Branche die Aufstiegschancen für die dort Tätigen ohnehin besser als anderswo sind.
Bankraub ist eine öffentlich viel beachtete Tätigkeit. Zu diesem Weg entschließen sich meist junge Leute aller Ausbildungsgrade, selbst Abiturienten. Die Ausbildungsdauer ist vergleichsweise kurz, oft beträgt sie nur Tage, manchmal Stunden. Sie steht oft in umgekehrtem Verhältnis zur Qualität der

jeweiligen Schulbildung. Als berufliche Voraussetzungen werden erwartet: ein praktischer Sinn, Unkompliziertheit, Initiative und Schnelligkeit. Dagegen ist ein besonderes Verhältnis zu Zahlen weit weniger erforderlich, als vielfach angenommen wird. Auch entbindet die jetzt weitgehende Automatisierung des Betriebsablaufes heute von früher durchaus üblichen und nicht gerade geschätzten Arbeiten wie: Durchbohren von Zwischendecken oder langwieriges Aufschweißen von Panzerschränken. An die Stelle solcher mechanischer Arbeiten sind heute Aufgaben getreten, die »kundennäher«, weil wirklichkeitsbezogen sind. Der Bankräuber muß sich heute, wie in der Berufsausbildung Erfahrene es sehen, gerade auch als Autoknacker, Geiselnehmer und Scharfschütze betrachten.

Die Ausbildung zum Bankräuber ist gesetzlich nicht geregelt, wenngleich das Gesetz dieser Arbeit beträchtliche Aufmerksamkeit schenkt. Nach Abschluß der Berufsausbildung beginnt der neugebackene Bankräuber mit einem seiner Geschicklichkeit und seinem Glück entsprechenden Anfangsgehalt. Nach entsprechender Erfahrung und bei regelmäßiger Berufsausübung kann er leicht auf sechsstellige Summen kommen. Die Gehaltsentwicklung hängt aber sehr stark davon ab, wieviel Eigeninitiative der Bankräuber aufbringt. Ähnlich den Abgeordneten der Parlamente bezahlt auch er keine direkten Steuern. Spätestens nach acht bis zehn Berufsjahren entscheidet es sich auch, ob er eine mehr oder weniger unabhängige Stellung erreicht, das heißt: vom Kapitalertrag leben kann. Das Einkommen richtet sich dann nach den bekannten Regeln der freien Wirtschaft und kann für in führende Stellungen aufgestiegene ehemalige Bankräuber entsprechende Höhen erreichen.

»Praktiker« und »Akademiker« geraten auch in diesem Beruf gelegentlich in eine Frontstellung gegeneinander. Allgemein kann auch hier nicht entschieden werden, welche Personengruppe die geeignetere ist, weil dies von der Persönlichkeit viel stärker abhängt als vom Ausbildungsweg. So finden wir bis hinauf in allerhöchste Positionen sowohl »gelernte« wie auch akademisch ausgebildete Bankräuber. Die Einkommen sind je nach Leistung sowie Tätigkeitsfeld und Tätigkeitsort so verschieden, daß allgemein gültige Angaben nicht möglich sind.

Die breite Palette des Bankraubs bringt es mit sich, daß für vielerlei Begabungen Betätigungsfelder angeboten werden können. Bankräuber, die zum Beispiel im Autodiebstahl-Bereich tätig sind, brauchen nicht unbedingt einen »Riecher« für die großen Banknoten. So viel läßt sich aber mit Gewißheit sagen: Ein Bankräuber ohne Gespür für sich nähernde Polizei dürfte wenig Freude an seiner Tätigkeit haben. Sprachtalentierten Bankräubern bietet nicht nur das Auslandsgeschäft, sondern auch oftmals eine weiterführende Tätigkeit im Ausland eine besondere Verdienstmöglichkeit. Der Wechsel vom Bankraub in eine andere Branche ist gar nicht so selten.

Manch ehemaliger Bankräuber hat sich selbständig gemacht. Aber nur ganzwenigen gelingt es, selber Bankier zu werden. Diese erfordert einen zu großen finanziellen Hintergrund.

Warenhausdieb

Wenn heute von Beute die Rede ist, denken die meisten Leute an Krieg. Noch immer halten sich Überreste törichter Vorurteile aus jener Zeit, in der es kaiserlichen Marineoffizieren verboten war, in Uniform ein Warenhaus zu betreten. Inzwischen dürfen Bundeswehrsoldaten jeder Waffengattung wie jeder andere Bürger auch unbehelligt durch Warenhäuser strolchen. Organisieren ist friedlicher geworden.

Der totale Import fremdländischer Erzeugnisse hat dem Einzelhandel zunehmend Gewicht verliehen. Er spielt Vermittler zwischen einem unübersehbaren Angebot aus aller Herren Länder und den immer anspruchsvoller werdenden Dieben. Er entscheidet mit, was ausgestellt und angeboten wird. Längst haben im Handel moderne Organisationsmethoden Einzug gehalten. Die Warenhausdiebe sagen heute von sich selbst, sie produzierten das Wichtigste, was es gebe: Angebot aus Nachfrage.

So muß jeder Warenhausdieb – bildlich gesprochen – mit einer Spezialantenne auf die sich schnell wandelnden Verkaufsgewohnheiten der Händler reagieren und die empfangenen Impulse umsetzen.

Besonders in Großunternehmen wie den Warenhäusern bieten sich heute für abenteuerlich gesinnte Menschen gute Chancen, schnell zu etwas zu kommen. Anders als in der Industrie bestehen im Handel noch unkonventionelle Enteignungsmöglichkeiten. Zahlreiche Wirtschaftsverbrecher – Spitzenverdiener unter den Dieben – haben als Warenhausdiebe angefangen. Solche Karrieren gelingen freilich nur wenigen. Aber vielen tausend jungen Leuten ist der Sprung in die mittlere und obere Diebesgesellschaft gelungen. Sie können mit 21 oder 22 Jahren bereits Waren im Gegenwert von 40 000 DM und mehr im Jahr organisieren.

Die Warenhäuser mit ihrem freien Zugang sind besonders für Abiturienten eine Alternative zu den Universitäten mit ihrer Studienplatzbeschränkung (numerus clausus) geworden. Da einerseits das traditionelle Proletariat immer mehr verbürgerlicht, d. h. eigentumsbewußt wird, andrerseits in den Warenhäusern die Anforderungen an das clevere Organisationstalent laufend wachsen, betätigen sich mehr und mehr Abiturienten als Warenhausdiebe. Die Abiturienten brauchen in Warenhäusern eine spätere Konkurrenz von Hochschulabolventen nicht zu fürchten. Auch diese müssen beim Organisieren erst die grundlegenden Erfahrungen im Umgehen des Verkaufspersonals machen.

Der Abiturient erreicht daher schneller einen Vorsprung als der Akademiker

ohne praktische Erfahrung. Der Aneignungsrückstand eines Akademikers bis zum 30. Lebensjahr (ganz zu schweigen von den Ausbildungskosten) ist selten noch aufzuholen. Allerdings strömen auch in die Warenhäuser immer mehr akademisch vorgebildete Warenhausdiebe. Sie müssen jedoch ebenfalls erst »Fronterfahrung« sammeln. So bleibt ihr Anteil klein.
Die Warenhäuser bieten vor allem Frauen ein ideales Betätigungsfeld. 80 Prozent des Warenhausdiebstahls wird von Frauen organisiert. Allerdings steht Diebinnen nur bei extremer Kaltblütigkeit der Weg zu Spitzeneinnahmen offen.
Die Organisationsmethode ist von Warenhaus zu Warenhaus verschieden. Berufsausbildungsexperten raten daher, sich in möglichst vielen Geschäften umzusehen und das jeweilige Warenangebot, die Entwend-, aber auch die Verduftchancen genau zu studieren.
Der Warenhausdieb ist die empfindlichste Nahtstelle zwischen dem fest beschäftigten Personal und dem kauflustigen Publikum. Da Unternehmen wie Warenhäuser vor allem auf dem gegenseitigen Einverständnis dieser beiden Gruppen beruhen, muß der Warenhausdieb die hohe Kunst der Menschenbeobachtung beherrschen und eine spezielle Fingerfertigkeit besitzen. Hobbyzauberer sind auch hier im Vorteil.
Die Stellung als Warenhausdieb im Organisieren entspricht im Grunde genommen der eines Pioniers im Stellungskrieg. Spitzenkräfte lenken leicht bis zu hundert Verkäufer ab. Sie steuern die Aufmerksamkeit des Publikums und disponieren ihr Organisieren je nach den Positionen der versteckt angebrachten Fernsehkameras. Besonders müssen sie dabei Gebrauchs- und Tauschwert der angebotenen Waren abschätzen und die Kontrollintensität am jeweiligen Arbeitsplatz wittern können. Noch immer arbeiten die meisten Warenhausdiebe selbstverantwortlich, doch kann man sagen, daß sich gerade in diesem Beruf die sogenannte Teamarbeit besonders bezahlt macht.
Was sich in dieser Branche für Aufstiegsmöglichkeiten bieten, konnte dieser kleine Überblick nur andeuten. Jedenfalls ist der Weg des Warenhausdiebs nicht im Sinn einer Beamtenlaufbahn vorausplanbar. Denn in wenigen Berufen ist die eigene Leistung so entscheidend wie in diesem.

Sympathisant

Kein Beruf hat in letzter Zeit so viel öffentliche Anerkennung gefunden wie der des Sympathisanten. Volljuristen und Journalisten, Systemanalytiker und Berufspolitiker aller Schattierungen wetteifern gemeinsam, jenes von der allgemeinen Wohlstandswelle noch kaum erfaßte Gewerbe so weit aufzuwerten, daß der vollen Eingliederung in unseren Verfassungstaat nichts mehr im Wege steht. Dahinter verbirgt sich die Absicht, dem Sympathisanten insgesamt bessere, d. h. transparentere Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

»Heraus aus der Dachkammer, hinein ins Licht des freien Marktes!« lautet die Parole. Mit anderen Worten: Die Sympathisanten werden aufgefordert, ihre keineswegs alltägliche Ware – die Sympathie – künftig dem ehernen Grundgesetz von Angebot und Nachfrage zu unterstellen.
Die großangelegte Werbekampagne für den lange Zeit unbeachtet gebliebenen Berufsstand stößt freilich auf ein in der Sache selbst verborgenes Hindernis: Die meisten Sympathisanten weigern sich hartnäckig, ihre Ware zu verkaufen. Sie gehn davon aus, daß Sympathie eine ganz besondere Ware sei, nicht vergleichbar etwa Kartoffeln oder Schnittlauch, und wünschen sich daher für ihr ideelles Produkt eine spezielle Kundschaft. Glauben sie diese Kundschaft dann irgendwo entdeckt zu haben, lassen sie sich oftmals dazu verleiten, besagte Sympathie einfach . . . herzuschenken. Von diesem ungewöhnlichen und keineswegs marktkonformen Verhalten lassen sie sich auch nicht durch grandiose Bestechungssummen abbringen, die der am Kauf der antiquarisch wertvollen Sympathie so interessierte Geldadel durch seine Agenten auf die sogenannte »Sympathisantenszene« zu bringen sucht, in der Absicht, Randfiguren wie Protagonisten jenes Berufsstandes zu korrumpieren und damit für den Markt zu gewinnen.
Was muß einer tun, um Sympathisant zu werden? Welche Ausbildung durchläuft er? Welche Aufstiegschancen winken?
Solche Fragen werden immer wieder gerne gestellt, obgleich ihre Beantwortung vergleichsweise banal erscheint. Denn Sympathisant wird man im Normalfall, ohne daß ein besonderer persönlicher Willensakt vorausgegangen sein muß.
Gleichwohl hat das sogenannte Vorleben des Sympathisanten oftmals entscheidenden Einfluß auf seine Karriere. In diesem Zusammenhang verdienen die über das Christentum zum Sympathisantentum gestoßenen Personen besondere Beachtung, da sie – vielleicht vom radikalen Anspruch der Nächstenliebe überanstrengt oder von der zu langsamen Verwirklichung dieses Hauptgebots enttäuscht – endlich wie ein Stein im Wasser in der viel diesseitigeren und weniger aufwendigen Sympathie untertauchen.
Eine weitere Kategorie bilden die – von hoher und höchster Warte aus – ernannten Sympathisanten, die selbst ihre Mitgliedschaft vielfach erst nach geraumer Zeit über die Medien erfahren, wenn nicht zufällig vorher eine Abordnung von Staatsbeamten in aller Herrgottsfrüh in die Wohnung des durch so viel Aufmerksamkeit meist überraschten Mitbürgers gestürmt ist, um mit militärischen Ehren diesem die Ernennungsurkunde zum staatlich anerkannten Sympathisanten persönlich zu überreichen.
Allgemein gilt: Die Zahl der Anwärter für diesen ebenso geschätzten wie außergewöhnlichen, wenngleich gefahrvollen Beruf steigt mit der Publicity, die für ihn heute allenthalben erzeugt wird.

Ästhetik und Kommunikation

Jahresplan

19

Kulturrevolution in der Sowjetunion
Ästhetik der Kritischen Theorie
Kunst im Dritten Reich

Kultur und sozialistische Planwirtschaft
Revolution und Kultur
Ästhetik der Kritischen Theorie
Ausstellungsbericht Kunst im Dritten Reich
Ästhetische Praxis des Faschismus

Mitarbeiter u.a.: Eckart Gillen, Arwed Gorella, Gernot Erler, H. Günther/K. Hielscher, Olav Münzberg, Dietrich Grünewald, Bredekamp/Verspohl, Wolfgang Kunde

20

Visuelle Kommunikation – Kritik und Weiterarbeit

Didaktik und Psychologie
Schichtspezifische Wahrnehmung
Phantasie
Gegenständliche Tätigkeit im Aneignungskonzept (Holzkamp-Diskussion)
Ein Vormittag in der Hauptschule
Medienpädagogik

Mitarbeiter u.a.: Helmut Hartwig, Dieter Hoffmann-Axthelm, Joachim Paech, Jörg Richard, Projektgruppe Kinderfilm, Karl-Heinz Menzen, Gunter Herzog
Red.-Schluß: 15.4.75

21

Marxismus und Kulturgeschichte

Sozialdemokratische Kulturgeschichte: Eduard Fuchs
Kulturtheorie und Kulturgeschichte in der DDR
Entstehung und Auflösung bürgerlicher Kulturgeschichte
Anfänge der bürgerlichen Mode
Unterrichtsmodell: Mode
Proletarische und bürgerliche Frauenemanzipation
Karikatur in der 1848er Revolution

Mitarbeiter u.a.: Gerhard Göbel, P. Gorsen/S. Bovenschen, Luciana Zingarelli, Heinrich Dilly, Bertold Hinz, S. Lang/H. Kommer, H. Gaßner/E. Gillen, Eberhard Knödler-Bunte
Red.-Schluß: 15.6.75

22

Schulversuche in der BRD

Glocksee-Schule – Ein Schulversuch in Hannover: Tagesberichte, Planung, Perspektiven, theoretische Ansätze
Selbstregulierung des Lernens
Grundschulversuch in München
Lernen in der Institution Schule
Medien: Produktionsbedingungen, Rezeption, Öffentlichkeit

Mitarbeiter u.a.: Projektgruppe Glocksee-Schule, Oskar Negt, Horst Holzer, Utz Maas
Red.-Schluß: 15.9.75

Scriptor Verlag
6242 Kronberg/Ts.
Schreyerstraße 2

Trikont 8 München 80
Josephsburgstraße 16

Lieder aus dem chilenischen Widerstand:

MIR

WER KOMMT MIT MIR ?

Von der Gruppe „Karaxu" werden Texte des MIR gesungen. Die Platte ist in Frankreich bereits erschienen und wird von der ‚Chile-Dokumentation' für Deutschland neu herausgebracht.
Die Übersetzung der Texte will Wolf Biermann übernehmen.

Best.Nr. L 43 DM 18.--

Lieder der nordamerikanischen Indianer

gesungen von Willie Dunn
Herausgegeben von der größten amerikanischen Indianerzeitung Akwesasne Notes.

Ballad of Crowfoot/School Days/I Pity the Country/Louis Riel/Cree Grass Dance Song/Crazy Horse/The Carver/Hey there Broker/O Canada.

Lieder über das Leben, die Kultur, die Ausrottung, den Freiheitskampf, die Geschichte der Indianer.

Best.Nr. L 47 DM 22.--

TON STEINE SCHERBEN

Politrock

DIE NEUE DOPPEL—LP VON DEN SCHERBEN

Lange nichts gehört von uns. Mai-Juni gibts 'ne neue und letzte Platte. In 12 Songs erzählen wir eine Geschichte, die handelt von heute, von gestern und von morgen.
Samstagnachmittag/Komm an Bord/ Guten Morgen/Nimm den Hammer/ Ich geh weg/Halt Dich an Deiner Liebe fest/Durch die Wüste/Land in Sicht/ Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten/Steig ein/Wir sind im Licht/Heute Nacht.

Doppel-LP, Best.Nr. L 49 ca. DM 25.--

Wir ziehen um. Damit es keine Mißverständnisse und Verzögerungen gibt, nur über Trikont bestellen !!

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Lieder aus der Knastgesellschaft

David Corner hat die meisten Lieder, die er singt, selbstgemacht. Er hat 20 Jahre seines Lebens in Erziehungsheimen und Knast verbracht. Heute ist er 26 und lebt in Frankfurt.
„Der einzige, mit dem ich in meiner Einzelzelle reden konnte, war meine Musik. Auf dieser Platte möchte ich versuchen, zu zeigen, was ein Mensch fühlt, dem man die Freiheit nimmt."
Gesungen in deutsch und englisch.
Im Heim/Gitter/Im bunten Haufen der Kriminellen/Lady Justice/Mr. Policeman u.v.a.

Best. Nr. L 44 DM 18.–

ilv leske republik

Materialien zum Vormärz

Die Reihe „ilv leske republik" erscheint als Co-Produktion der informationspresse-c. w. leske und der Europäischen Verlagsanstalt

Deutsches Bürgerbuch für 1845

Neu herausgegeben von Rolf Schloesser
Eingeleitet von Hans Pelger
Mit einem Vorwort von Walter Dirks
ca. 420 Seiten, kartoniert 28,– DM

Das „Deutsche Bürgerbuch für 1845", erstmals herausgegeben im Dezember 1844 von Hermann Püttmann, wird jetzt nach 130 Jahren wieder als Reprint vorgelegt. Es enthält Beiträge von Friedrich Engels, Moses Heß, Georg Weerth, Karl Grün, Karl Heinzen, Ferdinand Freiligrath und anderen.

Georg Weerth
Vergessene Texte

Werkauswahl – Band I
Herausgegeben von Jürgen-Wolfgang Goette, Jost Hermand und Rolf Schloesser
Mit einem Beitrag von Heinrich Böll
ca. 400 Seiten, kartoniert 28,– DM

Georg Weerth, einer der glänzendsten Schriftsteller und Journalisten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, schrieb nur zwischen seinem 20. und 27. Lebensjahr. Vorkämpfer und Wegbereiter einer Revolution, verstummte er, als sie scheiterte. Friedrich Engels nannte ihn den „ersten und bedeutendsten Dichter des deutschen Proletariats". Der erste Band der Werkauswahl enthält sozialkritische Skizzen, Gedichte, Briefe und die Humoristischen Skizzen aus dem deutschen Handelsleben. Die erste kritische Ausgabe in der BRD wird nach den Originalhandschriften herausgegeben.

Bitte fordern Sie unseren Titelprospekt an.

Europäische
Verlagsanstalt
5000 Köln 21
Postfach 21 01 40

EVA

Rotbücher:

Rotbuch 134: Der dritte Band der Heiner-Müller-Ausgabe handelt vor allem von Frauen, von Versuchen der Emanzipation in einer sich verändernden Gesellschaft. 120 Seiten mit Fotos. DM 8.–

Rotbuch 136: Dieser Roman – geschrieben während eines halbjährigen Asyls in einer Botschaft in Santiago – zeigt die subjektive Entwicklung und Politisierung von drei Chilenen, die als Beispiel für ihre Klasse, für die Unidad Popular und einen ganzen historischen Prozeß stehen. 144 Seiten. DM 10.–

Wolf-Dieter Narr
Anhörung

Zur Frage, ob ich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe
Ein Psychogramm und verallgemeinernde Folgerungen

Mittwoch, den 12. 12. 1975: Ich fliege mit dem ersten Flugzeug nach Hannover, um rechtzeitig um 9 Uhr von zwei Beamten, qualifizierten Juristen des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, einvernommen zu werden gemäß Beschluß des Niedersächsischen Landesministeriums über die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Nds. Mb 1. 1972, S. 970). Es geht um einen eigenartigen Lakmustest meiner Verfassungstreue. Eigenartig ist dieser Test deshalb,

– weil bis dato keinerlei Beschwerden justiziell einschlägiger Natur gegen mich vorliegen;

– weil der 1972 in Niedersachsen und anderwärts eingerichtete Verfassungswidrigkeitsdetektor gegenüber dem Prüfling mit der Vermutung der Verfassungsfeindlichkeit funktioniert, seinen Verdacht aber nicht erhärten können muß; vielmehr muß der Verdächtigte selbst nachweisen, daß der Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit unbegründet ist;

– weil die Überprüfungskriterien zwar unter Berufung auf die Bundesverfassungsgerichtsurteile von 1952 (SRP-Urteil) und 1956 (KPD-Urteil) im Sinne des Maßstabs »freiheitlich-demokratischer Grundordnung« klar sind, dieser Maßstab selbst aber auch im konkreten Bezug zur Verfassung äußerst schwammige Markierungen besitzt und deshalb jeweils gemäß dem Konsensus der herrschenden Parteien verschoben werden kann: die »guten Sitten« verändern sich;

– weil das Testverfahren schwer voraussagbar in Gang kommt – oder auch nicht. Es trifft, wenigstens oberflächlich gesehen, sehr selektiv und willkürlich; welcher – angebliche – Sachverhalt zum Anlaß eines Verdachtes und eines Verhörs (bzw. später eines Berufsverbots) wird, ist nie vorher abzusehen, hier ist nahezu alles möglich. Gleichfalls ist schwer voraussehbar, bei wem ein bestimmter Sachverhalt zum Anlaß eines Verfahrens wird. Man kann im Augenblick nur beobachten, daß die aus der herrschenden Interpretation der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geknüpften Maschen immer enger werden;

– weil schließlich zunächst schwer erkenntlich ist, welchen speziellen Nutzen eine solche »Anhörung« haben soll. Abgesehen davon, daß der Begriff der »Anhörung« schönfärberisch vertuscht, daß es letztlich eher eine Verhörsituation ist, ist doch wohl kaum anzunehmen, daß diejenigen, die ein

solches Verhör einführten, davon ausgehen, man könne in einer mehrstündigen Befragung tatsächlich zum »wahren politischen Kern« des befragten Individuums vorstoßen und danach radikalistische Spreu vom freiheitlich-demokratischen Weizen sondern.

Die guten freiheitlich-demokratischen Sitten werden fortlaufend verschärft ausgelegt, obwohl man ja gerade (vgl. den angemerkten Kriterienmangel) nicht weiß, was Verschärfung jeweils speziell bedeutet. Der Etikettenzwang wird immer strikter (übrigens: man trägt nicht mehr Reform); immer mehr Personen auf der Suche nach einer Position im öffentlichen Dienst sind, und sei es auch nur der Möglichkeit nach, davon betroffen. Deshalb geht es im folgenden nicht um eine längerfristig gesehen sehr wichtige Funktionsanalyse dieser Verhöre oder Anhörungen (was bedeutet diese Niedriglegung der Sicherheitsschwelle, was diese Welle der Furchterzeugung?); vielmehr geht es zunächst nur um einen analytischen Bericht über eine solche Anhörung. Besteht doch die Gefahr – denn das ist ein Teil des Funktionenbündels, das mit den Verhören u. ä. angestrebt wird –, daß die Einzelnen, die davon betroffen werden, unvorbereitet einer Situation gegenüberstehen, der sie nicht gewachsen sind, und darauf panisch reagieren, sei es mit übertriebener Furchtsamkeit, sei es mit tollkühnem Trotz, einer Art Kohlhaaserei. In jedem Fall aber wird man durch die Verhörsituation isoliert und kann diese Isoliertheit nur heil durchstehen – man soll nicht dramatisieren, man soll aber auch nicht abgebrüht Holzhackerattitüden simulieren –, wenn man kognitiv, hier verstanden im Sinne internalisierter Theorie, vorbereitet und sozusagen von innen her sozial geleitet ist. Insofern stellt die Verhörsituation freilich nur einen extremen Fall dar. Denn wenn das Verhör einen mit einer Situation konfrontiert, in der die eigene Meinung, die eigene Haltung und Handlung der Möglichkeit nach negiert bzw. von der herrschenden Meinung verworfen werden, so wird die Herrschaftssituation hier nur besonders deutlich. Generell aber besteht das Verhaltensproblem, sofern man mehr als opportunistisch – anpasserisch – sich benehmen will, dauernd. Wie soll man sich in der Schule, bei der Zeitung, in einem Betrieb verhalten? Ständig werden einem Leistungen abverlangt, die schwer in Übereinstimmung zu bringen sind nicht nur mit den persönlichen Bedürfnissen, sondern auch – dies ist selbstverständlich kein Gegensatz – mit den eigenen politischen Überzeugungen im weitesten Sinne. Die Situation der Kollaboration und die Forderung nach oft nicht primär von einem selbst bestimmten Kompromissen bis in die Sprache hinein sind somit eine Dauererscheinung. Kollaboration meint doch, daß man in Institutionen arbeiten, sich Anweisungen und Verhaltensregeln unterordnen, Einschränkungen hinnehmen muß, ohne mit dem, was in und durch diese Institutionen geschieht, ganz oder zu beträchtlichen Teilen einverstanden zu sein. Kollaboration umschreibt so die Alltagssituation derjenigen, die nicht herrschen und definieren. Denn man ist schon zur

Zusammenarbeit gezwungen, um zu existieren, man ist mehr noch zur Zusammenarbeit gezwungen, um auf andere einwirken und mit diesen zusammen vielleicht einmal auch nur diese oder jene Reform durchsetzen, diesen oder jenen Widerstand gegen bestimmte Maßnahmen mit einer wenigstens geringen Erfolgsaussicht leisten zu können.

Mit diesen allgemeinen Beobachtungen sollen die qualitativen Unterschiede, die zwischen der einen oder anderen Kollaborationssituation, dem einen oder anderen Kompromiß bestehen, nicht retuschiert werden. Es gibt auch Situationen, in denen kein Kompromiß mehr möglich ist ohne Selbstaufgabe. Man soll aber gleichfalls nicht so tun, als bestünden die Probleme, auf verschiedenen Ebenen zu denken und zu handeln, nicht dauernd oder nur für Schizophrene. Schizophrenie ist bekanntlich zumindest auch ein Sozialprodukt und weder individuelle Wahl noch dumpf-organisches Schicksal. Um aber eine Dauersituation der Kollaboration anders als resignativ-apathisch oder anpasserisch zu überstehen, bedarf es einer kognitiv-habituellen Identitätsbildung, sprich: man muß über ein konzeptionelles, in jegliche Situation hinein vermittelbares Eigensteuerungsvermögen verfügen, man muß im besten aufklärerischen Sinne in der Lage sein, jederzeit den Mut aufzubringen, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Aber weder der Mut noch dieser Verstand, der eng an diesen Mut gekoppelt ist, verstehen sich von selbst. Vielmehr bedarf es, um beiderlei ausbilden zu können, u. a. des sozial, d. h. durch organisierte Gruppen oder Institutionen gewährleisteten analytisch aufgeschlüsselten Erfahrungstransfers.

Es kommt nicht ganz von ungefähr, daß in entscheidenden Situationen Gruppen (man betrachte nur die Geschichte der Arbeiterbewegung bis heute) und Einzelne sich immer wieder so verhalten, als hätte es keine Vorerfahrung gegeben, als hätte man nicht aus früher schon von anderen gemachten Fehlern lernen können. Man verhält sich oft, wenn es darauf ankommt, schlicht regressiv: kindisch und konventionell. Der Mangel an jeweils realisiertem analytischen Erfahrungstransfer, an ins Handeln eingehendem Lernen über den Kopf und nicht immer über die zum Habitus geronnenen Primär- und Sekundärsozialisationen liegt u. a. auch darin begründet, daß theoretisch-kognitive und verhaltensbezogene Ausbildung nicht nur in den offiziellen Institutionen, sondern auch in allen möglichen Gruppen und Zirkeln gerade auch linker Färbung weltweit auseinanderklaffen. Selbst in der »Theorie«, die deswegen oft grau bleibt, fallen die Strukturanalyse und der sogenannte subjektive Faktor und seine Analyse regelmäßig auseinander und werden bestenfalls hinterher zusammengezählt. Die Subjektivität, die Geronnenheit der sozialen Strukturen aus ursprünglichen sozialen Handlungen, und die Konsequenzen für die Subjekte, die aus den strukturellen Bedingungen hervorgehen, werden ebensowenig aufgeschlüsselt und differenziert, wie der strukturelle Faktor, den die jeweiligen subjek-

tiven Dispositionen bedeuten, und die Strukturwirkungen, die von ihnen ausgehen, begriffen werden. Sonst wäre es wohl nicht möglich, um ein naheliegendes Beispiel aus dem Bildungsbereich heranzuziehen, daß curriculare Reformen gewöhnlich ohne Überlegung der notwendigen Änderungen der Schulstruktur usw. angestellt werden. Die konservativen Gegner aller Reform regen sich über die vielerorts aufgesprossenen emanzipatorisch-jargonoresken Curricula ganz grundlos auf; denn was bedeuten schon neue Inhalte, wenn die Formen der Lehre und des Lernens, wenn die Institutionen, in denen dieselben geschehen, gleichbleiben, gar sich, wie durch den Numerus clausus, drastisch verschlechtern? Auf der anderen Seite gewinnt man zuweilen den Eindruck, als bleibe der Glaube an eine spontane Umschlagslogik unausrottbar. Nach dem Motto: ändert zuerst das institutionelle (strukturelle) Arrangement, und alles übrige wird folgen, mißachtet man die internalisierten Strukturen in den Subjekten, die sich bei Gelegenheit erneut extravertieren, d. h. die entsprechenden äußerlichen Strukturen schaffen. Autoritäre und ähnliche Verhaltensweisen legt man nicht ab wie eine Jacke, wenn die Jackenpflicht beseitigt ist. Dies gilt sogar im Hinblick auf den Eigentumsbegriff und seine Bedeutung für die Subjekte. Was nützte es schon, wenn man allein das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigte, das Erwerbsstreben (»die Lust zum Haben und auch zum Herrschen«, Kant) aber universell bliebe und deshalb auch die Orientierung am Tauschwert? Die Einrichtung neuer, demokratischer Artikulations- und Bestimmungsprozesse ist ebenso zentral wie die allmähliche Herausbildung neuer Bewußtseins- und Verhaltensstrukturen. Mit letzterem kann man aber nicht warten auf den imaginären Tag X des revolutionären Umschlags, es sei denn, der Umschlag meint nur den Austausch einer Herrschaftselite durch die andere.

Vor diesem Hintergrund: der Situation des Verhörs, der Situation der Kollaboration und der mangelhaften Vorbereitung ist das nachfolgende Psychogramm zu verstehen. Es will, wenn auch gewiß nur punktuell und subjektiv eingefärbt, Erfahrungen, ja Empfindungen artikulieren, die ich gemacht habe bzw. die mir im Verlaufe meiner Anhörung und im Nachdenken darüber gekommen sind. Insofern das Subjekt, die psychische Reaktion desselben, der direkte Adressat dieser Verhöre ist im Sinne der Furchterzeugung, der Konformierung des Verhaltens und der Abschreckungswirkung, scheint es mir zentral, daß man systematisch Erfahrungen sammelt, analysiert und weitergibt. Verhalten in solchen Situationen, Verhalten generell ist nicht »spontan«, sondern auch äußerlich bedingt; man kann, man muß hier lernen, will man nicht psychisch und politisch Schaden nehmen und Schaden anrichten.

Methodisch benutze ich das Verfahren einer rekonstruierenden Skizze meiner Erfahrungen und Empfindungen. Diese in der Tat teilnehmende Beob-

achtung, die sich an diesem Punkt auch der Tradition des Reflexionsbegriffs, wie er im Verlaufe des deutschen Idealismus bis hin zu Kierkegaard gefaßt worden ist, verbunden weiß, hat insofern eine objektive überprüfbare Grundlage, als das Wortprotokoll meiner Vernehmung vorliegt.[1] In den Erfahrungsbericht gehen selbstverständlich Erkenntnisse ein, die sich auch aus meiner spezifischen politischen Sozialisation, sprich: aus meinem Lebenslauf, ergeben. Ohne denselben hier vorführen zu wollen, ist doch so viel anzudeuten, daß die faschistischen und die postfaschistischen Erfahrungen für mich zentral gewesen sind. Probleme der Kollaboration und des Widerstands habe ich vor und nach 1945 in der eigenen Familie erlebt und später in den oft täglichen Auseinandersetzungen des Heranwachsenden als Dauerproblem gesehen. Ernst v. Weizsäckers, des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt während der NS-Herrschaft, berühmte Antwort auf die Frage, warum er denn während dieser Herrschaft weiter im Amt bleibe: »Vermeiden, Vermeiden, Vermeiden«, bedeutete ebenso fast unmittelbare Erfahrung wie die Bedrückung über den geringen antinationalsozialistischen Widerstand. Der McCarthyismus in Amerika fügte dem später noch eine weitere Erfahrung hinzu bis hin zur verstehenden Betroffenheit etwa über Bert Brechts Verhalten.

Ich breche die Andeutungen ab. Sie sollen nur klarmachen, welcher zeitgeschichtliche Hintergrund bei den nachfolgenden Beobachtungen und Aussagen zu beachten ist, mehr noch, daß die Tradition des Faschismus und des Antifaschismus, des Kommunismus und des Antikommunismus, die in verschiedener Form einen Friedhof zerbrochener Identitäten und Gruppen hinterlassen haben, ganz und gar unaufgearbeitet ist und dennoch hierher gehört. Außerdem stellt die neue Hexenjagd, die erneute Verfolgung aller auch nur sokratischen Jugendverführer keinen im Prinzip harmlosen Tatbestand dar, der nur einige Wenige trifft. Der zeitgeschichtliche, auch gerade bundesdeutsche Hintergrund mit seiner antikommunistischen Tradition, die nun vollends in die Suche nach dem inneren Feind umgeschlagen ist – die Ostpolitik machte an der Elbe halt, sie ist nicht bis zum Rhein vorgedrungen –, zeigt die Gegenwart ebenso in Perspektive wie der gegenwärtige und zukünftig prognostizierbare Zusammenhang zwischen Kritikverfolgung und Krisensituation. Der zeitgeschichtliche Hintergrund verzerrt allenfalls insofern, als Überprüfungsmechanismen technisch immer gewitzter ausfallen, der Überprüfungsvorgang immer normaler wird: die Veralltäglichung der Kontrolle und der inneren Abschreckung aller Veränderer oder schon derjenigen, die Veränderung für diskutabel halten. Mit der Andeutung des zeitgeschichtlichen Hintergrunds soll nicht der Eindruck vermittelt werden, als befänden wir uns schon wieder mitten im oder auf dem Wege zum Faschismus. Der Faschismus bleibt zweifellos eine latente Gefahr kapitalistischer Gesellschaften. Doch verkennt man sowohl strategisch wie analytisch

dessen Eigenart, die u. a. in der Existenz einer Massenbewegung besteht, wie auch die Eigenart der gegenwärtigen Transformation des Rechtsstaats, wenn man den Faschismusbegriff schablonenhaft verwendet. Man verharmlost geradezu die Gegenwart, weil man deren spezifische Widerspruchslagen und Konfliktfronten verkennt und sich zu einer angemessenen Reaktion darauf unfähig macht.

Zum Fall

Der Anlaß ist rasch benannt: Die neue juristische Fakultät der Universität Hannover (die Listenaufstellung nahm noch der Gründungsausschuß vor) plazierte mich an die erste Stelle einer Berufungsliste. Bei den insgesamt 7 Personen, die in der zweiten Berufungsrunde zur Konstitution und Arbeitsbefähigung der juristischen Fakultät berufen werden sollten, gab es bei 5 offenbar keine Probleme; wohl aber bei Dieter Hart, Wirtschaftsrechtler der Universität Frankfurt, und mir. Die Schwierigkeiten in meinem Falle resultierten, so wurde mir informell mitgeteilt, vor allem aus dem Widerstand der FDP und des von ihr gestellten Innenministers, der sich wiederum auf Dokumente aus meiner Verfassungsschutzakte berief, wie sie ihm vom Innensenator der Stadt Berlin zugesandt worden waren (es hat sich hinterher wieder einmal gezeigt, daß ein Gutteil des von der SPD bestückten Kabinetts sich allenfalls hinter der FDP verbarg, die Entscheidung also tatsächlich eine sozialliberale im Sinne der formalen Kabinettszusammensetzung gewesen ist). Mir wurde deshalb von Kultusminister Grolle bedeutet, ich möge mich, sofern ich Interesse an dem Ruf hätte, zu einem Hearing bereithalten; ohne dasselbe bestünden keinerlei Aussichten, daß das Kabinett ihn ermächtige, den Ruf auszusprechen.
Bevor ich zur knappen Situationsschilderung übergehe, scheinen mir vier charakteristische Merkmale meines Falles erwähnenswert:
1. Ich bin seit 1971 Landesbeamter des Landes Berlin auf Lebenszeit. Der Überprüfungswunsch bezieht sich also nicht auf die Frage, ob mir eine Dauerstellung gewährt werden solle oder nicht. Konsequenterweise, wenn man – trotz des Sonderstatus der Stadt Berlin – nicht von einer Verfassungszerstückelung gemäß Ländereinteilung ausgeht, hätte also, da offenbar Bedenken im Hinblick auf meine Verfassungstreue bestanden, ein Überprüfungsverfahren schon vorab in Berlin selbst gegen mich eingeleitet werden müssen; denn so betraf das Überprüfungsverlangen zunächst nur die Frage meiner beruflich-geographischen Mobilität. Anläßlich meines Falles in Hannover und unter der Voraussetzung weiterer Verschlimmerung der freiheitlich-restriktiven Verfassungsinterpretation durch die Exekutive muß man also gewärtig sein, daß demnächst eine Überprüfung der Lebenszeit-Beam-

ten selbst erfolgt. Der bekannte Spruch: »Nur wenn man silberne Löffel klaut oder sich sittlich vergeht . . .« gilt also nicht mehr oder demnächst nicht mehr. Außerdem ist davon auszugehen, daß die Zahl der über einzelne Individuen angelegten Verfassungsschutzakten und die Fülle der darin gespeicherten, aus diversen Quellen willkürlich geschöpften Daten nicht zu unterschätzen ist. Entscheidend ist dabei, daß man diese Akten gewöhnlich nicht einsehen kann und Entscheidungen gefällt werden, ohne daß einem die Entscheidungsgründe zugänglich werden. Die Dokumente reichen in meinem Falle, soweit ich sie einsehen konnte, ca. 10 Jahre zurück.

2. Man kann davon ausgehen, daß die Hearings – so vor allem bei Lehramtskandidaten – häufiger werden. Man muß allerdings auch davon ausgehen, daß das Ob oder Ob-nicht schwer vorab kalkulierbar ist, da die Auswahl auch zugunsten der Abschreckungswirkung relativ beliebig bleiben muß. In meinem Fall kommt insofern ein erschwerender bzw. die Auswahl begründender Faktor hinzu, als meine Position sich in einer neugebildeten, von der Intention der Gründer her gesehen reformorientierten Fakultät befand. Man wird die Vertreter anderer Fächer bestimmt auch kontrollieren. Beim ausgesprochenen Herrschaftsberuf des Juristen und seiner Ausbilder wird man aber mutmaßlich besonders kontrollbewußt verfahren vor allem dann, wenn es sich um eine umstrittene, von allen konservativen Juristen – und das ist die große Mehrheit – bekämpfte Reform handelt. Harts und meine Berufung hätten aber möglicherweise bedeutet, daß dann, ganz abgesehen von unseren Einzelrollen, die Fakultät der Mehrheit nach eindeutig reformorientiert gewesen wäre.

3. Wie mir wiederum informell, aber zuverlässig, bekannt wurde, bedeutet allein der Sachverhalt, daß ein solches Hearing gewährt wurde, schon ein Entgegenkommen. Außerdem, und dies ist bei der Situationsskizze zu berücksichtigen, wurde ich zu einem Hearing vor Juristen des Kultusministeriums kurzfristig eingeladen: es konnte gerade noch verhindert werden, daß Juristen aus anderen Häusern daran teilnahmen (als Ausdruck des Mißtrauens gegenüber einem partiell reformorientierten Ministerium und seiner Besatzung!). Hinzu kommt, daß ich einen Großteil der Dokumente, auf die das Hearing sich beziehen sollte, vorher zur Einsichtnahme zugeschickt erhielt. Letzteres bedeutet gerade im Hinblick auf Lehramtskandidaten, deren Urlaubsgestaltung noch in das Hearing miteinbezogen wird, eine ausgesprochene Vergünstigung. Denn den Lehramtskandidaten und anderen Verhörten können in der Regel keine Dokumente vorgelegt werden oder sie werden erst während der Hearingssituation mit solchen überrascht. Man hegt von seiten der überprüfenden, später möglicherweise einstellenden oder die Einstellung verweigernden Stelle oft nur Mutmaßungen oder besitzt allenfalls ein Datum, nämlich beispielsweise die Mitgliedschaft in irgendeiner studentischen Gruppe, die während der Studentenbewegungszeit aktiv war.

So kann es dann geschehen, daß selbst die Wohnungsart – weil man etwa in einer Wohngemeinschaft lebt – oder die erwähnte Urlaubsgestaltung – weil man öfters mit jemand Urlaub gemacht hat, dessen Bruder oder dessen Schwester der DKP nahesteht – zu Verdacht und zu Fragen während eines Hearings Anlaß geben. Auf solche Fragen, da sie nicht erwartbar sind, kann man sich nicht vorbereiten, man muß allerdings bereit sein. Man muß wissen, daß der Politikbegriff des Verfassungsschutzes ein nahezu totaler ist, obwohl dieser gerade den Verdächtigten »die Politisierung« hintergründig zum Vorwurf macht.

4. Was die subjektive Seite betrifft, so muß hervorgehoben werden, daß ich im Hinblick auf meine berufliche Existenz gerade als Lebenszeit-Beamter nicht gefährdet war, jedenfalls nicht akut. Auch hier befand ich mich in einer vergleichsweise günstigeren Situation als die meisten, die Überprüfungsverfahren unterzogen werden. Geht es doch bei diesen zumeist um das Ob oder Ob-nicht einer beuflichen Existenz.

Zur Situation

Das Hearing währte an jenem Mittwochmorgen drei Stunden. Zwei Juristen, eine Stenographin und ich waren zugegen. Nur einer der Juristen fragte. Die Fragen bezogen sich ausschließlich auf die Dokumente, die mir vorab zugegangen waren. Nur die Ergebnisse einer Sicherheitsüberprüfung des Bundeskanzleramtes, der ich 1969 im Zusammenhang einer Forschungsbeteiligung ohne mein Wissen unterzogen worden war, wurden mir erst während der Anhörung in Form von Fragen mitgeteilt. Die Sicherheitsüberprüfung, von der ich seinerzeit nichts erfahren durfte und nur informell erfuhr, war negativ ausgegangen, d. h. ich konnte mich an der Forschung nicht beteiligen. Die Vorwürfe, die dort erhoben worden sind, sind zum Teil im Hearingsprotokoll wiedergegeben. Die Dokumente beweisen: es wird nicht nur mehr dokumentiert, als man annimmt (selbst die »harmlosesten Sachen«), sondern es ist zu mutmaßen, daß die ausnahmsweise zur Einsicht zugänglichen Dokumente allenfalls einen Teil des Dokumentierten darstellen. Es ist unwahrscheinlich, daß die Telefone u. ä. ganz unangezapft bleiben. Insofern weiß man nie, ob sich die konkretisierten Vorwürfe nicht auf erheblich mehr Material beziehen als das, was einem zugänglich gemacht wird.

Die Fragen wurden korrekt gestellt. Doch kann die korrekte Frageform die inhaltliche Inkorrektheit der Fragenstruktur nicht verdecken. Hier wird – dafür können die beiden zur Anhörung abgestellten juristischen Befrager nichts – nicht die Verfassungstreue untersucht oder einem gemutmaßten Verfassungsbruch nachgegangen. Hier wird die politische Gesinnung längst

vor jeder Handlung und jedem Rechtsverstoß überprüft und werden Stellungnahmen zu Fragen abverlangt, die politische Einschätzungen und Urteile jenseits aller grundgesetzlich beziehbaren Verfassungstreue einschließen. Charakteristisch hierfür ist (vgl. wiederum die Dokumentation in der *Kritischen Justiz*) die zweimal nachfassende Frage nach meiner Einschätzung der Verfassungsmäßigkeit des KSV. Deren Beantwortung wurde offenkundig als ein Springpunkt der positiven oder negativen Einschätzung meiner Verfassungstreue gewertet, obwohl ich für die Beantwortung der Frage gar nicht zuständig und aufgrund nur selektiver Erfahrungen auch nicht dazu in der Lage war. Andere Fragen zielten darauf, die politischen Verhältnisse der BRD positiv zu qualifizieren oder jegliche Gewaltausübung der nicht institutionalisierten, der nicht staatlichen Gewalt vorab und einseitig zu verwerfen. Hierbei spielt ein unspezifischer, schon Demonstrationen als potentiell gewaltsam unterstellender Gewaltbegriff eine Rolle sowie die Identifizierung der Verfassungstreue mit den augenblicklich bestehenden ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen insgesamt.

An dieser Stelle läßt sich auch die substantielle Inkorrektheit des Bezugsrahmens der Fragen fassen. Sie werden nicht nur in einer Situation herrschaftsvoller Kommunikation gestellt, sondern sind beispielsweise am augenblicklichen Kabinettskonsens bzw. seiner vorausgreifenden Erwartung materiell ausgerichtet. Was das niedersächsische Kabinett momentan für zulässig oder unzulässig, opportun oder inopportun hält, wird zum Maßstab der Vermutung oder der Verwerfung der Verfassungstreue. Deshalb kann es heute geschehen, daß Handlungen verdächtig werden, die gestern immerhin noch von heute bestallten Ministern mitgetragen wurden, handle es sich um Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg oder den seinerzeitigen Widerspruch gegen die Notstandsgesetze bzw. deren Verabschiedung. Die Schublehre der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, an der die Verfassungstreue gemessen wird – es handelt sich bekanntlich nicht um den Maßstab des Grundgesetzes selbst! –, läßt sich nahezu beliebig verschieben. Gerechtfertigt wird solche Verschiebung scheinbar durch den Begriff der Verfassungstreue, zu dem der Beamte bzw. öffentliche Bedienstete in besonderem Maße verpflichtet werden soll. Diese besondere Verfassungstreue, die vom potentiellen öffentlichen Bediensteten verlangt wird, läßt es zu, daß für letzteren die Geltung der Grundrechte und der Verfassung insgesamt verwässert und beschränkt wird. Nur so ist die herrschende Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte zu erklären, die die Verfassungstreue vor dem Parteienprivileg rangieren läßt: ein potentieller Beamter muß wissen, daß er bestimmten Gruppierungen nicht angehören darf, selbst wenn sie nicht verboten sind. Überspitzt formuliert: die Verfassungstreue des – potentiellen – öffentlichen Bediensteten kann sich gar nicht auf den Text der Verfassung beziehen, sondern muß die herrschende politische Interpretation immer

schon hinzunehmen. Der Boden solcher Verfassungstreue besteht somit letztlich im jeweiligen Konsens der einstellenden Behörde; der aber ist fließend. Die Struktur der Fragen wird entscheidend von diesem – verfassungsrechtlich gesprochen – verengten Konsens der Exekutive geprägt, deren »Gefühl« eines Sicherheits- bzw. Verfassungsrisikos wird im Umkehrschluß zur jeweiligen Basis dessen, was Verfassungstreue meint. Folglich geht es nicht um die Verfassung, sondern um die Gesinnung. Deshalb der (in meinem Fall noch gemäßigte) inquisitorische Zug.

Existentiell wenigstens im Augenblick gesichert und durch meinen Lebenslauf und meine wissenschaftliche Beschäftigung einigermaßen vorbereitet, ging ich, obwohl ich das Verfahren selbstverständlich prinzipiell ablehnte, relativ selbstbewußt zum Hearing. Was sollte, was konnte mir schon passieren? Ich hatte weder etwas getan, das ich nicht durchaus verfassungsgemäß, wenn auch nicht gerade parteiengemäß (im Sinne der herrschenden Parteien und der in diesen herrschenden Positionen) vertreten konnte; noch hatte ich so viel zu verlieren, daß ich deswegen hätte furchtsam sein müssen. Zusätzlich empfand ich noch so etwas wie intellektuell-politische Neugier. Redegewandt – auch hier wiederum ein beruflicher Vorteil! – glaubte ich, sozusagen ein eigenes Politexperiment verfolgen und kommentieren zu können. Ich muß gestehen, daß ich mich gründlich täuschte. Das lag nicht an den Beteiligten. Selbige verhielten sich korrekt, ja freundlich. Die Täuschung resultierte daraus, daß mir die massive Zumutung der Fragen erst in der konkreten Situation voll bewußt wurde. Es war mir nicht neu, nicht der Mehrheit anzugehören. Die Anhörungssituation, die Fragen und der vorgegebene Spielraum der Antworten drängten mich aber in einer Weise außerhalb der herrschenden Legalitätsauffassung, die als jeweils neu interpretierte freiheitlich-demokratische Grundordnung erscheint, daß mir nicht nur – demokratisch gesehen – die Ungeheuerlichkeit der angeblich freiheitlich-demokratischen Herrschaft klar wurde, sondern auch der vorher abstrakt begriffene Mechanismus, wie man Outsider und Outlaws schafft oder umgekehrt (nur als Kehrseite) zynische Opportunisten und skeptische Nichtstuer und Privatleute. Doch diese Erfahrung war es nicht nur; ich bekam Bauchweh, beträchtliches, angesichts meiner Antworten. Ich hörte mich, so mein(t)e ich, situationsgemäß und teilweise sogar geschickt – beachtet man, daß dies eben aus dem Stegreif geschah – antworten. Aber ich mochte diese Antworten, die letztlich situationsgeschuldet defensiv angelegt waren, nicht. Ich mochte nicht, daß ich da schon mit den Fragen Begriffe und Formulierungen akzeptierte, die eigentlich, wiederum demokratisch gesprochen, gar nicht zu akzeptieren sind. Gleichzeitig wurde mir klar, daß da kein Brecht-Schwejkscher Ausweg des listigen Lächelns und Taktierens gegeben ist. Dieser Ausweg birgt wenigstens die Gefahr in sich, eine Selbsttäuschung zu produzieren, eine Verdrängung (und Verdrängungen rächen sich be-

kanntlich nicht nur in schlechten Träumen, sondern auch darin, wozu man politisch und als Sozialist nachher subjektiv in der Lage ist). Das Dilemma, zwischen subjektiver und politisch-strategischer Wahrhaftigkeit einerseits und den herrschenden Formeln auch als Formeln des Denkens und der Sprache andererseits einen Weg zu finden, der im Hinblick auf beide Seiten akzeptabel ist, ist kaum lösbar, jedenfalls von der eigenen Integrität und der demokratisch-sozialistischen Strategie her gesehen nicht jesuitisch lösbar. Das Hearing endete meinerseits mit dem Empfinden, das Examen der herrschenden Auffassung über grundgesetzgemäßes oder, richtiger gesagt, politisch störungsfreies Verhalten nicht bestanden zu haben. Diesen Eindruck hatte ich, obwohl ich formal wußte, daß ich wohl das »Soll« erfüllt hatte und obwohl mir auch hinterher – trotz der dennoch erfolgten Ablehnung eines Rufes an mich – bestätigt wurde, daß an meiner »Eignung«, sprich: Verfassungskonformität im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, kein Zweifel bestehe. Die Ablehnung erfolgte vielmehr unter Zuhilfenahme des Pluralismusarguments, das derzeit allemal Pluralismus vermeiden läßt: durch meine mögliche Berufung werde die »Ausgewogenheit« der neuen Fakultät gefährdet.

Verhaltens- und Sprachprobleme – Zur Alternative: Lüge oder Wahrheit

Warum sich so große Mühe mit einer solchen Anhörung machen? Man weiß doch, was »die« hören wollen. Wenn man also Erfolg haben will, kann man doch schlicht das Erwünschte sagen, sich rollenkonform gemäß den Erwartungen verhalten. Hinterher legt man eben die Rolle wieder ab; das Hearingstheater ist zuende. Ich meine: eine solche Einstellung, ein solcher Ratschlag verkennt die Situation; er wird den Verhaltensanforderungen, die an einen selbst gestellt sind, nicht gerecht. Auch die entgegengesetzte Devise: Man muß eben Flagge zeigen, eindeutig Position beziehen, verfehlt die situationsenthaltenen Schwierigkeiten. Man darf, so etwa lauten die Argumente dieser Richtung, auf keinen Fall eine Zugabe machen. Wer sich hier prostituiere, habe nicht begriffen, daß ein Demokrat (nach meiner Auffassung gleich Sozialist) taktisch nicht lügen darf, will er die Wahrheit der Strategie nicht zerstören. Genau in der fahrlässigen Behandlung des Zusammenhangs von Zielen und Mitteln, von Taktik und Strategie bestehe der subjektiv-habituelle Revisionismus, sprich: die Aufgabe radikaler Demokratie, die Aufgabe der Überwindung der Kluft zwischen Wesen und Erscheinung usw.

Ohne in Abrede stellen zu wollen, daß in letzteren Sätzen viel Richtiges enthalten ist, bleibt auch dieser Wahrheits- und Wahrhaftigkeitsanspruch abstrakt und wirkt situationell inhuman; er kann mindestens so wirken. Zur

nicht realistischen und durchschnittlich nicht realisierbaren Alternative: Lüge oder Wahrheit nun noch einige Zusatzargumente.

Vorweg ist eine terminologische Frage zu klären. Die Anhörung wird dadurch konstituiert, daß eine Als-Ob-Wahrheit, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, zum Maßstab genommen wird. Die zentrale Schwierigkeit besteht nun darin, daß der Befragte gegebenenfalls die Interpretation dieser FdGO, indem erhsich durchaus, ja gerade auf dem Boden des Grundgesetzes versteht, nicht akzeptiert, vielmehr einen grundgesetzlich richtigeren Maßstab für sich in Anspruch nimmt. Das Dilemma ergibt sich für ihn daraus, daß die Befragenden definieren und sanktionieren können, der Befragte sich aber nur zu rechtfertigen vermag, während die Rechtfertigungsebene von den Definitoren vorgegeben wird. Konzeptionell gesehen stehen sich sozusagen zwei Wahrheitsansprüche gegenüber (verschiedene Auffassungen des Grundgesetzes und seiner Wirklichkeit). Die eine Konzeption vermag es aber, durch herrschaftliche Administration die andere zu unterdrücken, ja sogar zu illegalisieren. Wenn sich derjenige, der nicht die herrschende Interpretation teilt, in seinem Verhalten gegenüber dem Fragenden, der seine berufliche Existenz zu bestimmen vermag, der Täuschung, der Lüge bedient, heißt dies nicht, daß er die Richtigkeit dieser herrschenden Interpretation anerkennt, er unterwirft sich ihr vielmehr notgedrungen. Die folgende Erörterung geht von der Voraussetzung aus, daß nicht diejenigen, die gegebenenfalls zur Lüge gezwungen werden, sondern diejenigen, die eine einseitige Wahrheit existentiell totalisieren, welche in der Sicherung der augenblicklichen Herrschaftsverhältnisse ihre Quintessenz findet, potentiell aus dem Grundgesetz herausfallen. Das Problem der Argumentation liegt in den Kosten psychischer und politischer Natur, die daraus entstehen könnten, daß man sich allzu leicht einer herrschenden Interpretation ihrer Herrschaftsbedeutung, nicht ihrer Richtigkeit wegen unterwirft. Die Behauptung lautet: die Dimension strategischer »Wahrheit« (nicht als dogmatisch-abstrakter Anspruch, sondern als demokratisch-konkretisierbares Konzept begriffen) und die Dimension subjektiver Wahrhaftigkeit des Verhaltens in konkreten Situationen lassen sich nicht ohne Not und ohne Kosten voneinander abkoppeln. Die folgende Argumentation setzt also die grundgesetzlich gegründete demokratische (sozialistische) Konzeption voraus und richtet sich auf Verhaltensprobleme angesichts des herrschenden Versuchs, eine Teilwahrheit bestenfalls, ein als Wahrheit ausgegebenes herrschaftliches Sicherheitsverlangen nicht nur mit Hilfe des Berufsverbots, sondern schon mit Hilfe des Gedanken-, des Lehr- und Lernverbots durchzusetzen.

Es ist eine Täuschung, gerade wenn man erkennt, daß solche Hörverfahren nur extreme Bestandteile der Alltagssituation darstellen, zu meinen, man könne sich das Täuschungsgewand kurz überziehen und es hinterher wieder unberührt ablegen. Man benimmt sich, um ein bekanntes Bild umzudrehen,

wie ein »Schweinehund«, bleibt aber innerlich »rein«. Nicht nur verkennt diese Auffassung den Normalzustand der Kollaboration, der die »Hinterherreinheit« zu einer Zukunftshoffnung verschiebt, die bis zum bloßen Anspruch verkümmert. Sie verkennt auch die Kosten an eigener intellektuell-psychischer Integrität und an strategischer Zuverlässigkeit, die ein solches Verhalten mit sich bringen kann. Es ist eine allenfalls religiös begründbare, nicht aber irdisch-analytisch belegbare Erfahrung, daß man die begangene »Sünde« durch bestimmte Reinigungszeremonien, Beichten und/oder Gnadenakte wieder total beseitigt, d. h. wiederhergestellt, reintegriert wird. Irdisch-analytisch gesprochen kostet der Lügenknicks vor den herrschenden Erwartungen etwas, vor allem dann, wenn er häufiger vorgenommen werden muß und schließlich die Integrität zur subjektiv-privaten Befindlichkeit verblaßt. Die Kosten des Lügenknickses können darin bestehen, daß man selbst zur Personifikation doppelter Moral wird, gewiß erzwungenermaßen, daß man schizophrene Verhaltenszüge entwickelt. Das herkömmliche Bild, man könne sich nicht mehr im Spiegel anschauen, illustriert das Gemeinte. Als Sozialist ist man gerade darauf aus, die Herrschaft der doppelten Moral, zweistufiger Legalität, des Auseinanderklaffens von Wesen und Erscheinung, von Tauschwert und Gebrauchswert, mit anderen Worten: die objektivierte, subjektiv in Entfremdung und Schizophrenie sich niederschlagende Struktur negativer Vergesellschaftung zu überwinden. Wie soll man aber glaubwürdig bleiben, auch nur sich selbst und der eigenen Bezugsgruppe gegenüber, wenn man je nach Gelegenheit selbst doppelbödig, »doppelter Moralist« wird? Diese mögliche Folge unterstreicht auch das Problem der subjektiven Bedingungen und Voraussetzungen strategischer Zuverlässigkeit. Es ist gewiß unsinnig, das Sprichwort »Wer einmal lügt . . .« wortwörtlich zu nehmen, doch steckt darin ein richtiger politisch-moralischer Kern. Verwendet man Theorien und Konzepte je nach Situationserfordernis, denaturieren dieselben, auch wenn ihr sozialistischer Gehalt noch so ursprünglich in ihnen enthalten ist, zur Ideologie, mehr noch zur instrumentalisierten Ideologie, zum Herrschaftsinstrument. Nicht nur das Phänomen des Stalinismus bietet dafür reichhaltige Beispiele. Was hier auf gesamtgesellschaftlicher Ebene formuliert wurde, gilt auch für die individuelle Realisation. Sozialismus verliert seinen humanen Anspruch, wenn die ihn vertretenden Subjekte mit der Wahrheit opportunistisch verfahren, sprich: »okkasionell-dezisionistisch« (Karl Löwith über Carl Schmitt). Solches Verhalten kann man im Bürgertum und in der bürgerlichen Gesellschaft, die es mit der Wahrheit (der Theorie usw.) nicht so konsequent und ernst nehmen, zur Genüge finden. Die Ausrede, man könne sich in der gegenwärtigen Gesellschaft hnicht wie ein Sozialist benehmen, obwohl man einer sei, reduziert Sozialistsein und dessen Dilemmata in dieser Gesellschaft wiederum auf ein subjektives Empfinden, auf einen Anspruch.

Können dergestalt die Kosten bloßer Lüge beträchtlich ausfallen, bringt dieselbe sogar taktisch gesehen Nachteile. Kein Mensch wird annehmen – es sei denn, eine ganze Gesellschaft erlebe, wie 1945 die bundesdeutsche, ihr erzwungenes und Verdrängung erlaubendes Damaskus –, daß während des Verhöraktes die Wandlung, die Transsubstantiation vom demokratisch-sozialistischen Saulus (er mag auch nur ein konsequenter Linksliberaler sein) zum freiheitlich-demokratischen Paulus der herrschenden Auffassung gemäß erfolgt sei. Die Vermutung der Mache und der Masche liegt zu nahe.
Die zweite Alternative, die Wahrhaftigkeit zu wählen, scheint mehr Klarheit zu gewähren und weniger Kosten zu erbringen. Vor allem: was hat man denn zu verbergen? Läßt sich nicht zeigen, daß die eigenen Handlungen und Äußerungen nicht nur innerhalb des gesetzlichen Rahmens bleiben, also nicht pönalisierbar sind, sondern daß diese eigenen Positionen dem demokratisch und sozial (vgl. Artikel 20) verstandenen Grundgesetz- und Rechtsstaat gemäßer, in jedem Fall mit ihm vereinbar sind? Bedeutet nicht schon das Akzeptieren des möglichen Lügenmüssens das Eingeständnis einer verfassungsinterpretatorischen Überlegenheit der Frager? Die zuletzt geäußerte Auffassung ist anständig, verständlich sogar, aber unzulässig naiv. Sie verkennt, daß es in der aktuellen Situation nicht zureicht, der Verfassungsinterpretation, die exekutivisch umgesetzt wird, eine andere, vielleicht richtigere, in jedem Fall mehr demokratische, gegenüberzustellen. Schon die Anhörung und die Anhörungssituation stellen einen herrschaftlichen Akt bzw. eine ungleiche Beziehung dar. Hier unterhält man sich nicht über Recht und Unrecht, gar über gesetzliches Unrecht und über übergesetzliches Recht. Hier hat man Konformität im Hinblick auf eine herrschende Interpretation zu beweisen. Insofern ist die Unschuldsmiene dessen, der sich keiner Trübung des Grundwassers schuldig empfindet, im schlechten Sinne moralistisch, weil sie herrschafts- und normabstrakt denkt und handelt (schon Äsop wußte in seiner Fabel vom Schaf und dem Wolf politischer zu denken). Darüberhinaus bringt eine Bekenner-Attitüde: hier stehe ich, ich kann nicht anders, wenig bzw. nur eine Gewißheit ein, die Gewißheit nämlich, daß man von vornherein negativ beschieden wird. Die Bekenner-Attitüde bringt aber auch nichts ein, weil sie unter Mißachtung nicht nur der eigenen existentiellen Bedingungen, sondern auch unter Mißachtung der Bedingungen politischer Realität »Worms« als gegeben ansieht, wo »Worms« doch gar nicht gegeben ist (es spielt hier selbstredend keine Rolle, daß die Überlieferung des Lutherwortes, das er angeblich 1521 in Worms gesprochen haben soll, mehr als zweifelhafter Natur ist). Anders ausgedrückt: das persönliche Opfer für eine letztlich politisch angesetzte Strategie macht keinen Sinn, wenn niemand mit dem »Opferblut« etwas anfangen kann, wenn es nicht wenigstens partiell sozialisierbar ist.
Ist so die Alternative Lüge oder Wahrheit in Frage gestellt, bleibt als

Folgerung zunächst scheinbar nur die Unklarheit des Zwischen-Zwischen: sowohl Lüge als auch Wahrheit. Was soll aber eine solche Kombination logisch nicht kombinierbarer Elemente erbringen, wie soll eine solche Kombination ausgehen, wenn sie mehr sein soll als die globale biblische Devise: ohne Falsch zu sein wie die Tauben (wahr), aber so klug sich zu verhalten wie die Schlangen (pia fraus: frommer Betrug)? Wird hier nicht doch das Wort einer generellen Unsicherheit geredet, auf die man sich in keiner Weise vorbereiten kann? Steigert man durch eine solche »halbherzige« Handlungsanweisung nicht die Angst, die schon aus der nicht hinreichend berechenbaren Verhörsituation, ob sie nun eintritt oder nicht, resultiert? Besteht nicht die Gefahr, solchermaßen immer auf eine abschüssige Ebene zur einen oder anderen Alternative zu geraten?

Der gefolgerte Mittelweg ist gewiß kein goldener. Er erfordert eine beträchtliche Konzeptions- und Kriterienklarheit und ein erkleckliches Differenzierungsvermögen. Man muß sich über sich selbst, die eigene politische Position und Konzeption strikt im Klaren sein. Man muß abschätzen können, was man zu ertragen vermag und was nicht (diese Aussage gilt in erweiterter Form auch für Konzepte und Positionen im Beruf selbst). Erst dann ist man in der Lage, prinzipielle Positionen (und damit die eigene Integrität und Identität) zu halten und doch nachzugeben, Kompromisse zu schließen, Begriffe zu übernehmen u. ä. m. Das biblische Motto enthält insofern einen richtigen Kern, als es tatsächlich darauf ankommt, keine zentrale Position, die einem selbst wesentlich erscheint und die für das eigene Dasein als Person wesentlich ist, aufzugeben und dennoch oder gerade deswegen manövrierfähig zu sein. Es gibt gewiß auch Situationen, in denen man gezwungen wird, zentrale Positionen zu verleugnen; nur eine solche besteht in den Hearings und auch in der Berufssituation im Augenblick noch nicht. Freilich soll damit das Problem, das in der verschiedenen Kostümierung der eigenen Position besteht, darin, daß man partiell Partisan spielen muß, nicht gering eingeschätzt werden. Für diesen Mittelweg läßt sich, deshalb ist er auch alles andere als golden und unzweideutig, keine gerade Richtschnur auslegen. Dies könnte allenfalls für Gruppen und Einzelne im Kontext eines inhaltlich politischen Programms geleistet werden. Vielmehr besteht eine Forderung des Mittelwegs darin, daß, demokratisch und sozialistisch gesprochen, im Kontext kapitalistischer Gesellschaft und im Kontext der verschiedenen Berufsbereiche ein eindeutiges, unzweideutiges Verhalten (ja sogar eine eindeutige Strategie) nichts anderes als eine politisch-ästhetische Sehnsucht darstellt, eine simplistische Täuschung, eine metaphysische Position. Gerade die Erfahrung der Doppel- und Mehrfachbedeutung und die Diskussion dieser Doppel- und Mehrfachbedeutung wird dergestalt zu einem Dauerthema in allen Berufsbereichen. Einfach leben kann eben nur der, der konventionell lebt. Die Simplizität des Bürgers ist die seiner Ohnmacht und seiner

Rolle als Träger der Herrschaftskosten. Da einem demokratisch-sozialistischen Konzept eine solche Simplizität der Ohnmacht oder eine komplementäre des Terrorismus nicht möglich ist, muß ein sich selbst durchhaltendes Verhalten in herrschaftlich-ungleichen Situationen gelernt, eingeübt und dauernd bedacht werden. Solches kann letztlich nur kollektiv und nicht auf individualistisch-vereinzeltem Wege geschehen. Gerade der Individualisierung, der daraus entspringenden Verunsicherung und dem nicht gruppenhaft vermittelten und vermittelbaren Verhaltensdruck dienen diese Befragungen und einzelnen Berufsverbote. Deswegen treffen sie auch gerade diejenigen, die selbst keiner Anhörung unterzogen werden, selbst keinem Berufsverbot ausgesetzt sind. Soll die Schule der dauernden Gefährdung auch im Beruf durchstanden, soll die Timidisierungswirkung gebremst werden, bedarf es eines Verhaltenskonzepts, das bloße Anpassung und schiere Schizophrenie gleichermaßen zu umgehen versucht.

Folgerungen für das Verhalten, die strategische Einstellung und die Organisation

a) Die Folgerungen für das Verhalten in den Hearings sind verhältnismäßig simpel, sofern man der bisherigen Argumentation gefolgt ist. Sie bestehen generell darin, daß man von (s)einem prinzipiell offensiven Grundgesetzverständnis nicht abläßt, sondern von hier aus die Interpretation der eigenen Handlungen und Äußerungen leiten läßt. Nur es muß ein Grundgesetzverständnis sein und nicht ein wie auch immer sonst gearteter Bezugsrahmen. Das Grundgesetz müssen, so gesehen, diejenigen unter dem Arm haben, die seine Interpretation nicht beherrschen.[2]
Speziell gilt es, zu den Handlungen und Äußerungen, die man getätigt bzw. getan hat, zu stehen; allerdings so, daß man den spezifisch-historischen Kontext klar macht und die Funktionen erläutert, die eine bestimmte Handlung (Äußerung) in diesem Kontext hatte. Hier ist es wichtig, daß man eine konsequent rechtsstaatliche, möglichst auf vorhandene Entscheidungen und ähnliches bezogene Interpretationslinie einhält. Selbstverständlich kann es – auch im eigenen Selbstverständnis – durchaus angebracht sein, früher eingenommene Positionen zu revidieren. Dies sollte aber weder im Sinne der schwäbischen Devise: »Was geht mich mein saudummes Geschwätz von gestern an« geschehen, noch nach Nietzsches Motto: »Nur wer sich wandelt, ist mit mir verwandt«. Vielmehr kommt es darauf an, zu erklären, warum man dies und jenes getan hat bzw. überwunden zu haben meint. Wie bei einer Wissensprüfung sollte man Positionen, die man nicht (mehr) halten kann, sofort preisgeben und nicht erst im Laufe des Hearings zurückweisen. Terminologisch sollte man sich jedes radikalistischen Jargons und der Groß-

begriffe (welch beide ohnehin in linken Kreisen überstrapaziert werden, so daß allein schon die Beherrschung des Jargons links zu machen scheint) enthalten. M. a. W.: die Sprechweise und die Terminologie sollte die übliche, die herrschende sein. Dabei vertut man sich und der Sache nichts. Vor dem Hearing sollte man sich in jedem Falle mit der Gruppe, zu der man gehört, bzw. mit Freunden unterhalten. Fühlt man sich im Hinblick auf die Hearings-Situation nicht sicher, hat man Angst, sollte man versuchen, einen Begleiter mitnehmen zu können bzw. einen Rechtsbeistand zu verlangen.
Diese Verhaltensempfehlungen lassen einen weder den Schwierigkeiten entweichen, noch das eigene Bauchweh vermeiden, das sich notgedrungen einstellen muß. Sie gewähren auch – wie mein eigener Fall zeigt – keinen irgendwie sicheren Weg zum Erfolg; aber sie vermeiden die Kosten der Lüge und sie vermitteln zum Teil das bißchen Klugheit, das ja zum täglichen Verhalten ohnehin notwendig ist und sich noch auf die biblische Autorität berufen kann. Aufgrund eines solchen Verhaltens kann man, so meine ich, je nach Fall und Möglichkeit auch den rechtsstaatlichen Weg der Klage riskieren, wenn alle Stricke reißen, sprich: wenn die Entscheidung negativ ausgeht. Man kann auch mit dem eigenen Fall versuchen, Öffentlichkeit zu mobilisieren, die um so leichter mobilisierbar ist, je klarer man sich terminologisch und positionsmäßig so verhält, wie oben angedeutet worden ist.
b) Im Hinblick auf die Strategie gilt generell, daß vor allem dort, wo es bis heute nur sehr ansatzweise der Fall war, das Realitätsprinzip analytisch-strategisch reflektiert Einzug halten muß. M. a. W.: die Spielwiese der Universität, die dort genossene verlängerte Kindheitssituation bis hin zum Dozenten ist an ihrem Ende angelangt. Dies wird, nebenbei gesagt, den einen Vorteil haben, daß die Arbeits- und Lebenssituationen an der Universität gegenüber anderen Arbeits- und Lebensbereichen nicht mehr so irreal erscheinen und deswegen von ersteren auf letztere zu schließen, und umgekehrt, nicht mehr so unmöglich ist. Dieser Einzug des Realitätsprinzips, des endgültigen Endes der alten Universität, eines ganz anderen freilich, als die Studentenbewegung je wollte, bedeutet, daß im Berufsbereich der Universität, wie auch in anderen Berufsbereichen zuvor schon, die politische Rationalität einzelner Aktionen und ihrer Folgen in ganz anderer als in der Universität wenigstens seither üblicher Weise bedacht werden muß. Man kann und soll nur das unternehmen, was nicht nur begründbar, sondern einigermaßen durchhaltbar ist, und man muß die Konsequenzen, die sich für die Berufssituation auch der Kollegen ergeben, vorab bedenken. Diese Aussage bedeutet nicht die Empfehlung des ängstlichen Taktierens – im Gegenteil: sie bedeutet wohl das Aufgeben aller Arten von politischem Ästhetizismus und vorab in sich hohlen Vollversammlungskämpfen und der Folgen. Dort beschlossene Resolutionen bedeuten als solche zunächst nichts. Direkt wirkt sich eine solche strategische Besinnung aus etwa in der Distanz zum Flugblatt- und Unter-

schriften-Sozialismus verschiedener Spielarten. Nichts gegen Flugblätter und Unterschriften zu ihrer Zeit – aber alles gegen Flugblätter und Unterschriften, die nur einem doppelten Zwecke dienen: 1. die eigene Gesinnung ohne irgendwelche Wirkungsfolgen zu demonstrieren, gar das System zu entlarven (zum zweimillionsten . . . Mal); 2. dem Verfassungsschutz seine institutionalisierte Sammelleidenschaft zu erleichtern und später in Anhörungsverfahren (sofern man die Dokumente überhaupt noch je vor den Entscheidungen zu Gesicht bekommt) einem selbst einen schalen Geschmack politischer Nutzlosigkeit zu vermitteln. Die Dokumente, die mir selbst vorgelegt wurden, enthielten nicht durchgehend, aber auch solche Unterschriften, deren Rationalität nur darin bestand, daß ich aktuell z. B. eine studentische Gruppe nicht enttäuschen wollte oder, anders ausgedrückt, nicht die Traute besaß, meine eigene politische Haltung zureichend durchzupauken. Es genügte mir, daß ich generell mit der Richtung der Flugblattformulierung übereinstimmte. Man muß in dieser Hinsicht politisch härter werden.

Inhaltlich gesprochen bedeutet die strategische Konsequenz aber, daß man alle Acht darauf legen muß, sich (dies ist nicht individualistisch gemeint) nicht in die Illegalität bzw. ihren Vorhof drängen zu lassen. Auch in diesem Sinne ist der Kampf um Verfassungspositionen und die eigene Position innerhalb des Verfassungsrahmens unabdingbar, es sei denn, man wolle von vornherein sich des breiten politischen Einflusses schon der Möglichkeit nach begeben. Die Kosten der Illegalität, die man ohne zwingende Not gewählt hat, sind nicht nur individuell, sie sind politisch gar nicht hoch genug zu veranschlagen. Angesichts der permanenten und individualisierten Versuche der Illegalisierung bzw. des beruflichen Existenzverbotes wird dieser Kampf um die Legalität und ihre Interpretation nicht leicht sein. Er ist aber in keinem Fall aufzugeben.

c) Die Logik des Berufsverbots, die Logik der Anhörung besteht wie die Logik nahezu aller Prüfungs- und Sanktionsverfahren in der Individualisierung und der Isolierung. Je besser diese Individualisierung und Isolierung gelingt – und es gibt viele Anzeichen dafür, daß der Weg des Gelingens schon weit zurückgelegt ist – desto besser funktioniert der Anpassungsdruck und die an einzelnen Exempeln statuierte Abschreckungswirkung. Man muß sehen, daß diese individualistische Reaktion der (potentiell) Betroffenen fast selbstverständlich ist. Denn schließlich ist es »mein« Beruf, den ich zu verlieren bzw. erst gar nicht zu gewinnen habe. Die Tatsache, daß es mal diesen, mal jenen trifft, aber kaum eine politische Gruppe insgesamt, die selektive Wirkung also erhöht noch die individualisierende und isolierende Konsequenz. Wenn's den anderen getroffen hat, kann ich mich vielleicht heute noch sichern. Was nützt es dem ersteren, wenn ich durch eine eventuelle Solidarisierung auch mich dem Risiko des Verlusts aussetze? Auf

diese Weise können ganze Gruppen *de facto* illegalisiert bzw. ihrer Existenzfähigkeit beraubt sein, ohne daß je ein *de jure*-Verbot auszusprechen war. Sie zerrinnen gleichsam in ihren Mitgliedern, die das Berufsverbot traf.
Will man die Timidisierungswirkung mit ihrer Isolierungsfolge bremsen, will man den Kampf um Verfassungspositionen, das heißt um die Bestimmung der Legalität dieser Republik und ihrer Interpretation aufnehmen bzw. nicht aufgeben, ist verbesserte Organisation, obwohl sie angesichts der herrschenden Tendenzen und eingesetzten Mittel das Unwahrscheinliche darstellt, unabdingbar. Solche Organisation – und das hebt sie über eine abstrakt-richtige Forderung hinaus und macht sie in der Tat notwendig – erfährt ihre Wichtigkeit und ihre mögliche Stärke aus den konkreten Bedürfnissen der aktuell und potentiell Betroffenen und aus ihrem aktiven Entsprechen im Hinblick auf diese Bedürfnisse. Organisation ist notwendig, um systematisch alle Informationen über Verfahren zu sammeln: von den Betrieben bis hin zur Universität.[3] Organisation ist zweitens notwendig, um den Einzelnen zu helfen in der Diskussion ihrer Fälle vorweg und hinterher, im Ratschlag, im Versuch, ihre Vereinzelung zu durchbrechen und ihre Existenz zunächst auch als Personen, als Leute, die sich im Spiegel ansehen können, zu sichern.[4] Organisation ist schließlich, aufgeteilt in die verschiedenen Berufsbereiche, notwendig, um auf die Probleme der Kollaboration und des Kompromisses, die sich dauernd ergeben, zureichend einzugehen. Generelle Lösungen gibt es hier kaum, wohl ist es aber ein schuldhaftes Versäumnis aller demokratischen und sozialistischen Gruppen, sich hierum, sich um die Individuen nicht mehr zu kümmern. Die gegenwärtig herrschende, sich ausweitende, in Krisenzeiten sich je und je verschärfte Schule des Verdachts, die Ex- und Intensivierung der Kontrollen und ihrer Organe machen nicht nur diesen oder jenen und schließlich einen selbst verdächtig. Sie werden nicht nur ein Spitzel- und Denunziationswesen heraufbeschwören weit über die entsprechenden offiziösen Stellen hinaus (schon heute fungieren bekanntlich der »Bund Freiheit der Wissenschaft«, sein Berliner Ableger, die »Notgemeinschaft«, oder die Berliner Spezialistenvereinigung »Liberale Aktion« als nicht von der Verfassung vorgesehene Verfassungsschutzorgane bzw. vor allem als Informationsorgane). Die Schule des Verdachts wird auch viele in sich selbst als Individuen und Gruppen verunsichern. In einer solchen Atmosphäre, die ja gleichzeitig Realität ist, liegt es nahe, nicht nur überall Verschwörung zu wittern, Unrat zu riechen, sondern selbst Verschwörerverhalten anzunehmen. Beides wäre auch im Sinne der obigen Warnung, sich nicht illegalisieren, nicht zu einem Outsider stigmatisieren zu lassen, verhängnisvoll, wenn auch verständlich. So unrichtig es ist, harmlos zu bleiben im oberflächlichen Sinne und beispielsweise freiweg so zu telefonieren, als gäbe es kein anderes als das angesprochene Ohr, so zentral ist es, im Sinne der oben betonten eigenen Integrität als Einzelner und als Gruppe die prinzipiel-

le Harmlosigkeit sich zu erhalten. Verschwörungstheorien, soviel Spioniererei es in der Tat gibt und soviel Gruppenabsprachen, führen analytisch und strategisch in die Irre. Sie wirken zusätzlich im Hinblick auf ihre Vertreter als sich selbst erfüllende Prophetien.

Es wird nicht ausbleiben, daß auch dieses nicht ganz im Genre gebliebene »Psychogramm« vor allem von den an der Überwachung und an der Schürung des Verdachts Interessierten im Sinne der Bestätigung des Verdachts, nämlich mangelnder Verfassungstreue gegenüber meiner Person bzw. der von mir vorgeschlagenen Verfahren, interpretiert wird. Dies ist unvermeidlich. Solches Mißverständnis schlägt freilich gegen die permanent die Verfassung durchbrechenden und revidierenden Verfassungshüter selbst zurück. Gegen die Stärke ihrer Hebelkraft bleiben uns nur, so meine ich, als Minimum die Folgerungen, die ich oben angedeutet habe: wenn wir schon auf absehbare Zeit nicht siegen können, so sollten wir uns doch verteidigen.

Anmerkungen

1 Das Wortprotokoll und weitere Dokumente sind abgedruckt in *Kritische Justiz*, Mai 1975.

2 Aus dieser Feststellung resultieren auch notwendige Veränderungen des Lehrens und Lernens in allen Ausbildungsinstitutionen.

3 Es empfiehlt sich (Ansätze dazu sind vorhanden), daß zunächst das Sozialistische Büro in Offenbach eine entsprechende Informationssammelstelle einrichtet. Jeder Betroffene ist aufgefordert, notfalls mit der Angabe, daß sein Name nicht verwandt werden darf, entsprechende Informationen weiterzuleiten. Die Kenntnis der Vorgänge ist in ihrer Bedeutung für Verhaltenskonzepte und Handlungsstrategien kollektiver und individueller Natur nicht zu unterschätzen.

4 Noch im Verlaufe des Sommers wird der Aufruf zu einem Bürgerrechtskomitee erfolgen.

Exkurse

An die Damen und Herren
Volksvertreter
Untertänige Bitte um Wiedereinführung der Zensur

Ich weiß nicht, ob ich mich mit dieser Bitte noch auf sicherem freiheitlich-demokratischen Boden bewege. »Eine Zensur findet nicht statt«, heißt es Artikel 5 Absatz 1 GG, und an der Verfassung zu rütteln, sei es auch nur an *einem* ihrer Sätze, macht ja (unser)einen heute schon zu ihrem Feind, fast ebensosehr, wie auf *allen* ihren Bestimmungen zu bestehen, z. B. auch auf der, daß über die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Partei allein das Verfassungsgericht zu entscheiden habe. Ich möchte deshalb nicht aus eigener staatsbürgerlicher Mündigkeit heraus die Wiederherstellung der guten alten Zensur fordern, sondern mein Anliegen zur wohlwollenden Prüfung an die zuständige Stelle weiterreichen, in der – nun ja: opportunistischen – Annahme, daß dort schon ähnliche Überlegungen im Gange sind. Um meine Bitte zu begründen, muß ich etwas ausholen.

1. Ihnen, verehrte Damen und Herren Volksvertreter, liegen drei Gesetzentwürfe vor, die dazu dienen sollen, das »intellektuelle Vorfeld« des Terrorismus, den »geistigen Sumpf«, in dem Gewalt gedeiht, trockenzulegen: durch entsprechende Strafandrohungen. Das ist in bezug auf die Gewalt sehr idealistisch, in bezug auf ihre Verhinderung sehr positivistisch gedacht, insgesamt also gut bürgerlich: Ideen bewegen die Welt und Verbote zügeln sie. Läßt man die Zügel schleifen, rennt sie in ihr Verderben. Ideen sind also gefährlich. Recht so. Oder doch nicht ganz? Der Entwurf der Bundesregierung, an den ich mich hier halten möchte, scheint immerhin etwas zu ahnen von der Gefahr, fast möchte ich sagen: der Staatsgefährdung, die in ihm steckt. Ihm zufolge dürfen die neuen Strafvorschriften »das Grundrecht der freien Meinungsäußerung in seinem unantastbaren Wesensgehalt nicht gefährden. Eine solche Gefährdung könnte jedoch gegeben sein, wenn der Gesetzgeber – wie teilweise gefordert – pauschal den ›Verbalterror‹ oder die ›Befürwortung von Gewalttätigkeiten‹ oder die ›Anleitung (Empfehlung) zu Gewalttätigkeiten‹ unter Strafe stellen würde.« Als nicht pönalisierbare Fälle werden erwähnt: »Kraftausdrücke, die der besonderen Situation in politischen Versammlungen, bei Demonstrationen oder Streiks entspringen«, »Mordschilderungen in Kriminalromanen«, »wissenschaftliche Ausführungen über die Wirkungsweise von Sprengstoffen oder Giften«, »wissenschaftliche oder historische Abhandlungen über die Rolle der Gewalt in der Geschichte«. Also spontane, fiktive und wissenschaftliche Äußerungen, die z. T. ohnehin zum Herrschaftswissen gehören, mithin unverzichtbar sind. Aber wie zieht man die Grenze zur *subversiven* Spontaneität, zum *Mißbrauch* der Fiktion, zur *Zweckentfremdung* des Herrschaftswissens? Hier liegt doch das Problem, und es rührt ganz eindeutig daher, daß der Staat heute eine ganze Menge Anleitung zur Billigung von Gewalt *braucht*, diese Menge aber kaum rationieren kann: bald gibt es zuviel, bald zuwenig.
Das läßt der Entwurf nur ahnen, wenn er begründend sagt, »daß nicht alle Fälle der ›Befürwortung von Gewalttätigkeit‹ pönalisiert werden (können), weil dann auch Fälle erfaßt würden, die sich auf jeden Fall einer strafrechtlichen Bewertung entziehen sollten«. Welche Fälle *sollten*? Ganz offenbar jene, die den zentralen Tatbestand der neuen Gesetze, die (mögliche) »Störung des öffentlichen Friedens«, nicht erfüllen; positiv gewendet: die zur Aufrechterhaltung des »öffentlichen Friedens« notwendig sind. Das vernebelt der Entwurf eher, als daß er es klärt. Der Grund liegt in dem recht fahrlässigen Gebrauch oder Nicht-Gebrauch des Begriffs der Gewalt. Ich will deshalb in einem groben, auf jede inhaltliche Bestimmung verzichtenden Schema einige Grundformen und Richtungen von Gewalt unterscheiden.
Es gibt *erstens* systembestimmende *(strukturelle)* Gewalt, *zweitens* systemerhaltende und -steuernde *(staatliche)* Gewalt – beide sind legal. Es gibt *drittens* systemkonforme, -stüt-

zende Gewalt, *viertens* systemfeindliche, -sprengende Gewalt – beide sind illegal, aber nur die letztere ist falsch und böse, während die drei ersteren als erwünscht und richtig gelten. Alle vier Formen können nun a) im Inland (BRD), b) im kapitalistischen (befreundeten) Ausland, c) im sozialistisch genannten (nicht befreundeten) Ausland und d) gegen das letztere wirken, und jede dieser Wirkungen hat, aus offizieller (bundesrepublikanischer) Perspektive gesehen, einen positiven oder negativen Wert. So ergibt sich untenstehende »Wahrheitstafel«.

Auf den ersten Blick: die positive (gute, erwünschte, richtige) Gewalt überwiegt beträchtlich, in der a-Rubrik sogar im Verhältnis 3:1 (in der c-Rubrik ist das Verhältnis natürlich umgekehrt). Ihre »Befürwortung« gilt es zu ermuntern und nicht durch Gesetze wie die geplanten (sei's auch nur versehentlich) einzuschüchtern. Interessant in dieser Hinsicht ist vor allem die Gewalt vom Typ 3a (illegale, aber systemkonforme Gewalt im Inland), die für die Typen 1a und 2a unverzichtbar ist, allerdings leicht – ich erinnere nur an Wyhl – in Typ 4a umkippen kann. Worauf es ankommt, ist, daß jeweils die gute Gewalt angepriesen, die schlechte angeprangert wird, und nicht umgekehrt. Aber die geplanten Gesetze drohen das saubere Kind mit dem schmutzigen Bad auszuschütten. Wenn sie Rechtskraft erlangen sollten (woran kaum zu zweifeln ist), könnte es geschehen, daß dem Staat eine wichtige Stütze (Legitimationszufuhr) entzogen wird. Denn wer garantiert ihm denn, daß seine Richter auch in Zukunft so verläßlich obrigkeitsfromm entscheiden werden wie in den letzten hundert Jahren? Und wer garantiert ihm andererseits, daß die fürder nicht mehr intellektualisierte (und damit kanalisierte) Unzufriedenheit sich nicht unmittelbar Luft macht? Oder meint er wirklich, daß jemand eher zur Bombe greift, wenn er Böll, als wenn er *Bild* liest?

2. Ich will meine Bedenken nicht an Beispielen illustrieren, die es mir leicht machen würden, etwa dem der *Bild*-Zeitung, sondern an solchen, wie sie den Gesetzentwerfern vermutlich vorschweben, wenn sie an jenen »geistigen Sumpf« denken; auf die ihre Entwürfe also gemünzt sind. Ich wähle die mir nächstliegende Publikation, das *Kursbuch*, zehn Jahrgänge, 40 Hefte. Da lese ich sehr viel von Gewalt, Terror, Repression. Aber das kann es nicht sein, was das *Kursbuch* den Verfassungs- und Staatsschützern so verdächtig macht, denn es geht hier kaum einmal um die von ihnen bespitzelte und verfolgte Gewalt, sehr oft dagegen um die von ihnen beschützte und praktizierte. Nur daß sie eben nicht gelobt, sondern kritisiert, oft auch einfach nur (grimmig) zitiert wird, aus anderen Publikationen oder aus offiziellen Dokumenten. Reicht das schon hin, den »öffentlichen Frieden« zu stören?

Kursbuch 12/1968, S. 50: »Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, nicht wahr, dann müssen wir in die Mitte hineinstechen, damit sie an den Enden auseinanderplatzt.« So 1967 der Berliner Polizeipräsident Duensing, jener vom 2. Juni, der auch, nach Ansehung des Films *Africa addio*, gegen den die Studenten demonstriert hatten, verlauten ließ (ebd. S. 21): »Die einzige Sprache, die sie verstehen, ist die Gewalt.« Die Afrikaner nämlich. (Ein Nordafrikaner, Frantz Fanon, antwortete, schon 1961 [K 2/1965, S. 38]: »Dieses Volk, dem man immer gesagt hat, daß es nur die Sprache der Gewalt verstehe, beschließt, sich durch die Gewalt auszudrükken. Im Grunde hat der Kolonialherr ihm seit jeher den Weg gezeigt, den es wählen muß, wenn es sich befreien will . . . Durch

Richtung der Gewalt / Form der Gewalt		a im Inland (BRD)	b im kapital. Ausland	c im sozial. Ausland	d gegen d. sozial. Ausland
1.	(legale) strukturelle	+	+	–	?
2.	(legale) staatliche	+	+	–	+
3.	(illegale) systemkonforme	+	+	–	+
4.	(illegale) systemfeindliche	–	–	+	?

eine ironische Umkehrung ist es jetzt der Kolonisierte, der behauptet, daß der Kolonialist nur die Gewalt verstehe.« Wollte vielleicht auch Herr Duensing den Demonstranten nur zeigen, welche Sprache sie zu sprechen haben?) Was die Duensings und ihre Leberwürste betrifft, so ist der Gesetzgeber außer Obligo: ein klarer Fall, Gewalt Typ 2a. Die Frage ist nur, ob sie publizistische Befürwortung und Billigung auf die Dauer besser verträgt als öffentliche Kritik. Wie der 2. Juni zeigte, kann schon die Berichterstattung aufhetzend wirken. Sieht der Gesetzgeber dies? Jedenfalls bedarf Typ 2a dringend der Unterstützung durch Typ 3a, der ihm dicht auf den Fersen folgt und oft auch fröhlich vorauseilt: »Wir hätten gleich mit dem MG dazwischengehalten, damit Euch Halunken ein für allemal die Lust am Radau vergangen wär« / »Nur ein Student erschossen, ist viel zu wenig. Durch den Ofen jagen, das ganze Pack!« / »Ungeziefer muß man mit Benzin begießen und anzünden! Tod der roten Studentenpest!« (zit. ebd. S. 135 f.). Volkes Stimme, Stütze des »öffentlichen Friedens«. Wie, wenn sie demnächst unterdrückt würde, weil übereifrige Richter die Friedenspflicht enger auslegen, als sie gemeint ist? Gar im folgenden Fall: »Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sich die Bevölkerung mit dem Beschluß des obersten deutschen Verfassungsgerichts bedingungslos abfinden wird. Daß sie tatenlos (!) einen Menschen in ihrer Mitte duldet, der einen anderen Menschen getötet hat.« So ›Peer‹ am 21. 1. 1966 in der *B.Z.* (zit. K 7/1966, S. 117). Ich fürchte, lieber Peer, solches darfst du bald nicht mehr sagen. Oder kommt es weniger darauf an, *was* gesagt wird, als *wo* es gesagt wird, in welchem Rahmen? Nehmen wir den Rahmen einer Kleinbürgerinitiative gegen die bayrische Gebietsreform 1971: »Wen soll ich umbringen, ich tu's« / »Bei den Nazis hat die Demokratie besser funktioniert« (zit. K 39/1975, S. 158, 166). Oder den Rahmen eines Bauernprotests gegen ein Kernkraftwerk: »Jetzt helfen nur noch Waffen« / »Schwarzer September, die machens richtig. So müßten wir es auch machen« (S. 148). Bloßer Verbalterror. Oder? Im *Kursbuch* 31/1973, S. 43 lese ich dazu: »Insgesamt ist für den Staatsapparat die Gefahr gegeben, daß schon der geringste reformerische Ansatz an die Dialektik von Reform und Revolution gerät . . . Insofern beschwört das Herunterbeten der Unterdrükkungsabsichten [des Staates] nichts anderes als die permanente Ohnmacht der Massen. An diesem Punkt aber verwirklichen solche Analysen eher die Absichten des Staates: sie zeigen keine Möglichkeiten kollektiven Widerstandes auf.« *Widerstand*: das Stichwort ist gefallen. Es zieht sich (Leugnen ist zwecklos) als roter Faden durch alle 40 *Kursbücher*. Aber die Motivation zum Widerstand wird so gut wie nie aus irgendeiner Idee oder Ideologie bezogen, sie folgt vielmehr aus der Beschreibung und Analyse des Bestehenden, der strukturellen und staatlichen Gewalt in den kapitalistischen und ebenso – das macht die Sache für viele so verflixt – in den sozialistisch genannten Gesellschaften von heute. Kurzformel: »Polizei, Justiz und Geheimdienst sind die wichtigsten Freunde und Helfer der Systemopposition . . . In den kommenden Jahren werden Tausende diese Hochschule der Revolution durchlaufen. Damit schafft sich das System Feinde auf Lebenszeit. Die Erfahrungen, die heute auf Polizeiwachen, Amtsgerichten, Verfassungsschutzämtern und in Untersuchungsgefängnissen gesammelt werden, sind die einzige wahre Staatsbürgerkunde, welche diese Republik zu bieten hat« (K 11/1968, S. 165).
Ist das nun Billigung von Gewalt? Und von wessen Gewalt? Es ist Schlimmeres: die Anprangerung der *staatlichen* Anleitung zur Gewalt. Das gilt ebenso für die strukturelle Gewalt: »Die Macht der Bürokratie wächst, und mit ihr das Gefühl, den Bürokraten hilflos ausgeliefert zu sein. Die Ohnmacht des einzelnen fördert den Aggressionstrieb, der dann über die verbale Ablehnung der Gesellschaftsform in einigen Fällen sogar zum bewaffneten Kampf gegen die Gesellschaft führt.« So sagte es (ich kann nichts dafür) Herr Nollau, der Präsident des Verfassungsschutzamtes, 1972 im *Stern* (zit. K 31/1973, S. 40). Ja durfte er denn? Oder wird er denn dürfen? Und werden der *Stern*, das *Kursbuch* solches noch verbreiten dürfen? Klafft da

nicht, Meinungsfreiheit hin wie her, eine empfindliche Gesetzes-, gar Verfassungslükke, Herr Präsident? Und sollte, wenn dem so ist, wie Sie's beschreiben, nicht neben oder besser schon *vor* der »Befürwortung von (illegaler) Gewalt« jede Beschreibung und Analyse von (legaler) Gewalt unter Strafe gestellt werden, weil sie zum bewaffneten Kampf motivieren könnte? Oder entspringt der gar nicht aus der Befürwortung oder Bezichtigung von dem oder jenem, vielmehr aus dem oder jenem selbst?

Herr Nollau scheint eher der letzteren Ansicht zu sein. Er steht damit nicht allein: »Die Führer und Propagandisten eines Systems, das über sämtliche Zwangs- und Vernichtungsmittel verfügt, rufen die Massen im Namen des Friedens zur Ordnung . . . Die Argumentation geht von der Hypothese aus, daß die Revolution . . . ein Verbrechen sowohl gegen den inneren Frieden wie gegen den Weltfrieden darstelle. Es ist das traditionelle Argument aller konterrevolutionären Ideologien . . . Es ist ein typisches Polizeiargument. In Wahrheit sind Revolutionen stets die Folge einer Krise der sozialen und ökonomischen Strukturen . . . Das einzige Verbrechen gegen den inneren Frieden ist die Politik der herrschenden Bürokratie . . .« (K 9/1967, S. 37 f.). Gemach, Herr Staatsanwalt von morgen: das ist eine nützliche Befürwortung von Gewalt (Typ 4c), denn sie stammt von zwei oppositionellen Polen, Kuron und Modzelewski, die von Ihren Kollegen drüben verfolgt und deshalb hierorts gefeiert wurden. Aber ihre Bedenken sind verständlich: Was für das eine System gilt, muß auch für das andere gelten. Ordnung muß sein, und sei es die falsche. Darum sollten sich heute 2a und 2c gegen 4a und 4c verbünden. (»Wie mein Mann schon öfter sagte, würde er einige von den hiesigen Liberalen sehr gern gegen russische Kommunisten austauschen«, plauderte 1970 Mrs. Mitchell, die Frau des US-Justizministers, aus; zit. K 22/1970, S. 29.)

Ich frage mich, was von dem, was in den letzten zehn Jahren im *Kursbuch* stand, nach Maßgabe der zu erwartenden Gesetze in den kommenden zehn Jahren dort noch stehen dürfte. Ich wähle fünf Beispiele aus.

1. »Wissen Sie, was der Chef der iranischen Armee einem unserer Leute sagte? Er sagte, die Armee sei dank der US-Hilfe in guter Form, sie sei in der Lage, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden. Die Armee hat nicht vor, gegen die Russen zu kämpfen, sie hat vor, gegen das iranische Volk zu kämpfen« (Senator Hubert Humphrey 1961; zit. K 2/1965, S. 113). – »Der Untersuchungsrichter schlug mich ins Gesicht und mit einem Gummiknüppel zunächst auf die rechte, dann auf die linke Hand. Er verletzte beide Hände. Er schlug mit jeder Frage erneut zu. Schließlich zwang er mich, nackt auf einer heißen Kochplatte zu sitzen . . .« (ein Iraner 1964 in einer Eingabe an das Militärgericht; zit. ebd. S. 121). Befürwortung von Gewalt?

2. »Am 16. März 1972 wurde Carmen Roll in der Justizvollzugsanstalt Aichach in ein Arztzimmer geführt, dort von mehreren Kriminalbeamten angefallen, mit Gewalt auf eine Art gynäkologischen Stuhl gezerrt und mit Ledergurten an Armen und Beinen gefesselt. Jemand stülpt ihr eine Äthermaske über das Gesicht. Als sie aus der Bewußtlosigkeit erwacht, ist ihre untere Kieferpartie geschwollen, die rechte Halsseite ist übersät mit Kratz- und Würgemalen . . .« Antwort der Staatsanwaltschaft: ». . . daß bei der Beschuldigten Carmen Roll die Abnahme von Fingerabdrücken, bei Weigerung unter Anwendung unmittelbaren Zwanges, angeordnet wurde . . . Dieses Verfahren war rechtmäßig . . .« (K 32/1973, S. 83, 88 f.) Billigung oder eher Anstiftung zur Gewalt?

3. »Ein Angriff gegen die Unverletzbarkeit, ja Heiligkeit der Wohnung zum Beispiel wäre im alten Irland unmöglich gewesen, in jenen Formen, wie er im Berlin von 1933 als reine Verwaltungsmaßnahme möglich war. Als rühmliche (!) Ausnahme verdient ein junger Sozialdemokrat Erwähnung, der im Hausflur seiner Wohnung ein halbes Dutzend sogenannter Hilfspolizisten erschoß . . . Wenn wir nun ferner annehmen wollen, daß in jeder Berliner Straße auch nur mit einem solchen Falle zu rechnen gewesen wäre, dann hätten die Dinge anders ausgesehen.« Aha! eine historisch verkleidete Aufforderung zur Begehung von Straftaten . . . Der Autor ist

(leider) E. Jünger (1951), zitiert (K 35/1974, S. 140) in einem Text, der den »bewaffneten Volkskrieg« der RAF bloßstellt: individualistischer »Kampf als inneres Erlebnis«.

4. »Wir haben dieses Haus besetzt, weil es vom Eigentümer . . . systematisch dem Verfall anheimgegeben worden war. Wir haben die Räume wieder bewohnbar gemacht . . . Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist durch uns nicht bedroht, sondern durch die Einrichtung der Wohnungen wieder hergestellt worden. Die Polizei, die versucht, uns mit Gewalt unsere Wohnungen wegzunehmen und uns auf die Straße zu setzen, zerstört selbst die eingetretene neue Ordnung und die Ruhe dieses Wohnviertels . . .« (Bericht über eine Hausbesetzung, K 27/1972, S. 93). Gefährdung des öffentlichen Friedens oder Anleitung zu seiner Herstellung?

5. »Es gibt nur den revolutionären Weg. Und die Revolution macht man nur auf eine Art, nämlich mit Waffen. Alle anderen Arten sind Geschwätz . . . Es genügt, eine Brücke, eine Eisenbahnlinie, eine Zentrale anzugreifen, und die Welt steht für 2, 3, 10 Tage still . . .« (Petro Cavallero, »Brief aus dem Gefängnis«, K 19/1969, S. 122). Das stand in einem Heft, das der »Kritik des Anarchismus« gewidmet war und von Cavallero bestimmt als Geschwätz eingestuft worden wäre. Die wohl heftigste Kritik am Anarchismus stammte wohl von – Stalin. Da aber andere Beiträge wiederum Stalin kritisierten und auch Bakunin zu Wort kam, es freilich nicht behielt, usw. – armer Herr Befürwortungsfahnder! »Auf eine nicht in der Schrift zum Ausdruck gebrachte Willensrichtung des Verfassers, Verlegers oder Vertreibenden kommt es nicht an«, heißt es im Regierungsentwurf. Die Willensrichtung der *Kursbuch*-Herausgeber war hier wie auch sonst: die Kontroverse, die Aufklärung, die Reflexion des Lesers. Werden wir in Zukunft mit ein paar Fremd-Lesern rechnen müssen, für die das nicht selbstverständlich ist, sondern anstößig, verdächtig, gefährlich?

3. Es geht hier um Schriften (Abbildungen, Tonträger etc.), die eine Straftat befürworten, billigen oder zu ihr anleiten. Wer eine solche Schrift »1. verbreitet, 2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder 3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist« usw., soll bestraft werden (mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe, wozu noch die Beschlagnahme kommt). Straflos bleibt demnach nur der Besitz einer solchen Schrift (wohl dem, der sich rechtzeitig eingedeckt hat), aber auch das bloße Niederschreiben und Lesen (es lebe der anarchistische Briefwechsel). Alles andere, das Herausgeben, Verlegen, Drucken, Verteilen, Verkaufen etc., wird unterbunden werden – nicht weil mit einer so großen Zahl von Schuldsprüchen zu rechnen ist, sondern weil man's gar nicht erst darauf ankommen lassen wird. Welcher Drucker, Grossist, Sortimenter ist in der Lage, im voraus zu prüfen, ob er eine bestimmte Schrift herstellen und verbreiten darf? Also wird er dazu neigen, ein Buch, ein Periodikum, ein ganzes Verlagsprogramm auf bloßen Verdacht hin zurückzuweisen, um sich nicht unversehens strafbar zu machen. Und die Verleger? Schon heute werfen die geplanten Gesetze ihre Schatten auf die Programme gewisser bürgerlicher Großverlage. Morgen bereits könnten alle progressiven Kleinverlage von der Bildfläche verschwunden sein. Und für übermorgen darf man sich einen Zustand der deutschen Literatur ausmalen, der trübseliger, aber auch »staatsverdrossener«, und damit unruheträchtiger ist als in Ländern mit staatlicher Zensur.

Ich plädiere deshalb dafür, auch in Westdeutschland die Zensur wieder einzuführen, unter deren Herrschaft einstmals doch sehr bedeutende kritische Werke erscheinen konnten und es dem Staat andererseits nie an systemkonformer Bosheit und Aggressivität mangelte. Der westdeutsche Staat könnte seinen notorischen freiheitlich-demokratischen Sinn gerade dadurch beweisen, daß er die Zensur wieder »stattfinden« läßt, und damit zugleich verhindern, daß ihm aus Mangel an kritischem Denken Untertanen erwachsen, die dumpf vor sich hinleben, bis sie wild um sich schlagen. Die geplanten Gesetze sind eine Gefahr für den öffentlichen Frieden.

Karl Markus Michel

Robert Bosshard, geboren 1939, war Soziologie-Assistent in Bern und Bochum. Anschließend vier Jahre Stadtplaner in Bochum. Er versuchte, populärwissenschaftliche Artikel in verschiedenen Illustrierten zu publizieren, und ist einer der Autoren der Fernsehserie »Familie in der Krise« (WDR 1974). Zur Zeit arbeitet er als klinischer Soziologe in der Psychiatrie.

Die vier Balladen von *Hans Magnus Enzensberger* sind ein Vorgriff auf den Band *Mausoleum*, der im Herbst 1975 im Suhrkamp Verlag erscheinen wird.

»Besuch im Elfenbeinturm« ist ein Exkurs in *Maria-Antonietta Macciocchis* Buch *Pour Gramsci*, Edition du Seuil 1974. Wir danken dem Verlag für die Abdruck-Genehmigung.

Klaus Stiller, geboren 1941, lebt in Berlin. Veröffentlichungen: *Die Absperrung*, 1966; *H.*, 1970 (vgl. *Kursbuch* 20); *Tagebuch eines Weihbischofs*, 1972. Zur Zeit arbeitet Stiller an einem Band mit Novellen über den italienischen Faschismus.

Kursbuch 41 erscheint Ende September 1975

Alltag

Was ist eigentlich Alltag? Wo es ihn wirklich gibt, kann man kaum davon erzählen. Und tatsächlich wurde jahrhundertelang so gut wie nichts über den Alltag erzählt, weil er so gegenwärtig, so alltäglich war. Erst in der »modernen« Welt wird er zum Problem, wird oft das, was früher im Überfluß da war, zu einer Mangelerscheinung. Kursbuch 41 will sich dem sogenannten Normalen, das immer weniger normal wird, zuwenden: dem Alltagsleben unserer Gesellschaft in seinen Erscheinungsformen, seinen Bedingungen und Rahmen, seinen Funktionen und Dysfunktionen. Da gibt es die Wohnungen mit ihrem Mobiliar, die Straßen mit ihrem Verkehr, die Freizeiträume mit ihren Strukturen; es gibt private und öffentliche Rituale, individuelle und kollektive Gewohnheiten, Zwänge, Toleranzen etc. Vor allem gibt es manche Grenzen des Alltags, von denen her er überhaupt erst definiert werden kann, weil sie ihn teils aufheben, teils bestätigen: Feste, Sensationen, Katastrophen, blaue Montage, schwarze Freitage usw.

Kursbuch 42 erscheint Ende November 1975

Unsere Bourgeoisie

Die Nachkriegsentwicklung der BRD vollzog sich so, als hätte es eine in sich geschlossene, zielsicher agierende Bourgeoisie gegeben. Aber gab und gibt es diese »herrschende Klasse« wirklich, als »Klasse für sich«? Wenn man nach ihr Ausschau hält (im Gedanken an frühere Zeiten oder andere kapitalistische Länder), stellt man fest: sie artikuliert sich nicht, sie zeigt sich nicht, sie repräsentiert nicht. Es gibt nur einzelne Vertreter, alte und neue Bourgeois, ihre Handlanger, ihre Hintermänner, aber kaum einer will »Kapitalist« sein. Manche von ihnen haben viel Geld, aber relativ wenig Einfluß, bei anderen ist es umgekehrt, und alle klagen über die schlechten Zeiten, die Regierung, die Arbeitnehmer . . . Natürlich gibt es viel, unendlich viel ökonomische und politische Macht. Doch in welchen Händen liegt sie? Und was sind das für Hände? Welche Köpfe und Füße gehören dazu?
Kursbuch 42 will versuchen, diese heimliche herrschende Klasse teils phänomenologisch, teils analytisch zu beschreiben – auf die Gefahr hin, daß dies zur Beschreibung einer Lücke wird.

Eine Mitteilung

Es ist jetzt eben zehn Jahre her, daß ich, unter den Unkenrufen der deutschen Kritik, das *Kursbuch* begründet habe. Diese runde Zahl möchte ich zum Anlaß nehmen, um mich als Herausgeber von den Lesern der Zeitschrift zu verabschieden. Karl Markus Michel und Harald Wieser werden sie weiterführen.
An sich bedarf ein solcher Schritt gar keiner Begründung. Wo aber schon die Dreißigjährigen Renten kleben, und wo sogar die Umwälzung der Gesellschaft am liebsten von Planstellen aus geübt wird, da ist es vielleicht ratsam, ein paar Dinge, die sich von selbst verstehen müßten, ausdrücklich festzuhalten.
Erstens also, einer Zeitschrift, die es auf Veränderung abgesehen hat, wird es nicht schaden, wenn sie sich selber verändert.
Zweitens, beamtenhafte Rechte, Lebensstellungen und Pfründen hat sie nicht zu bieten.
Drittens, wer sich nun nach Krach, Intrige, Spaltung die Lippen leckt, der soll sich zu früh gefreut haben.
Viertens nämlich, denen, die das Kursbuch weiterführen, stehe ich auch in Zukunft zur Verfügung, als ratgebender Redakteur, als Planungshelfer, als fahrender Bote.

Die Zeitschrift erreicht heute etwa 200-250 000 Leser. Sie steht ökonomisch auf eigenen Beinen. Sie ist frei von Schulden. Dieses Resultat wird ihr gelegentlich sogar zum Vorwurf gemacht, allerdings meist von Leuten, die den ökonomischen Dilettantismus für ein sozialistisches Prinzip halten. Sofern das *Kursbuch* Überschüsse erzielt hat, sind sie dazu verwendet worden, den Preis der Hefte niedrig zu halten. Dieser Preis liegt heute so hoch wie vor zehn Jahren. Parallelen hierzu sind uns aus dem Verlagswesen nicht bekannt.

Ich danke allen, die das *Kursbuch* tragen: seinen Lesern, seinen Autoren, den Mitarbeitern im Verlag und im Buchhandel. Was meine Tätigkeit angeht, so ließe sich vielleicht sagen: ich habe mich entbehrlich gemacht.

Hans Magnus Enzensberger

Ahrens/Bruns/v. Hedenström/Hoffmann/v. d. Marwitz: Die Homosexualität in uns *Kursbuch 37*, 1974; S. 84

Alf, Sophie G.: »Neuer Syndikalismus«. Die Tarifkämpfe der italienischen Metallarbeiter 1972/73 *Kursbuch 38*, 1974; S. 68

Alliata, Vittoria: Texanische Monadologie *Kursbuch 37* (Exkurse), 1974; S. 185

Amar, André: Psychoanalytischer Versuch über das Geld, in: Drei Ansichten vom Geld *Kursbuch 36*, 1974; S. 8

Anna/Laura/Louise/Mary/Wera: Die Sache der Frauen *Kursbuch 35*, 1974; S. 69

de Beauvoir, Simone: Über den Kampf für die Befreiung der Frau *Kursbuch 35*, 1974; S. 58

de Beauvoir, Simone/Sartre, Jean-Paul, Über unsere Beziehung *Kursbuch 35*, 1974; S. 49

Bellmann, D./Hein, W./Trapp, W./Zang, G.: »Provinz« als politisches Problem *Kursbuch 39*, 1975; S. 81

Berger, Anna: Sozialklempner oder Anwalt der Betroffenen? Bericht aus der Sozialarbeits-Praxis: Familienfürsorge und Gemeinwesenarbeit *Kursbuch 40*, 1975; S. 24

Berliner Krankenhausärzte: Ärztliche Praxis und politische Arbeit im Krankenhaus *Kursbuch 40*, 1975; S. 51

Binger, Lothar: Kritisches Plädoyer für die Gruppe *Kursbuch 37*, 1974; S. 1

Blechschmidt, Aike/Hoffmann, Gerhard/v. d. Marwitz, Reinhard: Das inflatorische Zusammenwirken von Kapitalkonzentration, Weltmarkt und Staatsintervention *Kursbuch 36*, 1974; S. 101

Bloch, Ernst: Gespräch über Ungleichzeitigkeit *Kursbuch 39*, 1975; S. 1

du Bois-Reymond, Manuela/Söll, Burkhardt: Über die Bedeutung der Schule im Leben der Arbeiterkinder *Kursbuch 34*, 1973; S. 159

Bosshard, Robert: Wem Gott ein Amt gab . . . Oder die pfiffige Intelligenz des Amateurs *Kursbuch 40*, 1975; S. 117

Brigade, Fragen an eine *Kursbuch 38*, 1974; S. 139

Bruns: siehe Ahrens u. a. *Kursbuch 37*, 1974; S. 84

Buckmiller, Michael/Fenzl, Josef: »Auf'm Land is nix los . . .«. Ein Gespräch über die Dialektik von Spontaneität und Organisation in der Provinz am Beispiel Wasserburg *Kursbuch 39*, 1975; S. 155

Busch, Klaus/Seelow, Frank: Leitfaden zur politischen Ökonomie des Geldes *Kursbuch 36*, 1974; S. 13

Carecz: siehe Dienstag u. a. *Kursbuch 36*, 1974; S. 162

Chotjewitz, Peter O.: Neuland – Leben in der Provinz *Kursbuch 39*, 1975; S. 10

Clemenz, Manfred: Staatsfaschistische Tendenzen im Spätkapitalismus *Kursbuch 31*, 1973; S. 1

Damus, Renate: Ist die Arbeit im Sozialismus Lohnarbeit? Zum Charakter der Arbeit in den nachkapitalistischen Gesellschaften Osteuropas *Kursbuch 38*, 1974; S. 92

Delius, F. C.: Ein Traum von Mozambique *Kursbuch 36* (Exkurse), 1974; S. 185

Deutsche Arbeiter, Gespräche mit . . ., Stück für Stück *Kursbuch 38*, 1974; S. 10

Dienstag/Pellizzi/Carecz/Merath: Die Linke und das Geld. Ein Mosaik *Kursbuch 36*, 1974; S. 162

Dienstag, Matthis: Trauer um Nixon *Kursbuch 37* (Exkurse), 1974; S. 183

Dossier: Berichte und Erklärungen von Gefangenen *Kursbuch 32*, 1973; S. 144

Driest, Burkhard: Halbstark in Peine *Kursbuch 39*, 1975; S. 35

Ehrlich, Paul R. und Anne H.: Bevölkerungskontrolle – Kontrolle der Bevölkerung *Kursbuch 33*, 1973; S. 72

Elschenbroich, Donata: Spielen und Spielzeug. Aspekte zur Kritik bürgerlicher Theorien des kindlichen Spiels *Kursbuch 34*, 1973; S. 51
Enzensberger, Hans Magnus: Zur Kritik der politischen Ökonomie *Kursbuch 33*, 1973; S. 1
Enzensberger, Hans-Magnus: Auf dem Weg zur Schwarzen Marktwirtschaft *Kursbuch 35* (Exkurse), 1974; S. 183
Enzensberger, Hans-Magnus: Karrieren *Kursbuch 40*, 1975; S. 133
Eschen/Lang/Laubscher/Riemann: Folter in der BRD. Dokumentation zur Lage der Politischen Gefangenen zusammengestellt von Verteidigern in Politischen Strafsachen *Kursbuch 32*, 1973; S. 11
Eschen, Klaus: Vor den Schranken. Erfahrungen eines linken Anwalts *Kursbuch 40*, 1975; S. 103
Eyre, I. S. R.: Man the Pest: Eine Frage des Überlebens *Kursbuch 33*, 1973; S. 53

Fachinelli, Elvio: Wo ist Lin Piao geblieben? *Kursbuch 35* (Exkurse), 1974; S. 187
Fenzl, Josef/Buckmiller, Michael: »Auf'm Land is nix los . . .«. Ein Gespräch über die Dialektik von Spontaneität und Organisation in der Provinz am Beispiel Wasserburg *Kursbuch 39*, 1975; S. 155
Firestone, Shulamith: Nieder mit der Kindheit! *Kursbuch 34*, 1973; S. 1

Gellen, Martin: Der öko-industrielle Komplex in den USA *Kursbuch 33*, 1973; S. 125
Glossar, Kleines methodologisches *Kursbuch 33*, 1973, S. 43
Graf, Franziska: Lernziel Wohnen. Bericht über eine Wohngemeinschaft *Kursbuch 37*, 1974; S. 145

Haraszti, Miklós: Stücklohn *Kursbuch 38*, 1974; S. 103
v. Hedenström: siehe Ahrens u. a. *Kursbuch 37*, 1974; S. 84
Heidelberger Kollektiv: Profitschmutz und Umweltschutz in der Bundesrepublik *Kursbuch 33*, 1973; S. 145
Hein, W.: siehe Bellmann u. a. *Kursbuch 39*, 1975; S. 81
Heinrich, Brigitte: Intervention und Integration. Zum Verhältnis von Staat und Ökonomie *Kursbuch 31*, 1973; S. 139
Heß, Moses: Über das Geldwesen, in: Drei Ansichten vom Geld *Kursbuch 36*, 1974; S. 1
Hoffmann, Gerhard: siehe Blechschmidt u. a. *Kursbuch 36*, 1974; S. 101
Hoffmann, Gerhard: siehe Ahrens u. a. *Kursbuch 37*, 1974; S. 84
Hoffmann's Comic Teater: Kinderkultur *Kursbuch 34*, 1973; S. 25

Jacobi, Otto: Gewerkschaftliche Tarifpolitik in der Bundesrepublik *Kursbuch 38*, 1974; S. 43
Jović, Anna: Ich war getrennt von mir selbst . . . *Kursbuch 37*, 1974; S. 67
Jürgens, Ulrich/Lindner, Gudrun: Zur Funktion und Macht der Banken *Kursbuch 36*, 1974; S. 121
Jun, Ui: Der japanische Kapitalismus als Vorhut der ökologischen Katastrophe *Kursbuch 33*, 1973; S. 163

Kamp, Rosemarie/Merten, Julie: Grund-Schulung *Kursbuch 40*, 1975; S. 10
Kopkind, Andrew: Neue amerikanische Mystik: Eine Massenflucht aus der Politik? *Kursbuch 36* (Exkurse), 1974; S. 183

Laermann, Klaus: Kneipengerede. Zu einigen Verkehrsformen der Berliner »linken« Subkultur *Kursbuch 37*, 1974; S. 168
Lang: siehe Eschen u. a. *Kursbuch 32*, 1973; S. 11
Laubscher: siehe Eschen u. a. *Kursbuch 32*, 1973; S. 11
Lehrlinge in der Provinz *Kursbuch 39*, 1975; S. 59
Leithäuser, Thomas: Erfahrungen eines chilenischen Arbeiters in der Bundesrepublik *Kursbuch 38*, 1973; S. 1

Lindner, Gudrun/Jürgens, U.: Zur Funktion und Macht der Banken *Kursbuch 36*, 1974; S. 121
Lindquist, Nils Thomas: Der Nachbar und das Allgemeine. Kommunikation in einer Kleinstadt *Kursbuch 39*, 1975; S. 49
LIP-Arbeiter, Gespräche mit . . ., Von der Veränderung des Menschen durch den Kampf *Kursbuch 35*, 1974; S. 37
zur Lippe, Rudolf: Objektiver Faktor Subjektivität *Kursbuch 35*, 1974; S. 1

Macciocchi, Maria-Antonietta: Besuch im Elfenbeinturm *Kursbuch 40*, 1975; S. 140
v. d. Marwitz, Reinhard: siehe Blechschmidt u. a. *Kursbuch 36*, 1974; S. 101
v. d. Marwitz, Reinhard: siehe Ahrens u. a. *Kursbuch 37*, 1974; S. 84
Mattick, Paul: Die »Zerstörung« des Geldes *Kursbuch 36*, 1974; S. 41
Merath: siehe Dienstag u. a. *Kursbuch 36*, 1974; S. 162
Merten, Julie/Kamp, Rosemarie: Grund-Schulung *Kursbuch 40*, 1975; S. 10
Michel, Karl Markus: Untertänige Bitte um Wiedereinführung der Zensur *Kursbuch 40* (Exkurse), 1975; S. 179
Mossmann, Walter: »Die Bevölkerung ist hellwach!« Erfahrungen aus dem Kampf der badisch-elsässischen Bevölkerung gegen ein Atomkraftwerk in Wyhl *Kursbuch 39*, 1975; S. 129
Mühleisen, Hermann: Am Band. Tagebuchaufzeichnungen eines Vertrauensmanns *Kursbuch 38*, 1974; S. 31

Narr, Wolf-Dieter: Anhörung. Zur Frage, ob ich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe *Kursbuch 40*, 1975; S. 159

Olivares, Augusto: Ein letzter Brief aus der Moneda *Kursbuch 35* (Exkurse), 1974; S. 185

Pellizzi, Giorgio: Man trägt wieder alte Hüte *Kursbuch 36* (Exkurse), 1974; S. 182
Pellizzi: siehe Dienstag u. a. *Kursbuch 36*, 1974; S. 162
Pohrt, Wolfgang/Schwarz, Michael: Wegwerfbeziehungen. Versuch über die Zerstörung der Gebrauchswerte *Kursbuch 35*, 1974; S. 155
Polnischer Bergmann, Aus dem Tagebuch eines *Kursbuch 38*, 1974; S. 127
Poulantzas, Nicos: Klassenkampf und Repression – Einige Hauptzüge des kapitalistischen Staates *Kursbuch 31*, 1973; S. 129

Red Collective: Jenseits der Familie. Bericht über eine Dreierbeziehung – ein sozialpolitisches Experiment *Kursbuch 37*, 1974; S. 115
Reiche, Jochen: Permanente Inflation *Kursbuch 36*, 1974; S. 65
Reidemeister, Helga: »Warum ist Solidarität so schwierig?« Protokoll eines Gesprächs mit drei Arbeitern *Kursbuch 37*, 1974; S. 51
Riemann: siehe Eschen u. a. *Kursbuch 32*, 1973; S. 11
Romren, Elisabet und Tor Inge: Marx und die Ökologie *Kursbuch 33*, 1973; S. 175
Rote Hilfe West-Berlin: Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken *Kursbuch 31*, 1973; S. 29

Sartre, Jean-Paul/de Beauvoir, Simone: Über unsere Beziehung *Kursbuch 35*, 1974; S. 49
Scharang, Michel: Bericht an das Lohnkomitee *Kursbuch 38*, 1974; S. 153
Scherer, Renate: China: Die Lohnfrage im Kampf zweier Linien *Kursbuch 38*, 1974; S. 166
Scherf, Elisabeth: Aus dem Stegreif. Soziodramatische Spiele mit Arbeiterkindern *Kursbuch 34*, 1973; S. 103
Scheunemann, Beate: Kind und Buch *Kursbuch 34*, 1973; S. 79
Schneider, Peter: Die Sache mit der »Männlichkeit«. Gibt es eine Emanzipation der Männer? *Kursbuch 35*, 1974; S. 103
Schulz, Til: »Der Kampf als inneres Erlebnis«. Abenteuer des falschen Bewußtseins *Kursbuch 35*, 1974; S. 135

Schwarz, Michael/Pohrt, Wolfgang: Wegwerfbeziehungen. Versuch über die Zerstörung der Gebrauchswerte *Kursbuch 35*, 1974; S. 155
Schwarzes Kollektiv: Ökologie und Macht *Kursbuch 33*, 1973; S. 95
Seelow, Frank/Busch, Klaus: Leitfaden zur politischen Ökonomie *Kursbuch 36*, 1974; S. 13
Seifert, Jürgen: Plädoyer gegen die Ächtung des politischen Gegners *Kursbuch 32*, 1973; S. 129
Sigrist, Christian: Imperialismus: Provokation und Repression *Kursbuch 32*, 1973; S. 137
Söll, Burkhardt/du Bois-Reymond, Manuela: Über die Bedeutung der Schule im Leben der Arbeiterkinder *Kursbuch 34*, 1973; S. 159
Sonntag, Heinz-Rudolf: Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus *Kursbuch 31*, 1973; S. 157
Steffen, Lissi: Meine Schwierigkeiten mit Genossen. Auszüge aus dem Tagebuch 1972/73 *Kursbuch 37*, 1974; S. 27
Stiller, Klaus: Traumberufe *Kursbuch 40*, 1975; S. 150

Teuns, Sjef: Isolation/Sensorische Deprivation: die programmierte Folter *Kursbuch 32*, 1973; S. 118
Trakl, Wolfgang/Dienstag, Matthis: Berufsperspektiven? Rede und Gegenrede *Kursbuch 40*, 1975; S. 1
Trapp, W.: siehe Bellmann u. a. *Kursbuch 39*, S. 81
Traub, Rainer: Exkurs über Gleichmacherei *Kursbuch 38*, 1974; S. 162
Tuiavii: Vom runden Metall und schweren Papier, in: Drei Ansichten vom Geld *Kursbuch 36*, 1974; S. 6

Weissman, Steve: Die Bevölkerungsbombe ist ein Rockefeller-Baby *Kursbuch 33*, 1973; S. 81
Wieser, Harald: Arbeiterkinder und Solidarität. Zur widersprüchlichen Bewußtseinsentwicklung des proletarischen Kindes in der Familie *Kursbuch 34*, 1973; S. 177
Wesel, Uwe: Vom Wirken des Juristen auf die Gesellschaft *Kursbuch 40*, 1975; S. 77

Zang, G.: siehe Bellmann u. a. *Kursbuch 39*, 1975; S. 81

Kursbogen: Zweiundvierzig Kurs-Marken *Kursbuch 31*, 1973
Kursbogen: Kulturdenkmäler des Imperialismus *Kursbuch 32*, 1973
Kursbogen: Kurzer Lehrgang zur Geschichte der Umwelt *Kursbuch 33*, 1973
Kursbogen: Hoffman's Comic Teater, Berliner Kindheit um 1973 *Kursbuch 34*, 1973
Kursbogen: Linksverkehr *Kursbuch 35*, 1974
Kursbogen: Fahnenkorrektur *Kursbuch 36*, 1974
Kursbogen: Verkehrsrahmen *Kursbuch 37*, 1974
Kursbogen: Ironostalgutopie *Kursbuch 38*, 1974
Kursbogen: Die freiheitlich demographische Grundordnung der BRD *Kursbuch 39*, 1974

WAGENBACHS TASCHENBÜCHEREI

FRANZ KAFKA
In der Strafkolonie

Eine Geschichte aus dem Jahr 1914. Mit Quellen, Abbildungen, Materialien aus der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt, Chronik und Anmerkungen von Klaus Wagenbach.
WaT 1. 96 Seiten. DM 4,–

FAUST
Ein deutscher Mann

Die Geburt einer Legende und ihr Fortleben in den Köpfen.
Lesebuch von Klaus Völker. WaT 2. 192 Seiten. DM 6,50

1848/49: Bürgerkrieg in Baden

Chronik einer verlorenen Revolution. Zusammengestellt von Wolfgang Dreßen. WaT 3. 160 Seiten, DM 6,–

Länderkunde: INDONESIEN

Die Menschen, das Land, die Kultur und was die holländischen Räuber daraus gemacht haben. Von Einar Schlereth.
WaT 4. 128 Seiten. DM 5,50

Schlaraffenland
nimms in die Hand

Kochbuch für Gesellschaften, Kooperativen, Wohngemeinschaften, Kollektive und andere Menschenhaufen SOWIE isolierte Fresser.
Von Peter Fischer. WaT 5. 192 Seiten. DM 7,50

Die Geschichte des Docktor FRANKENSTEIN

und seines Mord-Monsters oder Die Allgewalt der Liebe.
Von der Mensch-Maschine zur Gewalt-Maschine. Montiert und hrsg. von Susanne Foerster. WaT 8. 128 Seiten. DM 5,–

Diese ersten 6 Bände erscheinen im Juni

WAGENBACHS TASCHENBÜCHEREI

Nohlen/Nuscheler (Hrsg)

Handbuch der Dritten Welt

Band 1:
Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung
400 Seiten, Lin.,
Subskriptionspreis
DM 32,–*
(bei Einzelabnahme und nach Erlöschen der Subskription DM 38,–)

Band 2:
Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika
Ca. 400 Seiten, Lin.,
Subskriptionspreis
ca. DM 32,–*
(Einzeln ca. DM 38,–)
Erscheint 1975

Band 3:
Unterentwicklung und Entwicklung in Amerika
Ca. 400 Seiten, Lin.,
Subskriptionspreis
ca. DM 32,–*
(Einzeln ca. DM 38,–)
Erscheint 1976

Band 4:
Unterentwicklung und Entwicklung in Asien
Ca. 400 Seiten, Lin.,
Subskriptionspreis
ca. DM 32,–*
(Einzeln ca. DM 38,–)
Erscheint 1977

* Diese Subskriptionspreise gelten nur bei Abnahme aller 4 Bände

Hoffmann und Campe

Zwei in Entwicklungsfragen kompetente Sozialwissenschaftler legen ein vierbändiges »Handbuch der Dritten Welt« vor, das erstmals umfassende Materialien zu den ökonomischen, sozialen und politischen Problemen der Länder der Dritten Welt anbietet. In drei Kontinentalbänden (Band II–IV) werden von Länderexperten die umfangreichen Statistiken internationaler Organisationen und nationaler statistischer Ämter ausgewertet, die nur schwer zugänglich und nur für den Experten verständlich sind. Die Datenfülle wird, nach Ländern geordnet, durch ein einheitliches und durchgängiges Indikatoren-Schema übersichtlich aufbereitet. Zeitreihen lassen Konstanten und Wandel des historischen Entwicklungsprozesses erkennen. Kurzanalysen zu jedem Land interpretieren die Daten und zeigen historische Zusammenhänge und nicht meßbare Entwicklungen.
Der einleitende Theorieband (Band I) ist kein weiterer Sammelband von Entwicklungstheorien, sondern entwickelt die theoretische Konzeption des Handbuches. Er präsentiert erstens den Versuch einer aus den kontroversen Theorieansätzen synthetisierten »integrierten Entwicklungstheorie«, zweitens Beiträge zum neuerdings aktualisierten Problem der Messung von Unterentwicklung/Entwicklung und der Operationalisierung von Entwicklungstheorien.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich aus dem Hoffmann und Campe Verlag

☐ Handbuch der Dritten Welt, Band I bis IV
zum ermäßigten Subskriptionspreis(für Band I: DM 32,–)

☐ Handbuch der Dritten Welt, Band I
(bei Einzelabnahme) DM 38,–

Name: _____

PLZ/Ort: _____

Straße: _____

Datum/Unterschrift: _____

epog Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:
entwicklungspolitische buchgesellschaft
8000 münchen 22 – kaulbachstraße 70

Rückgabe spätestens am

alternative

Louis Althusser: Ideologie / Literatur / Wissenschaft [97]

Althusser: Das ‹Piccolo teatro›, Bertolazzi und Brecht. Bemerkungen über materialistisches Theater — Schöttler: Philosophie / Politik / Wissenschaft bei Althusser. Bemerkungen zum Wandel (in) der Theoretischen Problematik bei Althusser — Bogdal: Althussers Bestimmung von Kunst und Literatur

Materialistische Literaturtheorie VIII Literatur als ideologische Form [98]

E. Balibar / Macherey: Thesen zum materialistischen Verfahren (Ist eine marxistische Ästhetik überhaupt möglich? Die Kategorie der Widerspiegelung. Fiktion und Realismus: der Mechanismus der literarischen Identifikation) — R. Balibar / Tret: Surrealismus und Abzählreime

Ideologische Staatsapparate / fortschreitende Krise [99]

N. Kadritzke: BRD unterm Faschismusverdacht? — J. Brückner: FDGO oder Die Einführung einer neuen ideologischen Praxis — Redaktionskollektiv: Ideologischer Staatsapparat ‹Schule›

Literatur in der Übergangsgesellschaft [100]

Texte von Tschingis Aitmatow, zu Christa Wolfs «Nachdenken über Christa T.» und Alexander Solschenizyns «Archipel Gulag» (E. Mandel: Die unbewältigte Vergangenheit des Stalinismus)

Materialistische Literaturtheorie IX [101]

Francis Mulhern: Caudwells ästhetische Theorie — Raymond Williams: Zur Basis-Überbau-These in der marxistischen Kulturtheorie

Alternative Verlag GmbH, 1 Berlin 15, Postfach 150 230, Einzelnummer 4,— DM, Doppelnummer 6,— DM, Jahresabonnement 18,— DM (6 Nummern)

Friedrich Hölderlin
Sämtliche Werke
›Frankfurter Ausgabe‹

Der Einleitungsband begründet die Notwendigkeit einer neuen historisch-kritischen Ausgabe und stellt die Editionsmethode dar: schwierige Manuskripte Hölderlins im Faksimile und in typographischer Umschrift. In dieser Gestalt vermittelt Hölderlins „umnachtetes" Werk eine Schärfe der Bewußtheit, die nicht umsonst in Deutschland weitgehend unverstanden blieb.
Einleitungsband, Großformat, DM 20.-

Das Räuberbuch
Die Rolle der Literaturwissenschaft in der Ideologie des deutschen Bürgertums am Beispiel von Schillers Die Räuber

„. . . .müssen Autoren, die marxistische Thesen drucken lassen, aus Sicherheitsgründen anonym bleiben? Auch scheinen Schillers ‚Räuber' nur ein Alibi für die Zusammenstellung von Fakten und Interpretationen. . .über Krupp und das Sozialistengesetz ist weit mehr zu lesen als etwa über Kosinsky, von Amalia ganz zu schweigen. . ." FAZ, 12.10.74
372 Seiten, DM 19.80

Saubere Mädel Starke Genossen

Eine Kritik der „proletarisch-revolutionären" Massenliteratur
156 Seiten, DM 8.50

Frauenjahrbuch '75

Vom SDS zum Frauenzentrum/Kleinstadt-Lesben/Schwanger trotz Verhütung/Wir wollen einen Frauenlehrstuhl/Gruppenerfahrungen/Kind, Mann & Frauensolidarität
264 Seiten, DM 10.-

Verlag Roter Stern
6 Frankfurt Postfach 18 0147

Rotbücher und Kursbücher nicht nur für:

Lehrer

Rotbuch 131:
Henning Kuhlmann
Klassengemeinschaft
Über Hauptschüler und Hauptschullehrer und den Versuch herauszufinden, wann Schule Spaß machen könnte. DM 7.–/6.–

Rotbuch 118:
Harald Wieser (Hg.)
Schulkampf
Ober-Schule/Zweiter Bildungsweg/Schulkampf in der Kleinstadt/Berufsschulkampf/Verhör eines Lehrers/Mit einer kleinen Rechtsfibel. DM 5.–/4.–

Kursbuch 24:
Schule Schulung Unterricht
Mit Aufsätzen von Illich/du Bois-Reymond / Ehlich / Schneider / Lethen/Bruder/Zimmer/Schickel u.a. DM 7.–/5.–

Kursbuch 34:
Kinder
Mit Aufsätzen von Firestone/Hoffmanns Comic Teater/du Bois-Reymond / Scheunemann / Scherf / Wieser u.a. DM 7.–/5.–

Sozialarbeiter

Rotbuch 109:
Hoffmanns Comic Teater
Will dein Chef von dir mal Feuer
Rollenspiele und was man damit machen kann. DM 6.–/5.–

Kursbuch 35:
Verkehrsformen
I: Frauen Männer Linke
Über die Schwierigkeiten ihrer Emanzipation. DM 7.–/5.–

Kursbuch 37:
Verkehrsformen
II: Emanzipation in der Gruppe oder die »Kosten« der Solidarität. DM 7.–/5.–

Juristen

Rotbuch 107:
Eschen/Plogstedt/Sami/Serge
Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält
Ein praktischer Rechtshelfer nicht nur für Linke. DM 5.–/4.–

Kursbuch 32:
Folter in der BRD
Zur Situation der politischen Gefangenen. DM 7.–/5.–

Historiker

Rotbuch 100:
Bernd Rabehl
Geschichte und Klassenkampf
Einführung in die marxistische Geschichtsbetrachtung der Arbeiterbewegung. DM 7.–/6.–

Rotbuch 129:
Preobrashenskij
UdSSR 1975
P beschreibt 1921 die Grundlagen der Industrialisierung der UdSSR und ihre Entwicklung als Utopie bis 1975. DM 8.–/7.–

Rotbuch 133:
Kurt Brandis
Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie
Die SPD bis zum Fall des Sozialistengesetzes. DM 7.–/6.–

Landleute

Kursbuch 39:
Provinz
Mit Aufsätzen von Bloch/Chotjewitz / Driest / Mossmann / Buckmiller/Lindquist u.a. DM 8.–/6.–

Rotbuch 134:
Heiner Müller
Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande
Der dritte Band der Heiner-Muller-Ausgabe handelt vor allem von Frauen. DM 8.–

Lohnarbeiter

Kursbuch 38:
Lohnarbeit
Mit Aufsätzen von Mühleisen/Jacobi / Damus / Haraszti / Alf / Scherer u.a. DM 7.–/5.–

Rotbuch 102:
F. C. Delius
Unsere Siemens-Welt
Prozeß-Ausgabe. DM 6.–

Rotbuch 114:
Gerd Höhne
Wir gehn nach vorn!
Erfahrungsbericht über die Arbeitskämpfe bei Mannesmann. DM 5.–

Rotbuch 111:
Arno Münster
Der Kampf bei LIP
Arbeiterselbstverwaltung in Frankreich. DM 8.–/7.–

Rotbuch 119:
Alberts/Klinger/Ludwig/Peter
Mit IBM in die Zukunft
Berichte und Analysen über die »Fortschritte« des Kapitalismus. DM 6.–/5.–

Spekulanten

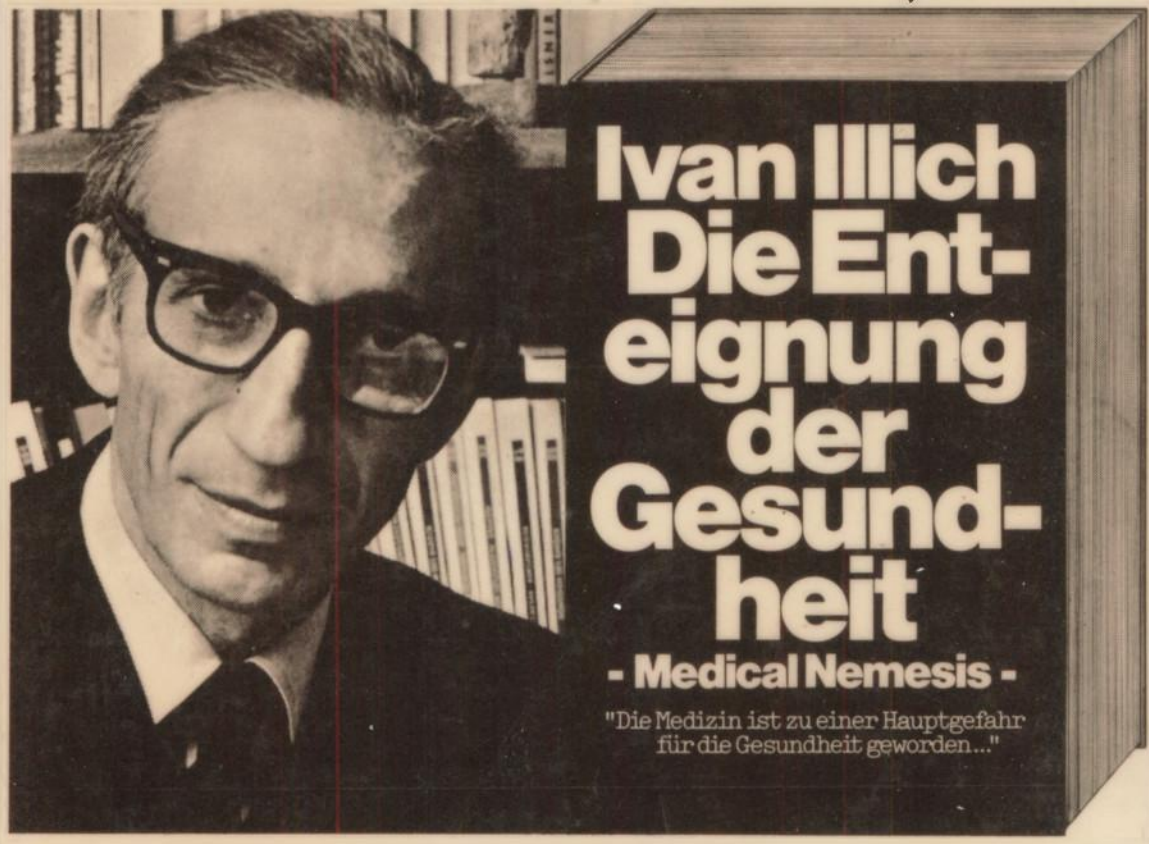
Kursbuch 36:
Geld
Mit Aufsätzen von Mattick/Busch/Reiche/Blechschmidt/Jürgens u.a. DM 7.–/5.–

Rotbuch 128:
Pellizzi, Mali + Werner
Bernie der Milliardenflipper
Ein tragischer Comix aus der Hochfinanz. DM 8.

Rotbuch Verlag
1 Berlin 30
Potsdamer 98

Die Medizin macht uns krank!

Illichs Thesen gegen die Fehlentwicklung des Gesundheitswesens jetzt als Buch



»Die Krankheiten nehmen mit dem Wachstum der Betreuung zu. Unfähig, die Ursachen zu erkennen und zu heilen, schafft die moderne Medizin eine übermedikalisierte Gesellschaft, statt die Gesundheit zu erhalten, werden Krankheiten produziert.«

Dieses Buch ist eine Provokation:

Die monströse Apparatur der Medizin täuscht vor, daß der Mensch seiner totalen Reparierbarkeit immer näher kommt. In Wirklichkeit aber wird der Mensch immer kränker und vor allem immer abhängiger von der priesterhaften Zunft der Ärzte.

neu bei Rowohlt
DM 19,80